



KIRCHE IN NOT

WELTWEITES HILFSWERK PÄPSTLICHEN RECHTS



Christen in großer Bedrängnis

Diskriminierung und Unterdrückung
Dokumentation 2013

Christen in großer Bedrängnis

Diskriminierung und Unterdrückung
Dokumentation 2013

Redaktion: Berthold Pelster



KIRCHE IN NOT

WELTWEITES HILFSWERK PÄPSTLICHEN RECHTS

... damit der Glaube lebt!

Wichtige Informationsquellen:

- Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)
- Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)
- Compass Direct News
- Forum 18 News Service
- Human Rights Watch: World Report, 2011 + 2012
- Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
- Radio Vatikan, Newsletter
- Union of Catholic Asian News (UCAN)
- U.S. Department of State: Annual Report on International Religious Freedom, 2010 + 2011
- ZENIT (Nachrichtenagentur)

Besonderer Dank gilt der Informationsabteilung von KIRCHE IN NOT in Königstein im Taunus und den Kollegen des britischen Nationalbüros (John Pontifex, John Newton) für die Bereitstellung von Informationen, Reportagen und Interviews, die zum Teil aus ihren regelmäßigen „ACN News“, zum Teil aus ihrem Buch „Persecuted and Forgotten? A Report on Christians oppressed for their Faith. 2012 Edition“ stammen.

Teile der Länderberichte sind der umfassenden Dokumentation RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT – BERICHT 2012 entnommen, die auch von KIRCHE IN NOT herausgegeben wurde. Sie kann bei den auf Seite 180 aufgelisteten Bezugsadressen in Form einer CD erworben werden.

Alle Rechte vorbehalten.

© KIRCHE IN NOT / Ostpriesterhilfe Deutschland e. V., München

1. Auflage 2013

Impressum:

Herausgeber: KIRCHE IN NOT / Ostpriesterhilfe Deutschland e.V.
Lorenzonstraße 62, 81545 München

Redaktion: Berthold Pelster

Bildnachweis: Umschlag, vorne: Magdalena Wolnik

Bildnachweis: alle anderen Fotos von KIRCHE IN NOT

Layout: Geiger Grafik-Design, München

Druck: CPI books GmbH, Ulm

Inhalt

Vorwort von Bischof Dr. Matthew Hassan Kukah	4
Ägypten	8
Algerien	18
Birma / Myanmar	21
China	32
Indonesien	68
Irak	74
Israel und die palästinensischen Gebiete	82
Kuba	88
Nigeria	93
Nordkorea	114
Pakistan	121
Saudi-Arabien	138
Syrien	146
Interview mit Patriarch Ignatius Ephrem Joseph III.	149
Tansania	152
Türkei	154
Vietnam	161
Gebet und Fürbitte	172
KIRCHE IN NOT	176
Artikel für ein aktives Glaubensleben	178
Informationen zur Situation von Christen weltweit	179
Bezugsadressen	180
Persönliche Notizen	182



Vorwort

**von Bischof Dr. Matthew Hassan Kukah,
Diözese Sokoto, Nigeria**

Die Geschichte der Christenverfolgung ist so alt wie der Glaube selbst, ja, so alt wie der Gründer des Christentums; sie reicht zurück bis zu unserem Herrn und Erlöser Jesus Christus. Sein Tod am Kreuz ist ein klarer Hinweis darauf, dass alle, die sich auf den Weg der Nachfolge Jesu begeben, ebenfalls darauf vorbereitet sein sollten, eine ähnliche Verfolgung zu erleiden: „Wenn die Welt euch hasst, dann wisst, dass sie mich schon vor euch gehasst hat. Wenn ihr von der Welt stammen würdet, würde die Welt euch als ihr Eigentum lieben. Aber weil ihr nicht von der Welt stammt, sondern weil ich euch aus der Welt erwählt habe, darum hasst euch die Welt“ (Joh 15,18-19).

Ohne jeden Anflug von Überheblichkeit sollten Christen sich bewusst sein, dass es diese Grundhaltung ist, über diese irdische Welt hinauszuschauen, diese Vorstellung, letztlich Bürger einer anderen Welt und Kinder eines anderen Königreiches zu sein, die sie schon von Natur aus in einen Gegensatz bringt zu den Herrschern dieser Welt und ihren Reichen. Angefangen beim Kindermord des Herodes über den Mord von König Mwanga am heiligen Karl Lwanga und seinen Gefährten in Uganda bis in unsere heutige Zeit hinein: Die Geschichten bleiben immer die gleichen. Christen werden wegen ihres Glaubens verfolgt, weil sie diejenigen herausfordern, die im Besitz der Macht sind.

Warum hält die Christenverfolgung bis heute an und nimmt sogar noch weiter zu? Ich glaube, es gibt viele Ursachen dafür, aber auf zwei Gründe möchte ich besonders hinweisen. Erstens ist es das Erstarken muslimischer Extre-

misten und ihrer intoleranten Ideologien, was erheblich beigetragen hat zu einer zunehmenden Verfolgung von Christen. Und zweitens fühlen sich solche Extremisten durch die Tatsache, dass der christliche Glaube in der westlichen Welt – jedenfalls soweit es um seine öffentliche Sichtbarkeit und um den praktizierten Glauben geht – mehr und mehr in einer Art Dämmerlicht entschwindet, zu der Schlussfolgerung ermutigt, dass die Tage des Christentums gezählt sind. Nach dem Krieg in Afghanistan waren Osama bin Laden und seine Anhänger zuversichtlich, dass die Herrschaft des Islams nicht mehr länger durch die Vorherrschaft des Westens und den Kommunismus niedergehalten würde. Nach dem Sturz des Kommunismus glaubten sie, nun sei die westliche Vorherrschaft (die sie fälschlicherweise in Verbindung mit dem Christentum sahen) die nächste Bastion, die erobert werden könne. Danach könne dann der Islam die Weltherrschaft übernehmen. Wenn die westliche Welt, die durch das Christentum hervorgebracht wurde, diesem nun den Rücken zukehrt (man denke nur an die Debatte in der Europäischen Union über die christlichen Wurzeln der westlichen Zivilisation), dann sollte die Eliminierung der Christen die letzte Etappe zum Sieg des Islams sein, so glauben diese Islamisten.

In der frühen Kirche bedeutete die Verfolgung der Christen zugleich die Gelegenheit, das Christentum weiter zu verbreiten. Auf ähnliche Weise und mit einer gewissen Ironie war das Niederbrennen von Hunderten von Kirchen in den größeren Städten im Norden Nigerias die beste Werbung für die enorme Verbreitung von Christen in Nigeria. Als die Medien über die Brandanschläge auf Dutzende von Kirchen in Städten wie Kaduna, Kano, Zaria, Yola oder Maiduguri berichteten, war dies für viele Christen und Nichtchristen gleichsam wie ein Schock. Während die Christen außerhalb dieser Städte mit umso größerer Solidarität reagierten, fragten sich die Muslime innerhalb und außerhalb Nigerias, wie das Christentum in dieser Kernregion des Islams so stark hatte wachsen können.

Die Verfolgung von Christen darf aber nicht isoliert gesehen werden. Sie steht im Zusammenhang mit dem allgemeinen Anwachsen der Gewalt, die einen fortwährenden Angriff auf unsere gemeinsame Humanität darstellt. Um die damit verbundenen Probleme zu lösen, müssen wir das Spektrum unserer Analyse ausweiten und die Verfolgung von Christen als Abwertung unserer Menschlichkeit ansehen. Die Ursachen der Verfolgung, ob sie nun in rassis-

tischen, religiösen oder anderen Ideologien wurzeln, müssen Gegenstand des Kampfes sein, den unser Jahrhundert gewinnen muss.

Die ständig wachsende menschliche Gier, die zum endlosen Kampf um Macht und Kontrolle über die Ressourcen der Erde führt, trägt dazu bei, dass die Unterschiede zwischen den Menschen immer größer werden und Frustration und Hass auf diese Weise weiter zunehmen.

Das meiste von dem, was heute an Christenverfolgung passiert und sich in brutalen Anschlägen auf Christen und ihre Einrichtungen niederschlägt, steht in Zusammenhang mit der Verbitterung und Verzweiflung eines ohnmächtigen Segments der muslimischen Gesellschaft, das seine Frustration oft an Christen abreagiert, die fälschlicherweise als Kollaborateure der feindlichen Mächte im Westen gesehen werden.

Wir müssen uns von neuem bewusst machen, welche Beweggründe zu den Idealen führten, die zusammengefasst sind in der historisch bedeutsamen Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948. Gerade die Kirche ist in einer ausgezeichneten Position, um dem Kampf für die Würde des Menschen ihre Stimme zu leihen. KIRCHE IN NOT konzentriert sich auf die Verfolgung von Christen, aber natürlich leiden auch Muslime, Hindus, Buddhisten und eine Reihe anderer Minderheiten unter fortwährenden gewalttätigen Angriffen. Die Herausforderung, vor der wir stehen, liegt darin, unsere Solidarität zu erweitern, um gemeinsam der Unterdrückung entgegenzutreten.

Zum Schluss möchte ich mit einigen Beobachtungen enden und einige Schlussfolgerungen ziehen.

Erstens: Wir Christen müssen auf unsere Geschichte schauen und erkennen, dass Verfolgung immer ein Teil unseres Glaubens war. Sie hat sogar unseren Glauben gestärkt und nicht geschwächt. Das heißt nicht, dass wir in unseren Anstrengungen nachlassen dürften. Denn die Verfolgten werden gestärkt, wenn sie wissen, dass sie nicht alleingelassen sind.

Zweitens: Es liegt an uns, die Welt zu gestalten. Wir müssen lernen, die uns allen gemeinsame menschliche Natur zu würdigen, indem wir Gesetze ver-

künden, die uns als Bürger schützen, die unsere Gewissensfreiheit und Meinungsfreiheit garantieren und unter Schutz stellen. Wir müssen uns konzentrieren auf die Formulierung von Verfassungsgrundsätzen, durch die Minderheiten geschützt werden, wo immer sie sind.

Drittens: Wir ermutigen zum Dialog mit dem Islam. Dieser Dialog darf aber nicht zur Entschuldigung werden für Regierungen, dass sie ihre Verpflichtung vernachlässigen, für Recht und Ordnung zu sorgen und kriminelle Handlungen zu bestrafen. Die Bedrohung durch militante Islamisten darf auch die Muslime selber nicht gleichgültig lassen. Unser Dialog mit den Muslimen muss sich konzentrieren auf Fragen der staatlichen Verfassung und Gesetzgebung statt zu sehr um die Unterschiede im Glauben zu kreisen.

Viertens: Die großartige Arbeit von KIRCHE IN NOT muss von der Kirche anerkannt, ermutigt und unterstützt werden auf größtmögliche Weise. Dies ist nicht die Zeit, uns zurückzuziehen. Vielmehr müssen wir Trost suchen im Wort des Apostels Paulus, der uns Christen daran erinnert: „Was kann uns scheiden von der Liebe Christi? Bedrängnis oder Not oder Verfolgung, Hunger oder Kälte, Gefahr oder Schwert? ... Doch all das überwinden wir durch den, der uns geliebt hat.“ (Röm 8,35.37).

+ Bischof Dr. Matthew Hassan Kukah
Diözese von Sokoto, Nigeria

Mitglied im Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog
Vorsitzender der Kommission für Kultur, Islam und Interreligiösen Dialog
der Regionalen Bischofskonferenz Westafrikas (RECOWA-CERAO)
Vorsitzender der Kommission für den Interreligiösen Dialog und die
Ökumene der katholischen Bischofskonferenz in Nigeria



Ägypten

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
79,6 Millionen	Muslime	87%
	Christen	12%
	Sonstige	1%

Erste freie Wahlen in Ägypten

Am 11. Februar 2011, einen Monat nach Ausbruch des Volksaufstandes in Ägypten, trat Präsident Hosni Mubarak zurück und stürzte somit die gesamte Regierung, die sofort durch ein aus hochrangigen Offizieren der ägyptischen Armee zusammengesetztes Übergangskabinett ersetzt wurde. Der Oberste Rat der Streitkräfte (Supreme Council of the Armed Forces - SCAF) wurde ernannt, um das Land in der Zwischenzeit – d.h. bevor neue Institutionen geschaffen würden – zu regieren.

Freie Parlamentswahlen wurden organisiert und fanden vom 28. November 2011 bis 11. Januar 2012 statt, um die neue Volksversammlung (Abgeordnetenhaus) zu wählen, und vom 29. Januar bis 22. Februar 2012, um den Shura (Senat) zu erneuern. Das Ergebnis war eine breite Mehrheit der islamischen Parteien, vor allem der Muslimbruderschaft und der Salafisten, die gemeinsam 369 Sitze von insgesamt 508 im Abgeordnetenhaus und 150 von insgesamt 176 im Senat erhielten. Nur vier Christen wurden in die Versammlung gewählt. Die Christen in der Versammlung sind insgesamt neun, denn gemäß einer langen Tradition hat die Exekutive das Recht, zehn Mitglieder zu ernennen, und der SCAF ernannte fünf koptische Christen und fünf Muslime.

Aus der ersten freien Präsidentschaftswahl im Mai (erster Wahlgang) und Juni 2012 (Stichwahl) ging Mohammed Mursi mit 51,7% der gültigen Stimmen als Sieger hervor. Am 30. Juni 2012 wurde er vereidigt. Das neue Staatsoberhaupt war bis zu seiner Wahl Vorsitzender der „Freiheits- und Gerechtigkeitspartei“, die von der Muslimbruderschaft nach der ägyptischen Revolution im April 2011 gegründet wurde. In seiner Antrittsrede versprach er, Präsident aller Ägypter sein zu wollen, legte den Vorsitz in seiner Partei nieder und beendete seine Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft.

Neue Verfassung für die Arabische Republik Ägypten

Nach dem Sturz des Mubarak-Regimes wurde eine Verfassunggebende Versammlung mit der Aufgabe betraut, eine neue Verfassung für die Arabische Republik Ägypten auszuarbeiten. Die einhundert Mitglieder wurden von den beiden Kammern des Parlaments – Volksversammlung und Schura-Rat – gewählt. Entsprechend den dortigen politischen Mehrheitsverhältnissen wurden zu etwa zwei Dritteln Personen aus dem islamistischen Spektrum in die Verfassunggebende Versammlung gewählt, in der auch fünfzehn Christen vertreten waren. Wegen des dominanten Einflusses der Islamisten befürchteten die christlichen Vertreter, die neue Verfassung würde die christliche Minderheit in Ägypten noch stärker als bisher gegenüber der muslimischen Bevölkerungsmehrheit benachteiligen. Aus Protest gegen islamistische Tendenzen verließen die christlichen Vertreter im November 2012 das Verfassungsgremium. In einer gemeinsamen Stellungnahme aller christlichen Konfessionen erklärte der koptische Bischof Pachomius von Beheira, der Entwurf stelle „nicht sicher, dass die Verfassung einen nationalen Konsens findet oder die Identität Ägyptens widerspiegelt“. Schon vorher hatten andere, säkular und liberal orientierte Delegierte aus ähnlichen Motiven die Verfassunggebende Versammlung verlassen.

Am 30. November 2012 legte die Verfassunggebende Versammlung den fertigen Verfassungstext vor, über den die Bevölkerung Ägyptens dann am 15. und 22. Dezember 2012 in zwei Wahlgängen abstimmen konnte. Die neue Verfassung wurde mit knapp 64 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen, allerdings bei einer geringen Wahlbeteiligung von nur knapp 33 Prozent, und trat am 26. Dezember 2012 in Kraft.

Laut Artikel 1 der neuen Verfassung gehört die Arabische Republik Ägypten ausdrücklich zur islamischen Welt. Artikel 2, aus der Verfassung von 1971 übernommen, erklärt den Islam zur Staatsreligion und die Prinzipien der Scharia zur wichtigsten Quelle der staatlichen Gesetzgebung. Im Prozess der Ausarbeitung der neuen Verfassung hatte es von salafistischer Seite Versuche gegeben, den Begriff „Prinzipien“ zu streichen und somit die Scharia in ihrer Gesamtheit als Hauptquelle der Gesetzgebung zu definieren. Dieser Vorschlag konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Im Artikel 219 wird festgelegt, dass die „Prinzipien der Scharia“ gemäß den Grundlagen und Quellen der sunnitischen

Rechtsschulen zu verstehen sind. Neu eingefügt wurde der Artikel 4, der bestimmt, dass die islamische Al-Azhar-Universität in Kairo als oberste Instanz für Fragen des islamischen Rechts zuständig ist und damit auch für die Prüfung, ob die staatliche Gesetzgebung mit dem Islam vereinbar ist. Gemäß Artikel 11 hat der Staat die Aufgabe, für die öffentliche Moral zu sorgen. Der Artikel 43 der neuen Verfassung garantiert Religionsfreiheit gemäß traditioneller islamischer Lehre für die Buchreligionen Islam, Christentum und Judentum. Andere Religionsgemeinschaften werden nicht erwähnt, was für religiöse Minderheiten Probleme bereiten könnte. Neu ist der Artikel 44, der Gotteslästerung (Blasphemie) und die Beleidigung aller „Gesandten und Propheten“ verbietet. Kritiker befürchten, dass es künftig häufigere Verurteilungen wegen „Beleidigung der Religion“ geben könnte.

Mit großer Sorge haben sich katholische Bischöfe gegenüber KIRCHE IN NOT zur neuen Verfassung Ägyptens geäußert. Die koptisch-katholischen Bischöfe Kyrillos William, Johannes Zakaria und Antonios Aziz Mina haben die neue Verfassung als fundamentalen Angriff auf die Menschenrechte verurteilt. Gefährdet seien besonders Frauen, junge Menschen und religiöse Minderheiten. Bischof Kyrillos William, Apostolischer Administrator des koptisch-katholischen Patriarchats von Alexandria, erklärte: „Wir erwarteten eine Verfassung, die ganz Ägypten repräsentiert, aber stattdessen haben wir eine, die nur eine Gruppe von Menschen repräsentiert. Wir sehen, dass die religiöse Ausrichtung dieser Verfassung einem islamischen Kalifat den Weg bereitet.“ „Überall in der Verfassung finden sich Sätze, in denen steht, dass alles dem islamischen Recht folgen sollte“, so Bischof Kyrillos William weiter. Die Bischöfe zeigten sich besorgt, dass die Verfassung nichtmuslimische Frauen dazu zwingen könne, Kopftücher zu tragen und die Verheiratung minderjähriger Mädchen legitimiere. Bischof Zakaria beschrieb die Verfassung als das Werk fundamentalistischer Muslime und sagte: „Es war schon zu Zeiten des Präsidenten Mubarak schwierig, die Erlaubnis zur Reparatur einer Kirche zu erhalten, aber jetzt wird es noch schwieriger sein. Und es wird noch viel schlimmer sein für die schiitischen Muslime, die Bahai, die Buddhisten und andere, die von der Verfassung noch nicht einmal anerkannt werden.“

Neue Oberhäupter der Kirchen

Am 17. März 2012 verstarb im Alter von 88 Jahren der Patriarch von Alexandrien, Papst Schenuda III., der seit November 1971 die koptisch-orthodoxe Kirche Ägyptens geleitet hatte. Er war ein großer Förderer des kirchlichen Lebens, baute das kirchliche Erziehungs- und Bildungswesen aus und trug wesentlich zu einer neuen Blüte des klösterlichen Lebens in Ägypten bei. Am 4. November 2012 wurde per Losentscheid der 60-jährige Tawadros II. (Theodor) zum Patriarchen und Papst auf dem Stuhl des heiligen Evangelisten Markus in Alexandrien gewählt.

Auch in der koptisch-katholischen Kirche gab es einen Führungswechsel. Anfang 2012 erlitt Antonios Kardinal Naguib, der koptisch-katholische Patriarch von Alexandrien, einen Schlaganfall. Daraufhin wurde der Bischof der Eparchie Assiut, Kyrillos Kamal William Samaan OFM, von der Synode der koptisch-katholischen Kirche zu seinem Stellvertreter ernannt. Am 15. Januar 2013 wurde der 57-jährige Ibrahim Isaac Sidrak von der Synode zum neuen koptisch-katholischen Patriarchen von Alexandrien gewählt. Am 18. Januar 2013 gewährte ihm Papst Benedikt XVI. in einem persönlichen Schreiben die kirchliche Gemeinschaft, woraufhin Kardinal Naguib als Patriarch zurücktrat.

Somit gehen also die koptisch-orthodoxe Kirche mit etwa fünf bis zehn Millionen Gläubigen (je nach Datenquelle) und die koptisch-katholische Kirche mit etwa 200.000 Gläubigen jeweils mit neuer Führung durch die schwierige Zeit des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs und in eine ungewisse Zukunft hinein.

Diskriminierung und Gewalt gegen Christen

Christen in Ägypten erfahren im Alltag vielfältige Formen der Diskriminierung. Vor allem im Beruf haben sie oft nicht die gleichen Chancen wie ihre muslimischen Mitbürger. Von Schlüsselpositionen in der staatlichen Verwaltung, in der Armee oder Polizei oder im Bildungswesen bleiben sie oft ausgeschlossen. Immer wieder waren koptische Christen in den vergangenen Jahren auch Opfer von Gewaltaktionen. Nach dem Sturz des Mubarak-Regimes aber häuften sich die Vorfälle.

Der seit langem schwerste Anschlag auf Christen ereignete sich in Alexandria kurz nach Mitternacht am 1. Januar 2011. Dort explodierte ein mit Sprengstoff beladenes Auto vor der koptischen Al-Qiddissine-Kirche, als die Gläubigen am Ende der Neujahrsmesse aus der Kirche strömten. Mehr als zwanzig koptische Christen wurden in den Tod gerissen, fast einhundert Menschen wurden zum Teil schwer verletzt, darunter auch einige Muslime. Arabische Medien berichteten später, der ägyptische Generalstaatsanwalt habe eine Untersuchung gegen den damaligen ägyptischen Innenminister Habib el-Adly eröffnet: er werde verdächtigt, Drahtzieher des Terroranschlags gewesen zu sein. Es gibt Anhaltspunkte, dass das Mubarak-Regime Anschläge auf Christen entweder selbst veranlasst oder zumindest zugelassen hat. So sollte gegenüber der westlichen Welt der Eindruck erweckt werden, dass in Ägypten eine Welle islamistischer Gewalt drohe, sobald das Mubarak-Regime nicht mehr an der Macht sei, welches bislang die islamistischen Bewegungen unter Kontrolle gehalten habe.

Oft entzündeten sich Gewaltakte gegen Christen aber auch an Streitigkeiten über Grundstücksfragen, an Versuchen, christliche Kirchen zu bauen oder zu renovieren, oder aber an angeblichen Zwangsbekehrungen.

Zwischen dem 15. und 23. Februar 2011 griff die ägyptische Armee drei koptische Klöster an. Dabei wurden im Kloster des heiligen Bischoi im Wadi Natrun zwei Mönche und mehrere Arbeiter verletzt, als Soldaten eine Schutzmauer zerstörten, die von den Mönchen errichtet worden war. Auch im Kloster des heiligen Paulus nahe dem Roten Meer griffen Soldaten drei Mönche an und demolierten den Zaun, der das Klostertor schützen sollte.

Am 23. Februar 2011 wurde im Dorf Shotb in der Nähe von Assiut (Oberägypten) der koptisch-orthodoxe Priester Daoud Boutros ermordet. Dort soll es seit längerem Spannungen zwischen Christen und Moslems gegeben haben, weil ein koptischer Christ den Islam geschmäht und der Priester ihn dazu angestiftet habe. Die Leiche des Geistlichen wurde mit 22 Messerstichen und durchgeschnittener Kehle in seiner Wohnung gefunden.

Am 9. März 2011 wurden in den Bezirken Moqattam und Qalaa, Kairo, bei antichristlichen, von 15000 bewaffneten Muslimen aus benachbarten Bezirken organisierten „Pogromen“ dreizehn Christen ermordet und 120 verletzt.

Acht Häuser, zwanzig Müllrecycling-Anlagen und dreißig Müllsammelwagen, die Kopten gehörten, wurden in Brand gesteckt. Im Laufe dieser Ereignisse haben die an den Eingängen dieser Bezirke stationierten Sicherheitskräfte nicht nur nichts getan, um die Christen zu schützen, sondern mit scharfer Munition auf sie geschossen.

Am 14. April 2011 und an den darauffolgenden zehn Tagen haben islamische Gruppen vor dem Sitz des Gouverneurs von Qena (Oberägypten) protestiert und die Eisenbahnlinie, die Kairo mit dem Süden des Landes verbindet, blockiert, um gegen die Ernennung eines koptischen Gouverneurs, Emad Mikhaël, zu protestieren. Um die Demonstranten zu beruhigen, gab ein Gesandter des Premierministers anschließend bekannt, dass der neue Gouverneur seines Amtes enthoben wurde.

Am 7. und 8. Mai 2011 kam es in Kairo im Stadtteil Imbaba zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen, bei denen fünfzehn Personen getötet und mehr als zweihundert verletzt wurden. Auslöser waren Gerüchte, in der koptischen Kirche des heiligen Menas werde eine christliche Frau versteckt gehalten, die einen Muslim heiraten und deswegen zum Islam konvertieren wolle. Hunderte Muslime versammelten sich vor der Kirche, um die Freilassung der Frau zu verlangen. Schließlich fielen Schüsse und Brandbomben wurden geschleudert, die Kirche geriet in Brand, Häuser und Geschäfte von Christen wurden geplündert. Militär und Polizei brauchten Stunden, um die Lage unter Kontrolle zu bringen.

Anfang September 2011 griff eine Gruppe von Muslimen das Dorf Elmarinab, nahe Edfou (Provinz Aswan, Oberägypten) an. Dort wurde die dem heiligen Georg geweihte Kirche mit Genehmigung des Gouverneurs restauriert. Die Angreifer stoppten die hauptsächlich von der christlichen Bevölkerung ausgeführten Arbeiten und verlangten unter dem Vorwand, das Gebäude sei nur als Versammlungszentrum zugelassen, alles zu entfernen, was auf eine christliche Kirche hinweisen könnte, wie Kreuze, Glocken und sogar Kuppeln. Sie drohten, das Gebäude völlig zu zerstören, wenn die Kopten sich nicht daran halten würden.

Anfang Oktober 2011 organisierten koptische Christen als Protest gegen diese Angriffe und auch gegen das passive Verhalten der Sicherheitskräfte eine

friedliche Demonstration vor dem Sitz des nationalen Fernsehsenders auf dem Maspero-Platz in Kairo. Sie forderten auch die Freilassung eines jungen Kopten, Michael Nabil, der im Gefängnis saß, weil er die Armee auf seinem Blog im Internet kritisiert hatte. Am 16. Oktober wurde diese Demonstration zunächst von Männern unterbrochen, die muslimische religiöse Parolen schrien. Kurz darauf tauchten gepanzerte Militärfahrzeuge auf und gingen gewaltsam und brutal gegen die friedlichen Demonstranten vor. Fast dreißig Personen wurden getötet und mehr als zweihundert verletzt. Laut Aussage des Obersten Militärates sollen für diese Ereignisse „ausländische Elemente verantwortlich“ gewesen sein.

Am 19. Januar 2012 griff eine Gruppe von salafistischen Muslimen in Kebly-Rahmaniya, in der Nähe von Nag-Hammadi, koptische Christen an und steckte deren Häuser und Geschäfte in Brand.

Am 26. Januar 2012 wurden zwei Kopten, Mouwad Assaad und sein Sohn Assad Mouwad Assaad, vor ihrem Geschäft in Bahgoura in der Nähe von Nag-Hammadi erschossen.

Am 27. Januar 2012 begaben sich einige Hundert bewaffnete und aufgebraute Muslime im Dorf Sharbat, nahe Alexandrien, infolge des Gerüchts einer Beziehung zwischen einem jungen Kopten, Mourad Girgis, und einem muslimischen Mädchen zu dem Haus des „schuldigen“ Mannes. Dort plünderten sie die von dem Kopten und seiner Familie geführten Läden und griffen dann die Häuser anderer Kopten an. Am 2. Februar verordnete ein „Versöhnungskomitee“, an dem auch der Gouverneur von Alexandrien und eine Anzahl von muslimischen Würdenträgern teilnahmen, die Ausweisung von acht koptischen, an Mourad Girgis gebundenen Familien. Nach Aussage eines Bewohners von Sharbat, des koptischen Christen Ishak Ibrahim, handelte es sich um eine besonders ungerechte Maßnahme: „Es ist schändlich, dass die Funktionäre für derartige Verbrechen durch die Versöhnung den Anschein der Gerechtigkeit geben, die nur die Opfer bestraft und die Verbrecher befreit“. Das liberale Parlamentsmitglied Emad Gad forderte, dass dieser Fall im Parlament diskutiert werde, stieß aber nur auf die Verweigerung des Vorsitzenden Saad Katnani, Mitglied der Muslimbruderschaft. Da dieser Fall in der internationalen Presse jedoch großen Widerhall fand, haben die ägyptischen Parlamentsmitglieder dieses Urteil aufgehoben, und die Regierung versprach, die Opfer zu entschädigen.

Im Juli 2012 gründeten Christen in Ägypten eine „Koptische Bruderschaft“ als Gegengewicht gegen die islamische „Muslimbruderschaft“. Sie wollen damit vor allem Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen an Kopten dokumentieren und öffentlich machen.

Anfang August 2012 kam es zu Ausschreitungen in dem Ort Dahschur 40 Kilometer südlich von Kairo. Ausgelöst wurde die Gewalt, als der christliche Betreiber einer Wäscherei beim Bügeln aus Versehen das Hemd eines muslimischen Kunden beschädigte. Dies habe zu einem Streit geführt, der schließlich eskaliert sei. In der Folge seien Angehörige beider Religionsgemeinschaften mit Messern, Schusswaffen und Brandsätzen aufeinander losgegangen. 120 koptische Familien mussten sich durch Flucht in Sicherheit bringen.

Im September 2012 nahmen in Kairo zahlreiche koptische Christen an einer Kundgebung gegen den vermutlich in den USA produzierten islamfeindlichen Film „Die Unschuld der Muslime“ teil.

Im September 2012 gab das staatliche Statistikamt bekannt, die Zahl der Christen in Ägypten liege bei 5,13 Millionen. Diese Zahl wurde aber von koptischer Seite als viel zu niedrig zurückgewiesen. Die „Koalition der Kopten in Ägypten“ schätzt die Zahl der Kopten auf 15 bis 18 Millionen. Seit Jahren herrscht in Ägypten Streit darüber, wie hoch der Anteil der Christen an den etwa 84 Millionen Ägyptern tatsächlich ist.

Im September 2012 wurde der bekannte Salafisten-Prediger Scheich Abu Islam Ahmed Abdullah wegen einer Bibelverbrennung vor Gericht gestellt. Er soll bei Protesten gegen den islamfeindlichen Film „Die Unschuld der Muslime“ am 11. September vor der US-Botschaft in Kairo eine christliche Bibel zerrissen und angezündet haben. Nach Angaben des koptischen Rechtsanwalts und Menschenrechtlers Naguib Gebrail sei dies das erste Mal, dass die ägyptische Justiz gegen die Verunglimpfung des Christentums vorgehe.

Im Oktober 2012 wurden in einem Dorf südlich von Kairo zwei koptische Jungen im Alter von neun und zehn Jahren wegen angeblicher Blasphemie vorübergehend festgenommen. Ihnen wurde vorgeworfen, einen Koran zerrissen und darauf uriniert zu haben. Islamistische Gruppen riefen zu Rache-

aktionen auf. Weihbischof Botros Fahim Awad Hanna von der koptisch-katholischen Kirche in Alexandria kritisierte die Verhaftung der beiden Jungen als ein Zeichen „wachsenden Hasses gegen ägyptische Christen“.

Im November 2012 gingen die Diskussionen um die neue ägyptische Verfassung weiter. Der Kopte Edward Ghalib, Vizevorsitzender des „Freiheitskomitees“, warnte davor, dass der Verfassungsausschuss eine Verfassung entwerfe, die die Errichtung eines islamischen Staates ermögliche, statt die Grundlagen für die „nationale Einheit“ zu schaffen. So sei der Zusatzartikel 220 eingeführt worden, um eine „radikale Interpretation der Prinzipien der Scharia“ zu gewährleisten. Andere kritische Stimmen warnten, der Artikel 220 könnte die Einführung einer Sitten- und Religionspolizei nach saudi-arabischem Vorbild ermöglichen. Zudem hätten Vertreter der Muslimbrüder und der salafistischen Parteien die Grundlagen dafür geschaffen, die bislang moderate sunnitische Universität Al-Azhar in ein „Forum für extremistischen Islam“ zu verwandeln.

Ende November 2012 wurden mehrere im Ausland lebende koptische Christen von einem Gericht in Kairo wegen Blasphemie zum Tode verurteilt. Sie sollen an der Produktion des islamfeindlichen Films „Die Unschuld der Muslime“ mitgewirkt und dadurch den Islam und den Propheten Muhammad verunglimpft haben. Unter den Verurteilten sollen der Produzent des Films, ein koptischer Christ, als auch der US-amerikanische Pastor Terry Jones sein, der im Jahr 2010 mit der Ankündigung von Koranverbrennungen weltweite Proteste ausgelöst hatte.

Im Dezember 2012 wurde in Kairo der 27-jährige Kopte Alber Saber wegen Blasphemie zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Er soll den in den USA produzierten Anti-Islam-Film „Die Unschuld der Muslime“ im Internet verbreitet haben. Allerdings hat er gegen das Urteil Berufung eingelegt und wurde gegen Kautionszahlung vorerst wieder freigelassen. Nach Artikel 98 des ägyptischen Strafgesetzbuches kann Blasphemie mit Haftstrafen belegt werden zwischen sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

Im Dezember 2012 äußerte der für die in Deutschland lebenden Kopten zuständige Bischof Anba Damian gegenüber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ die Sorge, dass dem Christentum in Ägypten die Auslöschung drohen

könnte, ähnlich wie schon im Irak. „Mehr als 100.000 Kopten haben Ägypten in den letzten zwei Jahren verlassen, zigtausend weitere sitzen auf gepackten Koffern, weil die neuen Machthaber das Ziel haben, Ägypten systematisch zu islamisieren“, so seine Begründung. Allerdings hoffe er, dass die „gutherzigen und moderaten Muslime“, die zusammen mit den Kopten die Mehrheit in Ägypten stellten, eine „Islamisierung“ des Landes noch stoppen könnten - „weil unser Land nicht ins siebte Jahrhundert zurückfallen darf“, so der Bischof.

Quellen

Agentur AINA (Assyrian International News Agency)

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)

Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen - PIME)

Associated Press (AP)

Compass Direct News

El-Ahram hebdo

Katholische Nachrichtenagentur (KNA)

La Croix

Radio Vatikan, Newsletter

Zenit (Nachrichtenagentur)



Algerien

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
35,4 Millionen	Muslime	98%
	Christen	0,2%
	Religionslose	1,8%

In Algerien werden religiöse Fragen von der am 28. Februar 2006 erlassenen Verordnung geregelt, die äußerst restriktiv ist; sie unterwirft die Kulturausübung aller Religionsgemeinschaften – mit Ausnahme des Islam – einer behördlichen Genehmigung und verurteilt jegliche nichtmuslimische Missionstätigkeit. Die Verordnung setzt außerdem eine Haftstrafe von zwei bis fünf Jahren und eine Geldstrafe von 500 000 bis 1 Million Dinar (5 000 bis 10 000 Euro) für den fest, der „einen Muslim anstiftet, zwingt oder dazu verführt, zu einer anderen Religion überzutreten, und zu diesem Zweck didaktische Mittel oder Einrichtungen für Lehrtätigkeiten, Erziehung, Gesundheit, soziale oder kulturelle Einrichtungen, Ausbildungsstätten, andere Institutionen oder finanzielle Mittel einsetzt“, oder aber „Dokumente und audiovisuelles Material herstellt, lagert oder verteilt, die dazu dienen, den Glauben eines Muslims zu untergraben“. Dagegen haben die Muslime die volle Freiheit, zu predigen und zu missionieren.

Zwei christliche Gemeinschaften sind offiziell anerkannt: die Katholische Kirche, die in vier Diözesen aufgliedert und seit der Kolonialzeit aktiv ist und den Krieg um die Unabhängigkeit Algeriens (1962) überlebt hat; dann die sogenannte „Protestantische Kirche von Algerien“, die 1975 die offizielle Anerkennung erhalten hat und Gläubige der Reformierten Kirche und neuer protestantischer Bewegungen umfasst (Evangelikale, Pfingstgemeinden, Baptisten und Methodisten).

Die Bekehrungen algerischer Muslime zum christlichen Glauben haben seit einigen Jahren stark zugenommen, vor allem in der Kabylei, obwohl Bekehrungen auch in anderen Regionen Algeriens stattfinden. Die Konvertiten gehören zum Großteil den evangelischen Bewegungen an, die offiziellen Angaben des Jahres 2010 zufolge bis zu sechs Algerier am Tag taufen. Diese Bewegungen leiden unter einem Mangel an Kirchengebäuden und Gebetsstätten, da die Behörden ihnen keine Baugenehmigungen erteilen. In der Kabylei, vor allem in und um Tizi-Ouzou, sind die Konvertiten einer feindseli-

gen Haltung der Islamisten ausgesetzt. Einige Muslime interessieren sich für den katholischen Glauben, da die Katholische Kirche weniger streng gegenüber den Taufanträgen ist als in der Vergangenheit.

Die Arbeit der christlichen Gemeinschaften ist schwieriger geworden, seitdem die algerische Regierung die Zahl und die Gültigkeitsdauer der Einreisevisa für das gesamte Kirchenpersonal – Priester, Ordensleute und sogar Laien – eingeschränkt hat. Wer ein Einreisevisum erhält, muss seine Tätigkeit in Algerien auf ein Mindestmaß beschränken. Außerdem werden bei der Einreise oft Gebetbücher beschlagnahmt.

Für einen Algerier hat der Übertritt zum Christentum oft gravierende Folgen, wie der Fall von Mahmoud Yahou belegt. Er wurde 1994 getauft und ist seit 1998 als Pastor aktiv: „Wir sind täglich Schikanen und Übergriffen ausgesetzt. Es gibt feindliche Blicke, böse Aussagen, absurde Gerüchte über die Gewohnheiten unserer Gemeinde, ganz zu schweigen von der ständigen Überwachung und den fortwährenden Kontrollen der Polizei“. Man hat Yahou die Erneuerung seines algerischen Reisepasses verweigert, da er „als Christ ein Vaterlandsverräter“ sei. Der Bürgermeister von Ath Atteli, dem Dorf in der Nähe von Tizi-Ouzou, in dem Mahmoud lebt, hat der christlichen Gemeinde angeordnet, von der Ausübung ihres Kultes abzusehen. Am 12. Dezember 2010 ist Yahou im Verlaufe eines Verfahrens, das gegen ihn angestrengt worden war, weil er in diesem Dorf eine illegale Kultstätte (eine einfache Wohnung) eröffnet und „Ausländern eine Unterkunft gewährt“ habe (obwohl diese ein regelmäßiges Visum hatten), zu drei Monaten bedingter Haft und zu 10 000 Dinare (100 Euro) Bußgeld verurteilt worden. Zusammen mit ihm sind vier weitere konvertierte Algerier angeklagt worden.

Zahlreiche ähnliche Fälle von Algeriern, die zum Christentum konvertierten, sind im zweiten Halbjahr 2010 gemeldet worden. Im September 2010 etwa sind zwei christliche Arbeiter, Hocine Hocini und Salem Fellak, festgenommen worden, weil sie sich während des Ramadan nicht an das Fastengebot gehalten hatten. Das Gericht von Aïn El-Hammam (Kabylei) hat sie „wegen Nichteinhaltung der Vorschriften und Beleidigung des Islam“ verurteilt. Dank des Einsatzes von Menschenrechtsorganisationen sind sie wieder freigelassen worden.

Im Mai 2011 musste Karim Siaghi, der 2007 zum Christentum konvertierte, wegen „Beleidigung des Propheten“ vor Gericht erscheinen. Er war von einem Nachbarn angezeigt worden, da er sich dessen Aufforderung, Mohammed zu huldigen, widersetzt und ihm im Gegenzug eine DVD über das Leben Christi gegeben hatte. Er wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt. Im Urteil heißt es: „Er hat die Anschuldigungen zurückgewiesen, doch impliziert seine Apostasie eine Schuldvermutung.“⁴

Algerien steht auch unter dem Einfluss der Monarchien der arabischen Halbinsel und der politischen Umwälzungen in den angrenzenden Ländern (Tunesien, Marokko, Libyen), in denen islamische politische Parteien bei den Wahlen nach den Revolutionen im Jahre 2011 die Mehrheit der Stimmen erzielt haben. Diese Re-Islamisierung hat den algerischen Staat veranlasst, Maßnahmen zu ergreifen, welche die Freiheit der Muslime einschränken. So ist es zum Beispiel den Algeriern verboten, ihren Kindern nichtmuslimische Namen zu geben oder sie in eine private Schule zu schicken, wenn dort der Islam, die Staatsreligion, nicht unterrichtet wird. Außerdem haben die Behörden die Schließung zahlreicher Kaffeehäuser, Diskotheken und Kinos, auch in Algier, angeordnet und wachen auch über die strenge Einhaltung des Fastengebots durch die Muslime während des Ramadan.

Quellen

Le Figaro

Le Monde

U.S. Department of State: Annual Report on International Religious Freedom, 2010 + 2011

ZENIT (Nachrichtenagentur)



Birma / Myanmar

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:			
50,5 Millionen	Buddhisten	74,5%	Sonstige	4,1%
	Animisten	9,7%		
	Christen	7,9%		
	Muslime	3,8%		

Politischer Reformprozess eingeleitet

Die katholische Kirche in Myanmar schaut mit vorsichtigem Optimismus in die Zukunft. Am Weihnachtsfest 2012 konnte sie erstmals seit langem ihre liturgischen Feiern gestalten, ohne vorher spezielle staatliche Genehmigungen dafür einholen zu müssen. Dies sei „ein gutes Zeichen“ in Hinsicht auf die Religionsfreiheit in Myanmar, wie Erzbischof Charles Bo aus Yangon (Rangun), der früheren Hauptstadt Myanmars, sagte.

Fünf Jahrzehnte lang wurde das Land mit eiserner Hand vom Militär regiert. Seit 2011 aber zeichnet sich überraschend ein Wandel ab. Unter Staatspräsident Thein Sein, dem ersten zivilen Präsidenten seit fünfzig Jahren, führte die burmesische Regierung eine Reihe politischer Reformen durch, die dem Land nach Jahrzehnten militärischer Diktatur und wirtschaftlicher Isolation zu einem neuen Aufschwung auf internationaler Ebene verhelfen sollten. Zu Beginn stand die internationale Gemeinschaft den Reformversprechungen mit Skepsis und Zurückhaltung gegenüber. Nachdem einige Monate verstrichen und erste Reformversuche unternommen worden waren – unter anderem Einführung des Streikrechts, erste Schritte zur Gründung einer freien Handelsunion, die teilweise Aufhebung der Medienszensur – überprüften die Vereinigten Staaten und die Europäische Union ihre Wirtschaftspolitik und Handelssanktionen und machten sie zum Teil rückgängig.

Im Januar 2012 entschied Präsident Thein Sein, im Rahmen eines Begnadigungsaktes eine Reihe burmesischer Dissidenten nach jahrelanger Haft aus den Landesgefängnissen freizulassen. Die zur Zeit in Kraft befindliche Bestimmung ist nur die letzte einer Reihe von Begnadigungen, die unter der „zivilen“ Regierung erlassen wurden, um den Status eines vollständig anerkannten Mitglieds innerhalb der internationalen Gemeinschaft wiederzuerlangen.

Als im Mai 2012 die legendäre Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi mit anderen Mitgliedern ihrer Partei offiziell Mitglied des burmesischen Parlaments wurde, drückten die Bischöfe von Myanmar ihre Zufriedenheit und Hoffnung angesichts der „neuen Vorwärtsentwicklung“ aus, die das Land nun mache.

Im November 2012 lobte US-Präsident Barack Obama bei einem Staatsbesuch in Myanmar die von der Regierung eingeleiteten Reformen. Es war das erste Mal, dass ein US-Präsident Myanmar besuchte. Zugleich appellierte Obama aber an die Regierung, allen gesellschaftlichen Gruppen gleiche Rechte zu gewähren. Das sei wesentlicher Bestandteil einer Demokratie. Myanmar habe sich in den vergangenen anderthalb Jahren in einem „dramatischen Übergang“ von mehr als fünf Jahrzehnten Diktatur befreit. „Ich bin heute gekommen, um mein Versprechen einzulösen und die Hand der Freundschaft zu reichen“, sagte Obama.

Wachsende ethnische und religiöse Spannungen

Überschattet wird der zaghafte Reformprozess allerdings von neuerlichen schweren ethnischen und religiösen Spannungen. Nach siebzehn Jahren Waffenstillstand brachen im Juni 2011 im Kachin-Staat im Norden Myanmars erneut Kämpfe aus zwischen der „Kachin Independence Army“, die für einen von Myanmar unabhängigen Kachin-Staat kämpft, und Regierungstruppen. Während der monatelangen Kämpfe sind mehr als 75.000 Menschen aus den Staaten Kachin und Shan geflüchtet.

Im Juni 2012 lösten die Vergewaltigung und der anschließende Mord an einer buddhistischen jungen Frau in der Provinz Rakhine im Westen Myanmars schwere Unruhen aus. Die Tat soll von Muslimen verübt worden sein, die zur Volksgruppe der Rohingya gehören. Aufgebrachte Buddhisten rächten sich, indem sie einen Bus überfielen und zehn Rohingya töteten. Die Gewalt eskalierte schnell, weitere Menschen wurden getötet, Häuser in Brand gesteckt, Angehörige beider Religionen mussten fliehen. Polizei und Militär griffen ein, die Regierung verhängte den Ausnahmezustand.

Christen leiden unter Diskriminierung

Im Mai 2011 veröffentlichte Ucanews auf ihrer Website ein Interview mit einigen burmesischen Priestern, die darum baten, anonym zu bleiben aus Angst vor Vergeltungsschlägen. Die Priester betonten, dass zwar einerseits Menschen unter der neuen halbzivilen Regierung „freier sind“, Christen hingegen immer noch unter „schwierigen Situationen“ und Ablehnung leiden. Einer von ihnen erzählte, dass er „Probleme“ dabei hatte, eine Baugenehmigung für eine Kirche zu bekommen. Ein anderer Priester, der ursprünglich aus dem Staat Shan kam, fügte hinzu, dass das Christentum „immer noch als eine fremde Religion angesehen wird“. Der Glaube an Christus wird zu einer Ursache für Diskriminierung „auch am Arbeitsplatz, besonders dann, wenn man eine Stelle in der öffentlichen Verwaltung sucht.“ Ein Priester aus Yangon fügte hinzu, dass die „Beamten immer eine Ausrede haben, um sicherzustellen, dass man den Job nicht bekommt.“

Am 16. Oktober 2011 drang eine Gruppe von Soldaten, die dem 438. Bataillon angehörte, gewaltsam in eine katholische Kirche in Namsan Yang (Township Waimaw), ein und übernahm die Kontrolle dieser Kirche. Als die Soldaten die Kirche betraten, befanden sich dort 23 Gläubige, hauptsächlich Frauen und ältere Menschen, die sich dort zur Morgenmesse versammelt hatten. Um sich davor zu schützen, erschossen zu werden, suchten die Gemeindeglieder hinter dem Altar der Lady Chapel Zuflucht. Die Soldaten schlugen den 49 Jahre alten Vikar nieder, der versuchte, wieder Ruhe in die Kirche zu bringen und die Gläubigen zu schützen. Am Ende legten ihm die Soldaten Handschellen an und verhafteten ihn gemeinsam mit vier weiteren Personen. Im selben Monat veröffentlichten die burmesischen Behörden einen Erlass, in dem sie alle Kirchengemeinden im Staat von Kachin aufforderten, jeweils fünfzehn Tage, bevor sie „Seminare halten und Bibelunterricht erteilen, den Katechismus unterrichten, sich zum Gebet versammeln und den Rosenkranz beten wollen“, einen schriftlichen Antrag zu stellen. Die Beamten fügten hinzu, dass im Falle der Genehmigung, diese von den zuständigen Behörden veröffentlicht würde.

Trotz der vielen Probleme war die katholische Gemeinschaft in Myanmar im Dezember 2011 in der Lage, ein besonderes Ereignis zu feiern, nämlich das hundertjährige Bestehen der Cathedral of Saint Mary in Yangon, deren drei-

jährige Restaurierung gerade abgeschlossen worden war. In einem Interview am Vorabend der Feierlichkeiten sagte Erzbischof Charles Bo, dass dieses Fest eine Gelegenheit sei „zur Versöhnung mit Gott, mit anderen Menschen und jeder einzelnen Person mit ihrem persönlichen Gewissen.“ In diesem Interview fügte der burmesische Prälat hinzu, dass der Versöhnungsprozess in Myanmar die burmesischen Katholiken mit einschlieÙe: „So wie wir uns darauf vorbereiten, die verlorene Liebe in Christus, die verfinsterte Wahrheit und die erkalteten persönlichen Beziehungen zu erneuern, müssen wir uns auch darum bemühen, unser Leben neu zu gestalten mit Beziehungen, die von echter Liebe geprägt sind.“ Er forderte jeden einzelnen auf, „für das Land zu beten, so dass wir ein Neues Jerusalem erleben“, in dem der Frieden und die Würde der Menschen wie diese neue Kathedrale leuchten werden. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die Bürger im Gebet und mit Hingabe auf eine neue Ära „vorbereiten“, die durch „echten Frieden“ gekennzeichnet ist. Die Kathedrale von Yangon ist der bedeutendste Kirchenbau in Myanmar und eine der bedeutendsten christlichen Stätten in ganz Asien. Die im gotischen Stil erbaute Kathedrale wurde über einen Zeitraum von drei Jahren vollständig restauriert. Die Schäden, die im Laufe der Zeit durch das Erdbeben im Jahr 1930, die Bomben des Zweiten Weltkrieges und den Zyklon Nargis im Jahr 2008 entstanden sind, haben ein Restaurierungsprojekt erforderlich gemacht, das erst in den vergangenen Wochen abgeschlossen werden konnte.

Die am 8. Dezember 2011, dem Fest der Unbefleckten Empfängnis, gefeierte Messe wurde auch von der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi besucht, die, obgleich Buddhistin, dem Gottesdienst von Anfang bis Ende beiwohnen wollte. Nach der Feier traf die Friedensnobelpreisträgerin Kardinal Renato Raffaele Martino, der den Mut von Aung San Suu Kyi lobte und sie bat, sich weiterhin für das Gute in diesem Land einzusetzen. Am Vorabend dieser Feierlichkeiten hatte die Führerin der „National League for Democracy“ (NLD) an die katholischen und protestantischen Bischöfe in Myanmar die eindringliche Bitte gerichtet, mitzuhelfen den Weg des Friedens aufzubauen, der zu „dauerhaften Reformen“ und wirklicher Demokratie führen muss.

Die „politische“ Verfolgung von Christen im Kachin-Staat

Die Unterdrückung ethnischer Minderheiten in Myanmar beinhaltet auch religiöse Elemente. Religiöse Diskriminierung scheint ein Mittel politischer Un-

terdrückung zu sein. Beide überschneiden sich und münden in Unterdrückung durch die Armee: Verletzung der Kulturfreiheit, Massaker, Vergewaltigungen und Gewalt jeglicher Art. All diese Dinge finden statt, während die Zentralregierung versucht, der internationalen Gemeinschaft ihre „gute“ Seite zu zeigen, um einen Dialog in Gang zu bringen, sowie Achtung und Konsens zu erlangen.

Am 19. Januar 2011 berichtete das Nachrichtenportal Compass Direct News, dass „die burmesische Armee systematisch Gebrauch von Zwangsarbeit, Folter und Vergewaltigung“ hauptsächlich unter den Christen der Chin-Volksgruppe mache und zwar in dem gleichnamigen Staat im Westen von Myanmar. In einem Bericht mit dem Titel „Life under the junta: Evidence of crimes against humanity in the Chin State“ (Leben unter der Junta: Nachgewiesene Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Chin-Staat), dokumentierten Aktivistinnen der Organisation „Physicians for Human Rights“ (PHR) (Ärzte für Menschenrechte) das „außergewöhnliche Maß an staatlicher Gewalt“ gegen die Volksgruppe der Chin, die zu neunzig Prozent christlich ist. Vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren dort christliche Missionare sehr aktiv. Verfolgung von Christen ist ein integraler Bestandteil einer breit angelegten landesweiten Kampagne, die darauf abzielt, eine „einheitliche“ Gesellschaft zu schaffen, in der es „nur eine praktizierte Religion gibt, nämlich den Buddhismus.“ Die Gewalt gegen die Chin ist insbesondere auf ihren christlichen Glauben zurückzuführen. Er ist die Ursache, weshalb die Gläubigen bedroht, angegriffen und getötet und ihre Häuser und ihr Eigentum zerstört werden.

Im Mai 2011 errangen Christen im Kachin-Staat einen ersten Sieg in einer Auseinandersetzung mit der Regierung. Diese hatte angeordnet, zwei historische Kreuze, die sich auf einer Bergspitze in einer Gegend befinden, wo der Irrawaddy-Staudamm gebaut werden soll, zu entfernen. Die Kreuze sind über 100 Jahre alt und wurden von zwei Kirchengemeinden in Tang Hpre gebaut, einem Dorf, das sich in der Nähe der Stelle befindet, an dem zwei Flüsse zusammenfließen. Die Christen konnten sich nun erfolgreich gegen die Anordnung der Regierung wehren: die Kreuze dürfen vorerst stehenbleiben.

Die Situation im Kachin Staat ist jedoch dabei, sich zu verschlimmern, und zwar so sehr, dass Mitte Juni 2011 ein Priester aus dem Norden von einem „Bürgerkrieg“ zwischen der burmesischen Armee und Rebellentruppen be-

richtete. Seit Ausbruch dieses Konfliktes sind Tausende auf der Flucht, viele von ihnen suchen Zuflucht in Kirchen. Der Appell, mit dem sich die Organisation „Christian Solidarity Worldwide“ (CSW) einen Tag nach dem ersten Zusammenstoß an die Vereinten Nationen und die Europäische Union wandte und um eine Intervention zur Beendigung des Konflikts bat, stieß auf taube Ohren. Einige Tage später wurde berichtet, dass die Zusammenstöße von der lokalen Opposition in der Bevölkerung ausgelöst worden waren wegen des Baus eines riesigen Energiewerkes einer chinesischen Firma. Dies Vorhaben hätte verheerende Auswirkungen auf die Umwelt in der Region der Kachin. Die Volksgruppe der Kachin würde dagegen kaum von dem Energieprojekt profitieren, da neunzig Prozent der erzeugten Energie für die Industrie in der chinesischen Provinz Sichuan gedacht sei.

Ende Juni 2011 wurde bereits von „ethnischen Säuberungen“ und einer „humanitären Krise“ berichtet, in der Priester und Nonnen alles Erdenkliche unternahmen, um der vom Krieg und durch grausame Unterdrückung traumatisierten zivilen Bevölkerung zu helfen. Es gibt bereits 20 000 Binnenflüchtlinge und ihre Zahl steigt ständig. Mindestens 5000 Menschen befinden sich in Laiza (einer Stadt an der chinesischen Grenze), über 2000 sind in der Stadt Shwegu, mehr als 10 000 in den Dörfern Manwing und Prang Hku Dung und Tausende sind in den Wäldern verstreut.

In einem von Radio Vatikan Mitte Juli 2011 ausgestrahlten Bericht hieß es, dass Zivilisten an der Front als „lebende Schutzschilde“ von der burmesischen Armee benutzt worden seien. In einem von der Organisation „Burma Campaign UK“ erstellten Bericht heißt es, dass „viele einfache Menschen, die in Dörfern leben, zwangsweise in Kriegsgebiete gebracht werden ... und als lebende Schutzschilde oder als Bombenlegerexperten“ ohne jegliche Erfahrung benutzt werden.

Trotz eines Waffenstillstandes, der einige Wochen andauerte, flammte der Konflikt im Oktober 2011 erneut auf mit all seiner tragischen Gewalt. Am 16. Oktober besetzten Soldaten der burmesischen Armee eine katholische Kirche im Dorf Namsan Yang, die Gläubigen wurden geschlagen und vertrieben, ein 19-jähriges Mädchen wurde von mehreren Soldaten vergewaltigt. Bewohner des Ortes beschrieben das Ausmaß der Gewalt als regelrechte „ethnische Säuberung“.

Im November 2011 griff die burmesische Armee ein Kinderheim auf dem Territorium der Kachin an und tötete dabei neunzehn Menschen, weitere Dutzende wurden verwundet. Eine Granate verletzte Mitglieder einer Gebetsgruppe, die sich zu einem Studium getroffen hatten, und zerstörte gleichzeitig drei weitere Gebäude. Die genauen Gründe für diese Gewalt gegen Wohltätigkeitseinrichtungen konnten nicht aufgeklärt werden.

Im Juni 2012 veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ (HRW) einen Bericht, wonach mehr als 10 000 Kriegsflüchtlinge aus dem birmanischen Kachin ohne humanitäre Hilfe in China leben. Sie hätten weder angemessene Unterkünfte noch genügend Nahrungsmittel, Trinkwasser, sanitäre Einrichtungen und medizinische Versorgung zur Verfügung. „Weder leistet die chinesische Regierung selbst Hilfe für die Flüchtlinge aus Kachin, noch erlaubt sie dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen oder anderen großen humanitären Organisationen den Zugang“, sagte HRW-Sprecher Phil Robertson bei der Vorstellung des Berichts „Isoliert in Yunnan“. Bescheidene Hilfe haben demnach bislang nur Kirchen in Kachin und in der chinesischen Provinz Yunnan sowie ein Netzwerk von Kachin-Organisationen geleistet. In den militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Armee und den Separatisten der „Kachin Independence Army“ im Kachin-Staat an der Grenze zu China sollen mehr als 70 000 Menschen vor der Gewalt geflüchtet sein. Auch die Flüchtlingslager in Myanmar selbst erhalten kaum humanitäre Hilfe, da die birmanischen Behörden nur sporadisch Hilfstransporte durchlasse. In dem Konflikt gehe es vor allem auch um reiche Rohstoffvorkommen in Kachin sowie die Sicherung milliardenschwerer chinesischer Investitionen in Infrastrukturprojekte zur Energieversorgung Chinas, etwa Staudämme und Pipelines.

Buddhistische Mönche immer noch im Gefängnis

Trotz der politischen Wende und obwohl die Regierung Reformen und Demokratie versprochen hat, befinden sich noch immer Hunderte von Menschenrechtsaktivisten im Gefängnis, darunter burmesische buddhistische Mönche, die an der Safran-Revolution (der Name ist durch die Farbe der Mönchskleidung inspiriert) im Sommer 2007 beteiligt waren, die von der Militärjunta gewaltsam niedergeschlagen wurde. Der Theravada-Buddhismus – die am weitesten verbreitete Religion in Myanmar – wird von den Behörden

heute immer noch streng kontrolliert und von einer großen Gruppe älterer Mönche unterstützt, die sorgfältig darauf achten, keine Spannungen mit Regierungsführern zu erzeugen. Am 27. September 2011, vier Jahre nach der Safran Revolution, schritten Polizisten mehrmals in großer Anzahl ein, um jegliche Art von Straßenprotesten zu verhindern.

Mitte November 2011 organisierten fünf Mönche unter der Führung von Ashin Sopaka in Mandalay eine Protestkundgebung, bei der sie die Hymne der Safran Revolution sangen. Die fünf Mönche wurden von einer Gruppe älterer Mönche, unter der sich der Präsident des örtlichen Sangha-Komitees befand, unter Druck gesetzt, die Protestkundgebung zu stoppen, da sie Vergeltungsmaßnahmen durch die Regierung und das Militär befürchteten. Einige Informationsquellen berichten jedoch, dass das Einschreiten der „Ältesten“ das Resultat einer von der Regierung aufgegriffenen Strategie sei, die Blutvergießen und schlechte Publicity in den Augen der internationalen Gemeinschaft vermeiden wolle. Die Regierung „benutzte“ deshalb die älteren buddhistischen Führer, damit diese die jüngeren Mönche davon „abhielten“, ihre Proteste fortzusetzen. Die burmesischen Behörden verhängten eine Nachrichtensperre über dieses Thema und stoppten die Ausstrahlung von Aufnahmen oder Nachrichten in allen wichtigen Medien.

Am Nachmittag des 16. November 2011 hörten jedoch mindestens 1200 Menschen die Rede des Mönchs Ashin Sopaka, des Anführers der Proteste, der ebenso wie seine Brüder ursprünglich aus Yangon kommt. In einer 15-minütigen Rede wiederholte er die Forderungen, die er bereits tags zuvor gemacht hatte, nämlich die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Beendigung der Auseinandersetzungen zwischen Militär und ethnischen Minderheiten und die Redefreiheit sowie Gewissensfreiheit für die Mönche. „Wir sind sehr zufrieden“, fügte Ashin Sopaka, hinzu und sagte, dass er darauf vertraue, dass das Beste passieren werde, er aber auch auf das Schlimmste gefasst sei. Die „Democratic Voice of Burma“ (DVB) zitierte lokale Informationsquellen, wonach die fünf Mönche noch am selben Abend die „Maha Myatmuni“-Pagode, wo die Proteste begonnen hatten, verlassen und Zuflucht im Masoeyein-Kloster gesucht hatten, das sich ebenfalls in Mandalay befindet, wo sie sich sicherer fühlten für den Fall, dass die Behörden eingreifen sollten. Auf dem Weg dorthin wurden sie von ungefähr eintausend Menschen eskortiert, die bereit waren, sie vor einem Eingreifen der Sicherheitskräfte zu schützen. In

den darauffolgenden Tagen verzichteten sie auf die extremeren Protestarten, um ein Eingreifen der Behörden zu vermeiden.

Die verfolgte muslimische Minderheit der Rohingya

Die Rohingya sind eine der vielen ethnischen Minderheiten in Myanmar und leben vorwiegend in der westlichen Region des Landes nahe der Grenze zu Bangladesch im nördlichen Teil der Provinz Rakhine. Etwa eine Million Rohingya leben dort. Die große Mehrheit von ihnen sind Muslime. Die Rohingya haben ihre eigene Kultur und eine eigene Sprache. Ihr Dialekt ähnelt sehr dem, der in einer Gegend von Bangladesch gesprochen wird, in die viele dieser ethnischen Gruppe gezogen sind, um vor der Verfolgung durch die burmesische Junta zu fliehen. Die Regierung verweigert ihnen die myanmari-sche Staatsbürgerschaft, womit sie staatenlos sind. Weiter wird ihnen das Recht verweigert, eigenes Land zu besitzen, zu reisen oder ohne „besondere Erlaubnis“ der Behörden zu heiraten.

Vertreibung und Gewalt gegen die Rohingya sowie ihre verzweifelte Flucht ins Ausland dauerten auch im Jahr 2011 an. Aktivisten von „Human Rights Watch“ (HRW) berichteten, dass zwischen dem 21. und dem 23. Januar 2011 158 Menschen nach einer langen und gefährlichen Seereise auf überfüllten Booten in Thailand angekommen seien. Sie wurden zunächst von den Behörden in Bangkok gestoppt und in speziellen Gefängnissen, die für illegale Einwanderer vorgesehen sind, inhaftiert, wo sie auf 53 weitere Gefangene stießen, die dort bereits seit 2009 gefangen gehalten werden. Einige Tage später, am 2. Februar, berichteten HRW Aktivisten von der harten Linie, die die thailändischen Behörden verfolgten, die bei verschiedenen Gelegenheiten dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen den Besuch von Gefängnissen verweigerten. Er wollte prüfen, ob sich unter den 200 Gefangenen jemand befindet, der für politisches Asyl infrage kommt. Brad Adams, der Direktor von HRW in Asien, sagte: „die Verfolgung, der die Rohingya in Myanmar ausgesetzt sind, ist scheußlich, aber Bangkok ignoriert weiterhin diese Angelegenheit.“

Die Tragödie der muslimischen Minderheit löste Mitte Dezember 2011 noch einmal Schlagzeilen aus, als mehrere Nichtregierungsorganisationen erneut Alarm für die 28 000 Flüchtlinge schlugen, „die riskierten, von Bangladesch

ausgewiesen zu werden.“ Bei dem Versuch, die Beziehungen mit der Regierung in Dhaka zu verbessern, akzeptierte Myanmar Mitte Dezember 2011 die Rückkehr von Zehntausenden Rohingya, ohne ihnen jedoch Reisefreiheit zu gewähren. Neben den offiziell registrierten Flüchtlingen geht man von schätzungsweise einigen Hunderttausend Rohingya aus, die in Bangladesch als illegale Flüchtlinge unter unmenschlichen Bedingungen leben.

Nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind in den vergangenen zwanzig Jahren etwa 300 000 Rohingya nach Bangladesch geflüchtet. Nur knapp 30 000 von ihnen sind offiziell registriert und leben in zwei vom UNHCR betreuten Lagern. Die anderen halten sich illegal in Bangladesch auf.

Im Juni 2012 brachen in der Provinz Rakhine erneut schwere Unruhen aus. Eine buddhistische junge Frau war vergewaltigt und ermordet worden. Die Tat soll von Muslimen verübt worden sein, die zur Volksgruppe der Rohingya gehören. In einem Akt der Rache überfielen aufgebrachte Buddhisten einen Bus und töteten zehn Rohingya. Angehörige der Volksgruppe der Rohingya überfielen daraufhin mehrere von Buddhisten bewohnte Dörfer, griffen die Bewohner an und steckten zahlreiche Häuser in Brand. Polizei und Militär griffen ein, konnten die Eskalation der Gewalt aber nicht verhindern. Etwa achtzig Menschen wurden getötet, Zehntausende ergriffen die Flucht. Schließlich verhängte die Regierung den Ausnahmezustand.

Im September 2012 kam es in der Stadt Mandalay zu Protestmärschen von Hunderten von buddhistischen Mönchen und etwa fünftausend weiteren Birmanern, die eine Ausweisung der muslimischen Rohingya aus Myanmar forderten.

Bei weiteren blutigen Auseinandersetzungen im Rakhine-Staat im Oktober 2012 wurden über einhundert Menschen getötet, mehr als viertausend Häuser wurden niedergebrannt und mehr als 22 500 Menschen sind vor der Gewalt geflüchtet .

Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)
Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen - PIME)
Christian Post
Christian Solidarity Worldwide
Compass News Direct
Human Rights Watch
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
Mizzima News
Radio Vatikan, Newsletter
The Irrawaddy
Union of Catholic Asian News (UCAN)



China

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
1.339,7 Millionen	Religionslose 39,5%	Buddhisten 13,5%
	Traditionelle, chinesische Religionen 32,1%	Christen 8,6%
		Sonstige 6,3%

Staatlicher Druck auf Kirchen wieder größer

In China wurden in der letzten Zeit ausgesprochen viele Verletzungen der Menschenrechte und der Religionsfreiheit verzeichnet. Zusätzlich zu den schon vorhandenen Kontrollen offizieller Gemeinden und der Kriminalisierung der Aktivitäten nichtoffizieller Gemeinden oder von Untergrundgemeinden sind besonders die beiden folgenden Aspekte für religiöse Gruppen von aktueller Bedeutung:

a) die Regierung in Peking fürchtet, China könnte von einem ähnlichen „Frühling“ betroffen werden, wie jener, der in Nordafrika und im Nahen Osten die Machthaber aus dem Wege geräumt hat. Nur zu schnell haben Analysten die Ähnlichkeiten zwischen diesen Ländern und China erkannt: eine diktatorische Regierung, ein großes Gefälle zwischen Reichen und Armen, Mangel an grundlegenden Freiheiten, Arbeitslosigkeit, ein hoher Prozentsatz an Jugendlichen, die eine Veränderung anstreben. Diese Ängste haben das Regime gegen jede nicht ausdrücklich erlaubte religiöse Tätigkeit misstrauisch gemacht.

b) Auf dem 18. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas wurde im November 2012 in Peking eine neue Führungsriege gewählt: Xi Jinping als zukünftiger Staatspräsident und Li Keqiang als zukünftiger Premierminister werden ihre Ämter voraussichtlich im März 2013 antreten. Damit kommt die sogenannte „fünfte Führungsgeneration“ an die Macht. Die zwei neuen Führungsspitzen sind sogenannten „Prinzchen“ (englisch Princelings), das heißt Söhne von Spitzenfunktionären der Partei und bekannt für ihren Pragmatismus und ihr Engagement, China wirtschaftlich und politisch auf internationaler Ebene zu stärken. Die Delegierten stimmten für die Aufnahme des „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ in die Reihe der Leitideologien. In diesem vom bisherigen Generalsekretär und Staatspräsidenten Hu Jintao propagierten Konzept geht es um eine ausgeglichene und nachhaltige Entwicklung

als Beitrag zu einer „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“. Auch der „Aufbau einer ökologischen Zivilisation“ zählt nun zu den Zielen der Partei. Vertreter der katholischen Kirche in China erwarten von der neuen Parteileitung keine großen Veränderungen in Sachen Religionsfreiheit.

Im Vorfeld des Parteitags hatten innerparteiliche Kämpfe zwischen verschiedenen Gruppen die Kommunistische Partei erschüttert. Ein Beispiel dafür war der Fall des Parteifunktionärs Bo Xilai, der unter dem Vorwurf von Korruption, Amtsmissbrauch und Affären abgesetzt und aus dem Politbüro und dem Zentralkomitee entlassen wurde. Um die Unterstützung der öffentlichen Meinung zu erhalten, haben viele Parteifunktionäre Slogans, Lieder, Verhaltensweisen und Methoden aus Maos Zeiten aufgegriffen und versucht, durch Angriffe auf mutmaßliche „Feinde“ von Partei und Gesellschaft, darunter die religiösen Gemeinschaften, ihre ideologische Korrektheit und Linientreue zu beweisen.

Mehr als in anderen Jahren gab es zahlreiche Verhaftungen von Christen (Katholiken und Protestanten), Muslimen und (tibetischen) Buddhisten sowie Andersdenkenden, Menschenrechtsanwälten, Aktivisten für die Demokratie, Bloggern, Künstlern (wie Ai Weiwei) und Journalisten.

Die Polizei erhielt mehr Befugnisse, um diejenigen „festzunehmen“ und monatelang in Haft zu halten, die wegen Handlungen gegen die nationale Sicherheit oder wegen Terrorismus und Bestechung „verdächtig“ wurden. Geplant sind Abänderungen der geltenden Gesetze, um den Personen das Recht zu verweigern, im Falle einer Verhaftung ihren Anwalt oder ihre Familie zu informieren. Laut chinesischem Gesetz können Personen ohne formelle Anklage bis zu sechs Monate unter Hausarrest gestellt werden. Ein Änderungsantrag sieht vor, dass die Behörden „Verdächtige“ auch an geheimen Orten, die nicht ein Gefängnis oder eine Polizeistation sind, festhalten können. Obwohl diese Abänderung noch nicht verabschiedet worden ist, wurde sie im Fall des Künstlers Ai Weiwei und vieler Gläubigen bereits angewendet.

China fürchtet auch, die verbreitete Unzufriedenheit der Bevölkerung könnte in religiösen Formen zum Ausdruck kommen und die Reihen jener stärken, die mehr Freiheit und weniger Kontrollen wollen.

Gleichzeitig suchen einige Dissidenten in der Religion, vor allem im Christentum, die ideelle Basis für ihre Aktionen. Viele bekehren sich und lassen sich taufen. Auch innerhalb der Kommunistischen Partei wenden sich Politiker dem Christentum zu, was die Parteileitung in einigen Fällen zu ausdrücklichen Verurteilungen veranlasste.

In der Ausgabe der parteinahen Zeitschrift Qiu Shi (Die Wahrheit suchen) von Mitte Dezember 2011 sprach Zhu Weiqun, Vizepräsident der Einheitsfront, eine Warnung aus: „Wenn wir die Parteimitglieder an die Religion glauben lassen“, so schrieb er, „wird dies unvermeidlich zu internen Spaltungen in der Organisation und Ideologie der Partei führen“. Zhu Weiqun hatte in der Tibet-Frage und mit dem Boykott jedes Dialogs mit dem Dalai Lama Karriere gemacht. Im maoistischen Stil fügte er hinzu: „alle Religionen sind ausnahmslos idealistischer Natur. In der Philosophie besteht ein grundlegender Konflikt zwischen Materialismus und Idealismus, die nicht mit einander existieren können, weder auf Ebene des Einzelnen noch in der politischen Partei“. Würde man den Parteimitgliedern einen religiösen Glauben gestatten, so würde dies nach Ansicht von Zhu den Marxismus und die führende Ideologie des Landes untergraben, die Partei in der Bekämpfung separatistischer Bewegungen (damit sind vor allem tibetische Buddhisten und turksprachige muslimische Uiguren gemeint) schwächen und die Rolle der Partei bei der Kontrolle der Religionen beeinträchtigen.

In der darauffolgenden Nummer der Zeitschrift Qiu Shi, der letzten des Jahres, beschimpfte selbst Staats- und Parteichef Hu Jintao die „feindseligen Mächte, die versuchen, China zu verwestlichen“. Obwohl China den Status einer Weltmacht erreicht habe, sei seine Kultur immer noch „schwach“ und unfähig, die Welt zu beeinflussen. Daher müsse China „kräftige Maßnahmen“ ergreifen, um die kulturelle Kolonisation durch den Westen zu vermeiden. Nach Ansicht von Hu „steht die Kraft der chinesischen Kultur und ihres internationalen Einflusses nicht im Einklang mit Chinas internationalem Status“. Aus diesem Grund müsse China größere Bemühungen unternehmen, um die chinesische Kultur zu entwickeln, damit sie „den zunehmenden geistigen und kulturellen Anforderungen des Volkes entspricht“. Gleichzeitig „müssen wir uns der Ernsthaftigkeit und Komplexität der Kämpfe bewusst werden und einschneidende Maßnahmen ergreifen, um zu einer Lösung zu gelangen“.

Nach Ansicht einiger Analysten umfasst die Bekämpfung „feindlicher Mächte“ auch den Kampf gegen das Christentum und den Katholizismus, die als die „Essenz der westlichen Kultur“ angesehen werden. „Feindliche internationale Mächte verstärken ihre Bemühungen, um uns zu verwestlichen und auseinanderzubringen“, so schrieb Hu in seinem Artikel und bemerkte, dass „ideologische und kulturelle Bereiche“ die Hauptziele seien. In ihren Ansprachen beziehen sich Parteimitglieder oft auf den Vatikan und den Papst als „ausländische Mächte“, die versuchten, China „unter dem Vorwand der Religion zu zerstören“.

Am 30. Juli 2012 veröffentlichte das US-amerikanische Außenministerium seinen jährlichen „Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit“, in dem es den Stand der Religionsfreiheit in fast 200 Ländern und Regionen der Erde dokumentiert. Der Volksrepublik China wird darin vorgeworfen, dass es 2011 eine „deutliche Verschlechterung“ bei der Religionsfreiheit gegeben habe.

Katholische Kirche

Im spezifischen Fall der Katholiken haben die Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung (CKPV), die Einheitsfront und Vertreter der regimetreuen Offiziellen Kirche damit gedroht, Dutzende neue Bischöfe ohne Genehmigung des Heiligen Stuhls zu weihen. Die CKPV ist das Regierungsorgan, das die staatlich registrierte Kirche kontrolliert und steuert.

Anthony Liu Bainian, Ehrenpräsident der CKPV, erklärte, die Kirche in China würde ihre Bischöfe ohne Auftrag des Papstes weiterhin „selbst wählen“ und „selbst weihen“. Auch der exkommunizierte Bischof Guo Jincai erklärte, die Kirche in China werde selbstgewählte Bischöfe in mindestens „sieben Diözesen“ weihen.

Im Laufe des Jahres 2011 hatte der Heilige Stuhl wiederholt erklärt, ein päpstliches Mandat für neu geweihte Bischöfe sei ein wesentlicher Aspekt des katholischen Glaubens und eine dem Glauben innewohnende Notwendigkeit.

Gleichzeitig unterstrich der Heilige Stuhl – wie schon Papst Benedikt XVI. in seinem Brief an die Katholiken in China (Juni 2007) –, dass das Ziel der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung, eine unabhängige, vom

Papst getrennte Kirche aufzubauen, mit dem katholischen Glauben „unvereinbar“ sei.

Trotzdem haben die CKPV und die Regierung im Falle von Bischofsweihen eingegriffen. Einige wurden gestrichen, andere aufgeschoben. Wieder andere wurden unrechtmäßig (ohne päpstlichen Auftrag) vorgenommen. In einigen Fällen haben exkommunizierte Bischöfe ihre Anwesenheit aufgedrängt, obwohl sie laut katholischer Lehre keine Sakramente spenden und empfangen dürfen. In anderen Fällen wurden papsttreue Bischöfe von der Polizei zur Teilnahme an unrechtmäßigen Weihen gezwungen.

Bischofsweihen

Die Weihe des Priesters Shen Guoan zum Bischof von Wuhan (Provinz Hubei), die für den 9. Juni 2011 festgelegt war, wurde von der Regierung ohne Erklärung verschoben. Sie wäre unrechtmäßig gewesen, da sie ohne Zustimmung des Papstes erfolgt wäre. Der Ehrenpräsident der CKPV, Antonio Liu Bainian, verlangte, dass der Vatikan „nicht in die Arbeit selbst gewählter und selbst geweihter Bischöfe eingreift“. Die lokale katholische Bevölkerung und Ordensfrauen aus der Diözese waren gegen die Weihe und lehnten die Entscheidung der CKPV ab. Auch der Kandidat selbst wollte nicht geweiht werden. Die Ordensfrauen organisierten sogar einen öffentlichen Protest, um die volle Religionsfreiheit und den Respekt vor dem katholischen Glauben zu fordern.

Am 29. Juni 2011 sollte der 43-jährige Priester Joseph Sun Jigen zum Bischof-Koadjutor (also zum Bischof mit dem Recht zur Nachfolge des noch amtierenden Diözesanbischofs) der Diözese Handan (Provinz Hebei) geweiht werden. Der Vatikan hatte dazu seine Zustimmung erteilt und auch die Regierung war im Prinzip einverstanden, wollte aber einen anderen Termin und bestand zudem darauf, dass auch Bischof Guo Jincai von Chengde an der Weihe teilnehmen sollte. Dieser wird aber von Rom nicht anerkannt, weil ohne Zustimmung des Papstes geweiht. Um die sich daraus ergebenden Komplikationen zu umgehen, weihte der 89-jährige Diözesanbischof Yang Xi-angtai Priester Sun bereits am 21. Juni heimlich zum Bischof. Am 26. Juni erschien die Polizei, die von der heimlichen Weihe offensichtlich nichts wusste, und brachte Sun Jigen nach Shijiazhuang in ein Gästehaus und hielt ihn dort

fest. Die Priester der Diözese protestierten auf der Website des Bistums gegen dieses Vorgehen und forderten die Freilassung des „Bischofskandidaten“. Während dieser Tage wurden die meisten Priester und auch katholische Familien der Diözese von der Polizei überwacht. Zu der offiziellen Weihe am 29. Juni kam es nicht. Am 2. Juli wurden die Priester Huai Jianting (Kanzler der Diözese Handan) und Liu Xiuhua (Konsultor der Diözese) von Behördenvertretern gewaltsam „mitgenommen“, und von ihnen erfuhren die Beamten, dass Sun Jigen bereits geweiht sei. Am 5. Juli wurde Bischof Sun von der Polizei freigelassen. Die Regierung erkennt seine heimliche Weihe aber nicht an und untersagt ihm, sein Bischofsamt auszuüben. Die beiden festgenommenen Priester wurden später freigelassen, Huai Jianting allerdings erst Anfang September 2011.

Am 29. Juni 2011 wurde der 48-jährige Priester Paul Lei Shiyin ohne päpstlichen Auftrag zum Bischof von Leshan (Provinz Sichuan) geweiht. Sieben Bischöfe, die in Gemeinschaft mit dem Heiligen Vater stehen, nahmen an der Weihe teil. Auf Anordnung der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung (CKPV) fand die Messe genau am Fest der Heiligen Petrus und Paulus statt. Dies war die erste Bischofsweihe nach der vom Heiligen Stuhl veröffentlichten Erklärung, nach der all jene, die als Kandidaten oder weihende Bischöfe an unrechtmäßigen Weihungen teilnehmen, automatisch exkommuniziert werden. Lei Shiyin wurde am 30. November 1991 zum Priester geweiht. Er ist Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, eines beratenden Organs des chinesischen Parlaments. Er ist auch Vizepräsident der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung und Präsident der CKPV der Provinz Sichuan. Der Vatikan hatte den Kandidaten kontaktiert und aufgefordert, sich nicht weihen zu lassen. Laut Heiligem Stuhl ist Lei Shiyin für das Bischofsamt nicht geeignet. Einige Tage nach der Weihe verkündete das Presseamt des Heiligen Stuhls die Exkommunikation des geweihten Bischofs („*excommunicatio latae sententiae*“: eine Exkommunikation als Tatstrafe, die mit dem Vergehen automatisch eintritt) sowie die mögliche Exkommunikation jener Bischöfe, die an der Weihe teilgenommen hatten.

Am 14. Juli 2011 wurde der Priester Joseph Huang Bingzhang unrechtmäßig (ohne päpstlichen Auftrag) zum Bischof von Shantou (Provinz Guangdong) geweiht. Acht Bischöfe, die in Gemeinschaft mit dem Heiligen Vater stehen, nahmen an der Weihe teil. Einige von ihnen erklärten später, sie seien zur Teil-

nahme gezwungen worden. Der von Rom anerkannte Bischof Paul Pei Junmin (Diözese Liaoning), der von den Behörden für den Vorsitz der Bischofsweihe designiert war, konnte sich widersetzen und nahm an der Feier nicht teil. Der Vatikan hatte die Weihe von Joseph Huang Bingzhang nicht genehmigt, da die Diözese Shantou bereits einen Bischof hat: Zhuang Jianjian, der 2006 im Auftrag des Vatikans im Geheimen zum Bischof geweiht wurde, von der Regierung aber nicht anerkannt und seither von der CKPV in seiner Arbeit behindert wird. Nach Ansicht des Vatikans ist Joseph Huang Bingzhang des Bischofsamtes „nicht würdig“, weil er zu eng an die Politik gebunden sei. Seit 1998 ist er Mitglied des Nationalen Volkskongresses, d.h. des chinesischen Parlaments. Er ist zudem auf nationaler Ebene Vizepräsident der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung sowie Präsident der CKPV in der Provinz Guangdong. Auch in diesem Fall verkündete der Vatikan die Exkommunikation des unrechtmäßig geweihten Bischofs sowie die mögliche Exkommunikation der Weihenden Bischöfe, sollten sie freiwillig an der Feier teilgenommen haben.

Am 25. Juli 2011 veröffentlichte die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua eine Erklärung des Büros für religiöse Angelegenheiten (SARA). Darin wurden die „unzumutbaren und brutalen Drohungen“ des Vatikans sowie dessen „Anklagen wegen der Weihe von Bischöfen der katholischen Kirche Chinas“, vor allem der Weihungen in Leshan (29. Juni 2011) und Shantou (14. Juli 2011), verurteilt. Das Büro teilte weiter mit, dass die Exkommunikation die katholische Kirche Chinas „zutiefst verletzt“ habe und die Priester und Laien „traurig mache“, wobei es die Worte („zutiefst verletzt“ und „traurig mache“) wiederholte, die vom Vatikan verwendet worden waren, um die Reaktionen der Universalkirche und des Papstes auf die unrechtmäßigen Weihungen zu beschreiben. Das Büro für religiöse Angelegenheiten unterstrich, dass die „zwei neu geweihten Bischöfe sehr gläubig, rechtschaffen und kompetent sind und von ihren Priestern und den gläubigen Laien unterstützt werden“. Schon in den 1950er Jahren habe der Vatikan Bischöfen und Priestern mit der Exkommunikation gedroht, weshalb „Priester und Laien der chinesischen katholischen Kirche unter einem großen historischen Trauma leiden“. Die katholische Kirche Chinas habe sich damals zum Weg der Selbstwahl und Selbstweihe von Bischöfen entschlossen und wolle ihn jetzt noch entschiedener gehen. Der Vatikan wurde aufgefordert, die jetzigen Exkommunikationen zu widerrufen und auf den Pfad des echten Dialogs zurückzukehren.

Vermutlich als Vergeltungsmaßnahme für die vom Vatikan erklärten Exkommunikationen wurde in den darauffolgenden Wochen insgesamt neun katholischen Priestern, die meisten von ihnen mit Wohnsitz in Hongkong, die Einreise nach China verweigert. Sie wurden am Grenzübergang bzw. am internationalen Flughafen von Peking zurückgewiesen, obwohl sie im Besitz eines gültigen Visums waren. Anderen wiederum wurde das Arbeitsvisum für China gestrichen.

Am 30. November 2011 wurde der 1964 geborene Priester Peter Luo Xuegang mit päpstlichem Auftrag vom 95-jährigen Ortsbischof Chen Shizhong (Diözese Yibin in der Provinz Sichuan) zum Koadjutor des Bischofs geweiht. Allerdings nahm der exkommunizierte Bischof Lei Shiyin (Diözese Leshan) an der Feier teil, und zwar gegen den Wunsch des Heiligen Stuhls, der die Teilnahme exkommunizierter Bischöfe an katholischen Feiern verbietet. In den Tagen vor der Bischofsweihe hatte er in einem Interview erklärt, die Kirche in China sei „herangewachsen“ und müsse ihren Weg autonom weiter verfolgen. Einige Tage danach rühmte er sich, dass er mit den anderen Bischöfen als „einer von ihnen“ mitzuleben habe. Die Bischofsweihe fand unter strengen Sicherheitsvorkehrungen statt, da die Behörden Protestaktionen der Gläubigen gegen die Teilnahme von Lei Shiyin befürchteten. Für die Priester wurde „Sicherheitsschutz“ rund um die Uhr angeordnet, viele Polizeibeamte und Polizeihunde kamen zum Einsatz, Mobiltelefone, Kameras und die Mitnahme von Flüssigkeiten in die Kathedrale waren verboten. Die Internetseite der Diözese war den ganzen Tag lang unzugänglich.

Der Leiter des vatikanischen Presseamtes, Pater Federico Lombardi, sagte anschließend gegenüber Journalisten, die Anwesenheit des exkommunizierten Bischofs Paul Lei Shiyin habe „Missbilligung und Befremden auf Seite der Gläubigen“ ausgelöst. Dass Lei Shiyin an der Weihehandlung und der Eucharistiefeier mitgewirkt habe, sei „Ungehorsam gegen die Normen der Kirche“ und verschlechtere seinen kirchenrechtlichen Status noch weiter. In einer „normalen Situation“ hätte die Anwesenheit von Lei Shiyin verhindert werden müssen. Unter den gegebenen Umständen sei das aber den anderen weihenden Bischöfen „nicht ohne schwerwiegende Nachteile“ möglich gewesen.

Nach Ansicht von Kardinal Joseph Zen aus Hongkong ist die Weihe von Yibin „der Triumph der staatlichen Kontrolle über die Religionsfreiheit der Gläubi-

gen“. Auch Erzbischof John Hung von Taipei steht der Forderung Pekings, die Weihen zu kontrollieren, kritisch gegenüber. „Handelsgesellschaften, die Büros in China eröffnen, haben das Recht, ihre Bürochefs selber zu ernennen. Peking hingegen will die Bischöfe der Katholischen Kirche bestimmen. Mit anderen Worten: die Kirche hat weniger Rechte als ein gewöhnlicher Laden.“

Am 19. April 2012 wurde der 47-jährige Priester Joseph Chen Gongao zum Bischof von Nanchong (in der Provinz Sichuan) geweiht. Er war bereits im Jahr 2002 vom Vatikan als geeigneter und legitimer Bischofskandidat anerkannt und 2010 auch von der Diözese Nanchong als Kandidat gewählt worden. Die Bischofsweihe, die von fünf rechtmäßig geweihten Bischöfen vorgenommen wurde, wurde überschattet von der Teilnahme des vom Vatikan nicht anerkannten Bischofs Paul Lei Shiyin aus der Diözese Leshan. Dieser war am 29. Juni 2011 ohne päpstliches Mandat geweiht und daraufhin vom Heiligen Stuhl exkommuniziert worden. Der Bischofssitz von Nanchong war seit dem Jahr 2004 vakant gewesen.

Am 25. April 2012 wurde der 51-jährige Priester Methodius Qu Ailin zum Bischof der Diözese Changsha (in der Provinz Hunan) geweiht. Die Weihe war von Rom genehmigt und fand auch die Zustimmung der chinesischen Regierung. Die Weihezeremonie wurde geleitet von Bischof Joseph Li Shan aus Peking, weitere von Rom anerkannte Bischöfe nahmen teil. Allerdings war auch hier ein illegitimer Bischof anwesend: Joseph Liu Xinhong aus der Diözese Wuhu (in der Provinz Anhui), der 2006 ohne Erlaubnis aus Rom geweiht worden war. Lediglich zweihundert Gläubige nahmen an dem Gottesdienst teil. Der Bischofssitz der Diözese Changsha war seit dem Jahr 2000 vakant gewesen. Aus Sicht des Vatikans hat die Provinz Hunan vier Diözesen und fünf Apostolische Präfekturen. 1991 erfolgte in der offiziellen Kirche eine Umstrukturierung in sechs Diözesen, die 1999 schließlich zur Diözese Hunan zusammengelegt wurden. Da Rom diese administrativen Veränderungen nicht anerkennt, gilt Bischof Qu als Bischof von Changsha und Administrator aller anderen Kirchenterritorien in der Provinz.

Vom 23. bis 25. April 2012 tagte im Vatikan zum fünften Mal die von Papst Benedikt XVI. im Jahr 2007 eingerichtete China-Kommission. Unter den etwa dreißig Teilnehmern waren Leiter der römischen Dikasterien, chinesische Bi-

schöfe aus Hongkong, Macau und Taiwan sowie Vertreter von Ordensgemeinschaften. Zum Abschluss ihres Treffens veröffentlichte die Versammlung das Kommuniqué „Möge das Antlitz der Kirche mit Klarheit inmitten des edlen chinesischen Volkes leuchten“. Hauptthema der Tagung war die Rolle der Laien in der katholischen Kirche in China. Ein wichtiger Punkt waren aber auch die illegalen Bischofsweihen der letzten Zeit.

Im Mai 2012 äußerte sich der Präfekt der Kongregation für die Evangelisierung der Völker in einem Interview mit der Zeitschrift „30 Giorni“ auch zur Frage der Bischofsweihen in China. Das Amt des Bischofs sei nicht von politischer, sondern von geistlicher Natur. Deshalb seien für Bischöfe andere Auswahlkriterien maßgeblich als für Partei- oder Staatsfunktionäre. Dies müsse von den chinesischen Behörden respektiert werden. Natürlich müssten Bischöfe – wie andere Bürger auch – loyal zu ihrem Land sein und dem Kaiser geben, was des Kaisers sei. Für die Gläubigen aber sei es entscheidend, dass die Bischöfe treu zur Lehre der Kirche stehen. Das Volk Gottes in China habe durch das jahrzehntelange Leiden einen besonders feinen Glaubenssinn („sensus fidei“) entwickelt.

Am 9. Mai 2012 wurde auf der gemeinsamen Internetseite von Patriotischer Vereinigung und offizieller (von Rom nicht anerkannter) katholischer Bischofskonferenz ein Kommentar von einem Laienchristen unter dem Pseudonym Xiaoyang („Lamm“) veröffentlicht. Darin wurde das Kommuniqué der Chinakommission, die im April 2012 im Vatikan getagt hatte, kritisiert: es schade der Einheit der katholischen Kirche in China und sei weder für die pastorale Arbeit noch für die Evangelisierung von Nutzen. Einige Mitglieder der Kommission hätten nur ein unzureichendes Verständnis für die Situation der Kirche in China und die wahren Bedürfnisse der Gläubigen, Priester und Bischöfe. Als Beweis für den Erfolg der offiziellen Kirche wurden in dem Beitrag unter anderem die jährlich 100.000 Neugetauften angeführt. Der Kommentar rechtfertigt auch die von Rom unabhängigen Bischofsweihen. Die Chinakommission dagegen stelle sich in arroganter Weise über den chinesischen Klerus, kommandiere die Bischöfe herum und treibe einen Keil in die Einheit und Gemeinschaft innerhalb der Kirche Chinas. Der Priester Joseph Yang Yu, gemeinsamer Pressesprecher von Patriotischer Vereinigung und Bischofskonferenz, stellte sich einen Tag später hinter den Kommentar. Dieser spiegelt die Meinung zahlreicher chinesischer Katholiken wider. Yang ver-

teidigte die chinesischen Bischöfe, deren Weihe und Sakramente alle rechtmäßig und gültig seien.

Am 6. Juli 2012 wurde der 48-jährige Priester Joseph Yue Fusheng (geb. 1964) von Bischof Fang Xinyao (Linyi) zusammen mit vier weiteren Bischöfen ohne päpstliches Mandat zum Bischof der nordchinesischen Diözese Harbin geweiht. Alle Weihenden Bischöfe sind vom Vatikan als rechtmäßig anerkannt. Ob die Weihenden Bischöfe teilweise unter staatlichem Druck handelten, war zunächst nicht bekannt. Bereits 1999 war Yue Fusheng ausgewählt worden, Bischof zu werden und wurde im Mai 2012 von einer Diözesanversammlung bestätigt. Er ist ein Vizevorsitzender der Patriotischen Vereinigung auf nationaler Ebene. Viele Gläubige der Diözese hatten lange Widerstand gegen die sich abzeichnende illegitime Weihe geleistet, und zwar sowohl im Untergrund als auch im offiziellen Teil der örtlichen Kirche. Auch die Priester der offiziellen Diözese haben sich gegen die Weihe ausgesprochen. Bei sieben von ihnen reagierten die Behörden nach der Weihe mit Disziplinarmaßnahmen. Der von Rom eingesetzte Apostolische Administrator von Harbin, Zhao Hongchun, und sein Assistent – beide gehören dem staatlich nicht anerkannten Teil der Kirche an – wurden für die Zeit der Bischofsweihe von den Behörden vorübergehend festgenommen.

Der Vatikan reagierte auf die unerlaubte Bischofsweihe mit einem Kommuniqué, in dem bestätigt wird, dass der Priester Joseph Yue Fusheng sich durch sein Verhalten automatisch die Kirchenstrafe der Exkommunikation zugezogen habe. Der Priester sei im Vorfeld von der Missionskongregation des Vatikans darüber informiert worden, dass er „keine Billigung als Bischofskandidat“ habe. Er sei „mehrmals“ gebeten worden, sich nicht weihen zu lassen. Die Bischöfe, die an der Weihe teilgenommen hatten, wurden aufgefordert, dem Vatikan die Umstände ihres Verhaltens zu erklären. Ausdrücklich lobte der Heilige Stuhl das Verhalten jener chinesischen Katholiken, die dafür gebetet und gefastet hätten, dass es nicht zu einer unerlaubten Weihe kommen würde.

Bereits kurz vor der unerlaubten Weihe hatte die päpstliche Kongregation für die Evangelisierung der Völker am 3. Juli 2012 in einer Erklärung deutlich gemacht, bei der Auswahl und Weihe von Bischöfen gehe es um eine religiöse und nicht politische Angelegenheit. Das Überleben der Kirche sei nur mög-

lich in Einheit mit dem Papst. Wenn man wolle, dass die Kirche in China katholisch sei, dürfe man Bischofsweihen nur mit vorheriger Zustimmung des Heiligen Vaters vornehmen. Das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten antwortete am nächsten Tag mit der Erklärung, der Vatikan habe auf „rüde und uneinsichtige Weise“ öffentlich Drohungen ausgesprochen. Davon ließen sich Priester und Gläubige Chinas jedoch nicht beeindrucken. Man sei bereit, „mit dem Vatikan alle Probleme, die Frage der Bischofsweihen mit eingeschlossen“, zu besprechen. Bis zu einer beidseitigen Einigung werde man jedoch an der Selbstwahl und Selbstweihe der Bischöfe festhalten.

In einem Interview hatte Erzbischof Savio Hon von der vatikanischen Kongregation für die Evangelisierung der Völker am 30. Juni 2012 erklärt, es sei für einen Priester „absolut verboten“, sich ohne päpstliches Mandat zum Bischof weihen zu lassen, er ziehe sich automatische die Exkommunikation zu. Ebenso sei es für einen illegitimen Bischof verboten und ein schwerer Verstoß gegen das Kirchenrecht, an einer Bischofsweihe teilzunehmen.

Am 7. Juli 2012 wurde in Shanghai der 44-jährige Priester Thaddäus Ma Daqin von Bischof Jin Luxian und zwei weiteren Bischöfen zum Weihbischof geweiht. Der Vatikan hatte zuvor der Weihe zugestimmt. Alle weihenden Bischöfe sind von Rom anerkannt, wie auch zwei weitere Bischöfe, die bei der Zeremonie anwesend waren. Allerdings nahm auch Bischof Zhan Silu (Diözese Mindong), der von Rom nicht anerkannt wird, an der Feier teil. Er hat dem neuen Weihbischof nicht die Hand aufgelegt, es kam nur zu einer Umarmung. Schon im Vorfeld war bekannt geworden, dass Zhan Silu an der Zeremonie teilnehmen wolle, was bei Priestern und Gläubigen der Diözese Bedenken und Enttäuschung auslöste. Bischof Jin Luxian hatte daraufhin auf einer Versammlung den Priestern und Schwestern der Diözese erlaubt, ihrem eigenen Gewissen zu folgen und selbst über eine Teilnahme an der Weihezeremonie zu entscheiden. Und war nur ein Dutzend der über 80 Priester des offiziellen Teils der Diözese Shanghai während der Zeremonie zugegen. Zum Schluss seiner Dankrede vor der versammelten Gemeinde gab der Neugeweihte dann bekannt, „im Licht der Lehre unserer Mutter Kirche“ sollte er sich nun als Bischof auf die Seelsorge und Evangelisierung konzentrieren, „daher ist es für mich nicht länger passend, Mitglied der Patriotischen Vereinigung zu sein“. Die rund 1.000 Anwesenden reagierten mit anhaltendem Applaus. Der Mut des Weihbischofs hatte allerdings bittere Konsequenzen: die

Behörden stellten ihn nach der Weihe im Priesterseminar auf dem Sheshan unter Hausarrest, und im Dezember 2012 hat ihm die Bischofskonferenz der staatlich registrierten Kirche, die vom Vatikan nicht anerkannt wird, das Amt des Weihbischofs wieder entzogen.

Im Oktober 2012 veröffentlichte der Präfekt der vatikanischen Kongregation für die Evangelisierung der Völker, Kardinal Fernando Filoni, in der Zeitschrift Tripod des katholischen „Holy Spirit Study Centre“ der Diözese Hongkong einen Artikel, in dem er für eine „neue Art des Dialogs“ zwischen dem Heiligen Stuhl und der Pekinger Regierung plädiert. Dazu schlägt er die Bildung einer bilateralen Kommission aus hochrangigen Vertretern des Vatikans und der chinesischen Regierung vor, wie es sie zum Beispiel auch für Vietnam gibt. Der Kardinal erinnerte auch noch einmal an den Brief, den Papst Benedikt XVI. im Jahr 2007 an die Katholiken in China gerichtet hat. Zur Situation der katholischen Kirche in China schreibt der Kardinal, der Heilige Stuhl habe „nach Jahren der Prüfung den klaren Eindruck erhalten, dass die Kirche in China in ihrer Gesamtheit nie schismatisch gewesen ist“. Allerdings bestünden noch immer tiefe Gräben und Spaltungen unter Chinas Katholiken. Diese ließen sich allerdings nur dann überwinden, wenn es zu einem neuen Dialog zwischen dem Heiligen Stuhl und den chinesischen Behörden komme. Zu den größten Problemen zählt der Kardinal die staatlichen Versuche, die Kirche unter seine Kontrolle zu bekommen, die Inhaftierung von Kirchenleuten, Einmischungen von Behörden bei der Ernennung von Bischöfen und das Auftreten „illegitimer Bischöfe“ bei Bischofsweihen, was bei den Beteiligten und bei den Gläubigen zu „dramatischen Gewissenskonflikten“ führen könne.

Priesterweihen

Im März 2012 weihte Bischof Joseph Ma Yinglin aus der Diözese Kunming in der Herz-Jesu-Kathedrale in Dali sechs Männer zu Priestern. Diese Priesterweihen sind unrechtmäßig, da Bischof Ma von Rom nicht anerkannt ist. Zudem ist er Vorsitzender der von Rom nicht anerkannten offiziellen chinesischen Bischofskonferenz. Es war die erste Priesterweihe seit der Errichtung der Diözese Dali im Jahre 1946. Bislang gab es dort nur drei Priester und drei Ordensschwwestern, die für 80.000 Katholiken zuständig sind.

Am 29. Juni 2012, am Fest der Apostel Petrus und Paulus, weihte Paul Lei Shiyin, der ein Jahr zuvor gegen den Willen des Vatikans zum Bischof von Leshan (Provinz Sichuan) geweiht worden war, in Leshan vier Diakone zu Priestern. Ein fünfter Diakon weigerte sich, sich von dem exkommunizierten Bischof weihen zu lassen. Die anderen vier Diakone sollen eingewilligt haben, nachdem die Diözese ihnen angeblich Autos und Geld versprochen hatte. Erzbischof Savio Hon von der vatikanischen Kongregation für die Evangelisierung der Völker erklärte am 30. Juni 2012 in einem Interview, Lei Shiyin habe ein „Sakrileg“ begangen. Da er unter Exkommunikation stehe, dürfe er keine Sakramente spenden oder empfangen.

Staatliche Kontrolle der Riten, religiösen Einrichtungen und Seminare

Im Dezember 2010 versuchte die Regierung, das von Untergrundbischof Julius Jia Zhiguo (Diözese Zhengding) gegründete und betriebene Waisenhaus zu beschlagnahmen, vermutlich als Vergeltung für die strikte Weigerung von Bischof Jia, der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung (CKPV) beizutreten. Dreimal war der Bischof von Sicherheitskräften und Parteifunktionären abgeholt und intensiv bearbeitet worden, damit er ein Dokument unterzeichne, mit dem er die Waisenkinder unter die Erziehungsgewalt der Regierung stellen und die dreißig katholischen Ordensfrauen, die im Waisenhaus arbeiten, entlassen würde. Die Parteifunktionäre drohten Bischof Jia mit einer anderen, längeren „politischen Sitzung“, sollte er das Dokument nicht unterschreiben. Sie erklärten, die Regierung werde die Kinder aus dem Waisenhaus nehmen, ob er nun unterzeichne oder nicht. Der Bischof aber weigerte sich und wandte sich an das Zentrale Büro für religiöse Angelegenheiten in Peking, wo ihm allerdings erklärt wurde, es handle sich um eine Angelegenheit, die unter die lokale Verwaltung falle.

Der 75-jährige Bischof Jia hat bereits fünfzehn Jahre im Gefängnis verbracht. Seitdem er 1980 zum Bischof der Untergrundkirche geweiht wurde, ist er immer wieder verhaftet worden, wurde monatelang festgehalten und „politischen Sitzungen“ unterzogen, damit er sich der CKPV unterstelle.

Am 9. März 2011 starb der Untergrundbischof Andreas Hao Jinli (Diözese Xiwanzi, Provinz Hebei) im Alter von 95 Jahren. 1943 zum Priester geweiht, war er zwischen 1958 und 1981 zunächst zehn Jahre im Gefängnis, dann im Ar-

beitslager. 1984 wurde er heimlich zum Bischof geweiht, 1988 wurde er Ortsbischof der Diözese Xiwanzi. Seit Jahren an den Rollstuhl gebunden, lebte er unter strenger Überwachung durch die Regierung im Dorf Gonghui. Bischof Hao war sehr beliebt unter den Gläubigen und hatte viele Priester der Untergrundkirche ausgebildet. Er hatte sich stets geweigert, der Patriotischen Vereinigung beizutreten. Ab dem Todestag des Bischofs wurden alle zum Dorf führenden Straßen von der Polizei geschlossen, und der Tag seines Begräbnisses wurde geheim gehalten. Mit diesen Maßnahmen sollte die Zahl der Gläubigen, die dem Bischof die letzte Ehre erweisen wollten, möglichst klein gehalten werden. Dennoch gelang es vielen, an der Beerdigung am 17. März teilzunehmen.

Im November 2010 protestierten die Dozenten und Studenten des regionalen Theologischen Seminars für die Diözesen der Provinz Hebei gegen die Ernennung von Tang Zhaojun (Abteilungsleiter des Büros für ethnische und religiöse Angelegenheiten von Hebei) zum stellvertretenden Rektor des Instituts. Sie befürchteten eine Einmischung des Regierungsbeamten in die Leitung des Seminars. Durch einen mehrtägigen Streik erreichten sie schließlich, dass die Ernennung rückgängig gemacht wurde.

Am 9. Februar 2012 gab das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten eine neue Anweisung an seine Zweigstellen auf Provinzebene heraus. Danach sollen vom Jahr 2012 an jeweils im Juni einen Monat lang Schulungen und Studienkurse zur staatlichen Religionspolitik durchgeführt werden, und zwar für Verantwortliche und Mitarbeiter religiöser Organisationen und Kultstätten, religiöse Amtsträger, Lehrer und Studenten an religiösen Ausbildungsstätten wie auch für Gläubige. Ziel ist, ihr „Staats-, Bürger- und Rechtsbewusstsein zu stärken“.

Im Mai 2012 rief die katholische Kirche in Hongkong die Gläubigen dazu auf, für den Regimekritiker Chen Guangcheng zu beten. Diesem war nach über vierjähriger Haft und anschließendem Hausarrest die Flucht in die amerikanische Botschaft in Peking gelungen. Am 19. Mai 2012 durfte er mit Frau und Kindern in die USA ausreisen. Chen hatte gegen staatlich erzwungene Abtreibungen und Zwangssterilisierungen gekämpft und war während seiner Haft von Beamten misshandelt worden. Die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der Diözese Hongkong rief auch die Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung auf, für Chen zu beten. An den Bischof in Chens Hei-

matstadt Linyi, Fang Xingyao, appellierte die Kommission, trotz Drucks von Seiten der Regierung zu dem Fall nicht zu schweigen. Die chinesische Kirche solle nicht nur für Religionsfreiheit, sondern auch für die persönlichen Rechte der Menschen kämpfen.

Verhaftungen und Misshandlungen

Der Priester Peter Zhang Guangjun aus der Diözese Xuanhua (Provinz Hebei) wurde am 13. Januar 2011 verhaftet und bis 29. März festgehalten. In diesem Zeitraum wurde er gefoltert, weil er sich weigerte, der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung beizutreten. Am Tag seiner Verhaftung wurde Zhang Guangjun von Funktionären, die als Techniker der Gasgesellschaft verkleidet waren, in ein Hotel im Bezirk Zhoulu gebracht, wo er fünf Tage lang des Schlafes beraubt wurde. Nach einer kurzen Freilassung anlässlich des Chinesischen Neujahrs wurde er am 8. März erneut verhaftet, heftig geschlagen und gefoltert. Am 29. März durften seine Verwandten ihn zur ärztlichen Behandlung aus dem Gefängnis holen. Er war von Kopf bis Fuß von Blutergüssen bedeckt.

Im März 2011 wurden mindestens acht Untergrundpriester aus derselben Diözese gezwungen, an Studienkursen zur Religionspolitik der Regierung teilzunehmen. Es handelt sich um Tian Yongfeng, Pei Youming, Hu Huibing, Liang Aijun, Wang Yongsheng, Yang Quanyi, Gao Jinbao und Zhang Guilin. Es wird geschätzt, dass seit den 1990er Jahren mindestens zwanzig Untergrundpriester aus den Diözesen Xuanhua und Xiwanzi festgenommen, misshandelt, inhaftiert und zu Studienkursen gesandt wurden, um sie zu zwingen, sich zu „registrieren“ und der Patriotischen Vereinigung anzuschließen.

Am 9. April 2011 führten zwei Polizisten in Zivilkleidung im Bezirk Yanqing nahe Peking den 29-jährigen Priester Joseph Chen Hailong aus der Diözese Xuanhua (Provinz Hebei) ab, der seit zwei Jahren als Untergrundpriester arbeitete. Zwei Monate wurde der Priester in einem unbekanntem „Hotel“ isoliert gehalten, wo er so schlecht ernährt wurde, dass er schließlich das Bewusstsein verlor. Die Behörden, die ihn verhaftet hatten, verhörten ihn auch über wichtige Mitglieder der Untergrundkirche. Insbesondere befragten sie ihn nach dem Aufenthaltsort des über 80-jährigen Bischofs Thomas Zhao Kexun von Xuanhua, der sich im Untergrund versteckt hält. Auch versuchten

die Beamten immer wieder, ihn zum Beitritt zur Patriotischen Vereinigung zu bewegen und einen „Priesterausweis“ der offiziellen Kirche zu akzeptieren und sich zu den Prinzipien einer von Rom unabhängigen Kirche zu bekennen. Um die Einsamkeit und das Gefühl des Verlassenseins zu überwinden, zeichnete Chen Hailong ein Bildnis der Eucharistie auf die Wand seines Zimmers und verbrachte davor die ganze Zeit im Gebet. Den Forderungen der Regierungsbeamten aber kam er nicht nach.

Am 3. August 2011 wurden vier Priester der Untergrundpfarrei in Heze (Caozhou, Shandong) von der Polizei abgeführt und in das Gefängnis im Bezirk Dongming gesperrt, in Isolation und mit unzureichender Nahrung. Die Verhaftung und „Entführung“ geschah in der Nacht in einem Haus in Luquan (im Bezirk Dongming), wo die vier Einkehrtage für andere Priester leiteten. Die Sicherheitspolizisten kletterten über die Mauer des Eigentums und drangen in das Haus ein unter dem Vorwand, sie verfolgten „einige Diebe“. Sie weckten die Priester auf und zwangen sie, ihnen zu folgen. Festgenommen wurden: Wang Chengli (48), Verwalter der Diözese Heze, Zhao Wuji (50), Li Xianyang (34) und Sun Guichun (38). Mit diesen Maßnahmen sollten die Priester gezwungen werden, der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung beizutreten. Der Priester Wang Chengli wurde am 25. August 2011 zu zwei Jahren Umerziehung durch Arbeit verurteilt.

Am 3. September 2011 griffen ein Dutzend Unbekannte eine Nonne und einen Priester an und schlugen sie, weil diese zwei Immobilien zurückforderten, die früher der Kirche von Kangding (Provinz Sichuan) gehörten. Schwester Xie Yuming erlitt Wunden am Kopf und an der Brust und wurde ins Krankenhaus gebracht. Der Priester Huang Xusong erlitt nur geringe Verletzungen und musste nicht ins Krankenhaus. Die beiden wurden angegriffen, weil sie versuchten, Besitzrechte der Kirche an zwei Schulen geltend zu machen, die der Diözese Kangding gehört hatten, bevor sie von der Regierung in den 1950er Jahren enteignet wurden. Gemäß den Vorschriften, die der frühere Machthaber Deng Xiaoping festgelegt hatte, hätten die zwei Schulen – eine frühere Lateinschule und eine Knabenschule – wieder in den Besitz der Diözese zurückkehren sollen. Aber die Lateinschule war schon von der Regierung abgerissen und das Grundstück, auf dem die Schule stand, war schon einer privaten Gesellschaft überlassen worden. Die Knabenschule wird derzeit als Unterkunft für Funktionäre der Regierung des Bezirks Moxi verwendet.

Der Bischofssitz in Kangding (in der tibetischen Präfektur von Garze) ist derzeit vakant und wird von der Diözese Leshan verwaltet, deren Oberhaupt Bischof Lei Shiyin ist, der am 29. Juni 2011 ohne päpstliche Genehmigung zum Bischof geweiht worden war. Die Rückgabe kirchlicher Immobilien, die nach der Machtergreifung Mao Zedongs in den 1950er Jahren verstaatlicht wurden, ist eine schwierige Angelegenheit. Die Regierung in Peking hat zwar mehrmals erklärt, diese Güter müssten wieder in den Besitz der rechtmäßigen Eigentümer zurückgelangen, aber die CKPV und das Büro für religiöse Angelegenheiten legt all jenen Steine in den Weg, die versuchen, ihre Besitztümer zurückzuerhalten. Viele dieser Besitztümer sind nämlich auf Mitglieder der CKPV und Funktionäre des Büros für religiöse Angelegenheiten überschrieben worden.

Im Januar 2012 richtete die katholische Nachrichtenagentur AsiaNews ein Schreiben an Staatspräsident Hu Jintao und den chinesischen Botschafter in Italien Ding Wei, in dem sie um die Freilassung von drei Bischöfen und sechs Priestern bittet, die in Polizeigewahrsam verschwunden oder ohne Prozess inhaftiert sind. Ihre Freilassung wäre eine Geste der Freundschaft und ein Zeichen der Hoffnung für Katholiken und Menschenrechtsaktivisten angesichts des bevorstehenden chinesischen Neujahrsfestes am 23. Januar. AsiaNews fügte eine Liste bei, in der folgende Bischöfe und Priester aufgeführt werden:

Bischof Martin Wu Qinjing, Oberhirte der staatlich registrierten Diözese von Zhouzhi (Provinz Shaanxi), geheim geweiht, allerdings ohne Genehmigung der lokalen Patriotischen Vereinigung, seit November 2007 unter Hausarrest im Kleinen Seminar von Xian.

Untergrundbischof James Su Zhimin (79) von Baoding (Provinz Hebei), 1997 verhaftet, Aufenthaltsort unbekannt.

Untergrundbischof Cosmas Shi Enxiang (90) von Yixian (Provinz Hebei), 2001 verhaftet, Aufenthaltsort unbekannt.

Joseph Lu Genjun, Priester und Generalvikar der Untergrund-Diözese Baoding, 2006 verschwunden, Aufenthaltsort unbekannt.

Zhang Jianlin und Cui Tai: beides Untergrundpriester in der Diözese Xuanhua (Provinz Hebei), am 22. Juni 2011 von Beamten des Religionsbüros verschleppt, Aufenthaltsort unbekannt.

Liu Honggen: Untergrundpriester der Diözese Baoding, zusammen mit acht weiteren Priestern am 27. Dezember 2006 verhaftet, im Gefängnis von Qingyuan inhaftiert.

Ma Wuyong: Untergrundpriester der Diözese Baoding, zusammen mit acht weiteren Priestern im August 2004 verhaftet, ebenfalls in Qingyuan inhaftiert.

Wang Chengli: Untergrundpriester der Diözese Heze (Provinz Shandong), am 25. August 2011 zu zweieinhalb Jahren „Umerziehung durch Arbeit“ verurteilt, befindet sich im Lager Jining.

Ende Januar 2012 wurden in der Diözese Suiyuan in der Inneren Mongolei mehrere Priester der Untergrundkirche verhaftet, unter ihnen der Diözesanadministrator Gao Jiangping und der Rektor des Untergrund-Priesterseminars Joseph Ban Zhanxiong. Das Seminar wurde am 14. Februar von den Behörden geschlossen, die Seminaristen nach Hause geschickt. In der Diözese Suiyuan leben etwa 30000 Katholiken, unter ihnen 35 Priester und 90 Ordensschwestern. In den vergangenen zwanzig Jahren konnten die Gläubigen der Untergrundkirche ziemlich unbehelligt von den Behörden ihren Glauben praktizieren, solange sie unauffällig blieben und sich nur in Privathäusern oder kleinen Gebäuden trafen. Offiziell existiert diese Diözese nicht mehr, denn auf Anordnung der Regierung wurde sie in den 1980er Jahren in die Diözese Hohhot eingegliedert. Bischof der staatlich registrierten Diözese Hohhot mit etwa 2000 Gläubigen ist Paul Meng Qinglu. Er ist sowohl staatlich als auch von Rom anerkannt. Allerdings nahm er im November 2010 an einer unrechtmäßigen Bischofsweihe teil und ist inzwischen auch Vizepräsident der Patriotischen Vereinigung. Viele Untergrundpriester vermeiden es daher, ihm zu begegnen oder gar die Eucharistie mit ihm zu feiern. Genau dazu aber wurden einige der Ende Januar verhafteten Untergrundpriester gezwungen. Außerdem wurden sie angewiesen, an Schulungskursen über die staatliche Religionspolitik teilzunehmen. Die meisten der Untergrundpriester hielten sich deshalb versteckt, um einer Verhaftung und entsprechenden Zwangsmaßnahmen zu entgehen. Das verschärfte Vorgehen der Behörden steht vermutlich

im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen Dissidenten allgemein und mit der Unterdrückung von Protesten von Viehzüchtern in der Inneren Mongolei, die gegen die Bergbaupolitik des Staates aufbegehren, da die damit verbundene Umweltverschmutzung ihre Weideflächen zerstört. Nach den Volksaufständen in den arabischen Ländern wollen die Behörden ähnliche Unruhen in China unbedingt verhindern.

Am 19. März 2012 wurden der 49-jährige Bischof-Koadjutor Peter Shao Zhumin von Wenzhou und sein Kanzler, der Priester Paul Jiang Sunian, von Regierungsbeamten verschleppt und zur Teilnahme an „Studienkursen“ gezwungen, um sich mit der Religionspolitik der kommunistischen Regierung vertraut zu machen. Am Ostersonntag, dem 8. April 2012, wurden sie wieder freigelassen. Üblicherweise werden Priester und Bischöfe durch solche Maßnahmen dazu gedrängt, sich der staatlich registrierten Kirche anzuschließen. Bischof Shao wurde 2007 vom Heiligen Stuhl zum Leiter der Untergrundkirche in Wenzhou ernannt, wird von der Regierung aber nicht anerkannt. Die behördlichen Zwangsmaßnahmen gegen ihn dürften auch im Zusammenhang stehen mit der heimlichen Bischofsweihe, ohne Zustimmung der Regierung, von Bischof Johannes Wang Ruowang in der Diözese Tianshui im Jahr 2011, an der Bischof Shao und vier weitere Untergrundbischöfe teilgenommen hatten.

Am 4. April 2012, dem Gründonnerstag, wurde Bischof Peter Jin Lugang von Nanyang (Provinz Henan) von Staatsbeamten abgeholt, um ihn an den Feiern von Gründonnerstag bis Ostern abzuhalten. Er wurde in einem Gästehaus untergebracht und durfte mit den Beamten Reisen zu vier verschiedenen touristischen Orten unternehmen. Dabei wurden auch Versuche unternommen, ihn zum Beitritt zur Patriotischen Vereinigung zu bewegen. Am Ostersonntag wurde er wieder freigelassen.

Im Oktober 2012 erinnerte die Nachrichtenagentur „Asia News“ des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen (PIME) daran, dass der Untergrundbischof der Diözese Baoding (Provinz Hebei), Bischof Su Zhimin, seit nunmehr fünfzehn Jahren verschwunden ist und an unbekanntem Ort in Haft gehalten wird. Damit hat er vierzig Jahre seines Lebens im Gefängnis oder in Arbeitslagern verbracht.

Gerichtliche Verurteilungen

Am 25. August 2011 verurteilte die chinesische Regierung den 48-jährigen Priester Wang Chengli, Administrator der Untergrunddiözese Heze (Caozhou, Provinz Shandong) zu zwei Jahren „Umerziehung durch Arbeit“. Der Priester war am 3. August gemeinsam mit anderen Priestern verhaftet worden, die aber wieder freigelassen wurden. Wang Chengli wurde vom Dongming-Gefängnis in Heze in das 150 Kilometer entfernte Umerziehungslager in Jining überführt. Die Regierung verbot seiner Familie, ihn zu besuchen. Der Priester leidet unter hohem Blutdruck, und seine Familie ist um seine Gesundheit besorgt. Einige katholische Quellen in Heze meinen, er sei verhaftet worden, weil er sich beständig geweigert habe, der CKPV beizutreten. Dieselben Quellen erklärten, seine Verurteilung könne auch mit der Weihe des offiziellen Bischofs der Diözese von Heze im Zusammenhang stehen. Wang Chengli wurde in Yanzhou geboren und 1991 zum Priester geweiht. Seit einigen Jahren leitet er die Untergrundgemeinschaft in Heze. „Umerziehung durch Arbeit“ ist eine Verwaltungsstrafe, die vom Büro für öffentliche Sicherheit ohne Prozess und ohne die Möglichkeit zur Berufung verhängt wird, mit dem Ziel, politische und religiöse Dissidenten zu „läutern“.

Kampf gegen das Heiligtum von Sheshan

Wie jedes Jahr haben die Regierung und die Polizei den katholischen Gläubigen in China, die sich auf eine Wallfahrt zum nationalen Heiligtum Unserer Lieben Frau auf dem Berg Sheshan in der Nähe von Shanghai am Tag ihres Festes am 24. Mai begeben wollten, Verbote und Einschränkungen auferlegt. In der Vergangenheit waren bis zu 200000 Gläubige sowohl der offiziellen als auch der Untergrundkirche aus dem ganzen Land zu diesem Heiligtum gepilgert. 2007 hatte Papst Benedikt XVI. die Weltkirche zu einem Weltgebets-tag für die Kirche in China aufgerufen, der nun jedes Jahr am 24. Mai begangen wird. Seit 2008, als der vom Papst beschlossene Tag zum ersten Mal gefeiert wurde, hat die Regierung immer wieder versucht, die Gläubigen an der Teilnahme an den Feierlichkeiten auf dem Sheshan zu hindern, indem sie die Untergrundkatholiken blockierte und die Anzahl der Pilger aus anderen Diözesen einschränkte. Nur registrierte katholische Gruppen aus der Diözese Shanghai durften diese Wallfahrt unternehmen. Gläubige der Untergrundkirche trafen sich an anderen Orten zum Gebet, viele auch privat in ihren Wohn-

häusern, wo zum Teil auch Eucharistie gefeiert wurde. Auch in den Jahren 2011 und 2012 gab es strenge Sicherheitsmaßnahmen auf dem Sheshan. Viele Polizisten waren vor Ort, auch solche in Zivilkleidung, die das Geschehen am Wallfahrtsort genau überwachten. Auch Metalldetektoren und zahllose Videokameras kamen zum Einsatz. In den Tagen vor dem 24. Mai wurden Priester in Shanghai von der Polizei zu einem „Urlaub auf Kosten der Regierung“ abgeholt, um sie an einer Wallfahrt nach Sheshan zu hindern. Trotz der starken Behinderungen durch die Behörden kamen etwa 10000 Gläubige am Festtag auf dem Sheshan zusammen.

Der 95-jährige Bischof von Shanghai, Aloysius Jin Luxian, konnte im Jahr 2011 nicht an der Feier teilnehmen, zelebrierte aber die Messe in der Marienkirche am 1. und 11. Mai. Bei der Messe vom 11. Mai wollte er die Gläubigen informieren, dass der Heilige Stuhl den Seligsprechungsprozess für den ersten Bekehrten in Shanghai, Paul Xu Guangqi (ein Zeitgenosse von Matteo Ricci), akzeptiert hatte. Das aber wurde ihm von der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung untersagt.

Als Folge der Spannungen konnte der Unterricht am Priesterseminar auf dem Sheshan und am Kleinen Seminar der Diözese Shanghai nicht termingerecht im September 2012 aufgenommen werden, sondern musste um einige Wochen verschoben werden. Auf staatliche Anordnung mussten alle über 80 Priester und über 80 Schwestern der Diözese Shanghai an dreitägigen „Studienkursen“ an der Akademie für Sozialismus in Shanghai teilnehmen. Themen waren unter anderem die Religionstheorie der Kommunistischen Partei, religionspolitische Bestimmungen und die Selbstleitung der Kirche. Am Ende stand eine schriftliche Prüfung, deren Ergebnisse an die Diözese weitergegeben wurden.

Katholische Kirche: kirchliches Leben

Im Januar 2012 veröffentlichte der 95-jährige Bischof Aloysius Jin Luxian von Shanghai einen Hirtenbrief zum Chinesischen Neujahr. Darin wirbt er für die Seligsprechung des Gründers der katholischen Kirche in Shanghai, Xu Guangqi (1562–1633). Er war der Erste, der im Range eines Mandarins die Taufe erhalten hat, und setzte sich mit großem Eifer für die Verbreitung des christlichen Glaubens und die Förderung der Kirche ein. Bischof Jin be-

zeichnet ihn als „Mann für alle Jahreszeiten“, als „immergrünen Baum der Kirche“, der bis in die heutige Zeit große Bedeutung für die chinesische Kirche habe.

Am 4. Februar 2012 traf Bundeskanzlerin Angela Merkel während eines Staatsbesuches in China auf eigenen Wunsch mit Bischof Joseph Gan Junqiu von Guangzhou zusammen, ließ sich die Kathedrale zeigen und sprach etwa eine halbe Stunde mit dem Bischof, der sowohl staatlich anerkannt ist als auch in Gemeinschaft mit dem Papst steht.

Am 18. Februar 2012 wurde der Bischof von Hongkong, John Tong Hon, von Papst Benedikt XVI. in das Kardinalskollegium aufgenommen. Seine Erhebung zum Kardinal bezeichnete John Tong Hon als ein „Zeichen der großen Liebe und Fürsorge des Papstes für die katholische Kirche in China und eine Ermutigung der Diözese Hongkong in ihren Bemühungen um die Versöhnung und Wiederherstellung der vollen Einheit zwischen der Kirche in China und der Universalkirche“. Im Vatikan ist Kardinal Tong u. a. Berater der Kongregation für die Evangelisierung der Völker und Mitglied der China-Kommission.

Bei der Weihe von sieben Diakonen zu Priestern in der Kathedrale von Shanghai durch den 95-jährigen Bischof Aloysius Jin Luxian am 18. März 2012 fehlte der Weihbischof der Diözese, Joseph Xing Wenzhi. Schon mehrere Monate lang war er nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten. Dabei hatte er zuvor als designierter Nachfolger von Bischof Jin gegolten. Durch seine unbeugsame romtreue Haltung hatte er vermutlich das Wohlwollen der Regierung verloren. So hatte Weihbischof Xing im Dezember 2010 an der vom Vatikan missbilligten achten Nationalversammlung der Vertreter der katholischen Kirche in China zwar teilgenommen, seine Geringschätzung dieser von der offiziellen Kirche einberufenen Versammlung aber dadurch zum Ausdruck gebracht, dass er ohne bischöfliches Ornat erschienen war und sich passiv und unkooperativ verhielt. Mitte Dezember 2011 hatte Bischof Jin dann den Priester Thaddäus Ma Daqin aus Shanghai zum Generalvikar der Diözese Shanghai ernannt. Ma hatte zunächst in der Untergrundkirche gewirkt, seit einigen Jahren aber wichtige Aufgaben in der offiziellen Kirche übernommen. Nach der Diakonenweihe im März 2012 meldete die Nachrichtenagentur Eglises d'Asie, Bischof Jin habe den Rücktritt von Weihbischof Xing mitgeteilt.

Am 4. November 2012 veröffentlichte Bischof Jin Luxian von Shanghai einen Hirtenbrief zum „Jahr des Glaubens“, welches am 11. Oktober 2012 begann. In der katholischen Kirche in China gibt es hierzu zahlreiche Veranstaltungen. Bereits im August und September hatten andere katholische Bischöfe Hirtenbriefe veröffentlicht.

Protestantische Christen

Seit Jahren leiden Chinas protestantische Gemeinden unter gravierenden Einschränkungen der Religionsfreiheit, oft in Form harter Verfolgungen. Im Jahr 2011 griff die Regierung noch härter durch als üblich, denn sie fürchtete, unkontrollierte protestantische Versammlungen könnten in China Keimzellen für eine Art „arabischen Frühling“ darstellen. Die Behörden von Peking fürchteten tatsächlich über das ganze Jahr, die Volksproteste in Nordafrika und im Nahen Osten könnten bis nach China gelangen.

Die Protestanten im Land werden optimistisch auf etwa 50 bis 80 Millionen geschätzt. Viele von ihnen ziehen es vor, den offiziellen, von der Regierung kontrollierten Gemeinden fernzubleiben. Die Behörden versuchen, ihre Ausbreitung zu bremsen und haben alle Begegnungen zwischen Chinesen und ausländischen Protestanten verboten. Zudem haben sie viele Sitze der protestantischen Gemeinden geschlossen, ihre Kirchen zerstört, und Immobilienbesitzer gewarnt, nichts an Protestanten zu vermieten. Die Behörden haben überdies zahlreiche protestantische Gläubige festgenommen.

Trotz alledem haben sich die Protestanten standhaft gegen Missbräuche und Schließungen gewehrt und die Behörden aufgefordert, ihre Rechte als von der chinesischen Verfassung (theoretisch) garantierte Rechte zu respektieren. Manche haben sich sogar an das chinesische Parlament, den Nationalen Volkskongress (NVK), gewendet, um ihre Beschwerden vorzubringen.

Im Mai 2011 veröffentlichte eine Gruppe von 17 protestantischen Kirchen eine an Wu Bangguo, Mitglied des Politbüros und Sprecher des NVK, gerichtete Eingabe. Zum ersten Mal hatten so viele christliche Gruppen eine öffentliche Eingabe an die Regierung gerichtet. Sie verurteilten darin, dass „das von der Verfassung den Christen im Land gewährte Recht auf Religionsfreiheit seit über 60 Jahren nicht in die Praxis umgesetzt wird“. In der Eingabe wurde nicht

nur die Achtung der Religionsfreiheit im Einklang mit den in der Verfassung festgelegten Grundsätzen gefordert, sondern auch vom Volkskongress eindringlich verlangt, endlich ein Gesetz zu verabschieden, das die Religionsfreiheit garantiere, und nicht nur Vorschriften, welche von den Provinzregierungen nach eigenem Gutdünken umgesetzt würden. Die Kirchen beklagten sich auch über die gewaltsamen Maßnahmen, die im Laufe der Jahre zur Schließung von „Untergrundkirchen“ und „Hauskirchen“ und zur Zerstörung ihrer Gebäude geführt haben. In der Eingabe wurde China zudem beschuldigt, dass es die Religionsfreiheitsklausel der Allgemeinen Menschenrechtserklärung, die offiziell auch von Peking unterzeichnet wurde, nicht respektiere. „Die Religionsfreiheit“ – so heißt es in der Erklärung – „umfasst die Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Redefreiheit, Bildungs- und Evangelisierungsfreiheit“.

Die Verantwortlichen der Untergrundkirchen beanspruchen für sich, sowohl vollwertige Christen als auch vollwertige Bürger des Staates zu sein, und dass sie ihre Nation lieben und inständig für die Regierung und China beten, das in der internationalen Gemeinschaft eine immer wichtigere Rolle übernimmt.

Ende Oktober 2012 organisierte das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) eine Studiensitzung für Abteilungsleiter der Religionsbehörden von dreißig Provinzen bzw. Autonomen Gebieten oder Regierungsunmittelbaren Städten. Auf der Website des BRA war über die Aufgaben zu lesen: „Die privat errichteten protestantischen Treffpunkte müssen in geeigneter Weise geregelt und es muss nach einer effektiven Verwaltungsmethode gesucht werden, um die Stabilität der protestantischen Kreise zu bewahren. Die Arbeit der Wahl und Weihe von katholischen Bischöfen muss in wohlbedachter Weise vorangebracht und nach einer neuen Vorgehensweise für die Verwaltung der Bistümer muss gesucht werden, um eine gesunde Entwicklung der chinesischen katholischen Kirche zu fördern.“ In der protestantischen Kirche müsse der „Aufbau des theologischen Denkens“ vertieft und die Verbreitung seiner Ergebnisse gefördert werden. Die katholischen Kreise müssten angeleitet werden, eine „inkulturierte Theologie“ zu entwickeln und die demokratische Verwaltung der Kirche voranzutreiben. Ein weiteres Thema der Sitzung waren die Wohltätigkeitsaktivitäten der Kirchen.

Im November 2012 feierte die protestantische Amity-Druckerei die Produktion der 100-millionsten Bibel. Die Amity Printing Company Ltd hat als ein-

zige Druckerei in China eine offizielle staatliche Erlaubnis zum Druck von Bibeln. Der Einfuhr von Bibeln nach China ist – außer zum persönlichen Gebrauch – verboten. Bibeln sind in China nur in kirchlichen Einrichtungen erhältlich, nicht dagegen in normalen Buchhandlungen. Von den 100 Millionen produzierten Bibeln gingen 40 Millionen Exemplare in über 90 Sprachen in den Export. Die übrigen 60 Millionen wurden in chinesischer Sprache und in neun Sprachen ethnischer Minderheiten sowie in Braille in China selbst verbreitet. Darunter waren auch drei Millionen Bibeln für die katholische Kirche in China.

Reiseverbot

Am 18. Januar 2011 hinderten die Behörden Wang Yi, einen bekannten Untergrundchristen, daran, das Flugzeug in Chengdu (Sichuan) nach Hongkong zu besteigen, wo er über die Organisation und Entwicklung der evangelischen Kirchen sprechen sollte. Wang, ein Menschenrechtsverteidiger, der viele Hauskirchen organisiert hatte, war mit drei Gläubigen unterwegs, die nach wenigen Stunden wieder freigelassen wurden und nach Hongkong reisen konnten. Wang wurde schließlich freigelassen, als er aber versuchte, den Flughafen zu erreichen, wurde er wieder festgenommen und auf eine Polizeistation gebracht. Die Polizei von Chengdu behauptete, Wang sei nicht unter Arrest, aber sie konnte auch nicht sagen, weshalb er festgehalten wurde.

Staatliche Gewalt gegen Kultstätten und Personen

Am 23. Februar 2011 zerstörte die Polizei in Yangdang, in der zentralen Provinz Hubei, ein christliches Zentrum für Rechtsbeistand. Als sie in das Gebäude eindrang, waren Mitglieder des Zentrums dabei, die Vorschriften des Büros für Religiöse Angelegenheiten zu studieren. Mehr als 180 Polizisten, die vom lokalen Polizeichef und dem Funktionär des Büros für Religiöse Angelegenheiten geleitet wurden, setzten Tränengas ein, schlugen die Anwesenden, einschließlich zweier Frauen (eine von diesen war schon eine ältere Person) und zertrümmerten die Ausstattungen des Zentrums. Laut Augenzeugen wurde trotz der Bitten der Verletzten niemand „zur Behandlung der Verletzungen ins Krankenhaus gebracht“. Im Gegenteil, „verschiedene Christen wurden in Handschellen gelegt und brutal geschlagen“.

Anfang April 2011 verordneten lokale Behörden in Guangzhou (Guangdong) der Tianyun Kirche, der mehr als 200 Gläubige angehören, jede religiöse Aktivität einzustellen. Auch die Rongguili Kirche, die 4000 Gläubige zählt, kam in Schwierigkeiten, weil die Gemeindebehörde dem Eigentümer des Grundstücks, auf dem die Kirche errichtet wurde, befahl, den Mietvertrag rückgängig zu machen.

Im Juni 2011 versammelten sich die Gläubigen der All-Nations Alliance Kirche und der Liangren Kirche in Guangzhou auf der Straße zum Gebet, um gegen die Ausweisung aus den gemieteten Gebäuden zu protestieren.

Im Januar 2012 floh der christliche Schriftsteller und Dissident Yu Jie mit seiner Frau und seinem dreijährigen Kind in die Vereinigten Staaten. Infolge seiner harten Kritik an den Führern der Kommunistischen Partei wurde er von den Behörden bedroht, und er fürchtete deshalb um seine Sicherheit und die seiner Familie. Yu (38) ist der Autor eines wichtigen Buches mit dem Titel „Chinas bester Schauspieler: Wen Jiabao“, in dem er den Premierminister kritisiert und der Heuchelei beschuldigt; er wirft ihm vor, er spiele den „guten Großvater“, während er nur nach Macht strebe, ohne Risiken einzugehen, womit er jeden politischen Konflikt vermeide. Das Buch ist in China verboten, wurde aber in Hongkong mit großem Erfolg veröffentlicht. In Peking leitete Yu eine protestantische Untergrundgemeinschaft, der jeder Gottesdienst untersagt worden war. „Mir wurde auch verboten, im Ausland zu veröffentlichen. Ich realisierte, dass mir als Schriftsteller und Christ jede Freiheit genommen wurde, mich auszudrücken und meine Religion zu leben. So entschloss ich mich, in die USA zu kommen, wo ich in Freiheit leben kann“. Yu ist am 12. Januar 2012 als Gast einer christlichen Gemeinde in Virginia in die Vereinigten Staaten gekommen. Er hat versprochen, dass er weiterhin schreiben und für seine „unterdrückten“ Freunde in China arbeiten werde.

Die protestantische Gemeinschaft von Shouwang

Im April 2011 stand die Shouwang-Kirche, Pekings größte protestantische Gemeinde mit etwa 1000 Gläubigen, vorwiegend Geschäftsleute und Universitätsprofessoren, in den Schlagzeilen. Am 1. April zwang die Regierung den Eigentümer des Gebäudes, wo sich die Gläubigen zum Gottesdienst trafen, den Mietvertrag aufzulösen. Das Gebäude ist eigentlich ein großes Film-

studio, das für Versammlungen und als Kultstätte verwendet wurde. Die Shouwang Kirche war auch früher schon angegriffen worden. In den vergangenen Jahren haben die Behörden ihre Gläubigen immer wieder bedroht und die Gemeinde mehr als zwanzig Mal gezwungen, ihren Versammlungsort zu wechseln. Im November 2009, als die Gemeinde wieder aus ihrem Gebäude vertrieben wurde, waren die Gläubigen gezwungen, zwei Sonntagsgottesdienste in einem Park zu feiern. Die Kirche kaufte schließlich für 27 Millionen Yuan 1500 m² Büroflächen in einem Geschäftsgebäude. Obwohl der Eigentümer das Geld erhalten hatte, weigerte er sich, den Kirchenfunktionären die Schlüssel zu übergeben, weil er von den Behörden bedroht worden war. Einige Monate vorher wurde die Gemeinschaft aus einer Restoranthalle hinausgeworfen, weil die Regierung dem Eigentümer die Vermietung an Christen verboten hatte. Die Shouwang-Kirche sucht seit 2006 um Anerkennung an, hat bisher aber noch nichts von den Behörden erfahren. Nach der letzten Ausweisung erklärte Pastor Jin Tianming, er und die Gläubigen seiner Gemeinde müssten sich wieder in einem Park versammeln. Allerdings sind nicht autorisierte Versammlungen nach chinesischem Gesetz verboten. Doch Pastor Jin erklärte: „Wir haben keine andere Wahl. Wir werden die Folgen unserer Entscheidung tragen“. Am Sonntag, dem 10. April 2011, versammelte sich die Gemeinde auf einem öffentlichen Platz in der Nachbarschaft von Haidian (im Norden von Peking), um die Liturgie zu feiern. Die Polizei verhaftete etwa 200 Gläubige. Am Tag zuvor waren Pastor Jin Tianming und vier andere Pastoren der Gemeinde verhaftet worden. Die meisten von ihnen wurden freigelassen, aber gewarnt, nicht mehr zur Shouwang Kirche zu gehen. Eine Woche später, am 17. April, verhaftete die Polizei die Verantwortlichen und 50 Mitglieder der Shouwang-Gemeinde, um sie daran zu hindern, ihren Sonntagsgottesdienst im Freien zu feiern. Am Tag zuvor hatte die Polizei Pastor Jin Tianming festgenommen. Er wurde 12 Stunden lang verhört und über Nacht in Haft behalten. In derselben Nacht nahm die Polizei Pastor Li Xiaobai und seine Frau für einige Stunden fest. Am nächsten Morgen wurde auch Pastor Zhang Xiaofeng auf dieselbe Weise behandelt. Beide, Li und Jin, wurden unter Hausarrest gestellt.

Die Gemeinde hat über Internet eine Botschaft verbreitet, in der sie die Gläubigen auffordert, die Osterwoche in aller Öffentlichkeit zu feiern, auch wenn sie dabei verhaftet werden könnten. Als die Gläubigen zum Versammlungsort kamen, wurden sie von der Polizei verhaftet, noch bevor die Feiern begannen.

Am 1. Mai 2011 wurden weitere dreißig Mitglieder der Shouwang Kirche verhaftet und Dutzende andere wurden unter Hausarrest gestellt. Die Polizei nahm die Gläubigen in Verwahrung, sobald sie eintrafen, und behielt sie eine oder zwei Nächte in Haft. Sie verwehrte zudem drei Journalisten von Al-Jazeera den Zugang zu der Zone und beschlagnahmte deren Videoaufnahmen.

Am 7. Mai 2011 wurden weitere fünfzehn Mitglieder der Gemeinde verhaftet, als sie versuchten, einen Gottesdienst in einem öffentlichen Park in Zhongguancun (Haidian) zu feiern. Wie üblich nahm die Polizei die Gläubigen in Verwahrung und hielt sie einige Tage fest. Nach ihrer Freilassung erklärten einige der Gläubigen, sie seien „glücklich“, dass sie im Gefängnis beten und singen und „das Evangelium den Gefängniswachen verkünden konnten“.

Am 15. Mai 2011 verhaftete die Polizei, die in einem Großaufgebot erschienen war, zum sechsten Mal in Folge dreizehn Mitglieder der Shouwang-Gemeinde, sobald diese versuchten, sich auf einem Platz in einer Geschäftszone in Zhongguancun zu versammeln. Einige Tage zuvor hatte sich die Shouwang-Kirche beklagt, dass zehn Mitglieder ihrer Gemeinde die Arbeit verloren hätten, weil sie sich geweigert hatten, aus der Gemeinschaft auszutreten. Auf Druck der Behörden seien mehr als dreißig aus ihren Mietwohnungen ausgewiesen worden.

Am 22. Mai 2011 wurden weitere Mitglieder der Gemeinschaft verhaftet, darunter eine 80-jährige Frau und ein zweijähriges Kind. Beide wurden nach wenigen Stunden freigelassen. Die anderen wurden einige Tage im Gefängnis behalten. Am 5. Juni 2011 verhaftete die Polizei weitere zwanzig Gläubige der Shouwang-Kirche, als sie versuchten, sich auf einem Platz zum Gebet zu versammeln.

Vor dem 4. Juni 2011, dem Jahrestag des Massakers von 1989 auf dem Tiananmen-Platz, wurden Dutzende Christen von der Polizei gewarnt. Andere wurden mehrere Tage unter Hausarrest gestellt, um Proteste oder öffentliche Gebete zu vermeiden. Die Polizei ging sogar so weit, einige Mitglieder der Kirche mit dem Verlust ihrer Arbeit zu bedrohen. Aus diesem Grund distanzierten sich vier Verantwortliche der Kirche, einschließlich eines Pastors und zweier Diakone, von der Entscheidung, sich auf einem Platz zum Gebet zu versammeln.

Am Sonntag, dem 19. Juni 2011, verhaftete die Polizei weitere fünfzehn Christen von Shouwang (sechzehn laut anderen Quellen), als diese versuchten, auf dem Zhongguancun-Platz in Peking zu beten. Die Protestantische Patriotische Drei-Selbst-Bewegung, das offizielle Regierungsorgan, das die offiziellen chinesischen Protestanten versammelt, sandte Funktionäre auf die Polizeistation, um den Polizisten zu helfen, verhaftete Christen „zu erziehen“ und „zu warnen“ und diese zu drängen, der offiziellen Kirche beizutreten. Allerdings ist die Protestantische Patriotische Drei-Selbst-Bewegung für die Untergrundprotestanten „ein Diener der Partei und nicht Gottes“. Zwei der Verhafteten wurden nicht freigelassen. Die anderen wurden zum Verhör zu anderen Polizeiämtern gebracht. Nach der Verwarnung wurden sie wenige Stunden später freigelassen. Die verhörenden Polizisten versuchten sogar, theologische Themen aufzugreifen, und diskutierten, ob die Shouwang-Kirche mit dem christlichen Glauben in Einklang stehe.

Verhaftungen und Misshandlungen

Am 13. März 2011 versammelten sich zwölf protestantische Christen der Untergrundkirche im Haus von Weng Zemei, im Dorf Maan (Kreis Baihe, Shaanxi), zum Gebet. Der lokale Polizeichef Xia Huashan und zwei weitere Polizisten unterbrachen das Gebet und nahmen die zwölf Mitglieder der kleinen Gemeinschaft fest. Zehn wurden sofort freigelassen, andere zwei aber wurden im Gefängnis behalten: der Eigentümer des Hauses, Weng, und Zhang Yongkang. Die Polizei beschlagnahmte alle vorhandenen Bibeln und Religionsbücher.

Am 26. Juli 2011 verhaftete die chinesische Polizei in der Stadt Wuhai in der Inneren Mongolei 21 Leiter von protestantischen Untergrundgemeinden und beschuldigte sie, „unter dem Deckmantel einer religiösen Organisationen das nationale Gesetz zu untergraben“. Die Pastoren und anderen Gläubigen aus Shizuishan (Provinz Ningxia) hatten sich dort versammelt, um die Sommeraktivitäten ihrer jeweiligen Gemeinden zu planen. Die Polizei verhaftete alle und beschlagnahmte alles: Bibeln, aber auch die Bambusmatten, auf denen die Gläubigen saßen. Die Festgenommenen wurden in die Haftanstalt Wuhai gebracht. Nach einer ärztlichen Untersuchung wurden sechs wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes freigelassen. Allerdings hatte die Polizei unter Verletzung des Gesetzes die Familien nicht von den Festnahmen informiert und die

entsprechenden Dokumente nicht ausgefüllt. Die Polizei hat sogar von den Familien der christlichen Führer Geld erpresst. Nachdem die Gefangenen 15 Tage in Haft behalten worden waren, besuchte die Polizei deren Familien und forderte die Bezahlung von 50 000 yuan (etwa US\$ 7 800) für deren Freilassung. Nachdem das Geld unter Schwierigkeiten aufgebracht worden war, wurde der Fall an das Amt für Öffentliche Sicherheit weitergeleitet. Der Regierungsfunktionär verlangte von den Familien nochmals Tausende yuan für die Freilassung der Häftlinge. Er drohte, die Häftlinge andernfalls in Zwangsarbeitslager zu senden oder noch schwerer Verbrechen anzuklagen.

Am 2. Januar 2012 hat das Regime von Peking zum ersten Mal nach zwanzig Monaten bestätigt, dass sich der Rechtsanwalt Gao Zhisheng in einem Gefängnis in der westlichen Provinz Xinjiang befindet. Er war im Februar 2009 verhaftet worden. Man wusste seither nichts von seinem Schicksal. Gao, ein Christ, hatte die Mitglieder von Chinas sozialen und religiösen Minderheiten kostenlos verteidigt. Die Bestätigung seiner Haft wurde seinem Bruder, Gao Zhiji, mitgeteilt. Nach Aussage des Letzteren befand sich Zhisheng vermutlich im Gefängnis von Shaya. Allerdings konnte mit dem Gefängnis kein telefonischer Kontakt hergestellt werden, und das Amt für Öffentliche Sicherheit im Kreis Shaya erklärte, es habe keine Informationen über den Fall. Im Dezember 2011 bestätigte Chinas offizielle Presseagentur Xinhua, dass Gao wieder verhaftet worden sei, „weil er die Vorschriften seiner bedingten Freilassung verletzt hat“. Es wurden aber keine weiteren Details über den Fall veröffentlicht. Mit der Wahl des Gefängnisses in Xinjiang wollten die Behörden jeglichen Besuch des Gefangenen vermeiden, denn diese Provinz ist sehr abgelegen und nur schwer zugänglich. Gao Zhisheng wird in Kreisen der chinesischen Dissidenten sehr geschätzt. Als Parteimitglied konnte er auf eine brillante Karriere als Rechtsanwalt zurückblicken und war einer der zehn Spitzenanwälte Chinas. Als er sich jedoch zum Christentum bekehrt hatte, beschloss er, sich der Verteidigung derjenigen zu widmen, die immer dann frei erfundener Verbrechen bezichtigt wurden, wenn sie Religionsfreiheit, Demokratie und Gerechtigkeit forderten.

Jiang Tianyong, ein christlicher Anwalt und Dissident, wurde am 19. Februar 2011 von der Polizei verhaftet, zwei Monate lang misshandelt, bedroht und gefoltert. Sein „Verbrechen“ war der Entschluss, das Recht von Christen auf Religionsfreiheit sowie die Rechte von Aktivisten für die Demokratie, von Aids-

kranken und Mitgliedern von Falun Gong zu verteidigen. Er erklärte, nach seiner Verhaftung sei er an einen unbekanntem Ort gebracht und zwei Tage lang ununterbrochen geschlagen worden. Danach habe man ihn gezwungen, während eines 15-stündigen Verhörs durch die Sicherheitskräfte still zu stehen. Sobald er einen „Fehler“ machte oder mit den Worten „Ich weiß es nicht“ geantwortet habe, sei er bedroht und gedemütigt worden. Mit arroganter Stimme hätten die Folterer gesagt: „Hier können wir Dinge tun, die vom Gesetz vorgeschrieben sind. Wir können aber auch Dinge tun, die nicht vom Gesetz vorgeschrieben sind, weil wir dazu die Erlaubnis haben.“ Eines Nachts, als er geschlagen wurde, wandte er sich an seinen Peiniger: „Ich bin ein menschliches Wesen, du bist ein menschliches Wesen. Warum tust du so etwas Unmenschliches?“ Der wütende Mann warf Jiang auf den Boden und schrie „Du bist kein menschliches Wesen!“ Nach sechzig Tagen wurde Jiang Tianyong freigelassen, musste aber acht Versprechen unterzeichnen. Sollte er eines dieser Versprechen brechen, werde er und auch seine Frau verhaftet. Er musste unter anderem versprechen, das Sicherheitsbüro über alle Personen, die er treffen würde, und die besprochenen Themen zu informieren.

Gerichtliche Verurteilungen

Im Juli 2011 wurde Pastor Shi Enhao, Vizepräsident der Chinese House Church Alliance (CHCA) in der Stadt Suqian (Provinz Jiangsu), zu zwei Jahren Umerziehung durch Arbeit (Laogai) – echte Zwangsarbeit – verurteilt. Die Polizei hatte Shi am 31. März verhaftet und zwölf Tage in Haft behalten. Er wurde am 21. Juni erneut verhaftet mit der Beschuldigung, er „verwende den Aberglauben, um die Anwendung des Gesetzes zu untergraben“. Die Verurteilung zum Laogai ist eine Verwaltungsstrafe, die ohne Prozess oder Rechtsbeistand verhängt werden kann.

Die CHCA ist eine der größten Hauskirchen Chinas und zählt viele Tausend Mitglieder. In den Monaten vor der Verurteilung des Pastors wurde die Kirche von den Sicherheitsbehörden angewiesen, ihre Versammlungen einzustellen. Es wurden auch Pkws, Musikinstrumente und 140 000 yuan (22 000 US\$) Spendengelder beschlagnahmt. Die Polizei bedrohte zudem Shis drei Töchter und deren Ehemänner. Pastor Shi Enhao wurde aus unbekanntem Gründen Anfang 2012 freigelassen, obwohl er noch mindestens ein Jahr Haft hätte absitzen müssen.

China – Hongkong

Das Gebiet von Hongkong wurde zwar 1997 an China angeschlossen, ist aber eine „Region mit Sonderverwaltung“ und genießt eine gewisse Unabhängigkeit vom Festland. Allerdings nimmt Peking seit 1997 immer mehr Einfluss und beschränkt die Freiheiten der Bevölkerung, so auch die Religionsfreiheit.

Nationale Erziehung und Bildung

Schon seit einiger Zeit versucht die Regierung von Hongkong, die Erziehung und Bildung zu kontrollieren. 2011 wurde (auf Empfehlung Pekings) der Vorschlag unterbreitet, dass alle Schulen, von der Grundschule an, obligatorisch Kurse in „nationaler Erziehung“ anbieten sollten, in deren Rahmen die chinesische Kultur gelobt, Chinas große Errungenschaften hervorgehoben und der patriotische Sinn der Bevölkerung gestärkt werden sollten. Als die Behörden befragt wurden, wie sie die Ereignisse des Massakers am Tiananmen-Platz (4. Juni 1989) darlegen wollten, erklärten sie „es sei noch zu früh, um darüber zu sprechen“.

Aufgrund dieser unklaren Situation widersetzten sich katholische Gruppen und Privatschulen diesem Vorschlag. Nach Ansicht von Kardinal Joseph Zen Ze-kium, des emeritierten Bischofs von Hongkong, „müssen sich Lehrer und Schüler diesem Plan widersetzen, der zu vage gehalten ist und dazu neigt, den extremen Nationalismus zu schüren. (...) Was ist nationale Erziehung? Was soll unterrichtet werden? Ist damit die bedingungslose Unterstützung der Kommunistischen Partei gemeint?“ Nach Ansicht vieler, einschließlich Mitgliedern der Regierung von Hongkong, laufen solche nationalen Erziehungskurse Gefahr, „für die jungen Menschen zu einer Art Gehirnwäsche“ zu werden.

Neue Kontrollorgane in den Schulen

Die Diözese Hongkong verlor den Kampf für die Erziehungsfreiheit und gegen die Erziehungsverordnung der Regierung von 2004, laut der von den durch die Regierung finanzierten Schulen verlangt wird, Kontrollorgane für die administrative und didaktische Führung einzusetzen. Das Gesetz verspricht den Schulen, die diese Verordnung umsetzen, verschiedene Vorteile:

Versicherung des Schulpersonals; mehr Flexibilität bei der Verwaltung der Finanzmittel; einen jährlichen Bonus in Höhe von HK\$ 350 000 (45 000 US\$). Die Verordnung verlangt aber auch, dass jede Schule einen internen Organisationsausschuss (School Management Committee) einsetzt, der von der Schulleitung (Sponsoring body) getrennt ist. Die Regierung ist der Ansicht, dass dies zu mehr Transparenz und Demokratie führt. Allerdings wird dies von den katholischen und protestantischen Schulen als ein Eingriff in die internen Angelegenheiten und ein Weg zur Untergrabung der Bildungsfreiheit angesehen und zurückgewiesen. Diesen Ausschüssen würden nicht nur Eltern und Schüler, sondern auch schulexterne Personen angehören, die von der Regierung gewählt werden und die Bildungsrichtung dieser unabhängigen Schulen ändern könnten. Am 14. Oktober 2011 hat der Oberste Gerichtshof von Hongkong der Berufung der Diözese gegen die Notwendigkeit, diese Organisationsausschüsse in das Schulmanagement einzuführen, nicht stattgegeben. Gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes haben sich auch Verantwortliche der Anglikanischen und Methodistischen Kirche ausgesprochen. Sie seien zutiefst besorgt über diesen Eingriff der Regierung (und von China) in die christliche Erziehung und Bildung.

Kampagne gegen Kardinal Zen Ze-kun

Kardinal Joseph Zen Ze-kun wurde zum Gegenstand einer Medienkampagne, die seinen Ruf als Verteidiger der Menschenrechte und der Religionsfreiheit in Hongkong und China untergraben sollte. Unmittelbar nach dem Beschluss des Obersten Gerichtshofes über die Schulen beschloss Kardinal Zen einen dreitägigen Hungerstreik. „Ich will damit die falsche Entscheidung des Obersten Gerichtshofes unterstreichen“, erklärte er. „Sie ist eine große Ungerechtigkeit gegen die Kirche und das Gebiet von Hongkong und (...) läuft Gefahr, ein Erziehungssystem zu zerstören, das als eines der besten, hochqualifiziertesten und effizientesten in der Region angesehen wird.“

Als er seinen Hungerstreik begann, sind im Internet einige Blogs erschienen, die Informationen verbreiteten über die Höhe der Spenden, die Kardinal Zen in den letzten Jahren erhalten haben soll. Es handelt sich um 3 000 000 HK\$ (etwa 385 000 US\$) pro Jahr. Die Spenden stammen vermutlich von einem Industriemagnaten, Jimmy Lai, der sich zum Katholizismus bekehrt hatte und zu einem Befürworter der Demokratie in Hongkong und in China geworden

war. Auch wenn die Informationen niemanden direkt bezichtigen, versuchen sie doch, den Verdacht zu erwecken, Kardinal Zen habe das Geld für persönliche Zwecke eingesteckt oder der oppositionellen Bewegung für Demokratie zukommen lassen. Bei einer Pressekonferenz erklärte der Kardinal, die gespendeten Mittel seien für Stipendien verwendet worden, um katholische chinesische Studenten zu unterstützen, um offiziellen und Untergrundbischöfen auf dem Festland zu helfen, um Diözesen zu unterstützen, die von Naturkatastrophen (Tsunamis, Erdbeben oder Überschwemmungen) betroffen waren, und um verschiedene kirchliche Dokumente und theologische Schriften ins Chinesische zu übersetzen. „Würde ich diese Gelder für mich verwenden – so scherzte er –, dann würde ich mir ein Luxusauto kaufen und einen Fahrer nehmen. Ich muss aber mein altes Auto verwenden und selbst lenken“. Der Kardinal unterstrich, dass die erhaltenen Spenden für „Zwecke verwendet werden, die mit meiner Aufgabe als Bischof und Christ verbunden sind, und nicht für politische Zwecke“.

Quellen

Agence France-Presse (AFP)
Asia News (Päpstliches Institut für die auswärtigen Missionen, PIME)
Cardinal Kung Foundation
China Aid
China Daily
Compass Direct News
Human Rights Watch
Information Centre for Human Rights and Democracy, Hongkong
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
Qiu Shi (politische Zeitschrift der Kommunistischen Partei Chinas)
Radio Free Asia
Radio Vatikan, Newsletter
Reuters
South China Morning Post
Tibetan Centre for Human Rights and Democracy (TCHRD)
Tripod (Zeitschrift des Holy Spirit Study Centre, Hongkong)
UCAN (Union of Catholic Asian News)

U.S. Department of State: Annual Report on International Religious
Freedom, 2010 + 2011
Xinhua (Chinesische Nachrichtenagentur)



Indonesien

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
237,6 Millionen	Muslime	79%
	Christen	11,8%
	Sonstige	9,2%

Toleranz und Pluralismus gefährdet durch religiös motivierte Gewalt

Indonesien, das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt, ist nach wie vor eine stabile Demokratie, die dank der Verfassung und der Pancasila, der fünf philosophischen Säulen des Staates, zumindest im Prinzip Menschenrechte und Religionsfreiheit schützt. Die Regierung von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono, der 2009 wiedergewählt wurde, hat wichtige Schritte gegen Intoleranz und religiöse Unterdrückung unternommen, vor allem in „instabilen“ Regionen wie Ambon und Zentral-Sulawesi. Jedoch wurden Toleranz und Pluralismus in den letzten beiden Jahren erneut durch Episoden religiös motivierter Gewalt beschädigt, und Minderheiten werden, auch heute, immer wieder Opfer von Einschüchterung, Diskriminierung und Übergriffen. Ob nun aufgrund politischer Berechnung oder Unfähigkeit: Die Regierung toleriert letztendlich die Aktivitäten extremistischer Gruppen, während die Polizei und die Justiz nicht die erforderlichen Maßnahmen gegen die Gewaltakte ergreifen. Tatsächlich gab es mehrere Fälle, in denen muslimische Extremisten durch Lobbyarbeit, Massenkundgebungen und Machtdemonstrationen die öffentliche Diskussion und das staatliche Handeln beeinflussten. Das hatte Auswirkungen auf das Verhalten von Richtern, Staatsanwälten und politischen Führern.

Im Allgemeinen können die meisten religiösen Gemeinschaften öffentlich und ohne größere Einschränkungen wirken, vor allem die Mitglieder der sechs offiziell anerkannten Religionen des Landes, nämlich des Islam, Buddhismus, Hinduismus, Katholizismus, Protestantismus und Konfuzianismus.

Verschiedene Kräfte und Gruppen, darunter auch gemäßigte Muslime und viele zivilgesellschaftliche Organisationen, haben gemeinsam versucht, der Gewalt, dem Machtmissbrauch und den Rechtsverletzungen entgegenzutreten – auch jenen, die eine Folge der in einigen Landesteilen eingeführten Scharia sind. Es hat sich jedoch gezeigt, dass der Kampf für gleiche Rechte und glei-

che Würde Übergriffe und Einschüchterungen gegenüber religiösen Minderheiten nicht verhindern konnte.

Obwohl die Verfassung freie Religionsausübung garantiert, werden jedoch in der Tat manche Landes- und Provinzgesetze – wie beispielsweise das Blasphemiegesetz und das Gesetz über die zum Bau von Kirchen erforderlichen Genehmigungen – als Vorwand benutzt, um gegen Minderheiten vorzugehen.

In Aceh ist das islamische Recht weiterhin in Kraft und wird von der Provinzregierung rigoros angewendet, seit die Scharia 2003 durch einen präsidialen Erlass offiziell anerkannt wurde.

Theoretisch sind Christen und die Mitglieder anderer religiöser Minderheiten der Scharia nicht unterworfen. Faktisch jedoch sind auch Nichtmuslime indirekt oder direkt von den strengen Vorschriften zu Kleidung und Verhalten, dem Verbot von Verkauf und Konsum von alkoholischen Getränken, dem Glücksspielverbot, den körperlichen Strafen (Auspeitschen) und Geldstrafen für vor- und außerehelichen Sex betroffen.

Das Wahid Institute, benannt nach einem früheren Präsidenten und Führer der Nahdlatul Ulama (NU), ist mit 20 Millionen Mitgliedern die größte gemäßigte muslimische Organisation. Dem Institut zufolge ist Indonesien trotz seiner Traditionen von Freiheit und Pluralismus nicht gegen die Gefahren des Fundamentalismus, Extremismus und Terrorismus gefeit. Für die religiöse Intoleranz seien vor allem muslimische extremistische Bewegungen wie die Front der Verteidiger des Islam (FPI) und der Rat der indonesischen Rechtsgelehrten (MUI) verantwortlich.

Jedoch gibt es in Indonesien auch einen hohen Anteil gemäßigter Muslime, Intellektueller und religiöser Gelehrter, die den wachsenden religiösen Fanatismus, der in engem Zusammenhang mit den Islamisierungskampagnen terroristischer Gruppen steht, für inakzeptabel halten. Das Prinzip der Religionsfreiheit gilt nach Auffassung der Aktivisten nicht nur für den Bereich der Menschenrechte, sondern für das ganze Land. Wenn dieses Prinzip nicht eingehalten werde, so seien die Traditionen und Ideale des Landes, die auf Toleranz und den Grundprinzipien der Demokratie basieren, in Gefahr.

Gewalt gegen Christen

Im September 2011 brachen auf den Molukken gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen aus. Bei den Unruhen wurden drei Personen (ein Christ und zwei Muslime) getötet, 20 schwer und 40 leicht verletzt. Msgr. Petrus Canisius Mandagi, Bischof von Ambon, erklärte: „Alles begann mit einem Verkehrsunfall, an dem der Fahrer eines Motorrad-Taxis, ein Muslim, der im christlichen Stadtviertel in Ambon unterwegs war, beteiligt war.“ Tatsächlich gibt es in der Stadt seit den Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen vor zehn Jahren immer noch einen ausschließlich christlichen und einen ausschließlich muslimischen Stadtteil. „Die Christen kamen dem Mann zu Hilfe und wollten ihn in ein Krankenhaus bringen“, sagte der Bischof, „doch leider starb der Verletzte beim Transport. Danach verschickten Provokateure über Handys Kurznachrichten, in denen es hieß, ein Muslim sei von Christen getötet worden. So kam es zu den Auseinandersetzungen. Muslime begannen, Christen an der Grenze zwischen den beiden Stadtbezirken anzugreifen. Die christlichen Einwohner attackierten ihrerseits die Muslime. Bei den Zusammenstößen gab es Tote und Verletzte. Das bedauere ich sehr.“

Bereits in der Vergangenheit waren die Molukken Schauplatz von Konflikten zwischen Christen und Muslimen mit vielen Toten und Verletzten gewesen. Der Konflikt begann 1999, als Tausende von Muslimen aus anderen Teilen Indonesiens auf den Molukken angesiedelt wurden. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen dauerten bis 2002 an und forderten in einer Reihe von Zwischenfällen mindestens 9000 Menschenleben. Die beiden Parteien unterzeichneten im Februar 2002 in Süd-Sulawesi ein Friedensabkommen, den Friedensvertrag von Malino, und beendeten damit den Konflikt. Dies konnte jedoch ein gelegentliches Wiederaufflammen der gewaltsamen Auseinandersetzungen nicht verhindern.

Am 25. September 2011 tötete ein Selbstmordattentäter in der Kepunton-Kirche in Solo (Zentral-Java) drei Menschen, mindestens 20 Personen wurden verwundet. Der Mann betrat nach dem Gottesdienst das Gebäude und sprengte sich in die Luft. Zwei Tage später, am 27. September, fand die Polizei in Ambon drei selbstgebaute Sprengsätze in einer protestantischen Maranatha-Kirche nahe am örtlichen Busbahnhof. Den Behörden zufolge gehen die lokalen Spannungen auf ortsfremde islamische Gruppen zurück.

Im Mai 2012 haben radikale Muslime am Fest „Christi Himmelfahrt“ die protestantische Filadelfia-Gemeinde mit Steinen und uringefüllten Plastikbeuteln angegriffen. Die Demonstranten durchbrachen die Reihen der Polizei und überschütteten christliche Gläubige mit Urin und Schmutzwasser. Vereinzelt seien auch Steine geschleudert worden. Nach dem Gottesdienst sei es erneut zu Verfolgungsszenen und Attacken durch die rund 300 Muslime gekommen. Schon in den Monaten zuvor hatte es wiederholt Angriffe auf die Gemeinde gegeben.

Im Dezember 2012 wurden Christen in der Stadt Bekasi von etwa 200 radikalen Muslimen an der Feier des Weihnachtsgottesdienstes gehindert. Die Demonstranten bewarfen die Christen mit faulen Eiern, Jauche und Urinbeuteln. Die anwesende Polizei konnte die Angriffe nicht verhindern. In zahlreichen Ortschaften hatte die Polizei ihren Schutz der Christen gegen mögliche Angriffe radikaler Muslime während der Weihnachtsfeiern verstärkt. In den Großstädten Yogyakarta in Zentral-Java sowie Medan in Nordsumatra wurden die Kirchen vor Beginn der Gottesdienste mit Metalldetektoren nach Bomben abgesucht. In Semarang an der Nordküste Javas waren zum Schutz der 186 Kirchen mehr als 3000 Polizisten im Einsatz.

Erzwungene Kirchenschließungen

Am 30. September 2011 erzwang eine Gruppe von Extremisten von der Front der Verteidiger des Islam (FPI) die Schließung einer protestantischen Kirche in Jatinangor, einem Unterdistrikt von Bandung (Provinz West-Java). Wie in anderen Fällen auch wurden die Beschlagnahmung der christlichen Gebetsstätte und die Unterbrechung der religiösen Aktivitäten dort von der örtlichen Verwaltung unterstützt. Zuvor hatte es Gerüchte gegeben, die protestantische Kirche sei Treffpunkt einer „Gemeinschaft von Neugetauften“. Außerdem beschuldigten die Extremisten den Leiter der protestantischen Gemeinde, Pastor Bernard Maukar, der Proselytenmacherei in einem mehrheitlich muslimischen Gebiet.

Auf Sumatra wurden im Mai 2012 siebzehn christliche Kirchen von staatlichen Behörden geschlossen. Im Monat zuvor hatte in Aceh auf Sumatra Zaini Abdullah das Amt des Gouverneurs übernommen. Er vertritt radikal-islamische Positionen. Die Schließung der Kirchen erfolgte, nachdem fundamenta-

listische Gruppen durch Kundgebungen vor dem Regierungsgebäude Druck auf die Regierung ausgeübt hatten. Die Provinz Aceh ist die einzige indonesische Provinz, in der die islamischen Gesetze der Scharia gelten. In der Region leben rund 12 000 Christen.

In der Stadt Bogor in der Provinz Westjava haben die Behörden im August 2012 eine katholische Zeltkirche der Gemeinde Santo Joannes Baptisto geschlossen. Die Behörden erkennen das als Provisorium gedachte Zelt nicht als Gotteshaus an. Die Gemeinde hatte bereits im Jahr 2000 den Antrag auf eine Baugenehmigung für eine richtige Kirche eingereicht und wartet seitdem auf einen positiven Bescheid. Santo Joannes Baptisto ist die zweite Christengemeinde in Bogor und die dritte in der Provinz Westjava mit derartigen Problemen. Seit zwei Jahren untersagt die Stadtverwaltung von Bogor der protestantischen Yasmin-Gemeinde die Nutzung ihrer Kirche, obwohl der Oberste Gerichtshof Indonesiens diese Anordnung für rechtswidrig erklärte. In der Stadt Bekasi ist die protestantische Gemeinde Filadelfia von einem ähnlichen Verbot betroffen.

Im Oktober 2012 wurden in der Provinz Aceh von staatlicher Seite neun Kirchen geschlossen. Die Behörden warfen den Kirchengemeinden vor, für die Nutzung der Kirchen nicht über die nötigen Genehmigungen zu verfügen. Auch sechs buddhistische Tempel durften nicht weiter genutzt werden. Der Generalsekretär der Kommission „Religionen für den Frieden“ in Indonesien, Theophilus Bela, sprach von einem „Akt der Intoleranz“. Die Priester der geschlossenen Kirchen seien in Anwesenheit radikaler Islamisten gezwungen worden, eine Einverständniserklärung zu unterschreiben.

Quellen

Asia News (Päpstliches Institut für die auswärtigen Missionen, PIME)
Human Rights Watch
Jakarta Post
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
Radio Vatikan, Newsletter
UCAN (Union of Catholic Asian News)

U.S. Department of State: Annual Report on International Religious Freedom,
2010 + 2011



Irak

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
31,5 Millionen	Muslime	97,3%
	Christen	1,8%
	sonstige	0,9%

Anhaltende Instabilität

Seit dem Fall des alten Regimes von Saddam Hussein nach der US Invasion im Jahr 2003 wird der irakische Staat von anhaltender Instabilität geplagt und ist nicht in der Lage, seiner Bevölkerung Sicherheit zu gewähren. Vor allem Mitglieder ethnischer und religiöser Minderheiten, insbesondere Christen, sind sektiererischer Gewalt ausgesetzt, was zu einem nicht endenden Exodus von Christen und anderen Irakern führt. Von den einst eine Million Christen im Jahr 2003, die vierzehn verschiedenen Kirchen angehören, gibt es mittlerweile schätzungsweise nur noch 300 000. Einige von ihnen sind in die autonome Region Kurdistan Irak gezogen, wo ihre Zahl von 30 000 im Jahr 2003 auf heute 100 000 angestiegen ist.

Aber selbst hier sind sie nicht in Sicherheit, wie die bis heute andauernden christenfeindlichen Angriffe zeigen, die besonders von Muslimen verübt werden, die der Islamischen Union Kurdistans nahestehen, einer mit der Muslimbruderschaft verbundenen islamischen Bewegung. Die Unsicherheit in dieser Provinz hat sich so stark verschlimmert, dass manche Christen sich dort nur vorübergehend aufhalten. Nichtsdestotrotz war der chaldäisch-katholische Erzbischof von Kirkuk, Louis Sako, in der Lage, eine neue, unter das Patronat des heiligen Paulus gestellte Kirche im Dorf Sikanayan einzuweihen, und zwar auf einem Grundstück, das er von der Zentralregierung gespendet bekommen hatte. Dies war das erste Mal seit 2003, dass im Irak ein Gotteshaus der Chaldäisch-katholischen Kirche neu gebaut werden konnte.

Viele Christen haben in den Nachbarländern (Jordanien, Syrien, Libanon und Türkei) Zuflucht gefunden, wo sie unter prekären Lebensbedingungen leben und auf ein Visum in den Westen warten.

Laut Erzbischof Basile Georges Casmoussa, dem syrisch-katholischen Bischof von Mosul, „verlassen 80 Prozent der jungen Menschen das Land oder

träumen davon“. Für Weihbischof Shlemon Warduni vom chaldäisch-katholischen Patriarchat in Bagdad, „zerstört die Emigration unsere Kultur, die Geschichte, den Glauben, die Kirchen und die Gemeindeglieder. Es ist eine gefährliche und ansteckende Krankheit, gegen die wir nichts tun können.“

Diese Minderheiten werden auch der Scharia (islamisches Gesetz und einzige Quelle für die Rechtsprechung) unterworfen. Gemäß Scharia aber haben Christen nicht die gleichen Rechte wie ihre muslimischen Mitbürger. Darüber hinaus sind die christliche und andere Minderheiten in den staatlichen Institutionen unterrepräsentiert. Im Juli 2010 startete eine Gruppe von 76 Delegierten, bestehend aus Christen und anderen Minderheitengruppen (Jesiden, Sabäer usw.) einen Aufruf, um einerseits die Rückkehr von Flüchtlingen zu fördern und andererseits verfassungsmäßige Änderungen zu fordern, die die Rechte der Minderheiten besser schützen sollen.

Erzbischof Casmoussa hat viele ungerechte Handlungen gegen Christen aufgelistet. Ein einschlägiger Fall ist das Schulsystem. Befindet sich nur ein muslimisches Kind in einer Klasse, hat es das Recht auf islamischen Unterricht, wohingegen Christen 51 Prozent der Klasse ausmachen müssen, um dasselbe Recht auf eigenen Religionsunterricht zu erhalten.

Auf kultureller Ebene hat die Regierung, die nach Saddam Hussein kam, Kirchen die Erlaubnis entzogen, ein Museum zu eröffnen. Laut Erzbischof Casmoussa „sind viele Regierungsbeamte gegen uns“.

Christen sind mit der kontinuierlichen Re-Islamisierung der irakischen Gesellschaft konfrontiert. Verschiedene muslimische Gruppierungen fordern von den Christen, dass sie die islamische Kopfsteuer (Dschizya) zahlen, und versuchen, ihre strengen Kleidervorschriften christlichen Frauen aufzuzwingen. Tatsächlich verlassen viele christliche Frauen, laut Erzdiakon Emmanuel Youkhana, aufgrund des gesellschaftlichen Drucks ihre Wohnung nicht mehr ohne Kopfbedeckung. Einige ranghohe muslimische Geistliche verlangen jetzt die Trennung von Studenten und Studentinnen an den Universitäten. Die Fakultät für Musik an der Universität von Bagdad wurde geschlossen, weil man die Musik mit der fundamentalistischen Auslegung der Scharia für unvereinbar hält.

Auf ihrer Webseite hat die islamistische Gruppe Ansar al-Islam einen Brief veröffentlicht, in dem zu lesen ist: „Der Generalsekretär der [...] islamischen Brigade hat entschieden, den christlichen ungläubigen Kämpfern von Bagdad und den anderen Provinzen die endgültige Warnung zu erteilen, den Irak sofort und für immer zu verlassen und sich Benedikt XVI. und seinen Anhängern anzuschließen, die die bedeutendsten Symbole der Menschheit und des Islams mit Füßen getreten haben [...]. Es wird ab jetzt keinen Platz mehr für die ungläubigen Christen geben [...]. Denjenigen, die bleiben, wird die Kehle aufgeschlitzt werden.“

Gewalt gegen Christen

Der bislang schwerste Anschlag auf christliche Einrichtungen ereignete sich am 31. Oktober 2010, am Vorabend von Allerheiligen. Während eines Gottesdienstes in der syrisch-katholischen Kathedrale Unsere Liebe Frau von der Immerwährenden Hilfe in Bagdad stürmte eine Gruppe von zwölf bewaffneten Terroristen das Gebäude. Sie erschossen sofort einen Priester und zwei Gläubige und nahmen weitere Priester und 300 Gläubige als Geiseln. Die Terroristen schossen mit ihren Maschinengewehren auch auf das Kreuzifix und sagten spöttisch: „Sagt ihm, er soll euch retten.“ Ein Befreiungsversuch durch das von US-Truppen unterstützte irakische Militär, vier Stunden, nachdem der Überfall begonnen hatte, hinterließ 58 Todesopfer unter den Geiseln, darunter zwei Priester, Wassim Sabih und Thaeer Saadallah Boutros. 67 Menschen wurden verwundet, einschließlich des Priesters Rafael Alkotaily.

Die der al-Qaida nahestehende Organisation „Islamischer Staat Irak“ erklärte sich für den Angriff verantwortlich. In einer Stellungnahme sagte sie: „Alle Christen, ihre Organisationen, Institutionen und Führer, egal wo sie sich befinden, sind legale Ziele der Mujahedin.“ Der Angriff war der blutigste Vorfall gegen Christen im Irak seit 2003. Er ereignete sich eine Woche nach der Sondersynode der Bischöfe des Nahen Ostens, die unter dem Vorsitz von Papst Benedikt XVI. in Rom vom 10. bis 24. Oktober 2010 abgehalten wurde. Am Ende der Synode machte die Versammlung besonders auf die Situation der Christen im Irak aufmerksam. Zehn Tage nach der Tragödie wurden viele Häuser und Geschäfte von Christen angegriffen, dabei starben sechs Menschen, 33 wurden verwundet. Auch für diese Anschläge übernahm die Bewegung „Islamischer Staat Irak“ die Verantwortung.

Am 30. November 2010 wurde der junge Ingenieur Fadi Walid Gabriel in Mosul umgebracht. Als Protest gegen seinen Mord verließen viele christliche Vertreter, einschließlich vieler Bischöfe, die Konferenz „Koexistenz und gesellschaftliche Toleranz“, die vom irakischen Ministerium für Menschenrechte in Erbil, der Hauptstadt von Kurdistan Irak, organisiert worden war. Sie kamen erst zurück, nachdem ihr Schutzantrag in das Manifest aufgenommen worden war, das am Ende der Veranstaltung veröffentlicht wurde.

Angesichts der gefährlichen Situation kündigten die Kirchenleiter in Bagdad, Kirkuk, Mosul und Basra im Dezember 2010 den Ausfall der Mitternachtsmesse und der Weihnachtsfeierlichkeiten an sowie das Ausbleiben des jahreszeitlichen Kirchenschmucks.

Im Jahr 2011 wurden weitere Angriffe gegen Christen verübt. Anfang Mai wurde Ashur Yacob entführt und in Mosul umgebracht, weil seine Familie nicht das von den Entführern geforderte Lösegeld von US\$ 100 000 bezahlen konnte.

Am 31. Mai 2011 wurde der orthodoxe Christ Arakan Yacob ebenfalls in Mosul umgebracht.

Am 2. August 2011 explodierte eine Autobombe vor einer Kirche in Kirkuk. Dreizehn Menschen wurden verletzt einschließlich des Gemeindepriesters Imad Yalda. Die Polizei entschärfte zwei weitere Autobomben in der Nähe von christlichen Einrichtungen, der St. Georg Kirche und einer Schule.

Am 15. August 2011 wurde die syrisch-orthodoxe Kirche St. Ephraim in Kirkuk durch eine Bombe stark zerstört.

Am 2. Oktober 2011 wurde der chaldäische Christ Bassam Paolous im Restaurant in Mosul getötet, in dem er arbeitete. Er war erst kurz zuvor nach Telkaif, wo überwiegend Christen wohnen, gezogen, um seine Familie in Sicherheit zu bringen.

Am 1. und 2. Oktober 2011 wurden zwei Christen, Bassam Isho und Emmanuel Hanna Polos, in Kirkuk getötet.

Am 11. Dezember 2011 wurden Adnan Elia Jakmakji und seine Frau Raghad El Tawil in Mosul umgebracht.

Im Februar 2012 wurde das Todesurteil gegen drei Attentäter, die am Anschlag auf die syrisch-katholische Kirche in Bagdad am 31. Oktober 2010 beteiligt waren, vom Obersten Gerichtshof im Irak bestätigt. Der chaldäisch-katholische Weihbischof von Bagdad, Shlemon Warduni, sprach sich jedoch in einem Interview mit Radio Vatikan gegen die Vollstreckung des Todesurteils aus: „Wir stehen für Vergebung und wir stehen auch für Strafe, aber nicht für die Todesstrafe. Wir brauchen Frieden, wir brauchen Versöhnung und echte gegenseitige Vergebung. Die Todesstrafe ist gegen unsere Prinzipien.“

Auf einer Konferenz in Aachen beschlossen im August 2012 mehrere irakische Erzbischöfe und Bischöfe von mit Rom unierten Kirchen zusammen mit Vertretern mehrerer deutscher kirchlicher Hilfswerke (darunter auch KIRCHE IN NOT), in der irakischen Stadt Erbil im kurdischen Autonomiegebiet ein gemeinsames Koordinationsbüro einzurichten. Zum einen soll das Büro wirtschaftliche Projekte fördern, die den Christen im Irak neue Zukunftsperspektiven eröffnen können. Und zum anderen solle das Büro im Kontakt mit der irakischen Regierung für eine bessere Sicherheitslage im Irak, vor allem für die Christen, eintreten. Nur so könne die Massenauswanderung der Christen gestoppt werden, erläuterte der Leiter des Missionswissenschaftlichen Instituts des Hilfswerks missio und Organisator der Konferenz, Harald Suermann.

In einem Interview mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) äußerte der chaldäisch-katholische Erzbischof von Mosul, Amel Nona, Ende August 2012 die Befürchtung, das Christentum im Irak könne zu einer „Renderscheinung“ werden. „Schon jetzt ist unser Einfluss in der irakischen Gesellschaft sehr geschwächt. Und die Flüchtlinge werden nicht mehr in den Irak zurückkehren“, so der Erzbischof. Die Massenflucht der Christen aus dem Irak werde weitergehen, solange die Menschen keine Sicherheit und keine wirtschaftlichen Perspektiven erhielten. Weihbischof Shlemon Warduni aus Bagdad erklärte in dem KNA-Gespräch, seit dem Sturz Saddam Husseins habe antichristliches Denken unter den Irakern stark zugenommen. „Nicht nur aus Hass auf die Amerikaner. Ob die Regensburger Rede des Papstes, die Mohammed-Karikaturen oder öffentliche Koranverbrennungen - für alles, was

irgendwo auf der Welt als islamfeindlich verstanden wird, müssen wir irakischen Christen die Rechnung bezahlen.“ Zwar gebe es auch gute Beispiele für interreligiösen Dialog. Doch ein extremistischer Prediger könne die Arbeit von zehn vernünftigen wieder zunichtemachen. Das westliche Ausland riefen die beiden Bischöfe dazu auf, mitzuhelfen, den Exodus der Christen aus dem Irak zu stoppen. Dafür brauche es vor allem mehr wirtschaftliche Investitionen in dem Land.

Am Abend des 16. Septembers 2012 explodierte vor dem Eingang der chaldäisch-katholischen Kathedrale in Kirkuk ein Sprengsatz und verursachte erheblichen Sachschaden. Menschen wurden zum Glück nicht verletzt.

Einige Tage später äußerte sich Erzbischof Louis Sako von Kirkuk sehr pessimistisch über die Zukunft des Irak. Gegenüber der österreichischen Presseagentur kathpress sagte er, er befürchte ein Auseinanderbrechen des Landes in einen kurdischen, schiitischen und sunnitischen Teil. Die politischen Gruppierungen im Irak, die sich entlang religiöser und ethnischer Linien gebildet hätten (Sunniten, Schiiten, Kurden, Araber und Turkmenen), seien so gespalten, dass eine gemeinsame politische Zukunft kaum möglich scheine. Der Staat könne nach wie vor keine Sicherheit gewährleisten, Armee und Polizei funktionierten nur sehr unzureichend und könnten sich nicht durchsetzen. Jede Gruppierung verfüge daher über eigene Milizen. Zudem habe der Konflikt in Syrien negative Auswirkungen auf den Irak und verstärke die Zerfallstendenzen. Während die irakischen Schiiten mehrheitlich zum alawitischen Assad-Regime hielten, unterstützten Kurden und Sunniten die syrische Opposition.

Am 20. Oktober 2012 wurde in einem Vorort von Erbil, der Hauptstadt des irakischen Kurdistan, der Grundstein für die erste katholische Universität im Irak gelegt. Das Gelände wurde von der chaldäischen Kirche zur Verfügung gestellt. Die Gebäude sollen 2015 fertiggestellt sein. Die Idee zu dieser Initiative entstand bei der Sondersynode für den Nahen Osten, die im Oktober 2010 in Rom stattfand.

Im Dezember 2012 besuchte Kurienkardinal Leonardo Sandri, der Präfekt der Kongregation für die orientalischen Kirchen, den Irak. In Bagdad weihte er die renovierte syrisch-katholische Kathedrale von Bagdad ein, die bei dem An-

schlag am 31. Oktober 2010 schwer beschädigt worden war und gedachte der Toten des Anschlags. Weitere Stationen seiner Reise waren die Städte Kirkuk und Erbil. Als er in der chaldäisch-katholischen Kathedrale in Kirkuk die Sonntagsmesse feierte, explodierten in der Nähe mehrere Sprengsätze vor schiitischen Moscheen. Dabei wurden zwölf Menschen getötet und über fünfzig verletzt. In Kirkuk besuchte der Kurienkardinal auch die sunnitische Moschee und traf sich mit muslimischen Vertretern. Der dortige Imam würdigte dabei die örtlichen Initiativen zur christlich-muslimischen Zusammenarbeit, die Erzbischof Louis Sako dort ins Leben gerufen hat. Der Imam äußerte sich auch sehr positiv über Papst Benedikt XVI.

Auf einer Synode der chaldäisch-katholischen Kirche, die Ende Januar 2013 in Rom unter dem Vorsitz von Kardinal Leonardo Sandri stattfand, wurde der Erzbischof von Kirkuk, Louis Sako, zum neuen Patriarchen seiner Kirche gewählt. Er trägt nun den Namen Patriarch Louis Raphael I. Sako, sein Amtssitz ist Bagdad. Am 6. März 2013 wurde er dort feierlich in sein Amt eingeführt. Bei der feierlichen Zeremonie war auch der irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki anwesend. Der neue Patriarch rief die Christen im Irak auf, ihr Land nicht zu verlassen. Aufgrund ihrer langen Geschichte und Kultur seien sie „Iraker im Vollsinn des Wortes“, so der Patriarch. Der Wiederaufbau im Irak und die Sicherung des Friedens würden auch vom interreligiösen Dialog abhängen, betonte der Patriarch weiter.

Andauernde Gewalt

Seit dem Fall des Regimes von Saddam Hussein wurden zahllose Anschläge verübt. Viele von ihnen stehen in Zusammenhang mit dem blutigen Kampf um die Macht, der seit Jahren zwischen Schiiten und Sunniten anhält. Die konfessionellen Konflikte und das Blutvergießen unter den Muslimen scheinen nicht aufzuhalten zu sein. Zu Anschlägen kommt es vor allem auch während der muslimischen religiösen Feste, die regelmäßig große Menschenmengen anziehen. Auch wenn die Anzahl der Anschläge gegenüber den ersten Kriegsjahren gesunken ist, setzt sich die Gewalt ununterbrochen fort.

Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)

Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen - PIME)

Katholische Nachrichtenagentur (KNA)

Kathpress

Radio Vatikan, Newsletter

Zenit (Nachrichtenagentur)



Israel

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:			
7,7 Millionen	Juden	72,5%	sonstige	1%
	Muslime	19,3%		
	Christen	2,4%		
	Religionslose	4,8%		

Palästinensische Gebiete

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:			
4,1 Millionen	Muslime	80,6%		
	Juden	11,8%		
	Christen	1,9%		
	Religionslose	5,7%		

Israel

Die Situation der Christen in Israel hat sich seit Mitte des Jahres 2010 nicht geändert. Obwohl sie wie ihre arabischen muslimischen Mitbürger israelische Staatsbürger und im Parlament vertreten sind, werden sie de facto im Vergleich zu den Juden weiterhin wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Die Beharrlichkeit, mit der die israelischen Staatsführer von der internationalen Gemeinschaft verlangen, ihren Staat als „Jüdischen Staat“ und nicht als „Staat der Juden“ anerkannt zu bekommen, verstärkt diese Situation und rechtfertigt die daraus entstehende ungleiche Behandlung. Die hieraus resultierende Diskriminierung zeigt sich auf vielerlei Weise und kann zum Beispiel auf dem Gebiet der politischen Verantwortung beobachtet werden – nur Juden sind Regierungsmitglieder. Davon betroffen sind überdies Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung und im Justizsystem, der Militärdienst (nur für Juden verpflichtend, zugänglich für Drusen aber nicht zugänglich für Muslime und Christen), staatliche Zuwendungen für Gebiete, in denen es keine jüdischen Einwohner gibt und Bildungsprogramme (das Bildungsministerium untersagt den christlichen Schulen in Israel jegliche Religionserziehung).

Darüber hinaus sind aufgrund einer Verfassungsänderung vom Dezember 2010 alle Nicht-Juden, die die israelische Staatsbürgerschaft beantragen, verpflichtet, einen Treueeid auf den „Staat Israel als jüdischen und demokratischen Staat“ zu schwören. Diese Bestimmung betrifft die 25000 Palästinenser, die mit israelischen Arabern verheiratet und immer noch nicht

eingebürgert sind und die zukünftigen israelischen Ehefrauen und Ehemänner arabischer Herkunft. Ziel dieser Gesetzesänderung ist es, diese Kandidaten von der Beantragung der israelischen Staatsbürgerschaft abzuhalten, um das Anwachsen der arabischen Bevölkerung zu unterbinden.

Israels Verwaltung hält auch an seiner restriktiven Politik fest, wenn es um die Genehmigung einer Aufenthaltserlaubnis für ausländische Christen geht, wie zum Beispiel bei Priestern und Seminaristen aus Palästina, Jordanien und anderen arabischen Ländern. Im März 2011 weigerte sich die Regierung, dem anglikanischen Bischof von Jerusalem, Suheil Dawni, der wie seine Familie aus Palästina stammt, ein Visum für mehr als sechs Monate auszustellen. Kleines Detail: Seine Diözese umfasst Israel, den Libanon und Jordanien.

Im Dezember 2010 hatten Dutzende orthodoxer Rabbiner allen israelischen Juden verboten, Eigentum an Nicht-Juden zu verkaufen oder zu vermieten. In einem offenen Brief rechtfertigten sie ihre Haltung: „Die Tora verbietet es, Grundstück oder Eigentum im Land Israel einem Fremden zu verkaufen [...], da der Lebensstil der Nicht-Juden sich von dem der Juden unterscheidet“. Sie drohten auch damit, diejenigen zu exkommunizieren, die nicht gehorchen würden.

Als Reaktion darauf entstand die Gruppe „Rabbiner gegen religiöse Diskriminierung“. Ungefähr 750 Rabbiner weltweit traten dieser Bewegung bei und unterzeichneten eine Petition, in der es heißt, dass die neue, von ihren Kollegen in Israel getroffene Regel in ihnen einen „Schock und Schmerz“ ausgelöst habe. „Der Versuch, diskriminierende Maßnahmen aufgrund ethnischer oder religiöser Grundlagen aus der Tora abzuleiten, ist eine traurige Verdrehung unserer Traditionen. Die Menschen in Israel wissen sehr wohl, was Diskriminierung bedeutet, und wir tragen heute noch die Narben des Hasses. Wenn diejenigen, die die offizielle rabbinische Führung des Staates Israel repräsentieren, solche Positionen vertreten, sind wir durch diese «Chillul HaShem», diese Entweihung des Namens Gottes, verletzt“.

2011 nahmen die Feindseligkeiten eklatant zu, unter anderem gegen Priester, auf die gespuckt wurde, gegen Mönche und Nonnen, die ihre Tracht trugen, und gegen Menschen, die ein Kreuzifix trugen.

Im Januar 2011 hielt der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Erzbischof Fouad Twal eine Begrüßungsrede vor europäischen und nordamerikanischen Bischöfen, die zu ihrer jährlichen Pilgerreise in das Heilige Land gekommen waren. Unter anderem sagte er: „Es gibt zwei extremistische Strömungen, die uns noch immer große Sorgen machen. Auf der einen Seite die Muslime mit ihren Angriffen gegen unsere Kirchen und unsere Gläubigen, und auf der anderen Seite der rechte israelische Flügel, der sich in Jerusalem immer mehr ausbreitet und versucht, diese Stadt in eine rein hebräische und jüdische Stadt zu verwandeln, die andere Glaubensrichtungen ausschließt“.

Im Laufe des Jahres 2012 kam es wiederholt zu Akten von Vandalismus gegenüber christlichen Einrichtungen, bei denen christliche Gebäude mit antichristlichen Graffiti besprüht wurden („Tod der Christenheit“, „Wir werden euch kreuzigen, Jesus ist tot“, „Maria war eine Prostituierte“). Auf die Mauern einer baptistischen Kirche in der Narkis-Straße und des griechisch-orthodoxen Kreuz-Klosters wurden jüdische Buchstaben gemalt und der christliche Friedhof des Berges Zion wurde mit Fluchworten verschandelt. Im September 2012 gab es einen Angriff auf das Trappistenkloster von Latrun 15 Kilometer westlich von Jerusalem.

Dieses Verhalten führt gewöhnlich nicht zu Verhaftungen oder Anklagen. Pater Pierbattista Pizzabella, Kustos des Heiligen Landes, beklagte sich über diesen Zustand in einem Brief an den israelischen Präsidenten Shimon Peres: „In den vergangenen Jahren haben wir gelernt, Provokationen zu ignorieren und unseren Alltag weiterzuleben. Aber diesmal scheint es, als haben sie eine Grenze überschritten, und wir können dazu nicht mehr schweigen. Diese feindlichen Parolen, die auf die Mauern von christlichen Stätten, hauptsächlich in Jerusalem, gemalt sind, verletzen sowohl die Gefühle aller Christen als auch die der hunderttausenden von Pilgern, die Jerusalem und das Heilige Land besuchen.“ Der Priester bat das Staatsoberhaupt, seine Macht und seinen Einfluss bei den Behörden zu nutzen, „damit diese gefährliche Haltung ausgelöscht und diese Aktionen gestoppt werden, bevor sie zur Gewohnheit gegen Christen in Israel werden“.

In der Zwischenzeit gehen die Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel weiter, um den Rechtsstatus in steuerlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu definieren. Diese Verhandlungen, die entsprechend der

Grundsatzvereinbarung zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel von 1993 erforderlich sind, fanden am 11. März 1999 zum ersten Mal statt.

Israelische Maßnahmen in den palästinensischen Gebieten schaden auch den Christen. Es ist äußerst schwierig und oft sogar unmöglich, eine Reiseerlaubnis nach Jerusalem und Nazareth für eine Pilgerreise oder kirchliche Konferenzen zu bekommen. Anträge für diese Genehmigungen müssen Wochen im Voraus beim israelischen Ministerium für religiöse Angelegenheiten gestellt werden, das sich selbst das Recht vorbehält, diese Anfragen nicht zu beantworten.

Christen leiden auch wegen des Baus der Sicherheitsmauer unter Benachteiligungen. Am 13. Oktober 2011 beschlagnahmte die israelische Armee in Beit Jala, einem christlichem Dorf ganz in der Nähe Bethlehems, fünf Hektar Land, um den Bau der Mauer um weitere zwölf Kilometer zu erweitern. Nach Angaben einer palästinensischen Nichtregierungsorganisation werden 640 Hektar auf der anderen Seite der Mauer beziehungsweise 45 Prozent des ursprünglichen Gebietes von Beit Jala isoliert bleiben, sobald der Mauerbau vollendet ist. Im Oktober 2012 forderten die katholischen Bischöfe des Heiligen Landes die israelische Regierung auf, das geplante Teilstück der Sperrmauer im „christlichen Dreieck“ Bethlehem, Beit Jala und Beit Sahour nicht zu bauen. Zahlreiche christliche Familien wie auch christliche Einrichtungen hätten dadurch gravierende Nachteile, sie seien unter anderem von wichtigen Agrarflächen und Wasserquellen abgeschnitten. Dies könne zu einer weiteren Abwanderung von Christen führen. Unterzeichnet war die Stellungnahme unter anderen vom Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Fouad Twal, dem Kustos der Franziskaner Pierbattista Pizzaballa sowie vom päpstlichen Nuntius in Jordanien, Erzbischof Giorgio Lingua.

Palästinensische Gebiete

Die Palästinensische Autonomiebehörde mit ihrem Verwaltungssitz in Ramallah (Westbank) hat den Islam nicht als offizielle Religion gewählt, obwohl die muslimische Bevölkerung gegenüber den Christen den weitaus größeren Teil ausmacht. Außerdem ist der Bürgermeister der 1884 gegründeten Gemeinde von Bethlehem aufgrund eines stillschweigenden Abkommens bisher immer ein Christ gewesen wegen der Rolle, den diese Stadt in der christ-

lichen Geschichte gespielt hat. Bislang wurde diese Tradition von der Autonomiebehörde oder von Muslimen nie infrage gestellt. Die meisten palästinensischen Christen leben in Bethlehem und Umgebung.

Die Bewegung der Re-Islamisierung der Sitten und die begleitenden antichristlichen Provokationen bringen Christen in eine sehr schwierige und zuweilen unerträgliche Situation, vor allem in denjenigen Gebieten, in denen das Zusammenleben zwischen Muslimen und Christen zunehmend beeinträchtigt wird. Antichristliche Verhaltensweisen umfassen die Ausübung von Druck auf Frauen wegen ihrer Kleidung, öffentliche Gebete gegen christliche Heiligtümer einschließlich der Geburtskirche und die Weigerung des Verkaufs von Eigentum an Christen, da ihnen nicht erlaubt wird, irgendwelches „islamisches Land“ zu besitzen usw.

Die Christen befürchten auch, dass die Scharia allen palästinensischen Bürgern auferlegt werden könnte, eine Möglichkeit, die angesichts der Entwicklungen in den Nachbarländern seit dem Jahr 2011 nicht ausgeschlossen werden kann. Christen fühlen sich immer mehr belagert und eingeengt zwischen der israelischen Sicherheitsmauer und einem zunehmend strengeren radikalen Islam. Besorgt um ihre Zukunft und ihre Freiheit emigrieren daher viele Christen nach Europa und Amerika.

Im Gazastreifen, der von der islamischen Bewegung Hamas kontrolliert wird, müssen sich die Christen (2500 von 1,5 Millionen Einwohnern) mit dem Status der dhimmi (geschützte Bürger) abgeben, der verschiedene Rechte und Pflichten festlegt, die für Christen nachteilig sind. Die Vertreter der Kirche werden jedoch von den politischen Behörden respektiert, besonders wegen der Dienstleistungen, die die Kirche der gesamten Bevölkerung zugute kommen lässt und insbesondere aufgrund der katholischen Schulen, die einen hervorragenden Ruf genießen.

Dennoch schützt dies die Christen nicht vor Gewalt. Am 26. Februar 2011 wurde der Direktor des Anglikanischen Krankenhauses von Gaza, Maher Ayyad, Opfer eines Angriffs, bei dem er aber zum Glück nicht verletzt wurde. Zuvor hatte er Drohbriefe erhalten, in denen er aufgefordert wurde, die „missionarischen Aktivitäten“ zu stoppen.

Am 8. Januar 2012 empfing die kleine katholische Gemeinde in Gaza acht europäische und nordamerikanische Bischöfe zum jährlichen Treffen der Koordinierungsgruppe der lokalen Kirchen im Heiligen Land. Die Prälaten wurden von einer Gruppe von 40 Beobachtern durch die Stadt begleitet und brachten der palästinensischen christlichen Gemeinde aus ihren Diözesen und von ihren Bischofskonferenzen Botschaften der Unterstützung. Weihbischof William Kenney aus Birmingham (GB) sagte den Gläubigen: „Ihr seid nicht alleine, niemand hat euch aufgegeben, setzt eure Hoffnung und euer Vertrauen auf Gott und die Kirche“.

In den palästinensischen Gebieten müssen auch Muslime mit einer Reihe von Hindernissen leben, die ihre Meinungsfreiheit einschränken aufgrund eines Gesetzes, das ihnen jegliche Kritik an der islamischen Religion verbietet. Dieses Gesetz wurde 1960 von Jordanien eingeführt, das damals die Westbank bis zum Einmarsch Israels während des Sechstagekriegs im Juni 1967 kontrollierte. Dieses Gesetz, das von der palästinensischen Autonomiebehörde nie infrage gestellt wurde, sieht eine ein- bis dreijährige Gefängnisstrafe für Gotteslästerung vor. Aufgrund dieses Gesetzes kam am 31. Oktober 2010 ein junger militanter atheistischer Blogger namens Walid Husayin ins Gefängnis, weil er öffentlich den Islam kritisiert haben soll.

Quellen

Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen - PIME)

Haaretz

Human Rights Watch

Katholische Nachrichtenagentur (KNA)

Radio Vatikan, Newsletter

U.S. Department of State: Annual Report on International Religious Freedom, 2010 + 2011

ZENIT (Nachrichtenagentur)



Kuba

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
11,2 Millionen	Christen	70%
	Religionslose	15%
	Animisten	15%

Katholische Kirche in Kuba

Etwa 60% der Kubaner sind katholisch getauft. Seit Jahrzehnten wird die katholische Kirche unterdrückt, wenngleich sich seit dem Besuch von Papst Johannes Paul II. in Kuba im Januar 1998 die Situation leicht verbessert hat. Infolge der Repressionen durch das kommunistische Regime herrscht auf Kuba ein extremer Priestermangel. Es gibt nur etwa 360 Geistliche für etwa 6,7 Millionen Katholiken. Auf einen Priester kommen so fast 19 000 Gläubige. Im öffentlichen gesellschaftlichen Leben hat die katholische Kirche nur eine marginale Rolle: es gibt im ganzen Land gerade einmal zehn Schulen und zwei Hochschulen in katholischer Trägerschaft, mit etwa 1100 Schülern und Studenten. Im Gesundheitswesen betreibt die katholische Kirche nur ein paar Ambulanzen, Alten- und Invalidenheime sowie Sozialstationen; katholische Krankenhäuser gibt es dagegen keine.

Rechtsschutzorganisationen berichten, dass staatlich nicht anerkannte christliche Gemeinschaften nach wie vor unter Repressionen leiden. Auch der Zugang zu den Medien unterliegt weiterhin starken Beschränkungen. Gläubige erleben immer noch Benachteiligungen am Arbeitsplatz, vermutlich wegen ihres christlichen Bekenntnisses. Bis heute gibt es noch keinen wirklichen Durchbruch bei der Rückgabe ehemaliger kirchlicher Gebäude, die der Staat vor vier Jahrzehnten beschlagnahmt hat.

Papst Benedikt XVI. als „Pilger der Liebe“ in Kuba

Das wichtigste Ereignis der letzten Jahre war für die katholische Kirche in Kuba ganz sicher der Besuch von Papst Benedikt XVI. vom 26. bis 29. März 2012. Offizieller Anlass für die Reise war die 400-Jahr-Feier der Auffindung des Gnadenbildes der Barmherzigen Jungfrau von El Cobre. Der Überlieferung nach wurde die Holzfigur im Jahr 1612 in der Bucht von Nipe entdeckt und später nach El Cobre gebracht, dem Zentrum des Kupferbergbaus auf

Kuba (spanisch Cobre = Kupfer). Das Gnadenbild fand große Verehrung in der Bevölkerung, und im Jahr 1916 erklärte Papst Benedikt XV. die Gottesmutter von El Cobre zur Nationalpatronin des kubanischen Volkes.

Bei seiner Ankunft in Kuba sagte Papst Benedikt XVI., er komme als „Pilger der Liebe“ nach Kuba und wolle „der Spur der vielen Pilger im Lauf der Jahrhunderte“ folgen und die Gottesmutter um ihre Fürsprache anrufen, „damit sie den Lauf dieser geliebten Nation auf Pfade der Gerechtigkeit, des Friedens, der Freiheit und der Versöhnung führe“. Der Papst erinnerte an den Besuch seines Vorgängers Johannes Paul II. in Kuba. Damals sei eine „neue Phase in den Beziehungen zwischen der Kirche und dem kubanischen Staat im Geist stärkerer Zusammenarbeit und größeren Vertrauens“ eingeleitet worden. Allerdings blieben „noch viele Aspekte, in denen man vorankommen kann und muss, besonders hinsichtlich des unerlässlichen Beitrags, den die Religion im öffentlichen Bereich der Gesellschaft zu leisten berufen ist“.

Auch wenn Staatspräsident Raul Castro in seiner Ansprache zur Begrüßung des Papstes stolz verkündete, in Kuba gebe es mittlerweile „vollständige Religionsfreiheit“, ließ sich Benedikt XVI. davon nicht beirren und sprach während seines dreitägigen Besuches immer wieder die Defizite im Bereich der Menschenrechte und speziell der Religionsfreiheit in Kuba an. In einer kurzen Ansprache nach dem Besuch des Heiligtums der Gottesmutter in El Cobre teilte der Papst mit, er habe „der Allerseligsten Jungfrau die Nöte der Menschen, die leiden, die der Freiheit beraubt sind, die von ihren Lieben getrennt sind und schwere Zeiten durchmachen, anempfohlen“. Damit spielte er auf die zahlreichen Dissidenten an, die in Kuba immer noch inhaftiert sind. In seiner Predigt auf dem „Platz der Revolution“ in Kubas Hauptstadt Havanna trat der Papst vor rund 300 000 Menschen nachdrücklich für Demokratie und Religionsfreiheit ein. „Kuba und die Welt brauchen Veränderungen“, so seine Botschaft. Diese aber werde es „nur geben, wenn jeder Einzelne über die Voraussetzungen verfügt, um nach der Wahrheit zu fragen“. Im Hinblick auf die Religionsfreiheit sagte der Papst: „Es ist mit Freude anzuerkennen, dass in Kuba Schritte unternommen worden sind, damit die Kirche ihre unverzichtbare Sendung, ihren Glauben öffentlich zum Ausdruck zu bringen, erfüllen kann. Es ist jedoch notwendig, in dieser Richtung weiterzugehen.“ Die Kirche müsse das Recht haben, die christliche Botschaft „öffentlich verkünden und feiern“ zu können. Insbesondere brachte der Papst

seine Hoffnung zum Ausdruck, der kubanische Staat möge der Kirche größere Freiräume im Bildungswesen einräumen, damit die Kirche so die Möglichkeit erhalte, „die Früchte der Sendung, die ihr der Herr anvertraut hat und die sie niemals vernachlässigen darf, in die verschiedenen Bildungsbereiche hineinzutragen“.

Die kubanische Bevölkerung konnte an dem Besuch des Papstes intensiv teilnehmen, da das staatliche kubanische Fernsehen ausführlich und zum Teil sogar live über die Papstreise berichtete. An der Eucharistiefeier in Santiago de Cuba nahm entgegen ursprünglicher Planung auch Staatspräsident Raul Castro teil. Zum Abschluss seines Besuches traf Papst Benedikt XVI. noch mit dem ehemaligen Staatspräsidenten und Revolutionsführer Fidel Castro zusammen. Das rund 30-minütige Treffen fand in der Apostolischen Nuntiatur in Havanna statt und kam auf persönlichen Wunsch von Fidel Castro zustande.

Eine „neue Revolution“ in Kuba

Kurienerzbischof Giovanni Angelo Becciu, von 2009 bis 2011 Apostolischer Nuntius in Kuba, bezeichnete den Besuch von Papst Benedikt XVI. in Kuba im Rückblick als eine „neue Revolution“. Über viele Jahre hinweg habe die Kirche nur im Verborgenen wirken können, sei sie praktisch in die Sakristei eingeschlossen gewesen. Jetzt aber habe sie ihren Glauben in aller Öffentlichkeit bekennen können, vor allem durch die großen Papstmessen in Santiago de Cuba und in Havanna. „Man konnte sehen, wie die Kirche auf Kuba heute lebendig und mutiger denn je ist“, trotz aller Prüfungen und Leiden, betonte der Erzbischof. Obwohl das kubanische Regime in den vergangenen Jahrzehnten alles getan habe, um das Leben der Kirche auszulöschen und den Glauben aus den Seelen der Menschen zu entfernen, sei jetzt klar geworden, dass man Jesus Christus und seine Kirche letztlich nicht unterdrücken und bekämpfen könne.

In seiner ersten Generalaudienz in Rom nach seiner Rückkehr aus Kuba bekräftigte der Papst noch einmal seine Aussage, dass Kuba und die Welt Veränderungen brauchten. Diese aber werde es „nur geben, wenn jeder sich der ganzen Wahrheit über den Menschen öffnet als unverzichtbare Voraussetzung, um die Freiheit zu erlangen, und sich entschließt, um sich herum Versöhnung

und Brüderlichkeit auszusäen und das eigene Leben auf Jesus Christus zu gründen: Er allein kann die Finsternis des Irrtums vertreiben und uns helfen, das Böse und alles, was uns bedrängt, zu überwinden.“ Bislang, so der Papst, gebe es für die katholische Kirche in Kuba noch „Schwierigkeiten“, die überwunden werden müssten, damit sie ihren „geistlichen Dienst und ihren Bildungsauftrag im öffentlichen Bereich der Gesellschaft“ wahrnehmen könne. Erste Schritte seien von der kubanischen Regierung inzwischen unternommen worden, aber es sei notwendig, „auf diesem Weg immer größerer Religionsfreiheit voranzuschreiten“. Der Papst brachte auch noch einmal seine Verbundenheit mit allen Kubanern zum Ausdruck, besonders mit jenen, die „unter der Einschränkung der Freiheit leiden“. Zugleich sprach er aber auch von „guten Beziehungen“, die es mittlerweile zwischen der kubanischen Regierung und dem Vatikan gebe. Die kubanischen Katholiken rief er auf, „mit dem Mut der Vergebung und des Verständnisses zum Aufbau einer offenen und erneuerten Gesellschaft beizutragen, wo es immer mehr Raum gibt für Gott, denn wenn Gott ausgeschlossen wird, verwandelt sich die Welt in einen für den Menschen unwirtlichen Ort“.

Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wurden im Vorfeld und während des Papstbesuches 269 Angehörige der kubanischen Opposition inhaftiert oder unter Hausarrest gestellt. Dadurch sollte ihre Teilnahme an den Papstmessen in Santiago de Cuba und in Havanna verhindert werden. Wie die IGFM weiter mitteilte, seien kubanische Menschenrechtler darüber enttäuscht gewesen, dass Papst Benedikt XVI. zwar Zeit für ein informelles Treffen mit dem Ex-Diktator Fidel Castro gehabt habe, nicht jedoch für ein Treffen mit Vertretern der Opposition, etwa mit Mitgliedern der Bürgerrechtsbewegung „Damen in Weiß“.

Als ein kleines Zeichen des Entgegenkommens und der weiteren Öffnung gegenüber der Kirche beschloss der Ministerrat der kommunistischen Regierung wenige Tage nach dem Papstbesuch, den Karfreitag am 6. April 2012 als staatlichen, arbeitsfreien Feiertag zu begehen. Die Regierung kam damit einem Wunsch nach, den Papst Benedikt XVI. gegenüber dem Präsidenten Raul Castro geäußert hatte. Allerdings galt diese Entscheidung zunächst nur für das Jahr 2012.

Quellen

Human Rights Watch

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Katholische Nachrichtenagentur (KNA)

Radio Vatikan, Newsletter

U.S. Department of State: Annual Report on International Religious Freedom, 2010 + 2011



Nigeria

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
158,3 Millionen	Christen	45,5%
	Muslime	45,4%
	Animisten	8,8%
	sonstige	0,3%

Die Verfassung garantiert Religionsfreiheit

Die Verfassung von Nigeria erkennt die Religionsfreiheit an; dazu gehört das Recht, seinen Glauben zu bekunden, zu propagieren oder zu wechseln. Artikel 38, Paragraph 1 besagt: „Jede Person hat das Recht auf Gedankenfreiheit, Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit und das Recht, ihre Religion oder ihren Glauben zu wechseln und die Freiheit, (entweder alleine oder in Gemeinschaft mit anderen sowohl in der Öffentlichkeit als auch privat) ihre Religion oder ihren Glauben durch Kult, Lehre, praktische Anwendung und Befolgung auszuüben.“

In Artikel 10 heißt es: „Die Bundesregierung oder die Regierung eines Bundesstaates soll keine Religion als Staatsreligion festlegen.“ Allerdings ist Nigeria auch Mitglied der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), und im Oktober 1999 weiteten 12 der 36 Staaten der Föderation (alle im Norden: Bauchi, Borno, Gombe, Jigawa, Kaduna, Kano, Katsina, Kebbi, Niger, Sokoto, Yobe und Zamfara) die Anwendung der Scharia vom Familienrecht (wo es bereits angewandt wurde) auf das Strafrecht aus. Das bedeutete die Einführung von Auspeitschung, Amputation von Gliedmaßen und Todesstrafe (durch Steinigung). Mindestens fünf Staaten (Bauchi, Zamfara, Niger, Kaduna und Kano) haben eine Religionspolizei (Hisbah) eingesetzt, um die Anwendung der Scharia im täglichen Leben durchzusetzen. In einigen Fällen wurde ihnen Missbrauch bei der Vollstreckung des Gesetzes vorgeworfen (beispielsweise die ungerechtfertigte Beschlagnahmung von alkoholischen Getränken).

Im Prinzip gilt die Scharia in zivil- und strafrechtlichen Belangen nicht für Nichtmuslime. Das gleiche gilt für das islamische Gesetz in Bezug auf die Konversion vom Islam zu einer anderen Religion. Dennoch sind Nichtmuslime in Nigeria auf verschiedene Art und Weise von der Scharia betroffen, besonders, was den Konsum und den Vertrieb von alkoholischen Getränken be-

trifft und die Absonderung und Diskriminierung, denen Frauen in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Schulen und im Gesundheitswesen ausgesetzt sind. Die Bundesstaaten, in denen die Scharia gilt, stellen großzügige Mittel für Pilgerreisen nach Mekka und für den Bau von Moscheen zur Verfügung. Sie tun das gleiche, aber in geringerem Maße, für christliche Gebetsstätten und Pilgerreisen nach Jerusalem. Viele christliche Kirchen im Norden und einige wenige muslimische Gruppen im Süden beklagen, dass die lokalen Behörden städtische Verordnungen als Vorwand nutzten, um den Bau neuer Gebetsstätten zu verbieten.

Interreligiöser Dialog

Die Christian Association of Nigeria (CAN) ist Nigerias größte christliche Vereinigung. Sie fungiert als Dachorganisation, um die Rechte von Christen zu verteidigen und die interreligiösen Beziehungen mit Muslimen zu fördern.

In den vergangenen Jahren hat sich der Nigerian Inter-Religious Council (NIREC) als das wichtigste Forum für interreligiöse Zusammenarbeit und Frieden etabliert. Er besteht aus 50 Mitgliedern, 25 Muslimen und 25 Christen, und wird im Doppelpräsidium geleitet vom Präsidenten der CAN und dem höchsten muslimischen Würdenträger des Landes, dem Sultan von Sokoto. Im Jahr 2011 hat sich der Rat leider nur einmal getroffen. Im Vergleich dazu ist der Rat in den vergangenen Jahren jedes Quartal zusammengekommen.

Positiv zu vermerken ist, dass Regierungsvertreter der zentralen und nördlichen Staaten wegen der zahlreichen religiösen Konflikte die interreligiösen Gespräche gefördert haben, um weitere Vorkommnisse zu verhindern. In Kano und Kaduna besuchten prominente muslimische Verantwortungsträger christliche Gemeinden und Gemeindeleiter, die von der extremistischen Terrororganisation Boko Haram angegriffen worden waren, um ihre Solidarität mit ihnen auszudrücken.

Während der Proteste gegen höhere Benzinpreise beschützten Christen Muslime bei ihren Gebetstreffen. Christliche und muslimische Frauen protestierten gemeinsam in Maiduguri und Bauchi gegen Aktionen der Terrorgruppe Boko Haram, die in dieser Gegend besonders aktiv ist.

Intoleranz und Diskriminierung

Religiöse Intoleranz und Diskriminierung gegen Christengemeinden gibt es vor allem in den stärker islamisierten Bundesstaaten im Norden Nigerias (fast deckungsgleich mit den zwölf Bundesstaaten, in denen die Scharia gilt). Dazu zählen falsche Blasphemie-Anschuldigungen gegen christliche Schüler und Lehrer, wodurch diese gezwungen werden, ihre Schulen zu verlassen; Verweigerung von Baugenehmigungen für christliche Kirchen und Friedhöfe; Abriss angeblich illegal errichteter christlicher Gebetsstätten; die Entführung und erzwungene Konversion von Teenagern, überwiegend Mädchen, die dann mit muslimischen Männern verheiratet werden; Diskriminierung der Christen im öffentlichen Bereich und bei der Bewilligung staatlicher Dienstleistungen; Einschüchterung und Morddrohungen gegen zum Christentum konvertierte Muslime; Rechtsprechung über Christen vor Scharia-Gerichten, obwohl diese das Recht haben, vor ein anderes Gericht gestellt zu werden; Verhängung der islamischen Kleiderordnung über christliche Schülerinnen an staatlichen Schulen; Manipulation der Zulassungskriterien für staatliche Schulen und Universitäten mit dem Ziel, ausschließlich Muslimen den Vorzug zu geben.

Die Angehörigen der Maguzawa-Volksgruppe gehören ethnisch zwar zum großen Volksstamm der Hausa, sind aber, anders als diese, keine Muslime. Deshalb erfahren sie vielfache Diskriminierung. Laut nigerianischem Gesetz werden sie zur Urbevölkerung der nördlichen Bundesstaaten gerechnet. Weil sie aber traditionellen Religionen oder verschiedenen christlichen Konfessionen angehören, werden sie von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst und in staatlichen Schulen ausgeschlossen.

Religiös motivierte Gewaltakte

Von 1999 bis Ende 2012 starben etwa 15000 Nigerianer bei Terroranschlägen, religiös motivierten gewaltsamen Auseinandersetzungen und Gegenmaßnahmen von Sicherheitskräften und paramilitärischen Gruppen. In der Woche nach den Präsidentschaftswahlen vom 16. April 2011 wurden mindestens 800 Menschen getötet und 65000 aus ihren Häusern vertrieben. Viele der Häuser wurden bei Aufständen zerstört, die in den nördlichen Staaten ausgebrochen waren, nachdem Goodluck Jonathan, ein Christ aus dem Süden, gegen Muhammadu Buhari, einen Muslim aus dem Norden, gesiegt hatte.

Islamistischer Terror durch Boko Haram

In den Jahren 2011 und 2012 nahmen die Terrorangriffe von Boko Haram exponentiell zu. Ihre Hauptziele waren Institutionen der Bundesrepublik und Bundesstaaten und ihre Bediensteten sowie christliche Kirchen und christliche Einwohner in den zentralen und nördlichen Bundesstaaten. Das erklärte Ziel von Boko Haram ist die Auslöschung aller christlichen Spuren auf nigerianischem Boden. Unmittelbar nach den Anschlägen an Weihnachten 2011 auf Kirchen in fünf Städten veröffentlichte Boko Haram eine Stellungnahme, in der sie allen Christen den Tod androhte, wenn sie nicht Nigerias zentrale und nördliche Bundesstaaten innerhalb von drei Tagen verlassen sollten. Nach Ablauf dieser Frist flammten die Angriffe erneut auf. Sogar einige traditionelle muslimische Führer, die öffentliche Kritik an Boko Haram geübt hatten, wurden Ziel dieser Organisation. Drei von ihnen wurden umgebracht.

Gewalt nach den Präsidentschaftswahlen im April 2011

Obwohl die Gewalt, die den Präsidentschaftswahlen vom 16. April 2011 folgte, dem äußeren Anschein nach politisch motiviert war, spielte auch Religion eine gewisse Rolle. Denn in zahlreichen Fällen waren Gotteshäuser das Ziel zerstörerischer Angriffe und wurden Menschen offensichtlich wegen ihrer Religion angegriffen. CAN berichtete, dass mindestens 430 Kirchen beschädigt oder zerstört wurden. In dem bislang ruhigen Staat von Kaduna befanden sich auch viele Muslime unter den Opfern.

Die Situation in den Staaten des mittleren Gürtels

Im Zeitraum 2011 / 2012 brach sektiererische Gewalt in großem Ausmaß in den Staaten des mittleren Gürtels aus, insbesondere in der Stadt Jos, der Hauptstadt des Bundesstaates Plateau, wo Christen und Muslime durch Umzug mittlerweile weitgehend getrennt voneinander leben. Dort können schon kleine Vorfälle persönlicher Natur zwischen Menschen unterschiedlicher Religion umfangreiche Gewalt und nachfolgende Vergeltungsmaßnahmen auslösen. In den ländlichen Gegenden des Bundesstaates Plateau verübten ganz in der Nähe von Jos muslimische Fulani-Hirten wiederholt Überfälle auf christliche Berom-Bauern. Allein in der Gegend von Tafewa Belawa wurden in 23 Überfällen mehr als 70 Christen umgebracht.

Gewalt und tödliche Überfälle

Im Dezember 2010 griff Boko Haram während der kirchlichen Feiern zu Heiligabend christliche Kirchen und Gebetsstätten in Maiduguri und Jos an, den Hauptstädten der Bundesstaaten Borno und Plateau. Im letzteren Fall lösten die Angriffe eine Reihe von Vergeltungsschlägen aus, die im Verlauf des Monats Januar 2011 ungefähr 200 Todesopfer unter Christen und Muslimen forderten.

In der Nähe von Maiduguri forderten die Überfälle am 24. Dezember 2010 auf die Victory Baptist Church in Alemderi und auf die Church of Christ in Nigeria (COCIN) in Sinimari das Leben von sechs Menschen, einschließlich das des Baptistenpastors Rev. Bulus Marwa.

Am selben Tag explodierten in zwei benachbarten christlichen Vierteln von Jos vier Bomben, durch die 28 Menschen getötet wurden. Bei einem Vergeltungsschlag am 7. Januar 2011 wurden acht junge Muslime in dem christlichen Dorf Barkin Ladi umgebracht. Am nächsten Tag wurden christliche Händler auf dem Markt von Milimi und entlang der Straße von Bauchi nach Jos von Gruppen junger Muslime angegriffen.

48 Menschen wurden laut Angaben der Ibo-Gemeinde mit Macheten und Messern zu Tode gehackt oder lebendig verbrannt. Am selben Tag wurden mindestens 14 Muslime in Jos und Umgebung getötet. Einige wurden bei vorgetauschten Checkpoints gefangengenommen. Busse wurden angehalten und die Opfer von den anderen Fahrgästen getrennt. Am 10. Januar 2011 überfielen bewaffnete Männer das christliche Dorf Wareng im Süden von Jos, steckten Häuser in Brand und töteten elf Bewohner, vier Frauen und sieben Kinder.

Nach Angaben muslimischer und christlicher Führer in Jos wurden Dutzende von Menschen im Januar 2011 vermisst gemeldet, vor allem Unternehmer von Motorradtaxi. Laut ihrer Liste waren 42 von ihnen Muslime und 51 Christen.

Nächtliche Überfälle auf christliche Dörfer von Farin Lamba und Fan hinterließen in der zweiten Januarhälfte 2011 acht Todesopfer. In anderen Dörfern

wurden dreizehn Menschen bei fünf Übergriffen in den zwei vorherigen Wochen umgebracht.

In der Nacht vom 26. auf den 27. Januar 2011 überfielen bewaffnete Männer vier christliche Dörfer in dem lokalen Regierungsbezirk von Barkin Ladi und töteten vierzehn Menschen. Militärische Sondereinsatzkräfte nahmen 29 Angreifer gefangen und töteten zwei von ihnen.

Ein Polizeibeamter der Bundeshauptstadt Abuja war der Anführer dieser bewaffneten Angreifer. Zwischen dem 28. und 30. Januar 2011 stießen christliche und islamische Studenten auf dem Campus der Jos Universität zusammen. Vier Menschen wurden getötet und zwanzig weitere verwundet, einige davon, als die Armee intervenierte. Die Gewalt im Bundesstaat Plateau führte außerdem zu Protesten von christlichen Gruppen, die sich über mangelnden Polizeischutz und sogar über ein Komplizentum der Polizei mit den Angreifern beklagten. Am 31. Dezember führten Tausende christlicher Frauen einen Protestmarsch in Jos durch, um gegen Mitglieder der Spezialeinsatztruppe zu demonstrieren, die sie beschuldigten, mit muslimischen Extremisten zusammenzuarbeiten.

„Wir bedauern die vielen Vorfälle, bei denen muslimische Soldaten bei Angriffen auf Dörfer beteiligt gewesen sind und mitgeholfen haben“, war in einer Nachrichtenschlagzeile zu lesen, die am 24. Januar 2011 von der North Central Zone der Pentecostal Fellowship of Nigeria (PFN) veröffentlicht und von Rev. J. K. Katung und Rev. S. Dangana, dem nationalen Vizepräsidenten beziehungsweise dem Sekretär der PFN, unterzeichnet worden war. „In einem christlich dominierten Bundesstaat wie Plateau fragen wir uns, warum die gesamte Kommandostruktur der staatlichen Polizei von Muslimen geleitet wird.“

In einer Stellungnahme vom 23. Januar 2011 schrieben Rev. Mwelbish Dafes und Rev. Chuwang Davou, der Vorsitzende beziehungsweise der Sekretär des CAN-Büros im Bundesstaat Plateau: „Es scheint keine ernsthaften Bemühungen zu geben, mit der Situation angemessen umzugehen, sei es in der Prävention solcher Angriffe, sei es in der angemessenen Verfolgung der Angreifer, als Form der Abschreckung.“ Christliche Führer stellten allgemein fest, dass die Sicherheit nicht verstärkt wurde, obwohl die Übergriffe vom Heiligabend im Voraus angekündigt worden waren.

Weitere neun Christen unterschiedlichen Alters wurden nachts zwischen dem 10. und 12. Februar 2011 in der Nähe einer Landwirtschaftsschule in Kuru und in dem Dorf Shekan, unweit von Jos, getötet.

Zwischen dem 27. Januar und dem 1. Februar 2011 forderten Zusammenstöße in den Regierungsbezirken Tafawa Balewa und Bogoro im Bundesstaates Bauchi 96 Todesopfer, darunter vorwiegend Christen. Fünftausend Menschen wurden obdachlos. Ein Aufruhr zwischen christlichen und muslimischen Nachbarn trieb eine Gruppe von Christen dazu an, fünf Moscheen und fünfzig Häuser, in denen Muslime wohnten, zu überfallen, was eine massive Reaktion unter den Muslimen auslöste. Diese holten Waffen aus ihren Geheimlagern hervor und heuerten Söldner an. Seit 1991 geschah es fünfmal, dass religiös motivierte Zwischenfälle in Tafawa Balewa ausbrachen.

Am 10. März 2011 wurde von mehreren Vorfällen in Tafawa Balewa berichtet, die mit der Zerstörung von dreizehn Kirchen und 450 Häusern endeten, wodurch weitere 5000 Menschen fliehen mussten.

Am 20. März 2011 missglückten zwei Überfälle auf Kirchen in Jos. In der Gegend von Nasarawa Gwom, nahe der Church of Christ of Nigeria, verloren zwei Angreifer bei dem Versuch, eine Bombe zu zünden, ihr Leben. Eine weitere Bombe wurde nahe der Mountain on Fire Church gezündet. Am selben Tag wurden drei Christen erstochen und sechs weitere verwundet.

Zwischen dem 16. und 20. April 2011 kam es zu Gewaltakten in mindestens zehn Bundesstaaten im Norden Nigerias nach der Wiederwahl von Präsident Goodluck Jonathan, eines Christen aus dem Süden Nigerias. Mobs junger muslimischer Sympathisanten des Wahlverlierers General Muhammadu Buhari überfielen Häuser, Geschäfte und Gebetsstätten, die den Anhängern des Wahlsiegers, überwiegend Christen, gehörten und steckten sie in Brand. Mindestens 200 christliche Kirchen wurden zerstört oder erheblich beschädigt.

Zwei protestantische Kirchen in Kaduna und Zaria wurden in Brand gesteckt; ein Mann starb bei dem Versuch, die Zerstörung der Kirche zu verhindern. Zwei weitere Kirchen in Wusasa, fünf in Katsina und eine unbekannte Zahl in Kano wurden in Brand gesetzt. Im Bundesstaat Gombe überfielen musli-

mische Studenten sowohl Kirchen und Pfarrhäuser als auch Geschäfte von Christen. Der anglikanische Bischof Henry Ndokuba musste von zwei zur Bekämpfung von Aufständen eingesetzten Polizeitruppen gerettet werden.

Fünf Kirchen und das Haus eines Pastors wurden im Bundesstaat Zamfara zerstört, einschließlich der St. Jude's Catholic Church. Die St. Vincent Ferrer's Church in Gusau wurde ebenfalls stark beschädigt. Die Dominikanerinnen, die in der Kirche arbeiteten, fanden Zuflucht in einem Nachbardorf.

Nicht weniger als dreihundert Christen wurden Angaben zufolge im Bundesstaat Kaduna erschlagen, 14000 waren nach Überfällen gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Im Bundesstaat Katsina wurden 65 Kirchen entweder niedergebrannt oder beschädigt, darunter einige katholische Kirchen, St Gabriel in Daura und die St Theresa in Funtua, die beide vollständig zerstört wurden. Ein Krankenhaus, das von einer Pfarrgemeinde in Malumfashi betrieben wurde, wurde ebenfalls in Brand gesetzt; die Betten der größten Krankenstation wurden zerstört. Mehr als einhundert christliche Männer, Frauen und Kinder der Grenzstadt Jiba mussten in das Nachbarland Niger flüchten. Andere flüchteten in die Südstaaten, aus denen sie ursprünglich gekommen waren. Sieben Christen wurden getötet und viele weitere verletzt.

Zwischen dem 16. und 19. April 2011 wurden im Bundesstaat Bauchi 28 Christen einschließlich Rev. Isman Dogari von der Evangelical Church of West Africa getötet, während 78 Kirchengebäude und andere Besitztümer angezündet wurden. Im Bundesstaat Gombe wurden 38 Christen ermordet, 17 Kirchengebäude und 27 Häuser in Brand gesetzt. Im Bundesstaat Jigawa wurden in Hadeija 17 Kirchen und in Jahun sieben angezündet.

Christliche Kirchenführer forderten eine bundesweite Untersuchung über die Gewalt, die nach den Wahlen ausgebrochen war. „Die Gewalt war sowohl politisch als auch religiös motiviert, weil Christen, unsere Kirchen und unser Eigentum Hauptziel der Zerstörung der Gewalttäter waren“, sagten Peter Jatau und Saidu Dogo, der Vorsitzende beziehungsweise der Sekretär des nördlichen Zweiges der CAN, in einer Pressemitteilung vom 30. April 2011.

Die in neunzehn Nordstaaten vertretene CAN meinte, „dass die Zeit für die Bundesregierung gekommen ist, entscheidende Schritte zu unternehmen, um

dem anhaltenden Massaker im Norden in der Gestalt des religiösen Fanatismus ein Ende zu setzen und die Straftäter vor Gericht zu bringen“.

Bischof Jonas Katung, Vizepräsident der North Central Zone der Pentecostal Fellowship von Nigeria, sagte in einer am 29. April 2011 veröffentlichten Pressemitteilung, dass die Überfälle nach den Wahlen „ein Abstieg in die Barbarei“ waren, bei der die im Norden lebenden Christen gezielt Opfer abscheulicher und unerbittlicher Gewalttaten wurden.

Die nach den Wahlen ausgebrochene Gewalt wurde von den höchsten religiösen Bundesbehörden einschließlich des Präsidenten der CAN, Rev. Ayo Oritsejafor, und des Sultans von Sokoto, Alhaji Sa'ad Abubakar, verurteilt. In einer gemeinsamen Erklärung des Nigerianischen Interreligiösen Rates (NIREC) sagten beide: „Die Anwendung von Gewalt ist eine Verzerrung unserer religiösen Lehre und ein Verrat an unserem Glaubensbekenntnis [. . .] NIREC bitte alle Nigerianer inständig, auf die rechtlichen Mittel der Verfassung zurückzugreifen, um Rechtshilfe zu finden, [. . .] anstatt das Gesetz in die eigene Hand zu nehmen.“ In einigen Fällen führten die Übergriffe zu Vergeltungsschlägen von Gruppen junger Christen, was wiederum Todesopfer unter Muslimen und Verwüstungen ihres Eigentums zur Folge hatte.

In Dengi (Bundesstaat Plateau) überfiel und zerstörte am 29. April 2011 eine muslimische Gruppe eine Kirche der Evangelical Church Winning All (ECWA), den Musikladen eines Christen und die Häuser von fünf christlichen Familien unterschiedlicher Denominationen. Die Angreifer hatten sich zuvor beklagt, dass die Musik aus dem Laden ihre Gebete störe. In der Nacht vom 4. Mai 2011 griffen muslimische Extremisten das Dorf Kurum in der Provinz Bogor (Bundesstaat Bauchi) an. Sie zündeten zwanzig Häuser von Christen an und ermordeten sechzehn Menschen mit Macheten und Gewehren. Unter den Toten waren ein Mann, drei Frauen und zwölf minderjährige Kinder, von denen einige noch sehr jung waren. Einige der Opfer gehörten zur Familie von Rev. James Musa Rike von der Church of Christ in Nigeria (COCIN), darunter seine 35-jährige Frau Dune James Rike und zwei Kinder, die 13-jährige Sum James Rike und der einjährige Fyali James Rike. Der Pastor gab seiner Frau und seiner Tochter Sum geistlichen Beistand, als sie im Sterben lagen, nachdem man sie in den Bauch gestochen hatte.

Am 1. Juni und am 7. Juni 2011 griffen Terroristen die St. Patrick Catholic Church in Maiduguri im Bundesstaat Borno an: Sie warfen Bomben auf die Kirche, wodurch zehn Menschen ums Leben kamen. Am 1. Juni wurden neben der katholischen Kirche auch andere Gebäude angegriffen, vierzehn Menschen wurden dabei getötet. Später wurden vierzehn Verdächtige festgenommen.

Einen weiteren Anschlag verübten die Terroristen der Boko Haram Sekte im Railways Quarters von Maiduguri am 7. Juni 2011. Dabei wurden der Pastor und der Sekretär einer Gemeinde der Church of Christ in Nigeria (COCIN), Rev. David Usman (45) und Hamman Andrew, getötet. Rev. Usman hatte die terroristischen Überfälle von Boko Haram auf christliche Kirchen im Staat Borno kritisiert.

Am Nachmittag des 16. Juni 2011 verübten militante Anhänger von Boko Haram einen Überfall auf eine Versammlung in der Church of the Brethren in Damboa, 87 km von Maiduguri entfernt. Vier Menschen kamen dabei zu Tode.

Am 10. Juli 2011 warfen Terroristen von Boko Haram eine Bombe auf die Kirche der All Christian Fellowship Mission in Suleja im Bundesstaat Niger, gerade als die Gottesdienstbesucher nach dem Gottesdienst die Kirche verließen. Drei von ihnen wurden getötet.

In der Nacht vom 30. Juli und am Morgen des 31. Juli 2011 explodierten drei Bomben in der Nähe von drei Kirchen in einer überwiegend von Muslimen bewohnten Gegend der Stadt Jos (Bundesstaat Plateau). Eine Bombe traf ein Gebäude der Baptist Church im Angwan Rimi Viertel, das wegen eines vorherigen Angriffs nicht benutzt worden war. Eine zweite Bombe explodierte in der Nähe einer Gebetsstätte der Church of Christ in Nigeria (COCIN) in der Sarkin Mangu Straße. Eine dritte Bombe traf den Altarraum der Assemblies of God im Bezirk Kwarrarafa.

Viele Zeugen bestätigten, dass muslimische Extremisten Mitte August 2011 bei einem Serienanschlag auf Dörfer im Bundesstaat Plateau in Zentralnigeria den Mord an vierundzwanzig Christen mit Unterstützung des Militärs verübt haben. Sechs Christen im Dorf Ratsa Foron starben während zweier Angriffe am 11. und am 15. August. Am 15. August töteten muslimische Ex-

tremisten neun Mitglieder einer christlichen Familie sowie einen weiteren Christen im Dorf Heipan. Ein Überlebender der ermordeten Familie bezeugte unter Eid, dass Soldaten des Militärs an diesem Überfall beteiligt gewesen seien.

Am 14. August 2011 töteten muslimische Extremisten zwei Christen und verwundeten eine Frau in der Gemeinde Chwelnyp in der Nähe von Jos. Augenzeugen bestätigten, dass muslimische Elemente innerhalb des militärischen Sondereinsatzkommandos (STF), das zum Schutz der öffentlichen Ordnung und vor sektiererischer Gewalt eingesetzt worden war, an diesem Überfall beteiligt waren.

Soldaten wurden auch beschuldigt, offenkundig oder heimlich an den am 20. und 21. August 2011 verübten Anschlägen durch muslimische Extremisten in den Dörfern Kwi, Loton und Jwol beteiligt gewesen zu sein, bei denen sechs weitere Christen ihr Leben verloren.

In den frühen Morgenstunden des 21. August 2011 brachen muslimische Extremisten in das christliche Dorf Fadiya Bakut im lokalen Regierungsbezirk von Zango-Kataf ein. Ungefähr ein Dutzend Muslime aus dem Nachbarland Niger überfielen Wohnhäuser und töteten dabei einen Erwachsenen und das zehnjährige Kind Fidelis Iskaku und verwundeten drei weitere Menschen einschließlich einer siebzehnjährigen Frau.

Am 27. August 2011 wurde Mark Ojunta in Maiduguri, der Hauptstadt des Bundesstaates Borno, erschossen. Er war ein 36 Jahre alter evangelischer Pastor von Calvary Ministries (CAPRO), einer auf die Evangelisation unter Muslimen spezialisierten nigerianischen protestantischen Organisation. Mitarbeiter von CAPRO, die unter den Stämmen der Shuwa Arab, Kotoko und Kanuri arbeiten, wurden evakuiert, nachdem sie Todesdrohungen erhalten hatten. Mark Ojunta ging jedoch zurück, um unter den Kotoko einige Taufkandidaten zu unterrichten. Sein Name stand neben anderen protestantischen Geistlichen auf der Todesliste von Boko Haram.

Am 29. August 2011 wurden in Jos bei einem Konflikt zwischen religiösen Gruppen zwanzig Menschen getötet, nachdem eine Messerstecherei ausgebrochen war, als einige Muslime öffentliche Gebete organisiert hatten, um

damit Aufmerksamkeit für den Ramadan in einer vorwiegend christlichen Umgebung zu erregen. Dabei wurden fünfzig Fahrzeuge und einhundert Motorräder zerstört.

Am 4. September 2011 griffen islamische Extremisten das Dorf Tatu nahe Heipang an und töteten acht Christen, alle Mitglieder derselben Familie (Cholom Gyang, seine Frau Hannatu und ihre sechs Kinder, einschließlich des dreijährigen Kindes). Die Opfer wurden erschossen und anschließend mit Macheten zerstückelt.

Im Dorf Zakalio im nördlichen Regierungsbezirk von Jos töteten muslimische Extremisten am 5. September 2011 um zwei Uhr morgens sieben Christen. Am selben Tag durchkämmte eine andere Gruppe muslimischer Angreifer die christlichen Gemeinden von Dabwak Kuru und Farin Lamba im Süden von Jos und im lokalen Regierungsbezirk von Riyom und töteten dabei vier Christen.

Am 8. September 2011 griffen muslimische Extremisten das Dorf Tsohon Foron an und töteten zehn Christen, alles Mitglieder der Danjuma Gyang Tsok Familie. Überlebende berichteten, dass unter den Angreifern Mitglieder der nigerianischen Armee gewesen seien.

Am Abend des 9. September 2011 griff eine gemischte Gruppe von Soldaten und zivilen Muslimen die Häuser von Christen im Dorf Vwang Kogot an und töteten dabei vierzehn Menschen einschließlich einer schwangeren Frau. Viele der Opfer gehörten zu ein und derselben Familie: Mallam Danboyi, Zaka Danboyi, Ngyem Danboyi, Hjan Badung, Naomi Gyang, Rifkatu (15), Patience (9), Ishaku (5), Nerat (4), Dauda Badung (22), Martha Dauda (20), Mary Dauda (6), Isaac Dauda (4) und die schwangere Mafeng Bulus (18).

Am 10. September 2011 griffen muslimische Extremisten gegen drei Uhr morgens das Dorf Vwang Fwil an und töteten dreizehn Christen. Unter den Todesopfern waren Danjuma Gyang Tsok, Polohlis Mwanti, Perewat Polohlis (9), Patience Polohlis (3), Blessing Polohlis (5), Paulina Pam (13), Maimuna Garba, Kale Garba, Hadiza Garba (10) und Aisha Garba (3). Muslimische Extremisten töteten drei Christen und verwundeten acht in der Nacht vom 17. September 2011 im Dorf Ungwan Rana Bitar in der Provinz Jaba (Bundesstaat

Kaduna). Die etwa fünfzehn Angreifer zerrten ihre Opfer aus ihren Häusern, erschossen sie und zerstückelten sie dann mit Macheten. Unter den Opfern waren Monday Hassan (55), seine Tochter Godiya (13) und sein Neffe Istifanus Daniel (35).

Am Abend des 22. September 2011 töteten sehr wahrscheinlich Terroristen der Gruppe Boko Haram fünf christliche Ladenbesitzer in der Stadt Madala im Bundesstaat Niger. Die Angreifer befahlen den Opfern, Verse aus dem Koran zu zitieren. Unter den Toten waren Sunday Emmanuel, John Kalu, Uche Nguweze, Oliver Ezemah und ein fünfter Christ, der nicht sofort identifiziert wurde.

Am 3. und 4. November 2011 griffen muslimische Extremisten zwei Dörfer in der Nähe von Zonkwa (Bundesstaat Kaduna) an, töteten drei Menschen und verwundeten zwölf weitere. Die Hauptziele waren die Dörfer Tabak 1, in dem die St. Joseph Catholic Church angegriffen wurde, und Kurmin-Bi. Beide Dörfer wurden gegen zehn Uhr morgens überfallen.

In Tabak 1 wurden zwei Frauen getötet, Justina Zugwai (28) und Hassana Luka (39). In Kurmin-Bi wurde ein Mann namens Hassan Peter getötet.

Am 4. November 2011 stürmte um fünf Uhr nachmittags eine Gruppe von mehr als 200 Anhängern von Boko Haram die Stadt Damaturu (Bundesstaat Yobe). Sie griffen vor allem Polizeistationen, eine Armeebasis und Banken an. In New Jerusalem, dem einzigen großenteils von Christen (etwa 15000) bewohnten Viertel zerbombten sie zehn Kirchen und richteten ein Blutbad an, bei dem 130 Menschen starben. Viele der Opfer wurden regelrecht abgeschlachtet, nachdem die Angreifer sie gezwungen hatten, sich zum Islam zu bekehren und Verse aus dem Koran zu zitieren. Nach Augenzeugenberichten hatten sich einige muslimische Bewohner dieser Stadt den Angreifern angeschlossen.

Zwischen dem 20. und 24. November 2011 wurden 45 Christen vom Berom-Stamm innerhalb und außerhalb der Stadt Barkin Ladi (Plateau) getötet. Drei Christen wurden zwischen dem 20. und dem 21. November umgebracht, angeblich wegen Viehdiebstahls. Im Verlauf der beiden darauffolgenden Angriffe stürmten Hunderte von Fulani-Hirten unter dem Schutz von Soldaten am Abend des 23. Novembers zuerst eine Versammlung in der Church of

Christ of Nigeria und töteten dabei vier Menschen, darunter ein Religionslehrer. Am nächsten Tag griffen sie Christen in Barkin Kadi und im Dorf Kwok an und hinterließen dabei 26 Todesopfer. Ihren Angriff führten die Hirten am Morgen des 24. Novembers nach ihren Morgengebeten in der Sektenmoschee Izala und unter „Allah-u-Akbar“ Rufen durch.

Um zwei Uhr in der Nacht vom 18. November 2011 überfiel eine Gruppe von Muslimen aus dem Nachbardorf das Dorf Gargari in der Provinz Bogoro (Bundesstaat Bauchi) und tötete vier Christinnen, darunter drei Kinder: Rifkatu Samaila (48), Laraba Samaila (12), Gloria Zakka (11) und Martha Zakka (7). Sechs weitere Christen wurden verwundet.

Am späten Nachmittag des 26. Novembers 2011 stürmten Terroristen von Boko Haram die Stadt Geidam (Bundesstat Yobe) in einem Autokonvoi. Nachdem sie mithilfe von einheimischen Bewohnern eine Polizeistation und die Hauptbank überfallen hatten, machten sie das Eigentum, die Geschäfte und Kirchen, die den siebenhundert christlichen Einwohnern der Stadt gehörten, ausfindig und zerstörten sie systematisch. Von den acht Kirchen in der Stadt wurden fünf zerbombt: die St. Patrick's Catholic Church, die Emmanuel Anglican Church, die Living Faith Church, die Deeper Life Bible Church, die Cherubim and Seraphim Church. Die zerstörten Gebäude befanden sich in den Vierteln Kafela, Akodiri Street und Low-Cost Housing Estate.

Eine Person starb, zehn wurden verwundet (vier davon schwer), nachdem muslimische Extremisten am Abend des 10. Dezembers 2011 drei Bomben in drei verschiedenen christlichen Vierteln der Stadt Jos (Plateau) während der Übertragung eines Spielfilmes und eines Fußballspiels zündeten.

Fulani-Hirten und andere Muslime überfielen das christliche Wohnviertel im Dorf Kukum Gida (Bundesstaat Kaduna) in der Nacht vom 10. Dezember 2011, töteten eine Frau und verwundeten zwei weitere Personen, alles Mitglieder derselben christlichen Familie. Das Opfer Kunam Musa Blak (50) war – wie auch die anderen 425 Bewohner – ein Mitglied der Evangelical Church Winning All.

Terroristen von Boko Haram erklärten sich auch für eine Serie von Bombenangriffen an Weihnachten 2011 auf christliche Kirchen in Madalla (Bundes-

staat Niger), Jos (Bundesstaat Plateau), Gadaka und Damaturu (Bundesstaat Yobe) verantwortlich. Die meisten Todesopfer gab es in Madalla nahe der Hauptstadt Abuja, wo eine Bombe 45 Menschen tötete und 73 Menschen verletzte, einschließlich der drei Polizisten, die dort Wache hielten. Der Vorfall ereignete sich, als die Gottesdienstbesucher am Ende der Messe die St. Theresa Catholic Church verließen. Nach Angaben der katholischen Bischofskonferenz von Nigeria sollen bei den Anschlägen in der Weihnachtszeit rund zweihundert Menschen getötet worden sein.

Der Erzbischof von Abuja, John Olorunfemi Onaiyekan, teilte der Nachrichtenagentur Fides News mit: „Ich hoffe, dass diese Menschen nicht umsonst gestorben sind. Die Nigerianer begreifen allmählich, dass der Terrorismus uns alle, Christen wie Muslime, bedroht. ... Als ich einen Tag nach Weihnachten mit dem Nuntius und in Begleitung des Innenministers den Schauplatz der Gewalt besuchte, nutzte ich die Gelegenheit, die islamische Führung von Nigeria über die lokale Presse dazu aufzurufen, etwas zu unternehmen. Selbst wenn die religiösen muslimischen Führer weiterhin behaupten, dass die Mitglieder von Boko Haram nicht dem wahren Islam angehören, müssen sie dennoch anerkennen, dass diese Muslime sind, unabhängig davon, ob sie gut oder schlecht sind, und dass sie selbst über die besten Möglichkeiten verfügen, diese Terroristen ausfindig zu machen. Sie müssen unter Beweis stellen, dass sie dies auch tun.“

Bei einem Angriff auf die Mountain of Fire and Miracles Church in Jos verlor ein Polizeibeamter sein Leben. Bei den Angriffen auf Gadaka und Damaturu wurden einige Menschen verwundet, aber niemand kam ums Leben.

„Nach einem Vorfall wie diesem, fürchten sich die Gottesdienstbesucher zu recht, aber sie sind gestärkt durch das Blut der Märtyrer und besuchen weiterhin die tägliche Messe“, sagte der Priester Joseph Akor, der Leiter der Abteilung für Kommunikation der Diözese, zu der die St. Theresa Pfarrei gehört.

Anfang Januar 2012 stellte die radikalislamische Sekte Boko Haram allen Christen in Nordnigeria ein Ultimatum: innerhalb von drei Tagen sollten sie die Region verlassen oder zum Islam konvertieren. Mehrere tausend Christen sollen daraufhin die Flucht ergriffen haben.

Am Freitag, dem 20. Januar 2012, kamen in der Stadt Kano im Norden Nigerias bei Anschlägen und bewaffneten Überfällen auf Polizeigebäude, Einwanderungsbüros und den örtlichen Sitz der Geheimpolizei etwa 165 Menschen ums Leben. Zu den Anschlägen bekannte sich die Terrorgruppe „Boko Haram“.

In der Stadt Bauchi wurden am Sonntag, dem 22. Januar 2012, eine katholische und eine protestantische Kirche angegriffen. Dabei wurden kamen neun Menschen ums Leben, zwölf Personen wurden verletzt. Durch die Sprengstoffanschläge wurden die Dächer der beiden Kirchen beschädigt, ebenso einige umliegende Häuser.

Mit Blick auf die Anschlagsserie in Nigeria rief der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, die Christen in Deutschland zum Gebet für die Opfer der Gewalt auf. Die Terrorgruppe „Boko Haram“ sei offenkundig nicht nur der gefährlichste Staatsfeind Nigerias, sondern mit ihren extremistischen Zielen auch eine Bedrohung für die Weltgemeinschaft, so der Erzbischof. Der Erzbischof von Abuja, John Olorunfemi Onaiyekan, warnte vor einer weiteren Eskalation. „Wir müssen allen Versuchen widerstehen, uns in gegenseitige Feinde verwandeln zu lassen“, schrieb der Geistliche in einer Botschaft an die Gläubigen. Der katholische Bischof von Kano, Bischof John Niyiring, führte die Gewalt auf soziale Ursachen zurück. Der Kern des Problems liege in der Unterentwicklung. Boko Haram finde leicht Anhänger unter den arbeitslosen Jugendlichen, die keine Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage hätten. Auch Migranten aus dem noch ärmeren Ausland, vor allem aus Niger und dem Tschad, seien unter den Anhängern von Boko Haram zu finden.

Im Januar 2012 veröffentlichte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Bericht, wonach die islamistische Sekte Boko Haram mit der Terrororganisation Al Qaida in der Maghreb-Region in Kontakt steht. Mitglieder von Boko Haram aus Nigeria und dem Tschad seien zum Beispiel in Al-Qaida-Camps in Mali ausgebildet worden, heißt es in dem Bericht.

Zu weiteren Anschlägen kam es im Februar 2012. In Suleja in der Nähe der Hauptstadt Abuja explodierte während eines Sonntagsgottesdienstes eine Bombe in der Nähe einer Kirche. Fünf Menschen wurden verletzt, einer davon

schwer. Am 26. Februar raste ein muslimischer Selbstmordattentäter mit seinem Auto in eine Kirche in der Stadt Jos und brachte einen Sprengsatz zur Explosion. Drei Menschen wurden getötet und 38 verletzt. Bei einer Vergeltungsaktion von Christen an Muslimen starben weitere drei Menschen.

Am 11. März 2012 wurden etwa zehn Menschen während des Sonntagsgottesdienstes durch einen Sprengstoffanschlag in der katholischen Kirche St. Finbar in Jos getötet und viele weitere verletzt. Unter den Opfern war auch Wachpersonal, das das Gotteshaus schützen sollte. Weitere Personen wurden bei den anschließenden Unruhen getötet oder verletzt. Am darauffolgenden Montag wurden drei Christen in einem Dorf in der Nähe von Jos getötet. Bei einer Vergeltungsaktion gegen die muslimische Gemeinde, die für das Attentat verantwortlich gemacht wurde, starben 21 Menschen.

In einem Interview mit Radio Vatikan sagte Erzbischof Ignatius Kaigama von Jos: „Zwischen Christen und Muslimen gibt es immer Spannungen. Dennoch ist das Phänomen „Boko Haram“ etwas Neues, denn diese Personen denken nicht auf rationale Art und Weise, sie greifen wie Tiere an, um zu töten. Sie haben keine menschlichen Werte. Dies ist eine Art von Fanatismus, der uns alle angeht, christliche und muslimische Führer gemeinsam. Ich bin überzeugt davon, dass es Muslime gibt, die damit nichts zu tun haben. Ich sage immer wieder, dass wir sprechen müssen, wir müssen zu den Wurzeln dieser Gewalt vordringen, und wir müssen weiterhin den Dialog suchen und die Liebe und Versöhnung predigen.“

Ende März 2012 reiste Kardinal Jean-Louis Tauran, Präsident des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog und Leiter der Päpstlichen Kommission für religiöse Beziehungen zu den Muslimen, nach Nigeria. In Lagos traf er sich mit Verantwortlichen für den Dialog aus ganz Westafrika. Im Zentrum der Beratungen standen die Beziehungen zu den Muslimen angesichts der steigenden islamistischen Gewalt gegen Christen in Nordnigeria. Der Kardinal besuchte unter anderem die Orte Kafanchan und Jos. In Sokoto traf er mit dem Sultan zusammen, dem geistlichen Oberhaupt aller Muslime in Nigeria. Auch sprach er mit dem Gouverneur über Sicherheitsprobleme der Christen. In der Hauptstadt Abuja traf er den nigerianischen Vizepräsidenten Alhaji Namadi Sambo.

Am Ostersonntag, 8. April 2012, explodierten in der Stadt Kaduna zwei mit Sprengstoff präparierte Autos in der Nähe einer Kirche, in der eine evangelikale Gemeinde ihren Ostergottesdienst feierte. Dabei wurden mindestens vierzig Menschen getötet und viele verletzt.

Am 29. April 2012 starben in der Stadt Kano im Norden Nigerias mehr als zwanzig Christen bei einem Sprengstoffanschlag während eines Sonntagsgottesdienstes in einem Freilufttheater. Viele weitere Personen wurden verletzt.

Im Mai 2012 rief die Regierung von Präsident Goodluck Jonathan in der Hauptstadt Abuja alle bewaffneten Gruppen im Land zu einer Waffenruhe und zum Beginn eines Dialoges auf, ohne dabei die Gruppe Boko Haram namentlich zu erwähnen. Vizepräsident Namadi Sambo erklärte, die Nigerianer müssten endlich unter Beweis stellen, dass „ein friedliches Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft möglich“ sei. Die Regierung sei „zum Verhandeln bereit“, und die Geschichte zeige, „das selbst jahrzehntelange Konflikte durch Dialog zu einem Ende gebracht werden“ könnten, so der muslimische Politiker.

In der Stadt Bauchi im Norden Nigerias wurden am 3. Juni 2012 fünfzehn Christen durch ein Selbstmordattentat getötet, als sie die „Living Faith“-Kirche in der Nähe des Flughafens verließen. Dutzende von Menschen wurden verletzt. Auch am darauffolgenden Sonntag, dem 10. Juni 2012, starben Christen, diesmal bei einem Sprengstoffanschlag auf eine Pfingstgemeinde in Jos. Mindestens zwei Gläubige wurden getötet, viele weitere verletzt. Weitere Tote gab es in der Stadt Biu im Nordosten Nigerias. Am 17. Juni 2012 wurden Sprengstoffanschläge auf zwei Kirchen in der Stadt Zaria und ein Anschlag auf eine Kirche in einem Vorort von Kaduna verübt. Anschließend brachen Unruhen aus. Insgesamt sollen mindestens achtzig Menschen ums Leben gekommen sein, etwa 150 Personen erlitten Verletzungen.

Am 19. Juni 2012 verurteilte die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), ein Verband von 57 mehrheitlich islamischen Staaten, die Anschläge auf Kirchen in Nigeria. Dabei wandte sich die OIC auch gegen Vergeltungsmaßnahmen an Muslimen. Für Gewalt gegen religiöse Stätten und Gottesdienstbesucher gebe es in keiner Religion Platz, erklärte Generalsekretär Ek-

meleddin Ihsanoglu am Sitz des OIC im saudischen Jidda. Die Bürger in Nigeria rief er auf, die „schon komplizierte Situation“ nicht zu einem Religionskonflikt aufflammen zu lassen.

Auch Papst Benedikt XVI. äußerte sich in der Generalaudienz am 20. Juni 2012 zu der Gewalt in Nigeria: „Ich verfolge mit tiefer Sorge die Nachrichten aus Nigeria, wo die vor allem gegen die Christen gerichteten Terroranschläge weitergehen. Während ich für die Opfer und alle Leidtragenden bete, appelliere ich an diejenigen, die für diese Gewalttaten verantwortlich sind, unverzüglich davon abzulassen, das Blut so vieler Unschuldiger zu vergießen. Im Übrigen hoffe ich auf die volle Mitarbeit quer durch alle Gesellschaftsschichten Nigerias, damit nicht der Weg der Rache weiterverfolgt werde, sondern alle Bürger am Bau einer friedlichen und versöhnten Gesellschaft mitwirken mögen, in der das Recht, frei den eigenen Glauben bekennen zu können, wirksam geschützt ist.“

Am 7. Juli 2012 wurden bei Überfällen auf christliche Siedlungen im Bundesstaat Plateau State mehr als sechzig Menschen getötet. Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur Fides sagte der Bischof von Jos, Ignatius Ayau Kaigama, dass es sich bei den Auseinandersetzungen nicht in erster Linie um einen religiösen Konflikt handele, sondern um „alte soziale Streitigkeiten“. „Das Massaker hat seinen Ursprung in einem Streit zwischen den Bauern und den Hirten in der Region. Diese Auseinandersetzung wurde nie gelöst. Es geht also um einen wirtschaftlichen Disput, weil sich die Hirten ungerecht behandelt fühlen, nachdem ihnen vor nun schon langer Zeit die Tiere entführt und getötet worden sind. Die Mehrheit dieser Hirten sind Muslime, während die Mehrheit der Bauern Christen sind.“ Es sei also eine Vereinfachung, wenn man von einem Angriff durch Islamisten spreche, so der Bischof. Die Boko Haram-Sekte nütze diese Situation aber für politische Zwecke aus und verfolge dabei auch internationale Interessen, weshalb auch eine länderübergreifende, internationale Lösung für das Terrorismusproblem in Nigeria gefunden werden müsse.

Am Montag, dem 6. August 2012, wurden in der Stadt Okene im Bundesstaat Kogi in Zentralnigeria bei einem Anschlag auf den Gebetsraum einer Pfingstgemeinde zwanzig Christen getötet, darunter auch der Pastor der Gemeinde. Siebzehn Menschen wurden verletzt, einige von ihnen schwer.

Am Sonntag, dem 23. September 2012, starben bei einem Selbstmordanschlag auf die Kirche St. Johannes in Bauchi zwei Menschen, 45 Personen wurden verletzt.

Im September 2012 war Erzbischof Ignatius Kaigama aus Jos zu Gast auf der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda, wo er über die Lage der Christen in Nigeria berichtete. Erzbischof Kaigama ist Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz Nigerias. Er warnte vor einer weiteren Eskalation der Gewalt in seinem Land: „Wir sind nicht im Krieg, aber am Rande eines Krieges.“ Die internationale Gemeinschaft solle mehr Druck auf die nigerianische Regierung ausüben, damit Gewalt und Korruption bekämpft würden. Dies sei Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der vielfältigen religiösen und ethnischen Gruppen in Nigeria. Die Konflikte im Land seien nicht in erster Linie religiöser Natur, sondern hätten eine Vielzahl sozialer und wirtschaftlicher Ursachen. Religion sei dabei nur ein Faktor unter mehreren. Die Gewalt von Boko Haram führe allerdings zu wachsenden Spannungen und zu vermehrtem Misstrauen zwischen Christen und Muslimen. Vorrangige Aufgabe der Politik sei es, den rund 25 Millionen jungen Nigerianern ohne feste Arbeit eine Perspektive zu bieten. Die Korruption müsse bekämpft und die Reichtümer des Landes müssten besser verteilt werden.

Bei einem Selbstmordanschlag mit einer Autobombe auf die katholische Kirche St. Rita in der Stadt Kaduna wurden am 28. Oktober 2012 mindestens acht Menschen getötet und etwa einhundert Menschen verletzt. Durch die Explosion wurden auch einige Häuser im Umkreis beschädigt.

Am Sonntag, dem 25. November 2012, kamen in Jaji im Bundesstaat Kaduna mindestens fünf Menschen ums Leben (manche Quellen sprechen sogar von siebzehn bzw. dreißig Toten), als vor einer protestantischen Kirche auf einem Kasernengelände eine ferngesteuerte Autobombe explodierte. Dutzende Menschen wurden verletzt. Die Explosion erfolgte unmittelbar nach Ende eines Gottesdienstes.

An Heiligabend 2012 überfiel eine Gruppe von Bewaffneten in der Stadt Kano einen nächtlichen Weihnachtsgottesdienst und eröffnete das Feuer auf die Gläubigen. Sechs Menschen wurden getötet, darunter auch der Pfarrer der Gemeinde.

Quellen

African Spotlight

Compass Direct News

Human Rights Watch: World Report, 2011 + 2012

Katholische Nachrichtenagentur (KNA)

Radio Vatikan, Newsletter

U.S. Department of State: Annual Report on International Religious

Freedom, 2010 + 2011

The Christian Post

The Nigerian Voice

ZENIT (Nachrichtenagentur)



Nordkorea

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:			
24 Millionen	Religionslose	71%	Christen	2%
	neue Religionen	13%	sonstige	2%
	Animisten	12%		

Allgemeiner Überblick

Nordkorea gewährt grundsätzlich keinerlei Religionsfreiheit. In der Hauptstadt Pjöngjang existieren einige christliche Kultstätten (eine katholische und zwei protestantische Kirchen) und etwa vier buddhistische Tempel; über die anderen Teile des Landes ist jedoch nichts bekannt. Die von Besuchern des Landes genannten Zahlen sind sehr unterschiedlich. Das im Jahr 2011 aus religiöser Sicht bedeutendste Ereignis in Nordkorea war der Tod des Diktators Kim Jong-il am 17. Dezember 2011, der seit 1997 an der Macht stand. Nachfolger wurde dessen dritter und jüngster Sohn, Kim Jong-un.

Die Verweigerung der Religionsfreiheit geht aus der Entstehungsgeschichte des nordkoreanischen Staates hervor. Das Regime wird von der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) getragen, deren Ideologie auf dem Prinzip der Autarkie (koreanisch: Juche) basiert. Die PdAK ist aus der Kommunistischen Partei Koreas (KPK) hervorgegangen, deren Geschichte von inneren Kämpfen zwischen prosovjetschen und prochinesischen Gruppen, blutigen Säuberungsaktionen und Repression gekennzeichnet war.

Juche, das Fundament, auf dem das politische und wirtschaftliche System Nordkoreas basieren, ist eine synkretistische Ideologie, die Elemente des Neokonfuzianismus, des nationalistischen Maoismus und des Stalinismus zu einem starren System verschmilzt, welches das Land in eine fast vollständige internationale Isolation getrieben hat.

Diese Ideologie hat auch zur Entstehung des Personenkults um den autokratischen „Vater der Nation“ und „Großen Führer“ Kim Il-sung geführt. Dieser kam 1948 an die Macht und starb 1994. Sein Nachfolger war sein Sohn Kim Jong-il, der das Land unter dem offiziellen Titel „Lieber Führer“ regierte. Der Personenkult um die zwei wie Gottheiten behandelten Kims, Vater und Sohn, wurde zur einzigen im Land erlaubten Form der Religionsausübung. Wie sie

wird auch ihr Nachfolger Kim Jong-un in der Literatur, der volkstümlichen Musik, dem Theater und in Filmen verherrlicht, und dies in Tönen und mit Ausdrücken von geradezu religiöser Feierlichkeit und Inbrunst. Die offizielle Religion ist im Wesentlichen etwas wie ein an die Herrscherdynastie gebundener Partei- und Staatskult. In dem auf der Juche basierenden Kalender fällt das Jahr 1 auf das Jahr, in dem Kim Il-sung geboren wurde, gemäß dem gregorianischen Kalender das Jahr 1912. Der einbalsamierte Leichnam des Diktators ist in einem eigens für ihn errichteten, gigantischen Mausoleum in Pjöngjang aufgebahrt.

Gefangenenlager

Zahlreiche nordkoreanische Flüchtlinge berichteten von der Existenz von Straf- und Umerziehungslagern (yodok), was aber von der nordkoreanischen Regierung wiederholt bestritten wurde. Schätzungen zufolge werden derzeit zwischen 150 000 und 200 000 Menschen in solchen Lagern festgehalten, in denen Folter, Mord, Vergewaltigung, medizinische Experimente, Zwangsarbeit und erzwungene Abtreibungen sowie heimliche Exekutionen an der Tagesordnung sind. Menschen, die aus religiösen Gründen verhaftet wurden, sind in diesen Lagern noch viel strengeren Behandlungen ausgesetzt. Laut Aussage von Open Doors, einer protestantischen Missionsorganisation, steht Nordkorea weltweit an erster Stelle, was die antichristliche Verfolgung angeht.

Der nordkoreanische Nationalismus ist in der Cheondogyo verwurzelt, einer synkretistischen Religion, die Elemente des Buddhismus, Taoismus, Konfuzianismus, Schamanismus und Christentums miteinander vermischt. Diese Religion entstand im 19. Jahrhundert, um den Aktivitäten der (westlichen) christlichen Missionare entgegenzuwirken. In der offiziell atheistischen Nation werden andere religiöse Aktivitäten vom Staat massiv unterdrückt.

Die Situation der Katholiken und anderer christlicher Gruppen

Die Verfolgung der Christen begann 1953, nachdem die Halbinsel in zwei Staaten geteilt worden war. Seit diesem Zeitpunkt verschwanden die Katholiken des Landes spurlos, insbesondere katholische Bischöfe. Obwohl der Vatikan sie weiterhin als „Vermisste“ betrachtet, werden sie im päpstlichen Jahr-

buch (Annuario Pontificio) noch immer als Vorsteher der betreffenden Diözesen aufgelistet. Umgekehrt bezeichnet die Regierung sie als „vollkommen unbekannte Personen“, und seit den 1980er Jahren wurden alle Anfragen nach deren Verbleib von den Behörden völlig ignoriert.

Nordkorea ist in drei katholische Diözesen aufgeteilt – Pjöngjang, Ch’unch’on und Hamhung – und eine territoriale Abtei in Tomwok, die der direkten Jurisdiktion des Heiligen Stuhls untersteht. Als der Bürgerkrieg in Korea 1953 (de facto, aber von beiden Seiten niemals offiziell anerkannt) endete und die Halbinsel geteilt wurde, vertraute der Vatikan die apostolische Administration dieser drei nördlichen Diözesen südkoreanischen Bischöfen an. Formell aber sind die früheren Bischöfe immer noch im Päpstlichen Jahrbuch aufgelistet. So wird zum Beispiel unter dem Stichwort „Diözese Pjöngjang“ nach wie vor Msgr. Francis Hong Yongho (obwohl 1906 geboren und „vermisst“) als Bischof angegeben. Für Hamhung hingegen werden keine Angaben gemacht. Die Diözese Ch’unch’on wiederum erstreckt sich über die Grenze zu Südkorea. Der rechtmäßige Bischof ist Msgr. Lucas Kim Woon-hoe, während für die lokalen Katholiken der bischöfliche Sitz als „vakant“ gilt.

Das Schicksal der nordkoreanischen Bischöfe spiegelt die Situation der nordkoreanischen Kirche als Ganze wider. Mitte des 20. Jahrhunderts waren 30 Prozent der Bevölkerung der Hauptstadt Pjöngjang Katholiken – gegenüber nur einem Prozent in den übrigen Landesteilen. Während des Koreakrieges (1950–1953) marschierten kommunistische Truppen in den Süden ein und nahmen sowohl Missionare und ausländische Ordensleute als auch einheimische Geistliche und Gläubige fest. Das Ziel des nordkoreanischen Regimes war, jede Spur christlicher Präsenz zu tilgen. Im Norden wurden Kirchen und Klöster zerstört, Mönche und Priester verhaftet und zum Tod verurteilt. Msgr. Patrick James Byrne, ein US-amerikanischer Staatsbürger und auch Apostolischer Delegat in Korea, wurde während des Krieges verhaftet und zum Tod verurteilt. Die Strafe wurde niemals vollzogen, doch er starb Jahre später in einem Konzentrationslager infolge der erlittenen Misshandlungen und Entbehrungen.

Über das Los der Christen in den Jahren nach dem Krieg ist äußerst wenig bekannt. Das Schicksal der 166 Priester und Ordensleute, die sich am Ende des Krieges im Norden aufhielten, ist und bleibt ungeklärt. Bis in die späten

1980er Jahre pflegten nordkoreanische Behörden auf jede nach ihnen gestellte Frage schlicht zu antworten: „Sie sind uns vollkommen unbekannt“.

Gegenwärtig besitzt die Kirche im Norden keinen Klerus, so dass sakramentales Leben nicht möglich ist. Staatlichen Angaben zufolge gibt es im Land rund 4000 Katholiken und 11 000 Protestanten. Andere Quellen berichten allerdings, dass die Anzahl von „echten“ Katholiken 200 nicht übersteigt und dass der größte Teil alte Leute seien. In Nordkorea existieren nur drei staatlich zugelassene christliche Gottesdienststätten, zwei protestantische und eine katholische. Die katholische ist eine Kirche in Changchung, in der Nachbarschaft von Pjöngjang, aber Kritiker vermuten, sie werde vom Regime lediglich zur Propaganda als „Vorzeigeobjekt“ genutzt.

Die christliche Gemeinschaft wird vom Regime gnadenlos unterdrückt. Dem Staat sind die Christen aus zwei Gründen verhasst, einerseits wegen ihrer angeblich mangelnden Treue zum Regime, und andererseits aufgrund der ihnen unterstellten Beziehungen zum Westen. Dies bedeutet, dass die meisten Christen ihren Glauben nur im Geheimen praktizieren können. Beim Besuch einer Messe an einem nicht genehmigten Ort „erwischt“ zu werden, kann in dieser kommunistischen Nation eine Haftstrafe und, im schlimmsten Falle, Folter und Tod bedeuten. Schon der bloße Besitz einer Bibel ist ein Verbrechen und kann zur Todesstrafe führen. Am 16. Juni 2009 wurde zum Beispiel die 33 Jahre alte Christin Ri Hyon-ok wegen „In-Umlauf-Bringens von Bibeln“ zum Tode verurteilt und hingerichtet. Anschließend wurden ihre Angehörigen festgenommen und in ein Konzentrationslager gebracht.

Das Schicksal von Msgr. Francis Hong Yong-ho kann als beispielhaft für diese Situation gelten. Am 25. Mai 1933 zum Priester geweiht, wurde er am 24. März 1944 von Papst Pius XII. zum Apostolischen Vikar von Pjöngjang und zum Titularbischof von Auzia bestellt. Ihm wurde von Msgr. Bonifatius Sauer, der von Bischof Irenaeus Hayasaka und Erzbischof Paul Maria Kinam-ro assistiert wurde, die Bischofsweihe erteilt. Als Papst Johannes XXIII. – zum Teil als Zeichen des Protestes gegen das nordkoreanische Regime – am 10. März 1962 das Apostolische Vikariat von Pjöngjang in den Status einer Diözese erhob, bestellte er Msgr. Hong Yong-ho als ersten Diözesanbischof, wodurch er ihn zu einem Symbol der Verfolgung von Katholiken in Nordkorea und allgemein in kommunistischen Ländern machte. Falls er noch lebte, wäre

er inzwischen über hundert Jahre alt. Dennoch ist nach Ansicht des Vatikans „nicht auszuschließen, dass er noch immer in einem Umerziehungslager gefangen gehalten wird“.

Hoffnung für die Zukunft

Die koreanische Kirche hat ihre Hoffnung nicht verloren. Mit Blick auf eine künftige Wiedervereinigung der Halbinsel organisieren Katholiken aus dem Süden weiterhin Seminare und Aktionsgruppen, um ihren Brüdern und Schwestern im Norden zu helfen. Dabei spielen die im Süden lebenden nordkoreanischen Flüchtlinge eine wesentliche Rolle. Sie sind „Vermittler der Evangelisierung, echte, vollgültige Mitglieder unserer Gesellschaft und Freunde, mit denen wir gemeinsam die Zukunft aufbauen können,“ erklärte Msgr. Lucas Kim Woon-hoe während der 12. Begegnung des Bischöflichen Netzwerks für die Aussöhnung des koreanischen Volkes, dessen Vorsitzender er ist. Der Tod von Kim Jong-il im Dezember 2011 hat auch einige religiöse Aspekte offenbart. Als er im Sterben lag, hat sein Sohn und Nachfolger, laut Aussage vieler Quellen, die Unterstützung südkoreanischer religiöser Gruppen gesucht, um die für das Weiterleben des Landes unerlässliche humanitäre Hilfe zu erhalten.

Besuche religiöser Delegationen

Am 10. November 2011 stattete eine Gruppe südkoreanischer protestantischer Pastoren Nordkorea einen offiziellen Besuch ab. Während ihres von der kommunistischen Partei genehmigten Aufenthaltes trafen sie Gleichgesinnte und hielten eine Gebetswache „für den Frieden auf der koreanischen Halbinsel“. Die Pastoren besuchten auch die Kirchen in Pongsu und Chilgol, zwei der äußerst seltenen, vom Regime nicht geschlossenen Kultstätten. Dennoch wurde von gewissen Quellen unterstrichen, dass diese Begegnungen – wenn auch vom Regime nur zu Propagandazwecken erlaubt – „eine Gelegenheit sind, um sich der Situation bewusst zu werden und der lokalen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich auch der Außenwelt zu öffnen. Zweifelsohne sind sie ein Versuch, Seoul zu überzeugen, die Sendung humanitärer Hilfen wieder aufzunehmen, könnten aber unerwartete Überraschungen in sich schließen“.

Der Besuch dieser Pastoren war der zweite offizielle Besuch im Laufe von zehn Jahren. Im September 2011 begaben sich führende Vertreter der sieben wichtigsten Religionen Südkoreas in den nördlichen Teil des Landes. Es handelte sich um die erste Reise dieser Art, deren Ziel es war, die beiden Seiten auf den Weg des Friedens und der Aussöhnung zu führen. Da es keine direkten Verbindungswege zwischen den zwei Teilen der Halbinsel gibt, reiste die aus 24 Mitgliedern bestehende Delegation über China nach Nordkorea. Die Reise wurde auf Einladung des Nordkoreanischen Rates für Religionen organisiert, einer Marionettenorganisation, die den seltenen Touristen aus dem Westen und China „Scheinfunktionen“ anbietet. Dennoch bot dieser Besuch eine einmalige Gelegenheit für Begegnungen und Gespräche.

Vor der Abreise vom internationalen Flughafen Incheon verlas Erzbischof Hyginus Kim Heejong aus Kwangju ein von den Vertretern aller religiösen Gruppen gemeinsam ausgearbeitetes Kommuniqué: „Wir werden das Bestreben nach Frieden seitens der südkoreanischen religiösen Gruppen auch nach Nordkorea bringen. Wenn sich alle, die die Religion lieben, in den zwei Ländern zusammenschließen, können wir zum Frieden gelangen und hoffen, dass wir damit eine Brücke hin zu Aussöhnung schlagen“.

Die Gruppe sprach der südkoreanischen Regierung auch ihren Dank dafür aus, dass sie zu diesem Besuch abreisen durfte. Nach den Herausforderungen des Militärs von Pjöngjang hatte Seoul tatsächlich fast alle Beziehungen zwischen den beiden Ländern abgebrochen. Erzbischof Kim wurde begleitet von Rev. Kim Yeong-joo, dem Sekretär des Nationalen Kirchenrates Koreas; von Rev. Jaseung, dem Präsidenten des buddhistischen Jogye-Ordens; von Rev. Kim Ju-won, dem Oberhaupt des Won-Buddhismus; Dr. Choi Geun-dok, dem Präsidenten der Konfuzianischen Vereinigung Sung Kyun Kwan; Woon Yimkil, dem Oberhaupt von Chondogyo, und Han Yang-won, dem Präsident der Vereinigung für Traditionelle Koreanischen Religionen.

Obwohl die Reise in bester Absicht organisiert wurde, erklärte eine katholische Quelle der Agentur AsiaNews: „Pjöngjang will sich in keiner Weise ehrlich der Idee einer Religion öffnen, denn, würde das die Führung tun, würde dies binnen weniger Monate zum Sturz des Regimes führen. Die Religion lehrt in erster Linie Freiheit, was wohl kaum mit einer Diktatur in Einklang steht. Daher glaube ich, dass dieser Besuch – auch wenn es angebracht ist,

die Situationen kennenzulernen und selbst zu erleben – nur ein „Köder“ ist, um möglichst viel humanitäre Hilfe von den Gläubigen im Süden anzulocken“.

Am 3. September 2011 besuchte auch eine Delegation von südkoreanischen buddhistischen Mönchen gemeinsam mit dem Verantwortlichen des größten Ordens ihres Landes Nordkorea, um den 1000. Jahrestag der Tripitaka, einer der am meisten verehrten buddhistischen Reliquien, feierlich zu begehen. Das Ministerium für die Vereinigung in Seoul hat diesen Besuch „aus rein religiösen Gründen“ genehmigt. Die Gruppe konnte einer Delegation nordkoreanischer Buddhisten begegnen und mit der Genehmigung seitens der kommunistischen Diktatur verschiedene Tempel besuchen. Es handelte sich um den ersten offiziellen, nicht zu humanitären Zwecken abgestatteten Besuch seit dem 24. Mai 2010, als Südkorea jede Zusammenarbeit mit dem Norden sperrte. Seoul war der Ansicht, Pjöngjang sei verantwortlich für die Versenkung einer Korvette der Südkoreanischen Marine, bei der 42 südkoreanische Matrosen ums Leben kamen, sowie für die Bombardierung einer von Südkorea kontrollierten Insel, bei der eine Zivilperson den Tod fand. Die Tripitaka ist 1000 Jahre alt und besteht aus 80 000 Holzstöcken, in die alle heiligen Schriften des Buddhismus geschnitzt sind. Die Druckstöcke wurden im nördlichen Teil Koreas angefertigt, sind aber seit 1398 in der Halle der Druckstöcke im Haeinsa-Tempel in Südkorea aufbewahrt.

Quellen

Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen - PIME)

Katholische Nachrichtenagentur (KNA)

Radio Vatikan, Newsletter

Union of Catholic Asian News (UCAN)

U.S. Department of State: Annual Report on International Religious Freedom, 2010 + 2011

ZENIT (Nachrichtenagentur)



Pakistan

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
184,8 Millionen	Muslime	96,2%
	Christen	2,2%
	sonstige	1,6%

Anhaltende Gewalt in Pakistan

Nach den Morden an zwei hochrangigen Politikern zu Beginn des Jahres 2011 hielt die Gewalt gegen religiöse Minderheiten auch in den Folgemonaten an. Zahlreiche Anschläge auf Gottesdienststätten im Jahr 2012 zeigen, wie schwierig die innenpolitische Lage in Pakistan zurzeit ist. Vor allem die religiösen Minderheiten haben darunter gelitten: Schiiten (etwa 20% der Bevölkerung), Christen (etwa 2%), Hindus und Anhänger der Ahmadiyya-Gemeinschaft.

Im Januar 2011 fiel der muslimische Gouverneur der Provinz Punjab, Salman Taseer, einem tödlichen Attentat zum Opfer. Im März 2011 kam der katholische Minister für religiöse Minderheiten, Shahbaz Bhatti, bei einem gezielten Attentat ums Leben. Beide Politiker hatten sich für eine Änderung des seit Jahren umstrittenen Blasphemiegesetzes (Artikel 295, Paragraph B und C, sowie Artikel 298 des pakistanischen Strafgesetzbuches) eingesetzt, das oft zur Unterdrückung religiöser Minderheiten missbraucht wird. Es wurde 1986 vom pakistanischen Diktator Zia-ul-Haq eingeführt und sieht für gotteslästerliche Handlungen drastische Strafen vor: die Schändung des Korans wird mit lebenslanger Haft bestraft, für abschätzig Bemerkungen über den Propheten Mohammed wird die Todesstrafe verhängt. Leider kommt es immer wieder zu missbräuchlichen Anwendungen dieser strafrechtlichen Bestimmungen. Vage Anschuldigungen reichen oft schon aus, damit Verdächtige inhaftiert werden. Oft sind es Angehörige religiöser Minderheiten wie Christen, Hindus oder Anhänger der (aus Sicht der Mehrheit der Muslime häretischen) Ahmadiyya-Gemeinschaft, denen Blasphemie vorgeworfen wird. Nicht selten stehen hinter solchen Anschuldigungen persönliche Streitigkeiten. Selbst wenn sich Anschuldigungen als haltlos erweisen und die Angeklagten vom Gericht freigesprochen werden, laufen sie Gefahr, dass sie Opfer von religiösen Fanatikern werden, die meinen, Selbstjustiz verüben zu müssen. Internationale Aufmerksamkeit erregten in den letzten Monaten die Fälle

der Christin Asia Bibi, die im November 2010 wegen angeblicher Blasphemie zum Tod verurteilt wurde und Ende 2012 noch immer inhaftiert war, und des geistig behinderten christlichen Mädchens Rimsha Masih, im August 2012 festgenommen unter dem Vorwurf, den Koran geschändet zu haben.

Nach Angaben des vatikanischen Pressedienstes Fides waren im November 2012 insgesamt sechzehn Personen in Pakistan inhaftiert, denen wegen Gotteslästerung die Todesstrafe droht. Weitere zwanzig Angeklagte verbüßen zurzeit eine lebenslange Haftstrafe. Zahlreiche Beschuldigte warten auf ihren Prozess oder haben Berufung gegen eine Verurteilung in erster Instanz eingelegt.

Pakistan – „Land der Reinen“

Als Pakistan (in Urdu „Land der Reinen“) 1947 nach der Trennung von British Indien gegründet wurde, sollte es ein Staat auf säkularer Grundlage sein. Nach Ansicht des Gründervaters Ali Jinnah sollte die neue Nation auf dem Indischen Subkontinent ein „Land für Muslime“, nicht aber ein „muslimisches Land“ sein, das von der Scharia regiert wird. Der Trend zur stärkeren Islamisierung entwickelte sich erst später, die negativen Folgen dieses Prozesses sind heute deutlich zu erkennen.

Streitpunkt Blasphemiegesetz

In den letzten Monaten gab es eine intensive öffentliche Debatte über eine mögliche Änderung oder gar Aufhebung des Blasphemiegesetzes, von vielen auch „black law“ („schwarzes Gesetz“) genannt. Sherry Rehman, eine Vertreterin der Pakistan People’s Party in der Nationalversammlung, auch Vorsitzende des berühmten „Jinnah Institute“ in Karachi und heute Botschafterin von Pakistan in den Vereinigten Staaten, legte einen Gesetzesentwurf zur Änderung der Blasphemieparagrafen vor. Statt der Todesstrafe sollten maximal fünf Jahre Haft verhängt werden. Falsche Anschuldigungen wie auch das Schüren von Hass sollten ebenfalls unter Strafe gestellt werden. Für die Behandlung der Fälle solle der Oberste Gerichtshof zuständig sein. Niemand dürfe ohne Beweismittel verhaftet werden, Inhaftierte aber sollten unter besonderen gesetzlichen Schutz gestellt werden. Dieser Gesetzesentwurf führte zu einem Aufstand der extremistischen Gruppen und religiösen Parteien im

Land, und Rehman selbst wurde der Blasphemie bezichtigt. Mit der Ermordung von Taseer und Bhatti wurde die Debatte endgültig zum Schweigen gebracht, und das Gesetz wurde zurückgezogen. Damit hat der religiöse Extremismus über die Rechtsstaatlichkeit gesiegt und die Religionsfreiheit wurde deutlich geschwächt.

UN-Resolution gegen Diffamierung von Religionen fallengelassen

Positiv zu vermerken ist, dass der zunehmende Druck auf die pakistanische Regierung seitens internationaler Vereinigungen gewisse Auswirkungen hatte. Denn 2011 hat Pakistan seine Haltung geändert und seinen Antrag bei den Vereinten Nationen zurückgezogen, dessen Ziel es war, die Diffamierung von Religionen zu verbieten. Die Organisation islamischer Länder (OIC) hatte seit einigen Jahren auf internationaler Ebene versucht, mit einer Kampagne gegen Blasphemie den Schutz von Religionen (in erster Linie des Islams) vor Kritik und Diffamierung durchzusetzen. Eine neu formulierte Resolution, die die Diffamierung von Religionen nicht mehr erwähnt, wurde im März 2011 vom UN-Menschenrechtsrat und im Dezember 2011 von der UN-Generalversammlung angenommen. Die neue Resolution bezieht sich auf den Schutz von Personen vor Intoleranz und Gewalt aufgrund ihrer Religion oder ihres Glaubens.

Auf innenpolitischer Ebene wurde in Pakistan im Rahmen einer Dezentralisierung von Regierungsaufgaben das Bundesministerium für religiöse Minderheiten im Juli 2011 abgeschafft. Bestimmte Befugnisse wurden von der Bundesebene auf die Provinzen übertragen. Auf Bundesebene wurde stattdessen ein neues Ministerium für interreligiöse Harmonie und Menschenrechte geschaffen.

Religiöse Minderheiten leiden unter Verstößen gegen die Religionsfreiheit

Verschiedene Studien beweisen, dass sich die religiösen Minderheiten in Pakistan in einer schwierigen Situation befinden. Darin wurde hervorgehoben, dass die Religionsfreiheit dringend vor dem zunehmenden Extremismus geschützt werden muss. Drei getrennt ausgearbeitete Berichte gelangen mehr oder weniger zur selben Schlussfolgerung. Der erste Bericht stammt von der

Human Rights Commission of Pakistan (HRCP), einer der wichtigsten in Pakistan arbeitenden Nichtregierungsorganisationen. Ein zweiter Bericht wurde von der katholischen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden erstellt. Und der dritte Bericht stammt vom „Jinnah Institute“, einer muslimischen, vorwiegend weltlich orientierten „Denkfabrik“.

Laut Aussage der HRCP wurden 2011 161 Personen unter dem Blasphemiegesetz beschuldigt. Neun von ihnen wurden der Blasphemie bezichtigt und sogar außergerichtlich hingerichtet. In einem Bericht mit dem Titel „Gefahren des Glaubens“ dokumentierte die HRCP, dass im Jahre 2011 achtzehn Menschenrechtsverfechter und sechzehn Journalisten ermordet wurden, weil sie die Übel der Gesellschaft, von der Korruption bis zum islamischen Extremismus, bekämpfen wollten, während der „Staat stillschweigend zuschaute“.

Die Nationale Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der pakistanischen Bischofskonferenz forderte die UN-Beobachtungsstelle für religiöse Toleranz auf, Pakistan zu besuchen und von der Regierung die Aufhebung des Blasphemiegesetzes zu fordern. In ihrem Bericht „Human Rights Monitor 2011“ erwähnt die Kommission, dass religiöse Minderheiten in Pakistan Opfer religiöser Intoleranz und sozialer Diskriminierung sind. Auch Angriffe auf ihre Kirchen und Institutionen werden verübt, und Hass schürende Propaganda wird betrieben. Ihr Recht auf Religionsfreiheit wurde offenkundig verletzt, und sie wurden zu Opfern von Zwangsbekehrungen. Auch ihr Land und Eigentum wurde zwangsmäßig beschlagnahmt. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass 2011 mindestens vierzig Personen der Blasphemie bezichtigt wurden (fünfzehn Christen, zehn Muslime, sieben Hindus und sechs Ahmadis). Zwischen 1986 (als das Blasphemiegesetz in Kraft trat) und 2011 wurden 37 der Gotteslästerung angeklagte Personen in außergerichtlichen Verfahren ermordet (darunter achtzehn Christen und sechzehn Muslime). Im selben Zeitraum wurden 1081 Personen der Blasphemie bezichtigt (138 Christen, 468 Muslime, 454 Ahmadis und 21 Hindus). In ihrem Bericht verlangt die Kommission die Einsetzung von zwei ständigen Kommissionen, einer für Menschenrechte und einer für religiöse Minderheiten. Sie sollen die Befugnisse eines Gerichtes haben und mit der Kontrolle der Situation beauftragt werden.

Auch eine bedeutende weltlich gesinnte Denkfabrik wie das Jinnah Institute, benannt nach dem Staatsgründer Mohammed Ali Jinnah, befasste sich 2011

mit der Religionsfreiheit und der Situation religiöser Minderheiten. In einem Bericht mit dem Titel „A Question of Faith“ stellt das Institut fest, dass die Gewalt gegen religiöse Minderheiten kontinuierlich zunimmt. Davon betroffen sind insbesondere Christen, Hindus und Ahmadis, die alle unter Gewalt und Diskriminierung leiden. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass die Lage der Christen sich deutlich verschlechtert habe, dass Christen oft die ersten Opfer von Gewalt seien und sich oft als „Bürger zweiter Klasse“ fühlen, da sie in allen Bereichen des öffentlichen Lebens diskriminiert werden. Das Institut legt der Regierung 23 Empfehlungen zur Stellung und Freiheit der im Land existierenden religiösen Minderheiten vor. Diese Vorschläge umfassen: die Aufhebung oder wesentliche Abänderung des Blasphemiegesetzes, um dessen Missbrauch zu verhindern; die Verabschiedung neuer Artikel des pakistanischen Strafgesetzbuches, um diejenigen zu bestrafen, die zur Gewaltanwendung aufrufen oder religiösen Hass fördern; die Abschaffung der Straflosigkeit für muslimische Geistliche, die in Moscheen zur Gewalt aufrufen; sowie eine Reform des Polizei- und Rechtssystems.

Schüren von Vorurteilen im Bildungswesen

Bildung ist ein entscheidender Punkt. In einer Studie der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (United States Commission on International Religious Freedom – USCIRF) wird festgestellt, dass in Pakistan die Wurzeln für Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten bereits in der Schule liegen, wie viele Abschnitte aus Schulbüchern nahelegen. Das pakistanische Schulsystem trägt also zur Verbreitung von Intoleranz und Gewalt bei. In der Studie mit dem Titel „Connecting the dots: education and religious discrimination in Pakistan“ analysierten die Autoren in den vier Provinzen mehr als 100 Lehrbücher, die in den Jahrgangsstufen eins bis zehn verwendet werden. Im Februar 2011 besuchten die mit der Studie Beauftragten 37 Mittelschulen (Unter- und Oberstufe) und interviewten 277 Schüler und Lehrer. Sie interviewten auch 226 Schüler und Lehrer in 19 Koranschulen (Madrassen). Die Resultate beweisen, dass die religiösen Minderheiten oft als niedrigere oder zweitklassige Bürger betrachtet werden. Hindus werden immer wieder als Extremisten und ewige Feinde des Islam bezeichnet. Die Lehrbücher enthalten auch spezifische Hinweise, die die Christen in ein negatives Licht stellen, und fördern allgemein die Auffassung, dass die islamische Identität in Pakistan ständig von anti-islamischen Kräften bedroht ist.

Gewalt gegen Christen

Auch in den Jahren 2011 und 2012 kam es wiederholt zu Gewalttaten gegen Christen und kirchliche Einrichtungen.

Am 28. März 2011 griff eine Gruppe von bewaffneten Männern die katholische Kirche des heiligen Thomas in der Stadt Wah Cantt, etwa 50 km von Rawalpindi entfernt, an. Obwohl die Kirche selbst nur wenig beschädigt wurde, konnten die Angreifer in den Hof der Kirche eindringen, wo sie Steine auf Lampen und Fenster schleuderten. Sie versuchten auch, das Kirchentor aufzubrechen, indem sie es in Brand setzten. Ein durch den Lärm alarmierter Diener informierte den Priester und benachrichtigte die Polizei.

Am 17. April 2011 griff eine Gruppe von radikalen Muslimen die Kirche der United Pentecostal Church in Gujranwala (Punjab) an und verhinderte damit den Gottesdienst am Palmsonntag. Die zu Hunderten versammelten Christen wurden in die Flucht getrieben, viele wurden geschlagen. Nach diesen Zwischenfällen wurden paradoxerweise zwölf Christen von der Polizei verhaftet. Zielscheibe der Extremisten war vor allem der Pastor der Gemeinde, Eric Isaac, weil er die Freilassung von Mushtaq Gill und seines Sohnes Farrukh Mushtaq Gill gefordert hatte, die am 16. April unter der falschen Beschuldigung der Gotteslästerung verhaftet worden waren.

Besonderes Aufsehen erregte die Tatsache, dass der katholische Parlamentsabgeordnete Michael Javed in Karachi (Sindh), der wichtigsten Stadt im Süden Pakistans, gewisse Ereignisse als „ethnische Säuberung“ beschrieb. In der suburbanen Nachbarschaft von Essa Nagri (wo 700 christliche Familien leben), Ayub Goth (wo etwa 300 christliche Familien leben) und Bhitaiabad wurden christliche Kinder vergewaltigt und misshandelt, Familien wurden erpresst und die christliche Gemeinde musste unsägliche Missbräuche und Gewalttaten ertragen. Ziel der Gewaltaktionen war offensichtlich die Vertreibung aller Christen aus diesem Gebiet.

In der Stadt Karachi, die durch Sektenwesen und einen hohen Grad an Gewalttätigkeiten geprägt ist, wurden der protestantische Pastor Jamil Sawan und ein fünfzigjähriger christlicher Geschäftsmann von zwei unbekanntem bewaffneten Männern im Viertel Gulshan-e-Iqbal ermordet.

Christen wurden vor allem in der Provinz Punjab, der pulsierenden Kernzone des Landes, angegriffen. Zu den bekanntesten Fällen zählen der von Shabaz Masih, eines jungen Christen, der von einigen Muslimen in Kasur ermordet wurde; sowie der von der All Pakistan Minorities Alliance (APMA) angezeigte Fall eines anderen jungen Christen, Imran Masih, der von seinem Arbeitgeber, einem reichen muslimischen Grundbesitzer, im Zusammenhang mit der sozialen und religiösen Diskriminierung misshandelt und schließlich ermordet wurde.

Auch christliche Frauen und Mädchen sind weiterhin Opfer von Gewalttätigkeiten: Sonia Bibi, eine junge Christin, 20 Jahre alt, aus Kasur, wurde von einer Gruppe junger Muslime vergewaltigt. Rebecca Bibi, eine zwölfjährige Christin aus Lahore, die als Haushaltshilfe arbeitet, verlor ein Auge, als sie von ihrer muslimischen Arbeitgeberin misshandelt wurde.

Besonderes Aufsehen erregte auch der Fall von Mariah Manisha, einer jungen Katholikin aus Samundari (Faisalabad), die von einem muslimischen Mann getötet wurde, der das Mädchen unter dem Vorwand, sie heiraten zu wollen, entführt hatte. Für die christliche Gemeinschaft des Ortes wurde das Mädchen zur „Märtyrin des Glaubens“ und als „pakistanische Maria Goretti“ bezeichnet. Nach den polizeilichen Ermittlungen und der Vermittlungstätigkeit zwischen christlichen und muslimischen Führern hat die Familie dem Mörder vergeben.

Christen waren auch Zielscheibe verschiedener Entführungen: Pastor Robin Javed, ein anglikanischer Priester, wurde im Mai 2011 in der Stadt Attock (Punjab) vermutlich von islamischen fundamentalistischen Gruppen entführt, die in Verbindung mit den Taliban stehen.

Opfer des Blasphemiegesetzes

Dem Blasphemiegesetz sind viele zum Opfer gefallen, das – wie bereits erwähnt – oft missbräuchlich gegen unschuldige Personen und religiöse Minderheiten angewendet wird.

Die Legal Evangelical Association Development (LEAD), eine christliche Vereinigung mehrerer Konfessionen, berichtete, dass der protestantische Bi-

schof Pervaiz Joseph und der Pastor Baber George ins Ausland fliehen mussten, weil sie fälschlicherweise der Gotteslästerung bezichtigt und von radikalen Muslimen mit dem Tod bedroht wurden. Der Bischof war zu jener Zeit der christliche Vertreter im International Peace Council for Interfaith Harmony (IPCIH).

Als Amanat Masih, ein Christ, der 2007 fälschlich der Gotteslästerung beschuldigt und verhaftet worden war, vom Gericht freigesprochen wurde, entführte eine von einem Imam geleitete Gruppe von fundamentalistischen Muslimen seinen 23-jährigen Sohn Shahad Masih und dessen 20-jährige Frau Rukhsana Bibi mit dem Ziel, ihn zu finden und zu töten. Die jungen Eheleute wurden zehn Tage in Farooqabad, in der Nähe von Sheikhpura (Punjab) festgehalten, wo sie geschlagen, mit dem Tode bedroht und gezwungen wurden, die muslimischen Gebete zu verrichten.

Auch der Christ Khurram Masih aus Qazi, einer Stadt nahe Lahore (Punjab), wurde fälschlich der Gotteslästerung beschuldigt und verhaftet. Die Masih Foundation, eine Organisation, die sich für die Rechte der Christen einsetzt, berichtete, dass der 25-jährige Bauarbeiter einige Stücke Holz und Papier verbrannt hatte. Als ein Muslim namens Abdul Majeed das Feuer sah, schrie er laut, dass Khurram Masih auch einen Koran zerrissen und einige Stücke verbrannt habe.

Noch immer dauert der Albtraum von Ruqqiya Bibi an, die 2010 vom Gericht in Kasur (in Punjab) zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil sie gemeinsam mit ihrem Mann, der zur selben Strafe verurteilt wurde, den Koran mit ungewaschenen Händen berührt und somit entweiht hatte.

Glücklicherweise konnte der Fall des 72-jährigen Katholiken Rehmat Masih aus Faisalabad gelöst werden, der, nachdem er fälschlicherweise der Gotteslästerung bezichtigt worden war, nach zwei Jahren im Gefängnis schließlich freigelassen wurde.

Qamar David, ein anderer wegen Blasphemie zu lebenslanger Haft verurteilter Katholik, ist am 15. März 2011 im Gefängnis von Karachi angeblich an einem Herzinfarkt gestorben. Die katholische Kirche forderte die Behörden auf, den Fall zu klären, da nur wenige an die offizielle Todesursache glaubten.

In den letzten Jahren ist Punjab zum Zentrum der Blasphemie-Fälle geworden. Mehr als 45 Personen, die der Gotteslästerung bezichtigt wurden, wurden außergerichtlich hingerichtet, zuweilen sogar bevor sie offiziell angeklagt wurden.

Selbst die Frauen blieben nicht verschont. Agnes Nuggo, eine 50-jährige Katholikin, Ehefrau und Mutter von fünf Kindern aus Faisalabad, wurde von einigen muslimischen Nachbarn, die Anspruch auf ein Stück Land erhoben, der Gotteslästerung bezichtigt.

Ein christlicher Mann namens Masiah Gill, der der Gotteslästerung beschuldigt wurde, musste fliehen, weil er mit dem Tod bedroht wurde für den Fall, dass er nicht zum Islam übertreten würde. Dies geschah nahe Mardan, einer Stadt in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa (im Norden Pakistans) und stand im Zusammenhang mit dem Fall des US-amerikanischen Pastors Terry Jones, der ein Exemplar des Korans verbrannt hatte.

In derselben Provinz wurde ein 13-jähriges Mädchen, Faryal Bhatti, aus dem Dorf Havelian, der Gotteslästerung bezichtigt, weil sie während einer Schulprüfung ein Wort nicht richtig ausgesprochen hatte. Ihr Fehler, der als Vorwand galt, um sie und ihre Familie aufs Korn zu nehmen, war, dass sie das Wort „naat“ (Gedicht zur Lobpreisung) wie „laanat“ (Fluchwort) ausgesprochen hatte – ein Fehler, den viele Kinder begehen, da die beiden Worte auf ähnliche Weise geschrieben werden. Der Schuldirektor Asif Siddiqui hat das Mädchen von der Schule verwiesen und die lokalen religiösen Führer des Islam gerufen, die bei der Polizei offizielle Anzeige wegen Gotteslästerung erstatteten.

Angesichts der zahlreichen Fälle wurde von der Zivilgesellschaft wieder ein Vorschlag auf ein Moratorium der Anwendung des Blasphemiegesetzes lanciert, der von Paul Bhatti, dem Sonderberater des Premierministers für Angelegenheiten der religiösen Minderheiten, von Intellektuellen, Redakteuren, Schülern und Menschenrechtsaktivisten unterstützt wurde.

Der Fall Asia Bibi

Seit 2011 erregt das Schicksal von Asia Bibi, einer Christin und Mutter von fünf Kindern, die am 8. November 2010 wegen angeblicher Gotteslästerung

zum Tod verurteilt wurde, weltweite Aufmerksamkeit und Betroffenheit. Sie wird seit Juni 2009 im Sheikhpura-Gefängnis (Punjab) festgehalten. Selbst Papst Benedikt XVI. nahm sich ihres Falles an und forderte in der Generalaudienz am 17. November 2010 die rasche Freilassung von Asia Bibi. Als ein islamischer Führer auf ihren Kopf eine hohe Prämie ausgesetzt hatte, wurde sie Anfang 2011 in eine Isolationszelle gebracht, um sie vor möglichen Angriffen auf ihr Leben zu schützen.

Der Fall ist aber durch viele Unklarheiten geprägt. Die Frau wurde von einem Gericht „unter deutlichem Druck von islamischen Extremisten“ und aus „persönlicher Rache“ verurteilt. Die Untersuchungen waren durch deutliche Verfahrensmängel gekennzeichnet. Laut Angaben vom Jinnah Institute wurde sie von der Polizei ohne Anwesenheit eines Anwalts vernommen. Dies ist für die Denkfabrik in Karachi ein ausreichender Grund, um den Fall als rechtswidrig zu erklären, denn das Verfahren gegen Asia Bibi war von Beginn an durch ein rechtswidriges und missbräuchliches Vorgehen gekennzeichnet.

Nach einem Gespräch mit Asia Bibi im Gefängnis stellte die Nationale Kommission für den Status der Frauen fest, dass Qari Muhammad Salim, ein lokaler muslimischer Führer, erst acht Tage nachdem die christliche Frau angeblich gotteslästerliche Worte ausgesprochen hatte, mit drei Frauen als Zeugen Strafanzeige erstattet hatte, die zu Bibis Verhaftung führte.

Alles deutet jedoch darauf hin, dass der Richter, der sie verurteilte, nichts von den effektiven Tatsachen wusste und unter dem Druck muslimischer Extremisten handelte. Darüber hinaus wurde Asia Bibi das in der Verfassung verankerte Recht auf einen Rechtsbeistand von Anfang an verweigert, ein ausreichender Grund, um das Verfahren als rechtswidrig zu bezeichnen.

Im Bericht von 2010 lieferte Human Rights Watch (HRW) noch mehr Beweise über die schlimme Situation der Menschenrechte in Pakistan. Nach Ansicht der Menschenrechtsorganisation steht der Fall von Asia Bibi wie ein Symbol für die Verfolgung von Christen und anderen religiösen Minderheiten in Pakistan.

Mehr als 580 000 Personen in über hundert Nationen der Welt unterzeichneten einen Antrag seitens der Organisation Voice of Martyrs (VOM), in dem die

pakistanische Regierung aufgefordert wird, Asia Bibi freizulassen, die zu einem Symbol dafür geworden ist, wie das Blasphemiegesetz missbraucht wird. Einige NROs haben den Fall dem UNO-Menschenrechtsrat unterbreitet.

Shahbaz Bhatti: Märtyrer der Religionsfreiheit

Das Jahr 2011 wird sich wegen der Ermordung des 42-jährigen Katholiken Shahbaz Bhatti, Bundesminister für Religiöse Minderheiten, der am 2. März 2011 in Islamabad getötet wurde, in die Erinnerung einprägen. Für den Mord soll die Taliban-Gruppe Tehrik-i-Taliban-Punjab verantwortlich sein. Im Rahmen seines Wirkens als Aktivist für Menschenrechte und religiöse Minderheiten hatte Bhatti die Christian Liberation Front und die All Pakistan Minorities Alliance gegründet. Als engagierter Verfechter der Religionsfreiheit wollte er das Blasphemiegesetz abändern, was ihn dann das Leben kostete.

Die vom 20. bis 25. März 2011 in Multan versammelte pakistanische Bischofskonferenz beschloss, beim Heiligen Stuhl offiziell zu beantragen, Shahbaz Bhatti zum „Märtyrer und Patron der Religionsfreiheit“ zu erklären. Seine Bibel in Urdu-Sprache wurde in der Kirche St. Bartholomäus auf der Tiberinsel in Rom ausgestellt, die den „neuen Zeugen des Glaubens“ geweiht ist.

Die englische katholische Zeitschrift „The Tablet“ schrieb am 8. Januar 2011, dass „auch Salman Taseer, der 64-jährige Gouverneur von Punjab, in Pakistan, als ein Märtyrer zu betrachten“ sei. Als echter Glaubenszeuge „setzte er sich für die Abänderung des Blasphemiegesetzes ein“ und verteidigte unermüdlich eines der Opfer, nämlich Asia Bibi.

Die Anwälte, die Malik Mumtaz Qadri vertreten, den geständigen Mörder von Salman Taseer (der von radikalen Gruppen als „Held“ betrachtet wird), legten beim Berufungsgericht in Islamabad Berufung ein und verlangten, dass für den Zeitraum des Berufungsverfahrens das vom Antiterrorismus-Gericht in Rawalpindi verhängte Todesurteil ausgesetzt werde.

Der Fall Rimsha Masih

Im 16. August 2012 wurde das geistig zurückgebliebene vierzehnjährige christliche Mädchen Rimsha Masih von einem Imam beschuldigt, Seiten des

Korans verbrannt zu haben. Daraufhin wurde sie von der Polizei festgenommen und kam in Untersuchungshaft. Nach drei Wochen wurde sie gegen Kaution freigelassen. Zuvor war der Imam verhaftet worden. Ermittlungen hatten ergeben, dass die angeblichen Beweise gefälscht waren. Der Imam soll dem Mädchen, das als Müllsammlerin arbeitete, die halbverbrannten Koranseiten in die Tasche geschmuggelt haben. Am 20. November 2012 wurde die gerichtliche Klage gegen Rimsha Masih vom High Court Islamabad abgewiesen. Der zuständige Richter begründete diese Entscheidung damit, dass es keine Zeugen gebe, die gesehen hätten, wie das angeklagte Mädchen Seiten des Korans verbrannt habe. Allgemein müsse man extrem vorsichtig mit Vorwürfen der Blasphemie umgehen, zu oft würden falsche Anschuldigungen erhoben.

Der Fall Rimsha Masih hatte weltweit Aufsehen erregt. Unter anderem die USA und Frankreich verurteilten die Festnahme des Mädchens. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International forderte Pakistan auf, das Blasphemiegesetz zu überarbeiten. Der Weltkirchenrat organisierte in Genf eine dreitägige Expertenanhörung zur Menschenrechtslage in Pakistan und zum verbreiteten Missbrauch des Blasphemiegesetzes. Sprecher von Glaubensgemeinschaften und Menschenrechtsorganisationen sowie Vertreter der UN und der pakistanischen Regierung sollten sich zu dem Thema äußern. Die Anhörung fand vom 17. bis 19. September 2012 statt, parallel zur 21. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats.

Im Gespräch mit Radio Vatikan sagte Paul Bhatti, der katholische Berater der pakistanischen Regierung in Minderheitenfragen, das Mädchen Rimsha Masih sei zu einer Symbolfigur in Pakistan geworden und der Beweis dafür, dass auch in einem Land wie Pakistan Gerechtigkeit herrschen könne. „Sie hat es geschafft, nicht nur die internationale Gemeinschaft auf das Problem des Blasphemiegesetzes aufmerksam zu machen. Rimsha hat auch einen Gesinnungswandel bei vielen Muslimen bewirkt. Bisher war es so, dass verurteilte oder auch nur beschuldigte Christen öffentlich angeprangert und sogar getötet wurden. Durch die Vermittlung der pakistanischen Regierung haben wir es geschafft, dies zu stoppen. Aber Rimsha hat erreicht, dass jetzt auch lokale Muslimführer davon überzeugt sind, dass jeder Mensch ein Anrecht auf Gerechtigkeit hat.“

Gewalt gegen Hindus, Ahmadis und Schiiten

Zielscheibe der religiös motivierten Gewalttaten in Pakistan sind auch andere religiöse Minderheiten wie Hindus, islamische Minderheiten wie die Ahmadis, die als „ketzerische Muslime“ betrachtet werden, sowie die bedeutende islamische Minderheit der Schiiten, die etwa zwanzig Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Gegen die Schiiten wurden im Jahr 2011 30 Attentate verübt, bei welchen 203 Personen ums Leben kamen. Die Schiiten werden von radikalen Sunniten-Gruppen als „Ketzer“ und „Verräter“ betrachtet, die somit unwürdig seien, „auf dem Boden der Reinen zu wandeln“. Im September 2012 forderte die Organisation Human Rights Watch die pakistanische Regierung auf, die schiitische Minderheit besser vor Gewalt zu schützen. Allein von Januar bis August 2012 seien 320 Schiiten durch Attentate getötet worden.

Auch Ahmadis werden in Pakistan systematisch eingeschüchtert und verfolgt. Die pakistanische Verfassung verweigert ihnen das Recht, sich als Muslime zu bezeichnen, Moscheen zu besuchen oder Lobeshymnen auf den Propheten Mohammed zu singen. Die Regierung der Region Punjab hat für Schüler und Studenten die Pflicht eingeführt, vor ihrer Zulassung zur Schule oder Universität zu erklären, ob sie „Muslime oder Nichtmuslime“ seien; als Ergebnis wurden viele Ahmadis oft nicht akzeptiert oder aus den Universitäten ausgeschlossen.

Die Taliban selbst (die sich an den Deoband-Lehren ausrichten, einer strengen Auslegung des sunnitischen Islam) haben ihre terroristische Kampagne fortgesetzt und Heiligtümer der sufistischen Strömung des Islam angegriffen. Sie lehnen die Gräber- und Heiligenverehrung des Sufismus strikt ab. Im Jahre 2010 gab es fünf Anschläge auf Schreine der Sufis, darunter einen Selbstmordanschlag auf das größte Heiligtum Pakistans, den Schrein des Data Gandsch Bakhsh im Zentrum Lahores, bei dem 45 Menschen starben. Ein weiterer schwerer Anschlag wurde am 3. April 2011 auf das Heiligtum der Sufi-Gruppe Sakhi Sarwar im Bezirk von Dera Ghazi Khan (Punjab) verübt. Dabei starben fast fünfzig Menschen, mehr als einhundert Personen wurden verletzt.

Der Fall Malala Yousufzai: Recht auf Bildung für Mädchen

Internationale Aufmerksamkeit erregte auch der Fall des vierzehnjährigen muslimischen Mädchens Malala Yousufzai. Am 9. Oktober 2012 wurde sie auf dem Heimweg von der Schule im Schulbus von Taliban-Extremisten angegriffen und durch Gewehrkugeln in Kopf und Hals lebensgefährlich verletzt. Einem Bekennerschreiben der Organisation Tehrik-i-Taliban Pakistan zufolge war der Grund für den Anschlag, dass sich Malala Yousufzai seit Jahren für das Recht von Mädchen und jungen Frauen auf Schule und Bildung einsetzt. Ein Sprecher der militanten islamistischen Gruppe sagte dem britischen Sender BBC, man werde Yousufzai nicht verschonen, falls sie überleben sollte. Das Mädchen sollte getötet werden, weil sie Säkularismus propagiere.

Gegen Ende des Jahres 2008 hatte sie – damals elf Jahre alt – auf einer Website der BBC in Form eines Blog-Tagebuches über Gewalttaten der terroristischen pakistanischen Taliban im Swat-Tal berichtet. Die Islamisten hatten dort seit 2007 die Macht übernommen und gemäß ihrer religiösen Auffassungen Mädchen von der Schulbildung ausgeschlossen. Im Jahr 2011 wurde Malala Yousufzai für ihr Engagement mit dem pakistanischen Menschenrechtspreis ausgezeichnet. Vom amerikanischen Nachrichtenmagazin Time wurde sie nach Barack Obama zur zweitwichtigsten Person des Jahres 2012 gekürt.

Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), ein Zusammenschluss von 47 islamischen Staaten, verurteilte den Anschlag auf die Kinderrechtsaktivistin. Dieser kriminelle Akt müsse vor Gericht gebracht werden und dürfe nicht straflos bleiben.

In Pakistan selbst hatte das Verbrechen große Empörung ausgelöst. Pakistans Ministerpräsident Raja Pervez Ashraf besuchte das schwer verletzte Mädchen im Krankenhaus und rief die Bevölkerung zum Gebet auf. In vielen Moscheen wurde für das Mädchen gebetet, landesweit legten die Schulen Gedenkminuten ein. Pakistans Außenministerin Hina Rabbani Khar bezeichnete den Mordversuch an dem Mädchen als „Weckruf“ für die Nation.

Diskriminierung der Minderheiten in der Gesellschaft

Religiöse Minderheiten werden in Pakistan systematisch diskriminiert. Das zeigte sich auch nach den schweren Überschwemmungen im September 2011. Unter den Opfern im Sindh (mehr als 5 Millionen Menschen in 22 Bezirken) wurden christliche und hinduistische Dalit-Familien, die als Unberührbare gelten, aus den von der Regierung organisierten Flüchtlingslagern verbannt und erhielten keine humanitären Hilfen, wie von der lokalen Kirche berichtet wurde.

Auf kultureller Ebene wollen die radikalislamischen Gruppen den christlichen Einfluss in der pakistanischen Gesellschaft reduzieren oder überhaupt beseitigen. Jamiat Ulema-e-Islam, eine islamistische politische Partei, hat beim Obersten Gerichtshof von Pakistan eine Beschwerde eingereicht und eine Kampagne gegen die Bibel gestartet, die als „pornographisches und gotteslästerliches Buch“ bezeichnet wird. Erst durch das direkte Eingreifen des Bundesministers für religiöse Harmonie konnte ein weiterer Versuch dieser Art gestoppt werden: Die Worte „Jesus Christus“ sollten auf die Liste der in SMS-Kurzmitteilungen verbotenen Worte gesetzt werden, wie es die pakistanische Behörde für Telekommunikation anfänglich geplant hatte.

In der Stadt Okara im Punjab weigerte sich eine Druckerei, Andachtsbilder zu drucken, auf denen das Antlitz Jesu und das Heilige Kreuz dargestellt waren.

Zwangsbekehrungen

Zu den gravierenden Verletzungen der Religionsfreiheit in Pakistan zählen auch die Zwangsbekehrungen. Mindestens eintausend Mädchen und Frauen sind jedes Jahr davon betroffen, vor allem Christen, aber auch Hindus. Die Situation hat sich derart verschlechtert, dass die Regierung gezwungen war, das Problem näher zu untersuchen.

In einem Fall wurde Anna, ein 12-jähriges christliches Mädchen, in Lahore von einer Gruppe militanter Islamisten entführt und acht Monate lang festgehalten und vergewaltigt. Danach wurde sie gezwungen, zum Islam zu konvertieren und einen muslimischen Mann zu heiraten. Diejenigen, die Anna entführten und vergewaltigten, wurden gegen Kaution freigelassen. Sie ge-

hören zur radikalislamischen Gruppe Lashkar-e-Tayyaba (die wegen Terrorismus verboten wurde).

Ein weiterer Fall betraf Farah Hatim, eine junge Christin, die entführt und zum Glaubenswechsel gezwungen wurde und einen muslimischen Mann in der Stadt Rahim Yar Khan heiraten musste. Eine Gruppe von christlichen Organisationen hat den UN-Menschenrechtsrat zum Eingreifen aufgefordert.

Sehar Naz, eine 24-jährige Frau aus Faisalabad (Punjab), wurde von Major Arif Atif Rana, einem Funktionär des pakistanischen Geheimdienstes Inter Services Intelligence (ISI), vier Tage lang festgehalten und mehrmals vergewaltigt.

Im Mai 2011 wurden im Bezirk Jhang, nahe Faisalabad, zwei junge Mädchen, Rebecca Masih und Saima Masih, von einer Gruppe von Muslimen entführt und gezwungen, zum Islam überzutreten.

Sidra Bibi, eine 14-jährige Christin aus dem Bezirk Sheikhpura, wurde körperlich und psychologisch misshandelt und vergewaltigt und als Folge davon schwanger. Sie konnte vor ihrem Peiniger fliehen und kehrte völlig erschöpft zu ihrer Familie zurück. Die Polizei weigerte sich jedoch, ihre Anzeige aufzunehmen.

Zwei weitere christliche Mädchen, Uzma Bibi (15) aus Gulberg, und Saira Bibi (20), aus Lahore, wurden von muslimischen Nachbarn gewaltsam entführt und zur Konversion und Heirat nach islamischem Ritus gezwungen.

Im Jahr 2010 hatten zwei andere Fälle Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gefunden: Kiran Nayyaz, ein 13-jähriges katholisches Mädchen aus Faisalabad, das nach sexuellen Vergewaltigungen schwanger wurde. Und der Fall von Shazia Bashir, einer 12-jährigen Christin, die im Januar 2010 vergewaltigt und getötet wurde.

Ein im März 2012 von der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der Bischofskonferenz veröffentlichter Bericht stellt fest, dass insbesondere Frauen, die einer religiösen Minderheit angehören, oft unter großen Problemen leiden: sie werden „doppelt diskriminiert und ins Abseits gedrängt“, vergewal-

tigt und gequält und oft zum Religionswechsel gezwungen. Der Bericht mit dem Titel „Life on the Margins“ (Leben am Rande) stützt sich auf Interviews mit mehr als eintausend hinduistischen und christlichen Frauen, die in 8 Bezirken in Punjab und 18 Bezirken in Sindh durchgeführt wurden, wo 95 Prozent der religiösen Minderheiten Pakistans leben. Die Untersuchungsergebnisse machten es „dringend erforderlich, dass Gesetze eingeführt werden, die sich mit dem religiösen Bereich und der Gleichheit zwischen den Geschlechtern befassen“.

Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)
Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen - PIME)
Christian Solidarity Worldwide
Human Rights Watch
Human Rights Commission of Pakistan
Jinnah Institute
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
National Commission for Justice and Peace
Pakistan Observer
Radio Vatikan, Newsletter
The Express Tribune
Union of Catholic Asian News (UCAN)
U.S. Department of State: Annual Report on International Religious Freedom, 2010 + 2011
ZENIT (Nachrichtenagentur)



Saudi-Arabien

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
27,1 Millionen	Muslime	93%
	Christen	4,9%
	sonstige	2,1%

Stark eingeschränkte Religionsfreiheit

Saudi-Arabien, das Königreich der Wahhabiten, wird aufgrund der ständigen Verletzungen der Religionsfreiheit aus rechtlicher Sicht und aufgrund der Fakten von allen internationalen Beobachtern immer noch als „besonders besorgniserregendes Land“ (CPC – Country of Particular Concern) eingestuft.

Auch Saudi-Arabien wurde durch die Volksaufstände bedroht, die 2011 einen Großteil der arabischen Welt erschütterten. Aufrufe wurden on-line verbreitet, um Proteste zu organisieren, während Intellektuelle und Menschenrechtsaktivisten König Abdullah zu sozialen und verfassungsrechtlichen Änderungen aufforderten. Die saudische Königsfamilie ergriff gegen diese Bedrohung zweifache strategische Maßnahmen. Auf der einen Seite wurden die bedeutendsten religiösen Führer der Wahhabiten mobilisiert, sich von den Protesten zu distanzieren, die als „gegen den Islam“ beschrieben wurden. Die religiösen Führer der Wahhabiten warnten in ihren Predigten in den Moscheen davor, dass der Zorn Gottes jene Gläubigen heimsuchen werde, die an den nach den Mittagsgebeten vorgesehenen friedlichen Protesten teilnehmen würden. An zweiter Stelle warnten die offiziellen religiösen Behörden vor einer von den Schiiten in den östlichen Provinzen geführten iranischen Verschwörung, deren Ziel es sei, fitna (Chaos) zu verursachen und Saudi-Arabien zu teilen. Sie bedienten sich dabei des gesamten wahhabitischen Repertoires an Gemeinplätzen gegen Schiiten, welche seit jeher als Ketzer verschrien sind und in letzter Zeit als fünfte Kraft des Iran dargestellt werden. Neben dieser auf der Konfession basierenden Strategie verwendeten die Behörden die Methode von „Belohnung und Strafe“, drohten mit Gewaltanwendung gegen diejenigen, die das Gesetz verletzten, und verteilten erhebliche finanzielle Hilfen an die saudische Bevölkerung.

Am 6. März 2011 verfügte der Oberste Rat der saudi-arabischen Ulema (Religionsgelehrten), dass der Aufruf zu Protesten und Anträgen auf eine Reform

des Königreiches nach dem Beispiel der arabischen Revolutionen eine „anti-islamische“ Aktion sei. Der Rat, dessen Vorsitz der Großmufti führte, gab eine Erklärung ab, in der wiederholt wurde, dass „Demonstrationen in diesem Land verboten sind und die einzige Handlung für das Gemeinwohl das Anbieten von Ratschlägen ist“.

Der Innenminister selbst verkündete im staatlichen Fernsehen, dass alle Demonstrationen in Saudi-Arabien verboten seien, und fügte hinzu, dass die Sicherheitskräfte alle verfügbaren Mittel einsetzen würden, um jedem Versuch, die öffentliche Ordnung zu gefährden, entgegenzuwirken. Der Minister erklärte, dass „die Vorschriften des Reiches jede Art von Demonstration, Aufmärschen oder Sit-ins verbieten, da diese der Scharia und den Werten sowie Traditionen der saudi-arabischen Bevölkerung widersprechen“. Beiden Erklärungen folgte eine Reihe von Protesten, die in den vorwiegend von Schiiten bewohnten Regionen, vor allem im Osten des Landes, ausbrachen, sowie Aufrufe, dem Beispiel der Revolutionen in Tunesien und Ägypten zu folgen, die on-line oder an soziale Netzwerke gesandt wurden.

Lage der Christen

In den letzten Jahren haben saudische Funktionäre immer öfter erklärt, dass Nichtmuslime im privaten Rahmen Gottesdienste feiern dürfen. Die genaue Bedeutung von „privat“ bleibt dabei vage. Die saudi-arabische Regierung erklärte, solange Treffen von Nichtmuslimen in kleinen Gruppen und in Privaträumen abgehalten würden, würden die Sicherheitskräfte nicht einschreiten. Diese offizielle Haltung wird aber häufiger verletzt, denn es gibt immer wieder Fälle, in denen die Religionspolizei bei solchen Gebetstreffen einschreitet.

Ein anderer Grund zur Besorgnis, der in diesem Zeitraum unter Christen und anderen nichtmuslimischen Einwohnern des Königreichs hervorgetreten ist, ist die Tatsache, dass es zuweilen Wochen dauert, um die Genehmigung zur Repatriierung der Leichname ausländischer Arbeitnehmer zu erhalten. Nichtmuslime dürfen nicht in Saudi-Arabien begraben werden. Dieses Problem wurde während eines Besuches einer amerikanischen Delegation in Saudi-Arabien aufgeworfen.

Im Laufe des in diesem Bericht untersuchten Zeitraums wurde von verschiedenen Christen berichtet, die verhaftet wurden. In einigen Fällen ist die Nachricht ihrer Verhaftung im Herkunftsland nicht veröffentlicht worden, um einen positiven Ausgang der Verhandlungen für deren Freilassung zwischen der Regierung und den Behörden ihres Herkunftslandes zu garantieren.

Im Januar 2011 wurden zwei indische Christen, Yohan Nese (31) und Vasantha Sekhar Vara (28), während eines Überfalls der Religionspolizei auf ein Privathaus in Batha (Provinz Riad) verhaftet, wo ein Gebetstreffen stattfand. Die zwei Inder wurden später zu 34 Tagen Haft verurteilt. Während der Haft wurden die beiden Mitglieder der Pfingstbewegung Rejoice in the Church of the Lord misshandelt. Polizeibeamte drängten sie, sich zum Islam zu bekehren. Die Gefängniszelle war so klein, dass einer stehen musste, damit der andere sich zum Schlafen niederlegen konnte. Als von der Verhaftung berichtet wurde, erklärte der indische Botschafter, dass er nicht eingreifen könne, da die Verhaftung aus religiösen Gründen erfolgt sei. Die beiden Arbeiter wurden unerwartet am 12. Juli 2011 freigelassen und am 24. Juli nach Indien abgeschoben.

Am 12. Februar 2011 wurde ein eritreischer Christ, Mussie Eyob, verhaftet, weil er mit einer Gruppe von Muslimen in einer Moschee in Jeddah über das Christentum sprach, ein „Verbrechen“, das in Saudi-Arabien mit dem Tode bestraft wird. Eyob, dem zunächst eine Geisteskrankheit diagnostiziert wurde, wurde von Ärzten untersucht, die bestätigten, dass er einem Prozess und einer Verurteilung unterzogen werden könne. Er wurde dann in das berüchtigte Sicherheitsgefängnis in Briman überführt, im Juli nach fünf Monaten freigelassen und nach Eritrea abgeschoben.

Im Oktober 2011 wurde ein philippinischer Arbeiter infolge einer Anzeige seines Arbeitgebers wegen Gotteslästerung verhaftet und verurteilt, denn dieser erklärte, der Arbeitnehmer habe den Propheten des Islam beleidigt. Über diesen Fall wurden keine weiteren Nachrichten veröffentlicht.

Am 15. Dezember 2011 drangen saudische Polizisten in ein Haus ein, wo 35 äthiopische Christen, vorwiegend Frauen, zum Gebet versammelt waren. Viele von diesen berichteten, sie wären während des Verhörs misshandelt und missbraucht worden. Nach mehreren Monaten Haft wurden sie erst im August 2012 wieder freigelassen.

Im März 2012 rief ein islamisches Rechtsgutachten (Fatwa) des Großmuftis von Saudi-Arabien internationale Kritik hervor. Großmufti Scheich Abdul Aziz bin Abdullah hatte auf eine Anfrage von kuwaitischen Abgeordneten erklärt, es sei verboten, weitere Kirchen auf der Arabischen Halbinsel, also auch in den Golfstaaten, zu bauen. Darüber hinaus forderte der Rechtsgelehrte mit seiner Fatwa dazu auf, sämtliche Kirchen auf der Arabischen Halbinsel zu zerstören. Der hochrangige Rechtsgelehrte begründete diese Weisung, die nicht im Koran zu finden ist, mit einem Ausspruch Mohammeds (Hadith). Die Österreichische Bischofskonferenz hat diese Fatwa scharf kritisiert. Kardinal Christoph Schönborn, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, sagte vor Journalisten: „Diese Fatwa ist für uns Bischöfe völlig inakzeptabel und auch nicht nachvollziehbar. Wir verlangen eine offizielle Erklärung und eine eindeutige Bejahung von Kirchen und Christen in dieser Region.“ Weiter betonte er: „So wie die katholische Kirche in Österreich und überall auf der Welt für die Religionsfreiheit eintritt, erwartet sie umgekehrt, dass auch auf der Arabischen Halbinsel das Recht auf Religionsfreiheit beachtet und respektiert wird. Wir Bischöfe erwarten von den religiösen und politischen Führungskräften der muslimischen Welt eine klare Zurückweisung der Fatwa des saudischen Großmuftis.“ Auch der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, brachte „Besorgnis und großes Befremden“ zum Ausdruck. Der Großmufti lasse „jeden Respekt für die Religionsfreiheit und das friedliche Zusammenleben der Religionen vermissen“. Auch Zollitsch forderte die hochrangigen politischen und religiösen Führer in der muslimischen Welt auf, den Erlass des saudi-arabischen Großmuftis eindeutig zurückzuweisen. Für die katholische Kirche in Deutschland gelte weiterhin: „Wir treten mit Entschiedenheit für die Religionsfreiheit aller Menschen in unserem Land ein. Und mit nicht geringerem Nachdruck fordern wir die gleichen Rechte für Christen in jenen Ländern, in denen die Muslime die Mehrheit stellen.“

Zum Beginn des Fastenmonats Ramadan veröffentlichte das saudi-arabische Innenministerium im Juli 2012 in der Hauptstadt Riad eine Vorschrift, in der Nichtmuslime aufgefordert werden, während des Fastenmonats tagsüber nicht in der Öffentlichkeit zu trinken, zu essen oder zu rauchen. Die nichtmuslimische Bevölkerung solle „Respekt für die Gefühle der Muslime und ihre religiösen Riten zeigen“. Personen, die sich nicht daran hielten, riskierten die berufliche Kündigung und Ausweisung aus dem Staat.

Schiiten: Bürger zweiter Klasse

Schiiten werden in Saudi-Arabien als Bürger zweiter Klasse behandelt, obwohl sie zwischen 10 und 15 Prozent der saudischen Bevölkerung ausmachen. In der Regierung gibt es keine schiitischen Minister, und nur fünf der 150 Mitglieder der Schura (Konsultativrat) gehören dieser Glaubensgemeinschaft an. Nur sehr wenige Schiiten bekleiden wichtige Ämter in den staatlichen Institutionen, vor allem den Sicherheitsdiensten. Obwohl in jüngsten Jahren ein geringer Fortschritt verzeichnet wurde (wie die Erlaubnis, in der Stadt Qatif das für Schiiten bedeutsame Ashura-Fest zu feiern), bleibt das Feiern schiitischer Feste in anderen Gebieten wie Ahsa' und Dammam verboten. Die Frage der schiitischen Erziehung von Kindern (keine Alternative zu den Lehren des sunnitischen Glaubens) hat bislang keine Lösung gefunden; dasselbe gilt für die Wiedereröffnung einiger von der Regierung geschlossener schiitischer Moscheen (Hussainia). Da viele saudische Richter die Schiiten als Ungläubige betrachten, werden diese in Gerichtsverfahren oft strenger behandelt.

Infolge der Protestbewegungen, die die arabische Welt erschütterten, demonstrierten im März 2011 Hunderte von Schiiten in verschiedenen Städten der östlichen Region (Safwa, Qatif, al-Ahsa'), um die Freilassung von schiitischen religiösen und politischen Häftlingen zu verlangen. Dutzende Demonstranten wurden von den Behörden verhaftet.

Maßnahmen gegen Zauberei und Hexerei

Im März 2012 beschloss Saudi-Arabien, die Bekämpfung der Hexerei zu verstärken, die im Königreich mit dem Tod bestraft wird. Die Kommission für die Förderung der Tugendhaftigkeit und die Vorbeugung der Laster, nämlich die mächtige Religionspolizei, berichtete, dass sie eine „operative Einheit“ geschaffen habe, die mit der Bekämpfung der Medizinmänner betraut sei, die als „erste Urheber der religiösen und sozialen Instabilität im Land“ beschrieben werden. In einer Mitteilung der Kommission wurde erklärt, dass „dieser Einheit befohlen wurde, Medizinmänner und Scharlatane sofort zu verhaften und den Behörden zu übergeben, damit sie der Strafe Gottes ausgesetzt werden und ihnen die Muslime schädigenden Handlungen ein Ende gesetzt wird“. In Saudi-Arabien wurden in den letzten Jahren zahlreiche der Hexerei beschuldigte Personen hingerichtet.

Positive Entwicklungen

Während des in diesem Bericht untersuchten Zeitraums hat die saudische Regierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die strittige Frage der Fatwas zu behandeln. Im September 2010 wurden viele Webseiten, die intolerante Fatwas enthielten oder zum religiösen Hass anspornten, aufgrund eines von König Abdullah erlassenen Dekrets gesperrt. Das Dekret wurde erlassen, um die Verlegenheit der saudischen Behörden angesichts von Meinungen zu vermeiden, die von ultrakonservativen religiösen Führern ausgesprochen werden - beispielsweise die vom sunnitischen Würdenträger Scheich Abdul-Rahman al-Barrak ausgedrückte Ansicht, dass es rechtmäßig sei, all jene, die die Promiskuität der Geschlechter am Arbeitsplatz und in Bildungseinrichtungen förderten, zu töten. Dieses Dekret schränkt das Recht, Fatwas zu erlassen, auf die Mitglieder des von der Regierung gebilligten Rates der Großulema ein.

Darüber hinaus hat der Rat der Ulema im Mai 2010 eine Fatwa verbreitet, in der die Finanzierung des Terrorismus verurteilt wird. Scheich Abdul-Aziz al-Fouzan schloss sich im Januar 2011 der Meinung anderer Ulema an und forderte die Regierung auf, dem Brauch der Gebete gegen Nichtmuslime ein Ende zu setzen. Fouzan, ein Mitglied der Saudischen Menschenrechtskommission, erklärte, dass solche Gebete dem Geist des Islam widersprechen.

Funktionäre des saudi-arabischen Ministeriums für islamische Angelegenheiten erklärten 2011, dass mindestens 3500 Imame entlassen wurden, weil sie extremistische Ansichten vertraten, und mehr als 40000 (von insgesamt 75000 Imamen) Bildungskurse besuchen mussten. Das Ministerium schätzt, dass etwa siebenzig Prozent der Imame ihre fanatischen Einstellungen aufgegeben haben und den verlangten Qualifikationen entsprechen, wobei weiterhin Bemühungen unternommen werden, um die restlichen dreißig Prozent der Imame umzuschulen. Die Verantwortlichen haben auch festgehalten, dass Mitglieder der Religionspolizei entlassen worden seien; es seien disziplinäre Maßnahmen ergriffen worden und einige Personen seien des Machtmissbrauchs bezichtigt oder beschuldigt worden, dass sie den Tod oder die Verletzungen saudischer Bürger verursacht hätten.

Offen bleibt aber noch die Frage der Schulbücher, da einige Bücher trotz einer Überarbeitung immer noch Passagen enthalten, die Hass gegen Mitglieder an-

derer Religionen oder andere Formen des Islams schüren. Im November 2010 berichteten britische Medien von besorgniserregenden Büchern, die in etwa vierzig saudischen Schulen in Großbritannien und Irland verwendet werden.

Im Januar 2012 entließ König Abdullah den Leiter der Religionspolizei, Abdul-Aziz Humayen, und ernannte an seiner Stelle Abdul-Latif bin Abdul-Aziz Al Sheik, ein Mitglied der Al Sheikh-Familie, die das Establishment der Wahhabiten leitet. Keine spezifischen Gründe wurden zu dieser Änderung an der Spitze der Kommission für die Förderung der Tugend und die Vorbeugung der Laster (die offizielle Bezeichnung der Religionspolizei) angegeben. Auch der Vorgänger von Al Sheikh wurde 2009 ernannt, um die Religionspolizei zu reformieren. Er nahm Berater auf, traf sich mit Menschenrechtsgruppen und Image-Experten, um den Ruf der Polizei nach Ereignissen zu verbessern, die die saudische öffentliche Meinung empört hatten. Funktionäre der Religionspolizei überwachen die Anwendung der Gesetze, die die zivilen, religiösen und sexuellen Sitten im Land regeln; sie kontrollieren Geschäfte, um zu gewährleisten, dass diese während der Gebete geschlossen sind, sie halten nicht verheiratete Paare und Frauen auf, die nicht von Kopf bis Fuß verschleiert sind, und sorgen dafür, dass Frauen keine Autos lenken und so weiter.

Am 26. November 2012 wurde in Wien das internationale König-Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog (King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue - KAICIID) eröffnet. Es ist gedacht als weltweit aktives Dialogforum für die Weltreligionen. Die Einrichtung basiert auf einem völkerrechtlichen Abkommen zwischen Spanien, Österreich und Saudi-Arabien und wird von Saudi-Arabien finanziert. Geleitet wird das Dialogzentrum von einem neunköpfigen Aufsichtsrat, mit Vertretern der fünf Weltreligionen Christentum, Islam, Judentum, Buddhismus und Hinduismus. Auch der Heilige Stuhl ist an diesem Dialogprojekt beteiligt: er ist im Aufsichtsrat vertreten durch den Sekretär des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, Miguel Angel Ayuso Guixot. Der Comboni-Pater und Islamwissenschaftler hat in dem Gremium Beobachterstatus. Zu der feierlichen Eröffnung in der Wiener Hofburg waren zahlreiche hochrangige Gäste erschienen, unter ihnen UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, der Präsident des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, Kardinal Jean-Luis Tauran, und der Ökumenische Patriarch von Konstanti-

nopel, Bartholomaios. Vatikansprecher Federico Lombardi erklärte vor der Eröffnung, das König-Abdullah-Zentrum sei eine unabhängige, internationale Institution und ein Ort des Dialogs. Es sei gut, dass der Vatikan dort vertreten sei. Der Vatikan werde sich in dem Zentrum für die „fundamentalen Rechte“ der christlichen Minderheiten in islamischen Ländern einsetzen. Ziel sei eine Förderung der „Religionsfreiheit in ihren verschiedenen Ausdrucksformen“. Das Zentrum biete dafür einen „geeigneten Raum“.

Quellen

Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen - PIME)

Katholische Nachrichtenagentur (KNA)

Radio Vatikan, Newsletter

Union of Catholic Asian News (UCAN)

U.S. Department of State: Annual Report on International Religious Freedom, 2010 + 2011

ZENIT (Nachrichtenagentur)



Syrien

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
20,9 Millionen	Muslime	93%
	Christen	5%
	Religionslose	2%

Blutiger Bürgerkrieg in Syrien

Im März 2011 erreichte der „Arabische Frühling“ auch Syrien. In der Stadt Dar’a gingen Menschen auf die Straße, um gegen die verbreitete Korruption im Staat zu protestieren. Forderungen wurden laut nach einem Sturz des Regimes von Staatspräsident Baschar al-Assad, das von der säkularen und sozialistischen Ideologie der Baath-Partei inspiriert ist und dessen Machtelite sich vornehmlich aus Mitgliedern der religiösen Minderheit der Alawiten zusammensetzt. Die Glaubensgemeinschaft der Alawiten, die in Syrien über einen Bevölkerungsanteil von etwa zehn Prozent verfügt, ist eine Abspaltung aus dem schiitischen Islam. Diese religiöse Minderheit herrscht über die sunnitische Mehrheit. Um seine Macht zu verteidigen, ging das Regime mit großer Härte gegen die Demonstrationen vor. Polizei und Armee wurden zur Niederschlagung der Proteste eingesetzt und auf die Demonstranten wurde scharf geschossen. Oppositionelle wurden verhaftet, misshandelt und gefoltert.

In der zweiten Jahreshälfte 2011 begannen die Regimegegner, sich zu bewaffnen und aktiv gegen die Streitkräfte der Regierung zu kämpfen. Damit eskalierte der Konflikt zu einem blutigen Bürgerkrieg, dessen Ende bei Abschluss dieses Berichtes noch nicht absehbar war. Die Auseinandersetzungen wurden dadurch verschärft, dass islamistische Kämpfer aus aller Welt nach Syrien kamen, um für die Errichtung eines islamischen Staates auf dem Fundament von Koran und Scharia zu kämpfen.

Der Blutzoll dieses Krieges ist bereits immens: nach Angaben der Vereinten Nationen kamen bis Ende 2012 etwa 60 000 Menschen ums Leben. Eine halbe Million Flüchtlinge war Ende 2012 in den Nachbarländern Syriens (Libanon, Jordanien, Irak, Türkei) und in Nordafrika beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen registriert. Und auch innerhalb Syriens sind Hunderttausende auf der Flucht, um sich vor der Gewalt in Sicherheit zu bringen.

Bislang große Freiheit in religiösen Dingen

Das bisherige Herrschaftssystem in Syrien war säkular geprägt, die Regierung hatte keine religiös-politische Agenda. Die politische Opposition allerdings wurde unterdrückt. Auch islamistische Bewegungen wurden unterdrückt. Politische Freiheit und Meinungsfreiheit gab es kaum. Mit strenger Hand sorgte der Staat für Recht und Ordnung.

In religiösen Dingen gewährte der Staat dagegen relativ große Freiheit. Vor allem religiöse Minderheiten hatten dort größere Freiheiten als in anderen arabischen Staaten. Das Zusammenleben von Christen und Muslimen gestaltete sich ganz überwiegend friedlich. Diskriminierungen im Alltag gab es kaum. Der Bau von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen war ohne große Einschränkungen möglich. Es gab kirchliche Schulen und kirchliche Jugendarbeit. Karitatives Wirken im sozialen Bereich war zwar dem Gesetz nach verboten, wurde aber teilweise vom Staat geduldet.

Gewalt gegen Christen

Im Verlauf des Bürgerkrieges mischten sich mehr und mehr militante Islamisten in das Geschehen ein. Unter ihnen gibt es auch Gruppen, die gezielt gegen Christen vorgehen, obwohl diese im Bürgerkrieg keine aktive Rolle spielen.

Im März 2012 meldete der Fides-Nachrichtendienst, Vertreter der syrisch-orthodoxen Kirche hätten eine „ethnische Säuberung unter den Christen“ in der Stadt Homs im Westen Syriens beklagt. Homs ist mit knapp einer Million Einwohnern die drittgrößte Stadt in Syrien. Islamistische Kämpfer der Faruq-Brigaden, die mit Al Qaida in Verbindung stehen und von Saudi-Arabien und Qatar finanzielle Unterstützung erhalten sollen, hätten gezielt Christen aus ihren Häusern vertrieben und ihr Eigentum „konfisziert“. Die Stadtviertel Hamidiya und Bustan el-Diwan seien bereits „christenrein“, die Stadt Homs insgesamt zu über 90 Prozent von seiner christlichen Bevölkerung „befreit“.

Bei einem Besuch bei KIRCHE IN NOT in München im Mai 2012 bestätigten die syrisch-orthodoxen Erzbischöfe Eustathius Matta Roham von Jezira und Euphrat sowie Silvanus Petros Al-nemeh von Homs und Hama diese In-

formationen und gaben an, dass mehr als 50 000 Christen aus Homs geflohen seien. Bei den Kämpfen in Homs wurde auch die Marienkathedrale schwer beschädigt, eine Kirche, deren Anfänge bis in das erste Jahrhundert n. Chr. zurückreichen und in der als kostbare Reliquie der Gürtel der Gottesmutter Maria aufbewahrt wird.

Düstere Zukunft

Die Mehrzahl der Christen fürchtet einen Sturz des Baath-Regimes von Präsident Baschar al-Assad. Die Folge wäre vermutlich die Machtübernahme durch sunnitische islamistische Kräfte und eine Islamisierung von Gesellschaft und Politik, mit unabsehbaren Folgen für die Christen und andere religiöse Minderheiten.

Quellen

Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen - PIME)

Katholische Nachrichtenagentur (KNA)

Radio Vatikan, Newsletter



**Patriarch Ignatius Ephrem Joseph III.,
Oberhaupt der Syrisch-katholischen Kirche
von Antiochien mit Sitz in Beirut:
„Der EU ist das Schicksal der Christen im
Nahen Osten ziemlich egal“**

Seine Seligkeit Ignatius Ephrem Joseph III. ist Patriarch der mit Rom unierten Syrisch-katholischen Kirche im Vorderen Orient und einer von insgesamt sieben katholischen Patriarchen im Nahen Osten. Seit 1920 ist der Sitz des Patriarchats in Beirut im Libanon. Die Syrisch-katholische Kirche gehört zu den achtzehn von der libanesischen Verfassung anerkannten Glaubensgemeinschaften im Libanon. Im folgenden Interview, das Jürgen Liminski führte, äußert sich der Patriarch sehr kritisch zur Haltung der Regierungen des Westens im Syrienkonflikt.

Eminenz, man hört viel über die Lage der christlichen Flüchtlinge und über Spannungen im Libanon. Das ist die eine Seite. Die andere ist die politische Seite der christlichen Präsenz im Libanon und im Nahen Osten. Ist diese Präsenz gefährdet?

Patriarch Ignatius Ephrem Joseph III.: Die Situation der Christen im Libanon unterscheidet sich fundamental von der Lage der Christen in den anderen Ländern des Nahen Ostens. Die Verfassung kennt achtzehn offizielle Religionsgemeinschaften, elf davon sind christlich. Aber worauf es überall ankommt, das sind die Menschenrechte. Es mangelt nicht an Geld, es mangelt auch nicht an Berufungen. Wir werden bedrängt von jenen, die nur eine einzige Religion anerkennen wollen. Wir Christen verlangen keine Sonderrechte, wir wollen nur die gleichen Rechte wie alle anderen. Wir wollen Gewissensfreiheit, wir wollen Religionsfreiheit, wir wollen auch die Freiheit für diejenigen, die gar nichts glauben. Diese Gleichheit vor dem Recht und

Gesetz gibt es nicht. Das ist es, was unser Überleben in der gesamten Region ernsthaft gefährdet.

Solange es nur um Rechtsfragen geht, lasse es sich doch aushalten. Wir sieht das praktisch aus?

Nein. Die Rechtsfragen bestimmen das praktische Leben. Sie sind der Rahmen für die Würde der Menschen. Unsere jungen Leute wollen nicht darum betteln, in ihrem eigenen Land arbeiten und leben zu dürfen. Im Irak fragen sie mich: Was sollen wir tun? Wo sind wir noch sicher? Und das praktische Leben sieht so aus: Wenn ein junger Mann, ein Christ, sich in eine Muslima verliebt und sie ihn auch liebt, dann muss er Muslim werden, um sie zu heiraten. Wo ist da die Glaubensfreiheit? Ein anderes Beispiel: Wir haben jetzt eine Familie aus dem Iran hier, sie wollen getauft werden. Aber damit riskieren sie ihr Leben. Wo ist da die Religionsfreiheit? Der Islam toleriert den Glaubenswechsel nicht. Ähnliches gilt auch für die Türkei, dort kann man beobachten, wohin es führt, wenn die Freiheit nur in Buchstaben besteht. Die Güter der Christen wurden konfisziert, viele Kirchen zerstört. Aber die Christen waren noch vor den Muslimen in Kleinasien. Auch im Irak werden die Rechte offiziell anerkannt, aber niemand schützt sie, niemand macht etwas gegen die Verfolgung der Christen. Und jetzt Syrien. Auch dort ist unsere Präsenz bedroht.

Stehen Sie auf der Seite von Assad?

Wir stehen auf niemandes Seite. Ich wiederhole: Wir wollen nur die gleichen Rechte wie alle anderen. Wenn, dann stehen wir auf der Seite des syrischen Volkes. Aber wenn man sich heute nicht gegen Assad ausspricht, heißt es gleich, man stehe auf seiner Seite. Wissen Sie, wer alles auf der anderen Seite steht und ob diese Kräfte die zivilen Rechte, die Charta der UNO anerkennen werden?

Liegt die Europäische Union falsch mit ihrer Parteinahme für die Rebellen?

Erlauben Sie mir ein ehrliches Wort. Hier ist viel Heuchelei im Spiel. Vielen Regierungen geht es nur um wirtschaftliche Interessen. Das Schicksal der Christen in Nahost ist ihnen ziemlich egal. Sonst würden sie für die Gleich-

heit vor dem Recht, für die Einhaltung der Menschenrechte für alle eintreten, auch in Ländern, in denen der sogenannte Arabische Frühling nicht stattgefunden hat. Wir haben es schon vor mehr als einem Jahr gesagt, dass der Arabische Frühling Chaos und Bürgerkrieg bringen wird. Das ist keine Frage der Parteinahme für oder gegen Assad oder sonst einen Potentaten in der Region. Es ist eine Frage der gleichen Rechte für alle. Es ist eine Frage des Primats der Menschenrechte und nicht des Primats einer Religion. Integration und Zusammenleben kann es nur geben wenn dieser Primat geachtet wird. Ich habe es in Paris der Regierung gesagt und ich sage es auch Ihnen: Der fundamentale Islam will auf Dauer keinen Dialog auf gleicher Augenhöhe. Wenn die EU es ernst meinen würde mit ihren Menschenrechts-Prinzipien, dann würde sie offen für die Zukunft der jungen Generationen in dieser Region eintreten. Aber da ist, sagen wir es mal so, viel wirtschaftlicher Opportunismus am Werk.

Ist das im Nahen Osten anders?

Nein. Auch die Flüchtlinge, die jetzt kommen, sagen uns: Wir trauen nur noch der Kirche. Sie kommen vor allem aus den großen Städten, Aleppo, Homs, Damaskus. Dort sind sie gefährdet. Die meisten wollen weiter, nach Amerika, nach Griechenland, nach Australien oder Europa. Vor allem die Mittelklasse, die noch etwas Reserven hat. Sie suchen Länder, in denen sie vor dem Gesetz gleich sind.



Tansania

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
45,0 Millionen	Christen	53,2%
	Muslime	31,6%
	Animisten	13,4%
	sonstige	1,8%

Verfassung garantiert Religionsfreiheit

In Artikel 19 der Verfassung von 1997 werden die Religionsfreiheit sowie das Recht, zu einem anderen Glauben überzutreten, festgeschrieben und die Nicht-einmischung des Staates in religiöse Angelegenheiten zugesichert. Religiöse Organisationen sind verpflichtet, sich zu registrieren, wobei sie mindestens zehn Anhänger nachweisen und eine Satzung sowie ein Bewerbungsschreiben vom Distriktvorsteher hinterlegen müssen. In der Provinz mit Sonderstatut Sansibar ist ein Genehmigungsschreiben des Muftis erforderlich. Allen religiösen Organisationen ist es untersagt, sich politisch zu engagieren.

Schwindende Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten auf Sansibar

Nach dem Mord an einem katholischen Priester auf Sansibar am 17. Februar 2013 hat der Bischof von Sansibar, Augustine Ndeliakyama Shao, vor wachsender, religiös motivierter Gewalt auf der zu Tansania gehörenden teilautonomen Insel gewarnt. Im Gespräch mit KIRCHE IN NOT betonte der Bischof von Sansibar: „Die Ideologie, die einige wenige Islamisten auf Sansibar verbreiten, besagt, dass die islamische Mehrheit keine anderen Religionen dulden dürfe.“

Nach den Worten von Bischof Shao haben die Spannungen auf der ostafrikanischen Insel in den letzten Monaten Stück für Stück zugenommen. Priester und Bischöfe wurden bedroht. „Wir sind für diese Fundamentalisten ein Ziel geworden. Bereits Weihnachten war ein Priester angeschossen worden, jetzt wurde ein anderer meiner Priester erschossen. Ein Scheich, der zur Mäßigung aufgerufen hatte, wurde mit Säure attackiert und liegt nun im Krankenhaus“, so Bischof Shao.

Der getötete Priester Evarist Mushi wurde am 20. Februar 2013 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt. In allen Diözesen des Landes wur-

den Messen für den Verstorbenen gelesen und für den Frieden gebetet. Bischof Shao rief die Regierung Tansanias zu entschlossenem Handeln auf: „Die Regierung muss die Sicherheit der Bevölkerung garantieren, insbesondere die der Minderheiten. Zu lange hat sie geschwiegen und zugelassen, dass Propaganda und Hass gegen Andersgläubige verbreitet werden. Wir hoffen, dass die internationale Gemeinschaft die Regierungen von Sansibar und Tanga-njika drängt, die Gewalt zu stoppen.“

Von einer heiklen Entwicklung auf Sansibar, deren Bevölkerung mehrheitlich muslimischen Glaubens ist, spricht auch Pater Andrzej Halemba, Referent bei KIRCHE IN NOT. 2012 waren mehrere christliche Kirchen verschiedener Konfessionen in Brand gesteckt worden. Auslöser der Gewalt war offenbar die Festnahme von Mitgliedern einer extremistischen Vereinigung, die auf Sansibar einen islamischen Staat sowie die Scharia einführen will. Pater Halemba: „Die Entwicklung bereitet uns große Sorge. Hier sind offenkundig extreme Kräfte am Werk, die das Land gezielt destabilisieren wollen. Gerade deshalb fördert KIRCHE IN NOT aber auch den Dialog zwischen Christen und Muslimen. Die Bischöfe Tansanias wollen ein friedliches Miteinander sichern.“

Quellen

Compass Direct News
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
Radio Vatikan, Newsletter



Türkei

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
73,7 Millionen	Muslime	97,4%
	Religionslose	2%
	Christen	0,3%
	sonstige	0,3%

Rückgabe von konfisziertem Kirchenbesitz

Die türkischen Behörden haben ihrer Absicht, den Status eines Teils der religiösen Minderheiten zu verbessern, mehrfach Ausdruck verliehen – auch infolge des Drucks durch internationale Organisationen. So wurde die Türkei beispielsweise in der Resolution der Europarats-Kommission für Religionsfreiheit, die im März 2010 in Venedig verabschiedet wurde, aufgefordert, bisher noch nicht anerkannte religiöse Minderheiten, wie die römisch-katholische Kirche, rechtlich anzuerkennen und konsequent gegen jegliche Diskriminierung vorzugehen.

Am 27. August 2011 kündigte Premierminister Recep Tayyip Erdogan die Rückgabe von Eigentum religiöser Minderheiten an, das zur Zeit der Entstehung der modernen türkischen Republik (1923) und nach 1936 und nach 1960 konfisziert worden war. Diese Bekanntmachung wurde von einem Dekret bestätigt, das im Amtsblatt der türkischen Regierung veröffentlicht wurde, und richtete sich an die Vertreter von 161 religiösen Stiftungen, die von dem Problem betroffen sind. Die Stiftungen gehören den drei nichtislamischen Minderheiten, die im Vertrag von Lausanne (1923) anerkannt werden: das sind die Griechisch-Orthodoxe Minderheit (die dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel untersteht), die Armenisch-Apostolische Kirche und die Gemeinschaft der Juden. Im November 2011 entschied die Generaldirektion der Stiftungen (eine Regierungsstelle), diesen Stiftungen eine reguläre Rechtspersönlichkeit zuzuerkennen. Der Premierminister hat ihnen ein Jahr Zeit gegeben, um einen Antrag auf Rückgabe oder Entschädigung zu stellen, unabhängig davon, ob diese Besitztümer, bestehend aus Kirchen, Klöstern, Friedhöfen, Krankenhäusern, Schulen, Wohnhäusern, Brunnen oder Land, zu Staatseigentum geworden oder an Privatpersonen verkauft worden waren. Über eintausend dieser konfiszierten Besitztümer hatten der Griechisch-Orthodoxen Kirche (repräsentiert vom Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel) und etwa dreißig der Armenisch-Apostolischen Kirche gehört. Die

jüdische Gemeinschaft hofft ihrerseits, alle Friedhöfe zurückzuerhalten, die vor 1930 in ihrem Besitz waren.

Msgr. François Yakan, Patriarchalvikar der Chaldäisch-Katholischen Kirche mit Sitz in Istanbul, protestierte dagegen, dass die von ihm geleitete Kirche von den Vorteilen, die mit dem Dekret einhergehen, ausgenommen ist. Da die Chaldäisch-Katholische Kirche im Vertrag von Lausanne nicht erwähnt wird, ist sie in der Türkei nicht rechtlich anerkannt. Dennoch tat Msgr. Yakan seine Absicht kund, er wolle einen Antrag auf Rückgabe des gesamten vom Staat konfiszierten Besitzes seiner Kirche stellen. Dasselbe gilt auch für die Syrisch-Katholische Kirche, die im Vertrag von Lausanne ebenfalls nicht erwähnt wird und vorhat, die Rückgabe ihres Eigentums zu beantragen, darunter die Herz-Jesu-Kirche in Istanbul, das Kloster St. Ephräm und einigen Grundbesitz in Mardine.

Die Regierung hat entschieden, diverse Kirchen, Synagogen und Klöster in der Türkei zu restaurieren. Es ist ein „weiterer Schritt in die richtige Richtung“, erklärte die türkische Bischofskonferenz anlässlich der Veröffentlichung des Dekrets zur Rückgabe des Besitzes religiöser Minderheiten. Die Gebetsstätten, die nach Beschluss der Regierungsbehörden zurückgegeben werden sollen, sind unter anderem die armenisch-katholische Kirche in der Provinz Diyarbakir, die größte Synagoge in der Provinz Edirne, die griechische Kirche von Taksiyarhis auf der Insel Cunda, zahlreiche griechische Kirchen und Klöster auf der Insel Imbro, die syrisch-orthodoxe Kirche von Antiochien und die griechisch-katholische Kirche in Iskenderun. Weiterhin soll entsprechend einer Übereinkunft, die vom Bürgermeister von Bodrum (eines bekannten touristischen Zentrums im Südwesten der Türkei) und Mitgliedern der Ratsversammlung unterzeichnet wurde, die dortige griechisch-orthodoxe Kirche St. Nikolaus, die 1960 zerstört worden war, wieder aufgebaut werden.

Die von der Regierung vorgeschlagene Rückgabe berücksichtigt jedoch nicht die Besitztümer, die den Armeniern zur Zeit des Genozids von 1915 genommen worden waren. Aus diesem Grund richtete Aram I., Patriarch der Armenisch-Apostolischen Kirche – deren Hauptsitz früher in Zilizien in der Südtürkei lag, jedoch infolge der Massaker in den Libanon verlegt wurde – einen offenen Brief an Ministerpräsident Erdogan, in dem er hervorhob, dass des-

sen Entscheidung unangemessen sei. Unter anderem schrieb er: „In meiner Eigenschaft als geistliches und juristisches Oberhaupt des Armenisch-Apostolischen Patriarchats, das von seinem historischen Sitz vertrieben, entwurzelt und in den Libanon verlegt wurde, und als Vertreter der Kinder der armenischen Kirche, die aus der Türkei ausgestoßen und über die ganze Welt verstreut wurden, betrachte ich Ihr Dekret vom 27. August 2011 als parteiisch und ungerecht.“

Am 21. Februar 2012 wurde Patriarch Bartholomäus I. eingeladen, hinter verschlossenen Türen vor einer Parlamentskommission, die damit betraut worden war, den Entwurf einer neuen Verfassung vorzubereiten, seine Meinung hierzu kundzutun. Es war das erste Mal seit Bestehen der Republik, dass der türkische Staat eine solche Initiative in die Wege geleitet hatte. Der Patriarch reichte ein achtzehenseitiges Schriftstück ein, das die Forderungen aller nicht-muslimischen Gemeinschaften – insgesamt also von etwa einhunderttausend Menschen – zusammenfasst: nämlich der Mitglieder der Griechisch-Orthodoxen Kirche, der Armenischen, Chaldäischen, Syrischen und Lateinischen Kirche und der jüdischen Gemeinschaft. Unterstützt von mehreren Juristen, hatten sich die Vertreter all dieser Gemeinschaften an der Abfassung des Dokuments beteiligt. Am selben Tag wurde auch Kuryakos Ergün, Vorsitzender der syrisch-orthodoxen Stiftung Mor Gabriel, von der Parlamentskommission angehört.

Die Anliegen, die in dem an die Parlamentskommission übergebenen Dokument formuliert wurden, beinhalten auch den Wunsch nach Gleichbehandlung aller türkischen Bürger und nach einer gerechten Verteilung öffentlicher Mittel, die für religiöse und erzieherische Angebote und Dienstleistungen bereitgestellt werden. Das Schriftstück dringt auch auf eine Wiedereröffnung des Seminars der Armenier in Istanbul und des Griechisch-Orthodoxen Priesterseminars von Halki, die von den Behörden jeweils 1970 und 1971 geschlossen wurden, als die Hochschulausbildung zum Monopol des Staates wurde. Es ist gesetzlich festgelegt, dass der Griechische Patriarch – dem die Regierung den Titel „ökumenisch“ verweigert – türkischer Staatsbürger und in der Türkei geboren und ausgebildet sein muss, was für das Finden eines Nachfolgers ein gravierendes Problem darstellt. Eine Verbesserung der Lage trat jedoch ein, als im Oktober 2010 für Metropolen, die im Ausland ansässig sind, die Möglichkeit geschaffen wurde, die türkische Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Am Ende der Anhörung sagte Bartholomäus I.: „Wir wollen, dass dies die Verfassung aller wird. Wir wollen keine Bürger zweiter Klasse sein. Wir wollen keine Ungleichbehandlung, sondern Gleichheit. Wir wollen, dass theologische Schulen wiedereröffnet werden, wir wollen Gewissens- und Religionsfreiheit. In der Vergangenheit habe ich zwar viele Minister und sogar den Ministerpräsidenten besucht und wurde stets mit guten Absichten empfangen, doch wurden Versprechen nicht immer gehalten.“

Im April 2012 wurden Vertreter der katholischen Kirche von der parlamentarischen Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung angehört. Dabei forderten sie die Rückgabe staatlich beschlagnahmten Eigentums und die rechtliche Anerkennung der katholischen Kirche in der Türkei.

Der Staat hat mehrere spezielle Genehmigungen zugunsten der Kirchen erteilt: Im September 2010 wurde der Armenisch-Apostolischen Kirche die Erlaubnis erteilt, eine Messe in der Kirche zum Heiligen Kreuz auf der Insel Akdamar (Vansee, Osttürkei) zu feiern. Die Behörden untersagten jedoch das Errichten eines Kreuzes auf der Kuppel dieses Heiligtums, das 1915 zur Zeit des Genozids geschlossen und 2007 restauriert und in ein Museum verwandelt worden war. Im Juni und Juli 2011 erhielten die Syrer (vom Vertrag von Lausanne nicht anerkannt) die Erlaubnis, in zwei ihrer Kirchen, die seit den Tagen des Genozids geschlossen waren, wieder Gottesdienste zu feiern: eine in Alexandrette (türkisch Iskanderun), der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, und die andere in Adiyaman, ebenfalls eine Provinzhauptstadt und Sitz des syrisch-orthodoxen Metropoliten. Dies war das erste Mal seit der Zeit des Osmanischen Reichs, dass die syrischen Christen ihre Kirchen wieder öffnen konnten. Diese wurden sofort wieder geweiht.

Anhaltender Rechtsstreit um das Kloster Mor Gabriel

Der Rechtsstreit zwischen der Syrisch-Orthodoxen Kirche und dem türkischen Staat über Grundstücke, die bislang dem Kloster Mor Gabriel gehörten, setzt sich fort. Das Kloster im Gebirge Tur Abdin (übersetzt: Berg der Knechte (Gottes)) ist eins der ältesten Klöster der Welt, seine Anfänge gehen zurück bis in das vierte Jahrhundert nach Christus. Es ist das geistige Zentrum der syrisch-orthodoxen Christen in dieser Region, die früher vollständig christlich war, wo die Zahl der Christen aber drastisch abgenommen hat: von etwa

250 000 im Jahr 1923 auf jetzt noch etwa 2500. Unter dem Vorwand, das Kataster zu aktualisieren, hatte der türkische Staat im Jahr 2008 versucht, 250 Hektar Land, das dem Kloster gehörte und innerhalb seiner Umwallung lag, zurückzugewinnen. Zu diesem Zweck wurde das Land als „Waldgebiet“ neu eingestuft und als öffentliches Gebiet eingetragen. Die Einwohner in der Umgebung, die muslimische Viehzüchter sind, erhoben ihrerseits Anspruch auf Parzellen, wo sie ihr Vieh weiden lassen können.

Die Stiftung Mor Gabriel, die zur Verteidigung der Rechte dieser Kirche gegründet wurde, strengte einen Prozess gegen diese Maßnahme an. Mit Beschluss vom 24. Juni 2009 entschied das Gericht von Midyat, das mit dieser Angelegenheit betraut war, dass die Enteignung von 28 Hektar Land durch die Forstabteilung rechtmäßig sei. Anfang Februar 2011 wurden durch einen Gerichtsbeschluss des Kassationsgerichtshofes in Ankara weitere große Teile des Klosterbesitzes an den Staat übertragen. Die Syrisch-Orthodoxe Kirche legte gegen diesen Gerichtsbeschluss Berufung ein. Diese wurde aber im Juli 2012 abgewiesen. Nach Einschätzung westlicher Beobachter ist dieses neue Urteil zumindest zweifelhaft, da wichtige Unterlagen wie zum Beispiel Steuerbelege vom Berufungsgericht in Ankara nicht berücksichtigt wurden, da sie angeblich verlorengegangen seien. Als letzte Möglichkeit erwägt die Syrisch-Orthodoxe Kirche nun einen Gang vor das Verfassungsgericht oder vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg.

Im Juni 2012 hatte sich auch der Deutsche Bundestag mit dem Thema beschäftigt. Verschiedene Parteien forderten von der Türkei die Achtung der Religionsfreiheit und den Erhalt des Klosters Mor Gabriel. Der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, Tom Koenigs (Grüne), machte darauf aufmerksam, dass der Rechtsstreit um das Kloster Mor Gabriel nur der bekannteste von vielen sei. Es würden auch „zahlreiche andere Klöster und aramäische Ortschaften mit ähnlichen Enteignungsverfahren überzogen“, so Koenigs. Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) forderte von den türkischen Behörden, „alles zu unterlassen, was diesen einzigartigen Ort der Christenheit gefährden kann“.

Auch mehrere hundert namhafte türkische Intellektuelle und Künstler unterstützten mit einer Unterschriftenaktion im Internet das Kloster Mor Gabriel. Unter der Überschrift „Die Türkei ist das Vaterland der Syrisch-Orthodoxen

und das Kloster Mor Gabriel ist kein Besatzer“ kritisierten die Unterstützer den Richterspruch aus Ankara als Signal der Ausgrenzung der Christen. Das Kloster habe stets ordnungsgemäß die fälligen Steuern für den Landbesitz bezahlt. Durch das Urteil des Berufungsgerichtes vom Juli 2012 werde das Kloster aber gleichsam wie ein Besatzer behandelt.

Umwandlung von ehemaligen Kirchen in Moscheen

Im November 2011 wurde die Kirche Hagia Sophia in Nizaa (türkisch Iznik) – wo 325 und 787 n. Chr. zwei ökumenische Konzilien stattfanden und die 1331 in eine Moschee und 2007 in ein Museum umgewandelt worden war – wieder in eine Moschee zurückverwandelt.

Ähnliche Pläne wurden vom konservativen Flügel der Regierungspartei AKP auch für die Hagia-Sophia-Kirche in Trabzon am Schwarzen Meer vorgebracht. Bei einem Besuch in Trabzon im August 2012 sprach sich der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. strikt gegen eine Umwandlung dieser ehemaligen Kirche in eine Moschee aus. „Wenn die Hagia Sophia zur Moschee gemacht wird, würde sie nur unseren muslimischen Brüdern zur Verfügung stehen. Wenn sie aber ein Museum bleibt, steht sie der ganzen internationalen Gemeinschaft offen - mit großem Nutzen für die Bewohner von Trabzon.“

Auch für die berühmte Hagia Sophia in Istanbul werden zunehmend entsprechende Wünsche geäußert. Im Mai 2012 versammelte sich eine Gruppe von rund achtzig Muslimen zum Morgengebet vor den Toren des 1500 Jahre alten Gotteshauses und forderte, das seit 1934 als Museum genutzte Gebäude als Moschee wiederzueröffnen. Bei einer anderen Gebetsaktion hatten sich mehrere tausend Islamisten versammelt und die gleiche Forderung erhoben. Die Hagia Sophia in Istanbul wurde ursprünglich im vierten Jahrhundert nach Christus erbaut, im damaligen Konstantinopel, und gehörte über ein Jahrtausend zu den wichtigsten Kirchen der Christenheit. Nach der Eroberung Konstantinopels diente sie 500 Jahre lang als wichtigste Moschee des Osmanischen Reiches. Seit der Gründung der Türkischen Republik gilt das Bauwerk als Kulturdenkmal und wird als Museum geführt. Um interreligiösen Streit zu vermeiden, darf es seither überhaupt nicht mehr für religiöse Zwecke genutzt werden - weder von Christen noch von Muslimen.

Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)
Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen - PIME)
Human Rights Watch
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
La Croix
Radio Vatikan, Newsletter
Union of Catholic Asian News (UCAN)
U.S. Department of State: Annual Report on International Religious Freedom, 2010 + 2011
ZENIT (Nachrichtenagentur)



Vietnam

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:			
89,0 Millionen	Buddhisten	49,2%	Animisten	10,4%
	Religionslose	19,3%	Christen	8,5%
	Neue Religionen	11,1%	Sonstige	1,5%

Juristische und institutionelle Aspekte

Die Gesetze und die Verfassung des Staates garantieren Religionsfreiheit. Jedoch schreitet die allein herrschende kommunistische Regierungspartei bei Aktivitäten ein, die sie nicht unter Kontrolle hat und zerschlägt diese. Genauso wie in China, tolerieren und respektieren die Behörden nur religiöse Gruppen, die registriert sind und die die Einschränkungen der Regierung akzeptieren. Das Religionsgesetz von 2004 erlaubt den Menschen, ihre Religion frei auszuüben, aber bestraft jede Aktivität, die die Harmonie, die Traditionen und die Kultur des Landes gefährdet.

Im Jahr 2011 begannen die Behörden mit der Überarbeitung des Regierungserlasses 22/2005, der die Aktivitäten religiöser Organisationen reguliert. Am 20. Mai 2011 veröffentlichte Kardinal Jean Baptiste Pham Minh Man, Erzbischof von Saigon, einen Brief an den Premierminister von Vietnam, in dem er seine Zweifel über die vorgeschlagenen Änderungen, denen zufolge die Pflichtregistrierung wieder eingeführt werden sollte, zum Ausdruck brachte. Damit würden die bisherigen Verbesserungen wieder zunichte gemacht.

Trotz Einschränkungen gab es in dem Berichtszeitraum einige positive Zeichen. Die Regierung genehmigte den Bau Hunderter neuer Kultstätten und erlaubte die Erweiterung sowohl karitativer Aktivitäten als auch religiöser Feste mit mehr als 100 000 Teilnehmern.

Nach über dreißig Jahren nahmen im Jahr 2011 der Heilige Stuhl und Vietnam wieder diplomatische Beziehungen auf. Am 10. Januar 2011 ernannte der Papst Erzbischof Leopoldo Girelli zum apostolischen Nuntius für Singapur und zum apostolischen Delegaten für Malaysia und Brunei als nicht-ansässigen Vertreter des Papstes für Vietnam. Im selben Jahr besuchte Erzbischof Girelli alle Diözesen des Landes. Seine Ernennung ereignete sich zeitgleich mit dem 350-jährigen Jubiläum der Vietnamesischen Katholischen Kirche,

das am 6. Januar 2011 mit einer Schlusszeremonie bei dem nationalen Marienheiligtum in La Vang gefeiert wurde und mehr als 500 000 Gläubige anzog.

Religiöse Minderheiten im Land

Das katholische Leben vollzieht sich gut und ist lebendig. In den vergangenen Jahren wurden neue Kirchen und Kapellen gebaut und zunehmend mehr Menschen treten den Klöstern und Priesterseminaren bei. Die Statistiken des Heiligen Stuhls zeigen, dass in den letzten fünf Jahren mehr als 1500 junge Menschen den Priesterseminaren und beruflichen Ausbildungszentren für ein gottgeweihtes Leben beigetreten sind, dies entspricht einem Anstieg von 50 Prozent. In den 26 Diözesen des Landes gibt es einen Kardinal, zwei Erzbischöfe, 23 Bischofskoadjutoren, vier Weihbischöfe, 12 emeritierte Bischöfe und ungefähr 4000 Priester. Es gibt mehr als 10 000 Gottesdienstorte, sieben Priesterseminare und einige Ausbildungszentren für Geistliche.

Die Southern Evangelical Church of Vietnam (SECV) und die Evangelical Church of Vietnam (ECVN) sind die beiden bedeutendsten protestantischen Gruppen, die von der Regierung anerkannt werden. Ebenfalls toleriert werden die Vietnam Baptist Convention, die United World Mission Church, die Vietnam Presbyterian Church, die Vietnam Baptist Society, die Seventh Day Adventist Church und die Vietnam Christian Fellowship. Die Assembly of God ist auch in Vietnam, aber sie ist nur auf lokaler Ebene und nicht auf nationaler Ebene registriert.

Die Regierung erkennt auch die Zeugen Jehovas an, die in 18 Provinzen mit ungefähr 3000 Mitgliedern in 55 Versammlungen vertreten sind. In der Stadt Ho Chi Minh gibt es eine Synagoge mit ungefähr 150 Juden, die fast alle ausländische Staatsbürger sind.

Gewaltsame Übergriffe und Einschränkung der Religionsfreiheit

Obwohl Katholiken und Protestanten etablierte Gruppen in der Gesellschaft sind und wichtige Kultur- und Sozialarbeit leisten, werden sie von der kommunistischen Regierung am meisten verfolgt. Ihre Glaubensfreiheit wird zum Beispiel dadurch verletzt, dass ihre Messen unterbrochen, Priester inhaftiert und religiöse Gebäude zerstört werden sowie ihr Land beschlagnahmt wird.

Die Gläubigen werden angegriffen und Seminaristen und Priester zur Teilnahme an Lehrveranstaltungen gezwungen.

Gewalttaten, Verhaftungen und Diskriminierungen setzten sich im gesamten Verlauf der Jahre 2011 und 2012 fort. In den meisten Fällen handelte es sich um Besitztümer der Katholischen Kirche, die der Staat oft für sich beanspruchte, um die Geldgier seiner Regierung zu stillen und die unkontrollierte Entwicklung des Landes zu fördern.

Zerstörung von Kirchen und Klöstern und Landenteignungen

Auf der Grundlage des kommunistischen Prinzips, dass „das gesamte Land dem Volk gehört und vom Staat zum Wohl der Menschen verwaltet wird“, beschlagnahmten die örtlichen Behörden immer wieder die Besitztümer religiöser Gruppen, um sie in Hotels, Restaurants und Nachtclubs zu verwandeln. Die Opfer sind nicht in der Lage zu reagieren. Alle ethnischen und religiösen Minderheiten, die durch Landbesitz versucht hatten, unabhängig zu werden, haben dieselbe Erfahrung gemacht.

Ein Beispiel für dieses Vorgehen der Behörden ist die katholische Pfarrgemeinde Con Dau in der Stadt Da Nang. Nachdem ihre Friedhöfe und Häuser beschlagnahmt worden waren, um den Weg frei zu machen für die Errichtung von Luxushotels für Touristen, wurden die Katholiken in der Con Dau Gemeinde im Jahr 2011 zunehmend öfter Opfer von Gewalt. Am 26. Januar 2011 hielt das Volksgericht von Da Nang die Gefängnisstrafe von sechs Katholiken aufrecht, die Opfer von Enteignung geworden und dann verurteilt worden waren, weil sie an Zusammenstößen zwischen Zivilbürgern und der Polizei im Mai 2010 teilgenommen hatten, als diese versuchte, das Land der Pfarrei zu beschlagnahmen. Nach Angaben lokaler Nachrichtenquellen war das Gerichtsverfahren eine Farce, da das Gericht den Antrag des Anwalts der sechs Angeklagten zur Vorlage von Beweisen ablehnte, was ihm bereits vom unteren Instanzgericht verweigert worden war. Einige Tage vor der Berufung hielten vietnamesische Katholiken Gebetswachen insbesondere in der Thai Ha Pfarrgemeinde von Hanoi, die ebenfalls Opfer staatlicher Enteignung geworden war.

Am 26. Juni 2011 wandte sich die Pfarrgemeinde von Con Dau in einem Brief an die Vietnamesische Katholische Bischofskonferenz und bat darum, ihre

katholischen Geschwister auf diese Situation aufmerksam zu machen. Neben dem Friedhof, den die Regierung bereits beschlagnahmt hatte, hielt die Regierung auch an ihrer Entscheidung fest, alle Häuser in der näheren Umgebung der aus dem 19. Jahrhundert stammenden Pfarrkirche zu zerstören. Sie waren für den Abriss vorgesehen, weil eine Luxusferienanlage entstehen sollte.

Die Thai Ha Pfarrgemeinde geriet im Oktober 2011 unter Beschuss. Zunächst ging es um einen Streit mit den Stadtbehörden, der mit der Enteignung von kircheneigenem Land, das seit 1928 in ihrem Besitz war, und der Verurteilung von acht Katholiken in einem Scheinverfahren endete. Am 8. Oktober 2011 wurde Pater Joseph Nguyen Van Phuong, Priester der Pfarrgemeinde von Thai Ha, vom Volkskomitee der Nachbarschaft von Dong Da vorgeladen. Er wurde über den Bau einer Anlage informiert, die auf dem Land, das den Redemptoristen gehört, gebaut werden sollte, um dort das Wasser des örtlichen Krankenhauses aufzubereiten. Einige Tage später organisierten ungefähr 50 Katholiken aus dem Ort einen Protest gegen die infrage kommende Landenteignung. Der Priester der Pfarrgemeinde schrieb an das Nachbarschafts-Volkskomitee von Dong Da und bat sie, das Projekt fallen zu lassen und das beschlagnahmte Land der Kirche wieder zurückzugeben. Es folgten noch weitere Demonstrationen und Aufrufe im Laufe des Monats Oktober.

Am 3. November 2011 stürmten Hunderte von Polizisten und Soldaten mit Hunden und einer Schlägertruppe, gefolgt von einer staatlichen Fernsehcrew, das Thai Ha Kloster, nachdem sie die Eingangstür aufgebrochen hatten. Pater John Luu Ngoc Quynh, Bruder Vincent Vu Van Bang und Bruder Nguyen Van Tang versuchten, den Ansturm zu stoppen, aber sie wurden geschlagen und von der Polizei beschimpft. Der Angriff kam erst zum Stillstand, als Tausende von Katholiken aus den Nachbargemeinden einschritten.

Obwohl die Erzdiözese von Hanoi die Gewalt aufs Äußerste verurteilte und mehrere Male zur Ruhe aufrief, blockierte die Polizei am 16. November 2011 die Zufahrtsstraßen zum Kloster. Am Abend vorher hatten die örtlichen Behörden und Funktionäre des Krankenhauses Vertreter der Thai Ha Gemeinde zu einem Treffen eingeladen, um eine Lösung für den Streit zu finden. Innerhalb weniger Stunden tauchten 600 Polizei- und Regierungsbeamte in der Pfarrgemeinde der Redemptoristen auf und besetzten ihr Land. Um Demons-

trationen zu verhindern, bedrohte die Polizei jede Person, die in die Nähe der Kirche kam und schickte sie weg. Dennoch begaben sich weiterhin Hunderte von Gläubigen nach Thai Ha, um dort zu beten und Unsere Liebe Frau der Immerwährenden Hilfe zu verehren. Um die katholische Gemeinde einzuschüchtern, stürmten Funktionäre der lokalen kommunistischen Partei das Kloster ein weiteres Mal. Sie zerbrachen das Kruzifix von Dong Chiem, warfen Müll auf die Statue der Jungfrau und entweihten das Altarsakrament, das aus der Kathedrale von Hanoi gebracht worden war.

Am 18. November 2011 protestierten Tausende von Menschen vor dem Gebäude des Volkskomitees in Hanoi. Sie verlangten Gerechtigkeit für die Thai Ha Gemeinde und das in der Nähe befindliche Redemptoristenkloster und verurteilten die Diffamierungskampagne, die von dem staatlichen Fernsehsender gegen die Katholische Kirche lanciert wurde.

Am 2. Dezember 2011 gingen Pater Nguyen Van Phuong von Thai Ha und Hunderte von Gemeindegliedern zum Volkskomitee von Hanoi, um eine offizielle Klage gegen Vorfälle von Vandalismus und illegalen Beschlagnahmungen einzureichen. Die Behörden empfingen sie und hörten ihre Forderungen an. Kaum hatten sie jedoch das Gebäude verlassen, waren sie von Polizisten umzingelt, die Pater Joseph Nguyen Van Phuong, Pater Luong Van Long und Bruder Vu van Bang sowie ungefähr 30 Gemeindeglieder verhafteten. Letztere wurden in einen Bus gedrängt und zum Dong Anh Humanity Rehabilitationszentrum gebracht. Eine andere Gruppe von Laien wurde in der Nähe des Sees Hoan Kiem verhaftet.

Der Machtmissbrauch gegen die Redemptoristen-Patres und die Thai Ha Gemeindeglieder löste eine Solidaritätswelle sowohl in Vietnam als auch im Ausland aus. Erzbischof Peter Nguyen Van Nhon von Hanoi schrieb einen Brief, in dem er die Rechte der Mönche verteidigte. Bischof Michael Hoang Duc Oanh von Kontum tat das Gleiche. Der emeritierte Bischof von Thai Binh, Francis Nguyen Van Sang, ging persönlich in die Thai Ha Kirche. An verschiedenen Orten von Vietnam und Australien wurden Gebetswachen gehalten.

Die Cau Ram Gemeinde in der Diözese Vinh (Nordvietnam) ist ein weiterer Fall, wie Religionsfreiheit in Zusammenhang mit der Beschlagnahmung von

Land, das der Katholischen Kirche gehört, verletzt wurde. 2009 beschlagnahmten die Behörden Land, um dort einen Park mit einem Denkmal für die Soldaten der vietnamesischen Volksarmee zu errichten. Während des Vietnamkrieges war die Cau Ram Kirche in eine Militärbasis umfunktioniert worden und dadurch zur Zielscheibe für die amerikanische Luftwaffe geworden. Nach dem Ende des Konflikts erklärte die vietnamesische Regierung diese Gegend zu einem „Platz des Gedenkens“, der für die zukünftigen Generationen in Erinnerung an die amerikanischen Kriegsverbrechen „erhalten und geschützt werden müsse“. Die Regierung hat die Forderungen der Katholischen Kirche zur Landrückgabe immer ignoriert. Stattdessen hat sie das Land zum Bau einer Straße aufgeteilt, die Hanoi mit dem 330 Kilometer nördlich von der Hauptstadt befindlichen Geburtsort von Ho Chi Minh verbindet. Die Behörden gaben ebenfalls grünes Licht für den Bau eines Häuserkomplexes, der auch Privatwohnungen für Regierungsbeamte im Wert von mehreren Millionen Dollars umfasste. Die zwei Jahre andauernden Proteste der Katholischen Kirche brachten das Projekt zum Erliegen, aber nach einigen Jahren der Berufung und Demonstrationen, entschied die Provinzregierung von Nghe An am 27. Juli 2011, dort einen öffentlichen Park mit einem Soldatendenkmal anzulegen.

Wie im Fall von Con Dau und Thai Ha spornte die Haltung der Regierung die Katholiken an, ihre Kräfte für den Kampf um die Religionsfreiheit und die Menschenrechte zu sammeln. Am 8. August 2011 organisierten mehr als 5000 Katholiken aus den Gemeinden von Cau Ram, Yen Dai und Ke Gai eine riesige Demonstration in Hanoi, um weitere Konfiszierungen zu stoppen und die Rückgabe kirchlichen Eigentums zu verlangen. Gleichzeitig zerschlugen sie Operationen der Geheimpolizei, die junge Aktivisten ohne Haftbefehl verhaften wollten.

Die Kongregation der Sisters of St Paul war ebenso von Enteignungen und Zerstörungen betroffen. Ihr Kloster, das sich im Zentrum von Hanoi befindet, wurde 1954 von der kommunistischen Regierung beschlagnahmt. Einige Jahre zuvor hatten die Behörden den Nonnen die Nutzung eines kleinen Bereichs des Komplexes genehmigt. Hier eröffneten sie ein Ambulatorium für Arme, ein Waisenhaus und eine geschützte Einrichtung für junge Frauen. Im Mai 2011 jedoch drohte die Regierung damit, den gesamten Gebäudekomplex zu zerstören und ihn durch ein vierstöckiges Krankenhaus zu ersetzen. In den

vergangenen Jahren ersuchten die Nonnen die Behörden um die Rückgabe des Gebäudekomplexes, erhielten jedoch nie eine Antwort.

Aufbau einer patriotischen Nationalkirche

Um die Katholische Kirche zu bekämpfen und ihre Arbeit auf Kosten der Religionsfreiheit und Menschenrechte zu entmutigen, hat die vietnamesische Regierung die chinesische Strategie übernommen und eine Patriotische Kirche errichtet, die unabhängig von der Kirche von Rom sein soll.

Für die vietnamesischen Katholiken ist die Existenz „staatlicher Priester“ ein quälendes Problem. Die Priester und kirchlichen Behörden haben ihr Äußerstes gegeben, um dieser Situation entgegenzuwirken und die katholische Einheit und Loyalität gegenüber dem Papst zu wahren. Staatliche Priester missbrauchen das Eigentum der Kirche und nutzen ihre Rolle aus, um die Kommunistische Partei zu unterstützen, die ihnen im Gegenzug alle möglichen Vorteile gewährt. Die eigentliche Frucht, die sie hervorbringen, ist die Entfremdung vieler Gläubiger. Unter den etwa 4000 Priestern in Vietnam haben sich ungefähr 300 dem Vietnam Committee for Catholic Solidarity (dem vietnamesischen Komitee für Katholische Solidarität – VCCS), angeschlossen. Dieses Komitee ist eine regimetreue Organisation, die eine von Rom unabhängige Kirche entsprechend dem chinesischen Muster aufzubauen beabsichtigt.

Am deutlichsten trat diese Haltung hervor, als sich einige Priester dafür entschieden, bei den im Mai 2011 stattfindenden Wahlen für einen Sitz in der Nationalversammlung zu kandidieren. Trotz der Appelle der Bischöfe und der Proteste von Gläubigen, die den von „staatlichen Priestern“ zelebrierten Messen fern blieben, traten noch mehr Priester hervor, die ihre Amtskollegen, die für die Nationalversammlung kandidierten, unterstützten. Einer von ihnen war Pater Vincent Pham Van Tuyen aus der Diözese Thai Binh (Nordvietnam). Er ist ein prominentes Mitglied der regionalen Volksfront. An seinem vorherigen Wirkungsort war er solange Priester der Gemeinde in Pho Hien in der Provinz von Hung Yen, bis alle seine Gemeindeglieder die Kirche verlassen hatten. „Da Pater Tuyen für die Regierung arbeitete, wollte niemand mehr zu ihm zur Beichte gehen aus Angst, von ihm an die Polizei verraten zu werden“, sagte ein Gläubiger aus seiner früheren Gemeinde. „Wir fragten uns,

ob die Sakramente, die er spendete, Gültigkeit hatten oder nicht. Wir sind jahrelang weder zur Beichte noch zur Kommunion gegangen und haben langsam die Kirche verlassen.“

Bei den Wahlen am 22. Mai 2011 wurden sieben Priester in die Nationalversammlung und die Provinzräte gewählt. Weitere 20 Priester wurden in niedrigere Ämter gewählt. Nicht alle Priester, die sich zur Wahl für einen Sitz im Parlament oder Stadtrat aufgestellt hatten, gewannen auch einen Platz.

Um einen Keil zwischen die jungen Priester und die dem Papst gegenüber loyale Kirche zu treiben, hat die Regierung nicht nur mit finanziellen Belohnungen und Macht gelockt, sondern auch Lehrveranstaltungen über die Kommunistische Partei, die nationale Sicherheit, den Patriotismus und die Rolle der Bürger in der Gesellschaft benutzt.

Das Ziel der Regierung ist es, dem Zuwachs junger Männer, die in ein Priesterseminar eintreten, entgegenzuwirken, nachdem sie zuvor einen weicheren Kurs gegen derartige Institutionen eingeschlagen hatte. Seit 2005 hat das Priesterseminar St. Joseph in Hanoi eine immer größere Zahl von Studenten aufgenommen, weit mehr als in den zwei bis drei Jahren zuvor erlaubt war. Das Priesterseminar St. Joseph in Ho Chi Minh, das 1986 nach elf Jahren wiedereröffnet wurde, erlebte 2007 das gleiche „Privileg“. Jüngsten Angaben zufolge (2009) stieg die Anzahl der jungen Studenten, die die sechs größten Priesterseminare besuchen, von 1580 im Jahr 2002 auf 2186 im Jahr 2009.

Willkürliche Verhaftungen

Das Vorgehen gegen jede Form von Dissens und gegen friedliche Forderungen für demokratische Reformen und die Achtung der Menschenrechte setzte sich 2011 und 2012 weiter fort. Verhaftungen, Durchsuchungen und Überfälle nahmen im Zusammenhang mit dem 11. Kongress der Kommunistischen Partei zwischen dem 12. und 17. Januar 2011 zu. Während dieses Zeitraums nahm die Polizei Dutzende von Menschenrechtsaktivisten, Bloggern und Journalisten fest.

Außer Christen und anderen religiösen Gruppen verfolgt die Regierung auch Anhänger des Buddhismus, Vietnams größter Religion, und Mitglieder von re-

ligiösen Sekten, die von den Behörden als staatsfeindlich eingestuft werden, wie zum Beispiel Falun Gong. Diese spirituelle Bewegung verschmilzt Elemente vom Buddhismus, Taoismus und Konfuzianismus und hat mehrere Hundert Anhänger im Land. Die vietnamesische Regierung erkennt diese Gruppe nicht an. Unter dem Druck der chinesischen Regierung ist die vietnamesische Polizei in den vergangenen Jahren scharf gegen ihre Anhänger vorgegangen.

Die kommunistische Unterdrückung beschränkt sich nicht allein auf willkürliche Verhaftungen, Scheinverfahren und gewaltsame Enteignungen. Menschen, die verfolgt oder ins Gefängnis gesperrt wurden, werden auch von ihren grundlegenden Menschenrechten abgeschnitten, wie etwa dem Recht auf medizinische Versorgung und dem Recht, ihre Familienmitglieder zu treffen.

Unterdrückung der Hmong-Christen

Die 790 000 Hmong-Christen in Vietnam sind eine der größten 53 ethnischen Gruppen des Landes. Sie leben hauptsächlich im Nordwesten Vietnams und in Laos. Während des Vietnamkrieges kooperierten sie mit dem US-Militär, viele von ihnen wanderten nach Kriegsende in die Vereinigten Staaten aus. Diejenigen, die zurückblieben, leben unterhalb der Armutsgrenze.

Wie andere ethnische Minderheiten, wurden die Hmong von katholischen und protestantischen Missionaren unterrichtet und viele von ihnen konvertierten. Viele Jahre wurden sie von der Regierung verfolgt und beschuldigt, Separatisten zu sein, die von „Reaktionären aufgehetzt werden und die Naivität der Menschen ausnutzen, indem sie Gerüchte über eine übernatürliche Macht verbreiten und zu einem unabhängigen Hmong-Imperium aufrufen.“

Während des gesamten Jahres 2011 ging eine Welle von Verhaftungen und Gewalt von den Behörden aus, die im April und Mai 2011 in der Niederschlagung friedlicher Demonstrationen in Muong Nhe in der Provinz Dien Bien gipfelte.

Am 30. April 2011 kamen 8500 Protestanten und Hmong-Animisten zum Gebet zusammen und forderten Reformen und Religionsfreiheit. Ihre Zusammenkunft wurde von Sicherheitskräften und Soldaten der vietnamesischen Volksarmee gewaltsam beendet. Insgesamt wurden 49 Menschen ermordet

und Hunderte verhaftet. Viele der Inhaftierten wurden zu unbekanntem Orten in Vietnam und Laos verschleppt, wo „sie vermutlich gefoltert oder getötet werden oder einfach verschwinden“, sagt Christy Lee, Geschäftsführer von Hmong Advance Inc (HAI) mit Sitz in Washington DC. Unter den Verhafteten befanden sich auch eine Reihe von Kommunionshelfern, die vier lokalen katholischen Gemeinden dienen. Ungefähr tausend Katholiken sind in der sogenannten „weißen Zone“ registriert, einer Gegend, die so bezeichnet wird, weil in ihr die Religionsfreiheit im Land am schärfsten beschnitten wird.

Verschärfung der Unterdrückung durch neues Dekret

Im Dezember 2012 meldete die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) mit Sitz in Göttingen, dass am 1. Januar 2013 in Vietnam das neue Dekret 92 in Kraft treten würde, welches Religionsgemeinschaften unter anderem dazu zwingt, ihre Organisationen und Aktivitäten minutiös registrieren zu lassen, wenn sie offiziell anerkannt werden wollen. Die Behörden erhielten dadurch eine lückenlose Kontrolle über alle religiösen Aktivitäten. Außerdem müssten die Glaubensgemeinschaften nachweisen, dass sie zwanzig Jahre lang keine Gesetze verletzt haben. „Dies dürfte bei vielen Glaubensgemeinschaften problematisch sein, da sie in Zeiten verstärkter Verfolgung nicht immer legal aktiv sein konnten und in den Untergrund gehen mussten“, so Ulrich Delius, Asien-Referent der GfbV. Er forderte die deutsche Bundesregierung auf, das Vorgehen Vietnams deutlich zu kritisieren.

Quellen

Asia News (Päpstliches Institut für die auswärtigen Missionen, PIME)
Compass Direct News
Eglises d'Asie (EDA)
Human Rights Watch
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
Radio Free Asia
Radio Vatikan, Newsletter
UCAN (Union of Catholic Asian News)
U.S. Department of State: Annual Report on International Religious Freedom, 2010 + 2011

Gebet und Fürbitte

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von KIRCHE IN NOT stehen in ständigem Kontakt mit kirchlichen Stellen in aller Welt. So sind sie immer gut informiert über die Brennpunkte und Krisenherde dieser Erde.

Gott sei Dank stehen wir Christen den Notlagen dieser Welt nicht allein gegenüber – vielmehr wissen wir uns getragen und unterstützt von der ständigen Gegenwart und Güte des dreifaltigen Gottes, auf den wir Christen unser ganzes Vertrauen setzen.

Vor dem Angesicht des allmächtigen Gottes bringen wir unsere persönliche Betroffenheit durch die vielfältigen Nöte dieser Erde zum Ausdruck. Wir verstehen uns als weltweite Gemeinschaft, in der einer um den anderen weiß und an ihn denkt. Vor allen Dingen bitten wir Gott um seinen Beistand und seine Hilfe, damit es uns gelingen möge, die Nöte dieser Welt zu lindern und, wo immer möglich, ganz zu beseitigen.

KIRCHE IN NOT versteht sich dabei nicht nur als Hilfswerk, das finanzielle und materielle Hilfe leistet, sondern ganz bewusst auch als weltweite Gebetsgemeinschaft. Jeder ist eingeladen, sich dieser Gebetsgemeinschaft anzuschließen.

Die Mitarbeiter der deutschen Sektion von KIRCHE IN NOT kommen an jedem Werktag mittags um 12.00 Uhr in der Hauskapelle zusammen, um gemeinsam den „Engel des Herrn“ und den Rosenkranz zur göttlichen Barmherzigkeit zu beten, in den Anliegen der Wohltäter, Spender und Freunde des Werkes, vor allem aber in den Anliegen der verfolgten und bedrängten Kirche weltweit.

*Bringt in jeder Lage betend und flehend
eure Bitten mit Dank vor Gott!
(Phil 4, 6)*

*Vor allem fordere ich zu Bitten und Gebeten, zu Fürbitte und
Danksagung auf, und zwar für alle Menschen.
(1 Tim 2,1)*

Unser persönlicher Einsatz, mit allen uns verfügbaren Mitteln und Kräften, bedarf stets der Hilfe durch Gott, damit alles fruchtbar wird zum Wohl unserer Mitmenschen. Wir Christen vertrauen auf die Kraft des Gebetes, die das Antlitz unserer Erde zu verändern vermag!

Bei alledem dürfen wir Christen nicht vergessen, auch für diejenigen zu beten, die Unterdrückung und Gewalt gegenüber anderen ausüben. Christus selbst ruft uns dazu auf:

*„Ihr habt gehört, dass gesagt worden ist:
Du sollst deinen Nächsten lieben und deinen Feind hassen.
Ich aber sage euch:
Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen,
damit ihr Söhne eures Vaters im Himmel werdet.“
(Mt 5,43-45)*

In dieser Gesinnung betete Jesus am Kreuz für seine Henker:

*„Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“
(Lk 23,34)*

Stephanus, der erste Blutzeuge für Christus, betete bei seiner Steinigung ganz im Sinne Jesu:

*„Herr, rechne ihnen diese Sünde nicht an!“
(Apg 7,60)*

Wir möchten Sie einladen, sich unserer Gebetsgemeinschaft anzuschließen. Beten Sie in den Anliegen der notleidenden und verfolgten Kirche. Tragen Sie die vielfältigen Nöte unserer Zeit im Gebet vor Gottes Angesicht. Beten Sie für die weltweiten Aufgaben und Projekte von KIRCHE IN NOT, „damit der Glaube lebt“. Und vergessen Sie dabei nicht die Unterdrücker und Verfolger, sondern erleben Sie vom Herrn für sie die Gnade der Bekehrung zum wahren Glauben. Vielleicht erkennen die Verfolger dann in Jesus Christus den Sohn Gottes, wie der römische Hauptmann unter dem Kreuz Jesu (Mt 27,54). Vielleicht wandeln sie sich gar vom Verfolger zum Verkünder, wie der Christenhasser Saulus sich zum Völkerapostel Paulus wandelte (Apg 9,1-22).

Gebet in Solidarität mit bedrängten und verfolgten Christen

Geist, der das Leben weckt,
du bist der Schwachen Kraft,
gibst ihnen Zuversicht
mitten in Todesnot;
hell wird uns offenbar,
was uns der Glaube sagt:
Christus hat unsern Tod besiegt.

Alles verwelkt im Tod,
Staub wird des Menschen Leib.
Doch wer in Christus stirbt,
wird mit ihm auferstehn:
Wer sich zu ihm bekennt,
fürchtet die Marter nicht,
wird im Tode mit Christus eins.

Ihm, der als Weizenkorn
für uns zerrieben ward,
folgen die Jünger nach,
bringen sich dar mit ihm,
werden wie er zum Brot,
welches das Leben nährt,
Pilger stärkt auf dem Weg zu Gott.

Dich, Herr, verehren wir,
König der Märtyrer.
Dein ist die Herrlichkeit,
von der ihr Glaube zeugt.
Führ uns durch deinen Geist
heim in des Vaters Reich,
wo in Ewigkeit Friede herrscht. Amen.

(aus dem Stundengebet der Kirche)

Gebet für die verfolgte Kirche

Gott, nach dem geheimnisvollen Ratschluss deiner Liebe lässt du die Kirche teilhaben am Leiden deines Sohnes.

Stärke unsere Brüder und Schwestern, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Gib ihnen Kraft und Geduld, damit sie in ihrer Bedrängnis auf dich vertrauen und sich als deine Zeugen bewähren.

Schenke ihnen Freude darüber, dass sie sich mit Christus im Opfer vereinen, und gib ihnen die Zuversicht, dass ihre Namen im Buch des Lebens eingeschrieben sind. Gib ihnen die Kraft, in der Nachfolge Christi das Kreuz zu tragen und auch in der Drangsal ihren christlichen Glauben zu bewahren.

(Gotteslob, Nr.28.4)

Die Folterknechte nicht vergessen

Betet nicht nur für die Gefolterten, sondern auch für die Folterknechte, die in noch größerer geistlicher Not sind. Lasst euch nicht beeindrucken durch ein Großmaul oder eine Marschallsuniform! Gott lacht über ihren Größenwahn. Sie sind arme Teufel, die euer Gebet brauchen, damit sie sich bekehren und leben.

(Pater Werenfried van Straaten)



KIRCHE IN NOT

WELTWEITES HILFSWERK PÄPSTLICHEN RECHTS

... damit der Glaube lebt!

KIRCHE IN NOT ist ein internationales katholisches Hilfswerk päpstlichen Rechts, das der Kirche überall dort hilft, wo sie verfolgt oder bedrängt wird oder nicht genügend Mittel für die Seelsorge hat.



Das Hilfswerk wurde 1947 vom niederländischen Prämonstratenserpater Werenfried van Straaten gegründet. Damals organisierte Pater Werenfried in Belgien und Holland Hilfe für die heimatvertriebenen Deutschen und rief zur Versöhnung mit den verfeindeten Nachbarn auf. Da er anfangs vor allem Speck bei den flämischen Bauern sammelte, nannte man ihn bald den „Speckpater“.

Heute hilft KIRCHE IN NOT in mehr als 130 Ländern. Unterstützt werden z. B.: Aus- und Weiterbildung von Seminaristen und Priestern, Lebensunterhalt von Priestern und Ordensleuten, Bau und Renovierung von Kirchen und Ausbildungsstätten, Druck und Verbreitung der Bibel und anderer religiöser Literatur, Ausstrahlung christlicher Fernseh- und Radioprogramme, Fahrzeuge für die Seelsorge.

Sitz der internationalen Zentrale ist Königstein im Taunus (Deutschland). Mehr als 600 000 überzeugte Christen in insgesamt siebzehn Ländern machen durch ihr Gebet und ihre Spenden die weltweite Arbeit von KIRCHE IN NOT möglich.

***Unsere verfolgten Brüder sind die Elite der Kirche.
Mit ihnen solidarisch zu sein, ist eine Ehrensache.***

(Pater Werenfried van Straaten)

„Ich habe kein anderes Kapital als Eure guten Herzen.“

Mit diesen Worten beschrieb Pater Werenfried immer wieder die Quelle für den unerschöpflichen Strom an Wohltaten, der sich seit inzwischen mehr als sechzig Jahren durch KIRCHE IN NOT über die ganze Welt ergießt. Es sind Herzen, die entbrannt sind in Liebe für Christus und seine heilige Kirche. Es sind Herzen, die wie Papst Franziskus, Pater Werenfried und viele, viele andere gläubige Menschen Wegbereiter sind für wahren Glauben, lebendige Gottesfreundschaft, echte Menschlichkeit, mitfühlende und engagierte Nächstenliebe. So tragen sie dazu bei, dem Reich Gottes eine Bresche zu schlagen und einer Zivilisation der Liebe den Weg zu bahnen: „... damit der Glaube lebt!“

Werden auch Sie Wegbereiter des Glaubens!

KIRCHE IN NOT ist heute eine weltweite Gemeinschaft von über 600 000 Freunden und Wohltätern in 17 Ländern, die jedes Jahr mehr als 5 000 kirchliche Projekte fördern.

Schließen Sie sich diesem Kreis an:

- Durch das kostenlose Abonnement unseres Rundbriefes „Echo der Liebe“. Bestellung unter Tel. 089 - 64 24 888-0.
- Durch Spenden auf unser Spendenkonto:
Konto-Nr.: 348145809, Postbank München, BLZ: 70010080.
- Durch Mess-Stipendien unterstützen Sie hilfsbedürftige Priester in Afrika, Asien, Lateinamerika oder Osteuropa.
- Denken Sie bei persönlichen Festen und Jubiläen auch an KIRCHE IN NOT: Bitten Sie um Spenden statt Geschenke.
- Durch ein Vermächtnis in Ihrem Testament können Sie auch über Ihren Tod hinaus der notleidenden Kirche Hilfe leisten.
- Werben Sie in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis weitere Wegbereiter des Glaubens und machen Sie sie auf KIRCHE IN NOT aufmerksam.



KIRCHE IN NOT

WELTWEITES HILFSWERK PÄPSTLICHEN RECHTS

... damit der Glaube lebt!

Artikel für ein aktives Glaubensleben

Glaubenspaket Grundausrüstung

Die wichtigsten Gegenstände für den katholischen Glauben – in einem Paket. Inhalt: Neues Testament, Kleiner Katholischer Katechismus“, Kreuz, Papst-Rosenkranz, Betrachtungen, Grundgebete, Tipps für den Glaubensalltag und vieles mehr.

Format: 31 x 24 x 6,5 cm

19,90 €* Art.-Nr. 2007

Sonderausgaben zu den Sakramenten der Taufe, Erstkommunion und Firmung erhältlich.



Die **Prayerbox** ist ein kleines handliches Döschen, das in jede Tasche passt. Sie dient dem Gebet unterwegs und auf Reisen – also immer, wenn der Platz knapp wird.

In der Prayerbox sind enthalten: 10-Perlen-Rosenkranz, „Kreuz der Einheit“, Weihwasserfläschchen, Grundgebete auf Deutsch, Englisch und Italienisch

2,00 €* Art.-Nr. 2004

Sonderausgabe für Pilger erhältlich.



Die **Kinderbibel** ist eines der größten Projekte von KIRCHE IN NOT. Weltweit wurden bereits über 46 Millionen Exemplare in 157 Sprachen verbreitet, um Kindern und Familien überall die Frohe Botschaft in ihrer Muttersprache zu überbringen.

Die Texte der Kinderbibel sind in kindgerechter Sprache verfasst. Die vielen bunten Illustrationen vermitteln die Inhalte des Alten und Neuen Testaments altersgerecht und verständlich. Querverweise zur Einheitsübersetzung sind abgedruckt.

Für Kinder ab 5 Jahren geeignet.

2,50 €* Art.-Nr. 5003

Die Kinderbibel gibt es auch als Hardcover, Mal-, Bilder- und Hörbuch.



Am Beginn unseres Werkes steht der Priester Werenfried van Straaten, genannt der „**Speckpater**“. Mit unerschütterlichem Gottvertrauen ausgestattet bettelt der Niederländer nach dem II. Weltkrieg zunächst für die Deutschen und sammelt im Laufe der Jahre Milliarden für die Kirche in Not weltweit. Dieses Buch erzählt packend von der Anfangszeit des Hilfswerks KIRCHE IN NOT.

5,00 €* Art.-Nr. 5025

Weitere Schriften von und über Pater Werenfried erhältlich.



Adressen und Bestellmöglichkeiten finden Sie auf Seite 180.

*Versandkosten bei kostenpflichtigem Material: 4 € pro Bestellung nach D (EU: 6 €, Nicht-EU: 10 €). Ab einem Warenwert von 50 € entfallen die Versandkosten nach D, ebenso bei der Bestellung von ausschließlich kostenlosem Material nach D.

Mit der Lieferung erhalten Sie eine Rechnung, bitte bezahlen Sie auf das dort angegebene Konto.

Änderungen möglich, alle Angaben ohne Gewähr. © KIRCHE IN NOT, 2011

Diese und weitere Artikel finden Sie auch unter: <http://www.kirche-in-not.de/shop/>

Informationen zur Situation von Christen weltweit



Pakistan – Christen im Land der Taliban

Eva-Maria Kolmann, Journalistin und Mitarbeiterin von KIRCHE IN NOT, bereiste Pakistan und berichtet über die dramatische Lage der Christen in diesem Land.

Format: DIN A5, 128 Seiten, farbig bebildert.

Kostenlos, Art.-Nr.: 7035



Die Kirche in der Türkei

Zum Gedächtnis an den 2010 ermordeten Apostolischen Vikar von Anatolien, Bischof Luigi Padovese. Der Autor Professor Rudolf Grulich geht in dem 80 Seiten umfassenden Band auf die zwei Jahrtausende lange Geschichte des Christentums in Kleinasien ein.

Format: DIN A5, 80 Seiten

Kostenlos, Art.-Nr.: 7038



Der Irak – Christen im Land der Propheten

Fotos, Reportagen und Interviews über den Irak. Dort gibt es eine uralte christliche Tradition, doch heute befinden sich die Christen in Bedrängnis. Von den einst 1,2 Millionen irakischen Christen leben heute noch etwa 300 000 im Land. Die meisten sind ins Ausland geflohen, viele wurden ermordet.

Format: DIN A5, 80 Seiten, farbig bebildert.

Kostenlos Art.-Nr.: 7031



Äthiopien – Katholiken im Kampf gegen Hunger und Not

Die Autorin Eva-Maria Kolmann, Journalistin und Mitarbeiterin von KIRCHE IN NOT, berichtet von einer Reise nach Äthiopien, einem der ärmsten Länder der Welt. Sie besuchte die Menschen vor allem dort, wo die katholische Kirche Christus dient in den Ärmsten der Armen. Die zahlreichen farbigen Bilder dokumentieren die materielle Not, zeigen aber auch die Freude der Menschen, die tief im christlichen Glauben verwurzelt sind.

Format: DIN A5, 128 Seiten, farbig bebildert.

Kostenlos Art.-Nr.: 7039

Bezugsadressen

Weitere Schriften und Informationsmaterial können Sie bestellen:

in Deutschland bei

KIRCHE IN NOT

Lorenzonstraße 62

D-81545 München

Telefon: 0 89 - 64 24 888-0 • Telefax: 0 89 - 64 24 888 - 50

E-Mail: info@kirche-in-not.de • Internet: www.kirche-in-not.de

Spenden: LIGA Bank München, BLZ 750 903 00, Konto-Nr. 215 2002

in Österreich bei

KIRCHE IN NOT

Postfach 96

Hernalser Hauptstraße 55

A-1172 Wien

Telefon: 01 40 - 52 553 • Telefax: 01 40 - 55 46 275

E-Mail: kin@kircheinnot.at • Internet: www.kircheinnot.at

Spenden: PSK, BLZ 60.000, Konto-Nr. 92.065.338

in der Schweiz bei

KIRCHE IN NOT

Schweiz/Fürstentum Liechtenstein

Postfach 5356

Cysatstraße 6

CH-6000 Luzern 5

Telefon: 0 41 - 41 04 670 • Telefax: 0 41 - 41 03 170

E-Mail: mail@kirche-in-not.ch • Internet: www.kirche-in-not.ch

Spenden: Crédit Suisse Luzern, Konto-Nr. 0463-997.427-10-1

***„Unsere verfolgten Brüder sind die Elite der Kirche.
Mit ihnen solidarisch zu sein, ist eine Ehrenpflicht,
denn im mystischen Leib Christi
bilden wir mit ihnen eine übernatürliche Einheit,
die tiefer und stärker ist als jede Verbundenheit natürlicher Art.“***

Pater Werenfried van Straaten

Christus hat seine Apostel und Jünger ausgesandt „bis an die Grenzen der Erde“, um das Evangelium zu verkünden und den Menschen zu dienen. Dass sie dabei auch auf Ablehnung, Feindseligkeit und zum Teil blutigen Widerstand treffen würden, hat Christus ihnen nicht verschwiegen: „Wenn sie mich verfolgt haben, werden sie auch euch verfolgen“ (Joh 15,20).

Und so durchlitten Christen immer schon „große Bedrängnisse“ (vgl. Offb 7,14) und werden wohl auch weiterhin mit Unterdrückung und Verfolgung rechnen müssen. Auch heute noch gibt es zahlreiche Regionen, wo Christen große und größte Schwierigkeiten bekommen, wenn sie sich offen zu ihrem Glauben an Jesus Christus bekennen.

Das Hilfswerk KIRCHE IN NOT hat durch seine Arbeit für die notleidende und verfolgte Kirche Einblick in die Lebenssituation der Christen in mehr als 130 Ländern. Im Jahr 2008 hat es erstmals in einer großen Dokumentation unter dem Titel RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT – BERICHT 2008 ein umfassendes Kompendium von Länderberichten vorgelegt. Darin wird für jedes einzelne Land der Erde der Grad der Freiheit in religiösen Dingen beleuchtet. Formen und Ursachen der Unterdrückung von Religionsgemeinschaften werden anhand vieler Einzelfälle dokumentiert. In den Jahren 2010 und 2012 wurden aktualisierte Länderberichte veröffentlicht. Die wichtigsten Erkenntnisse aus diesen Untersuchungen werden in dieser kleineren Ausgabe „Christen in großer Bedrängnis“ zusammengefasst. Sie konzentriert sich auf Länder und Regionen, in denen Christen momentan besonders unter Diskriminierung, Unterdrückung oder gar Verfolgung leiden. Angereichert sind die Länderberichte mit Interviews und Porträts heutiger Glaubenszeugen.



KIRCHE IN NOT

WELTWEITES HILFSWERK PÄPSTLICHEN RECHTS

... damit der Glaube lebt!